



Alle Zuwanderer sind plötzlich „Flüchtlinge“

Ein ehemals edles Wort und seine Inflation  
SEITE 19

Pakt mit dem Teufel

Als die Schweizer Politik und der internationale Terrorismus Freunde wurden  
SEITE 16-17



Die Jiddisch-Bibliothek im Busbahnhof

Eine Hymne auf eine kaum bekannte Perle in Tel Aviv  
SEITE 28-29



## WORT DES HERAUSGEBERS DR. R. KORENZECHER

Liebe Leserinnen und liebe Leser, ein ereignisreicher Jahreswechsel in das Jahr 2016 und ein ebenso ereignisreicher Monat Januar liegen hinter uns. Die Redaktion und ich hoffen, dass Sie alle gesund, wohlbehalten und mit Zuversicht in das neue Jahr gekommen sind und auch in diesem Jahr unsere Arbeit mit wie bisher wachsendem Interesse unterstützen werden.

Ihr Zuspruch und Ihre Zuwendung sind für uns besonders wichtig, damit wir auch weiterhin – wie gewohnt unabhängig – die Dinge nennen und aufzeigen können, die uns am Herzen liegen und uns alle bewegen.

Ihre Erwartung und Ihr Recht auf tatsächbezogene und unverfälschte Information sind für uns essentiell und unabdingbar.

Aus diesem Grunde wird es hier im wohlverstandenen Interesse unserer Leser – ebenso wie in der Vergangenheit – auch künftig keinerlei Verbiegung und Anpassung an den opportunistischen, vielfach zum Schweige- und Desinformationskartell degenerierten Mainstream aus öffentlich-rechtlichen Regierungs-Medien, Presse und Politik geben.

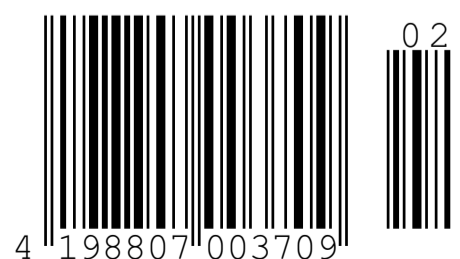
Nur einige Tage hinter uns liegt der 71. Jahrestag der Befreiung des Vernichtungslagers Auschwitz. Viele Gedenktagsredner erinnern in zur Routine gewordenen Never-Again-Ansprachen an das grenzenlose Leid des jüdischen Volkes.

Weltweite, angstfreie, unbehinderte Entfaltung jüdischen Lebens, das Existenzrecht des jüdischen Staates Israel und seiner historisch legitimierten, ungeteilten Hauptstadt Jerusalem in gesicherten Grenzen, frei von Terror und territorialer Bedrohung sollten nicht zuletzt vor dem Hintergrund des angesichts der Nazi-Barbarei unvorstellbaren geschichtlichen Versagens der nicht-jüdischen Umwelt längst zum unverrückbaren Axiom politischen Handelns unseres Landes und aller Staaten des freiheitlich-demokratischen Abendlandes geworden sein.

Leider haben gerade die neueren bedenklichen Entwicklungen deutlich gemacht, dass trotz dieser nicht selten inhaltsleeren Gedenktagsrituale die tägliche Wirklichkeit erheblich davon abweicht.

►► Fortsetzung auf Seite 2

Österreich 3,70 €  
Schweiz 4,60 CHF



## Nach Köln ist alles anders?



Von Rachel Liven

Die Ereignisse des 31. Dezember 2015 gehen momentan durch alle Medien – weltweit. Mehrere tausend Männer nordafrikanischer/arabischer Herkunft starten einen Massenübergriff auf Frauen. 516 Anzeigen sind zu der Nacht eingegangen, drei Viertel davon beinhalten begangene Sexualstraftaten.

Was lange gefürchtet wurde, trat nun ein und das Leben hat sich verändert. Frauen trauen sich nicht mehr alleine bei Dunkelheit vor die Türe oder es wird ihnen nicht mehr erlaubt.

In meinem Fall wurde mir zum ersten Mal in meinem Leben Stubenarrest erteilt. Mit 21 Jahren! Ab jetzt muss ich von Mutti zum Geburtstag gefahren und wieder abgeholt werden, auch wenn die Bar nur 10 Minuten weg ist. Mit Freunden sorglos in der Stadt abends einen trinken gehen? Das kannst du vergessen! – Zu groß ist die Angst meiner Eltern, mir könne etwas zustoßen.

Die Silvester-Nacht ist vielerorts bekannt für ihre wilde Ausgelassenheit, Behörden verdrehen die Augen und rechnen mal wieder mit dem üblichen: Leute, die dem Alkohol in Massen zusagen, wahllos abgefeuerte Raketen und Böller – das übliche eben. Nur, was da am 31. Dezember 2015 unter anderem in Köln geschah, übersteigt die schlimmsten Befürchtungen aller.

Mehrere Banden von Männern nordafrikanischen/arabischen Ursprungs rotten sich in Gruppen von bis zu 20/30 Mann zusammen, um beispielsweise am Kölner Hauptbahnhof etliche Frauen auszurauben, sexuell zu belästigen und

sogar zu vergewaltigen!

Das alles geschah vor den Augen der Polizei, denn sowohl vor dem Hauptbahnhof als auch im Hauptbahnhof selbst war die Polizei anwesend und informiert. Die Frage, weshalb die Polizisten so etwas zulassen konnten, steht schreiend im Raum und ist doch nicht die einzige Frage, die einem nach diesen Ereignissen durch den Kopf geht. Mir als jüdische Frau geht vor allem eine Frage durch den Kopf: „Bin ich hier noch sicher?“

So oder so ähnlich geht es vielen Frauen in Köln und auch allgemein in Deutschland. Kann man als Frau überhaupt noch einen Fuß vor die Tür setzen, ohne dass sich im Kopf Horrorszenerien abspielen, die mitunter sogar Realität geworden sind?

Die Suche nach den Tätern gestaltet sich sehr schwierig, die Informationen sind dürftig, die Polizei hält offizielle Berichte der Nacht zurück. Zunächst wird verneint, dass es sich bei dem „Mob“ von Köln um Asylbewerber handelt, es seien polizeibekannt Personen gewesen, solche die schon Vorstrafen wegen sexueller Übergriffe hatten. – Wenn dem so ist, dann fragt man sich umso mehr, was solche Leute in der Öffentlichkeit und auf freiem Fuss befinden.

Wie sich jetzt herausgestellt hat, wurde, was die Identität beziehungsweise Herkunft der Täter angeht, auf Anweisung des Innenministeriums gelogen. Grund dafür scheint wohl die Angst vor Leuten zu sein, die auf eigene Faust Selbstjustiz üben wollen und alle über einen Kamm scheren. Auch wird nun bekannt, dass die Herkunft der Täter nicht eindeutig nachzuweisen ist. Russischen Medien zufolge

seien syrische Pässe in der Türkei für 500 \$ erhältlich, da die Fabrik, in der die Pässe produziert werden, in die Hände des IS gefallen sei.

Als seien die Geschehnisse nicht schockierend genug, scheint es schier unmöglich zu sein die Täter auffindig zu machen und einer Bestrafung zuzuführen. Man müsse damit rechnen, dass es bei den Ereignissen von Köln nicht zu juristischen Prozessen kommt. Scheinbar sind Justiz und Staat überfordert. Zwar stellte sich nun heraus, dass viele der gestohlenen Handys in der Nähe und mitunter in Flüchtlingsheimen selbst geortet werden konnten, und bei den Verdächtigen Dokumente gefunden wurden, die man beim Stellen eines Asylantrages erhält – dennoch wurde rigoros verneint, dass es sich um Asylbewerber handelt. Das entspricht nicht der Wahrheit, da die meisten sogar frisch angereiste Asylbewerber waren, die seit Mitte 2015 alle pauschalisierend als „Flüchtlinge“ bezeichnet werden.

Eine Abschiebung der Täter scheint nun aber auch nicht möglich, da Artikel 53 des Aufenthaltsgesetzes eine Ausweisung von Ausländern nur in schwerwiegenden Fällen vorsieht. Straftaten, die weniger als 3 Jahre Freiheitsstrafe nach sich ziehen, haben keinen Einfluss auf laufende Asylverfahren.

Wenn man sich dies erst einmal klar macht, bleibt einem kurz die Luft weg. Kann man sich als Frau auf deutschen Straßen denn überhaupt noch sicher fühlen? Müssen wir uns jetzt komplett verschleiern, damit wir den muslimischen Mann mit unserer Kleidung nicht provozieren?

►► Fortsetzung auf Seite 2

# Nach Köln ist alles anders?

In der arabischen Kultur hat die Frau eine ganz andere Position als hier im Westen, der sich noch immer im Wandel befindet, aber dennoch auf einem hohen Niveau der Emanzipation angekommen ist, die Frau ist dem Mann gleichgestellt. Im arabischen Raum ist die Frau deutlich unter dem Mann, was ich anhand persönlicher Erfahrungen bestätigen kann.

Im Herbst 2011 machten meine Familie und ich spontan Urlaub in Ägypten, wo wir in einer Hotelsiedlung lebten, zu der auch ein Wasserpark zählte. In diesem Wasserpark gab es ausschließlich männliche Mitarbeiter und zum größten Teil männliche Besucher. Die weiblichen Besucher saßen entweder komplett verschleiert am Beckenrand oder waren kleine Kinder. Ich war die Einzige in meinem Alter (damals 17) und musste mir die ganze Zeit doppeldeutige Komplimente zu meinem Aussehen anhören, was mir deutlich unangenehm war.

Wie heißt es doch so schön? „Wenn du wissen willst, wie zivilisiert eine Nation ist, dann schau dir an wie sie ihre Frauen behandelt.“

In Puttgarden (Schleswig-Holstein) wurde ein französischer Geschäftsmann, der sich durch das Tragen einer Kippa als Jude zu erkennen gab, von zwei Asylbewerbern ausgeraubt, angegriffen und beschimpft. Die Täter wurden zwar in Polizeigewahrsam genommen, jedoch hinter-

lässt dieser Zwischenfall einen bitteren Beigeschmack: Ich bin eine Frau und jüdisch. Zwei „Zielgruppen“ auf einmal!

Genau wie das Frauenbild im arabischen Raum bekannt ist, so ist es auch ihre Abneigung gegen Israel und somit auch gegen Juden. Wie Dieter Graumann, ehemaliger Präsident des Zentralrats der Juden in Deutschland, im Interview mit dem WDR sagte, ist es schwer bis unmöglich eine von klein auf eingetrichterte Anschauung auf ein bestimmtes Volk abzulegen, nur weil man in ein Land kommt, in der diese Anschauung nicht geduldet wird. Mit anderen Worten: Leute, denen Judenhass von klein auf beigebracht wurde, legen ihn nicht einfach so ab, sie leben ihn weiter aus. Bewiesen hat das der Angriff in Puttgarden.

Jetzt stellt sich einem die großen Fragen „Wie soll es weitergehen?“ und „Wie kann ich als jüdische Frau weiterhin ohne Angst vor die Türe gehen?“ Es scheint, als würde Deutschland momentan von grabschenden arabischen Männern nur so überflutet. Täglich gibt es neue Meldungen von sexuellen Übergriffen auf Frauen. Nirgendwo scheint eine Frau mehr sicher zu sein. Diese Übergriffe scheinen sogar so weit zu gehen, dass ein evangelischer Pfarrer fordert, Asylbewerber die Dienste von Prostituierten umsonst zur Verfügung zu stellen, da offensichtlich ein erhöhtes Bedürfnis an sexueller Triebbefriedigung im Lande herrsche. Dass die Prostituierten, die schließlich auch

mit ihrem Beruf Geld verdienen wollen, nicht auf die Barrikaden gehen, wundert mich. Möglicherweise sehen sie es als ein Opfer zugunsten des Allgemeinwohls an, so wie es typisch für Deutschland ist!

Kölns Oberbürgermeisterin äußerte sich äußerst unklug öffentlich zu den Vorfällen in der Silvesternacht. Sie riet jungen Mädchen dazu sich nur in Gruppen fortzubewegen und sich auch nicht trennen zu lassen. Zudem tat sie den bekannten Ausspruch, der ihr im Netz viel Hohn einbrachte, Frauen sollen bei Männern, die ihnen fremd erscheinen, „eine Armlänge Abstand halten.“ – Die Opfer der Silvester Nacht bedanken sich für den Rat.

Allgemein ist der Fokus auf die Geschehnisse in Deutschland mehr als nur falsch! Die Schuld an den Ereignissen bei den Opfern zu suchen, um bloß nicht die Täter ausfindig zu machen und gerecht zu bestrafen. Zu groß ist die Angst, dass Konsequenzen falsch interpretiert werden können, dass Deutschland an den Pranger gestellt wird und sich mal wieder unter der Nazi-Keule wegducken muss.

Nein, das will man in Deutschland nicht, deswegen wird jeder freundlich in Deutschland willkommen geheißen, die Weihnachtsrede von Merkel mit arabischen Untertiteln im Fernsehen übertragen und weiterhin wird über eine Möglichkeit diskutiert, wie man alle Asylbewerber möglichst schnell integrieren kann.

Nur leider vergisst die Politik vor lauter Reden das Agieren und steht auf einmal Ereignissen gegenüber, die es so vorher in Deutschland noch nicht gegeben hat. Was die Politik dabei noch unbewusst zulässt, ist zudem ein starkes Aufkeimen der rechten Szene. PEGIDA und ähnliche Organisationen fühlen sich nun bestätigt und finden mehr Zuhörer denn je!

Zwischen der Integrationsfrage und dem Bekämpfen eines rechts-orientierten Radikalismus steht die Politik ratlos am Rand. Die Ereignisse der letzten Zeit scheinen nur der Anfang zu sein, es dauert nicht lange, da fürchte ich, wird es eine wahre Explosion an „Ereignissen“ geben. Diese Vermutung bestätigen auch etliche, gut integrierte Zuwanderer, die sich dem Stigma, welches jetzt allen Asylbewerbern aufgezungen wurde, widersetzen. Sie kamen nach Deutschland, um ihren Kindern ein besseres Leben zu ermöglichen, und müssen die Dinge aussprechen, die sich ein Deutscher nicht traut auszusprechen, da er als „Nazi“ gelten könnte.

Solange die Politik sowas zulässt, beuge ich mich dem Stubenarrest, opfere einen Teil meines sozialen Lebens auf, um sicher zu sein. Denn seien die Befürchtungen und Ängste meiner Eltern nun berechtigt oder nicht, ich bleibe in jedem Fall lieber zuhause als das Lustobjekt eines animalischen Mannes zu sein – vollkommen egal welcher Herkunft.

◀ Fortsetzung von Seite 1

## WORT DES HERAUSGEBERS DR. R. KORENZECHER

Die in unseren Mainstream-Medien zwischenzeitlich nur allzu selbstverständlich und allzu häufig gewordene Praxis der tendenziellen, israel-feindlichen und damit auch gegen die wirklichen Interessen unserer freiheitlich-demokratischen Lebensweise gerichteten Berichterstattung aus Tatsachenverdrehungen, Falschgewichtungen und Verschweige-Usancen müssen und werden – mit Ihrer Unterstützung – an dieser Stelle auch weiterhin vorbehaltlos demaskiert und gebrandmarkt werden.

Bereits in meinen vorangehenden Kolumnen, und besonders der Kolumne zur letzten Ausgabe unserer Zeitung, habe ich auf den teilweise bereits erbarmungswürdigen Zustand unserer ursprünglich beispielgebenden bundesrepublikanischen Demokratie und des restlichen noch freiheitlichen Westeuropas hinweisen müssen.

In diesem Zusammenhang beklagte ich – viel gescholten und in eine falsche politische Ecke gestellt – schon in der Vergangenheit den vorsätzlich-fahrlässigen, nicht selten gezielt angeordneten Verzicht unserer Politik und unserer, trotz vermeintlicher grundgesetzlich geregelter Gewaltenteilung, häufig politisch gesteuerten Justiz auf Strafverfolgung und die Anwendung rechtstaatlicher Gesetze – vornehmlich gegenüber islamischen Straftätern.

Als ich auch schon damals die erkennbar schwindende öffentliche Sicherheit und immer größer werdenden No-Go-Areas für Juden in unseren deutschen und europäischen Städten und von dem Vertuschungs- und Einzelfall-Kleinredungs-Bemühen unserer Medien sprach, kannten wir alle die ungeheuerlichen Neujahrsnachtgeschehnisse von Köln, aber auch Stuttgart und Hamburg noch nicht.

Zwischenzeitlich haben die Geschehnisse der Neujahrsnacht 2016 mit ihrer Wirklichkeit selbst die schlimmsten von

uns geäußerten Befürchtungen zur Politik und Berichterstattung weit in den Schatten gestellt und die Richtigkeit unserer Kritik mehr als bestätigt.

Politik und Exekutive überbieten sich in gegenseitigen Schuldzuweisungen und dokumentieren doch alle gemeinsam nur den totalen Bankrott der bisherigen Islam-Appeasement-Politik, natürlich ohne auch nur ansatzweise wirklich konsequente Schlüsse daraus ziehen zu wollen.

Die öffentlichen, vor den Augen unserer Polizei durch islamische Männer begangenen Vergewaltigungen an – vergeblich bei den vor Ort präsenten Polizisten – hilfeschuchenden Frauen, bleiben ebenso ungesühnt wie die ebenfalls seinerzeit in Anwesenheit der Polizei durch vornehmlich islamische Horden auf unseren bundesrepublikanischen Straßen skandierten „Juden-ins-Gas“-Hass-Tiraden.

Wie selbstverständlich und allgemein verbreitet die Nichtanwendung von Rechtshilfe, bei durch islamische Täter verübter Schwerestrafbarkeit geworden ist, enthüllt in beschämender Weise nichts besser als der lapidare offizielle Lügenbericht der Kölner Polizei vom Neujahrmorgen, wonach in einer Tatnacht mit hunderten sexuellen Schwerestrafungen auf wehrlose Frauen nach Angabe der Polizei alles friedvoll und ruhig verlaufen sein soll und besondere Vorkommnisse nicht vorlagen.

Selbst die Mainstream-Presse und die öffentlich-rechtlichen Medien, die ganze vier Tage brauchten, um ihre als Komplizenschaft mit der vorherrschenden Politik zu wertende Omertà zu durchbrechen, waren letztendlich, wenn auch nur durch Tausende von Bericht-Postings der Social-Media, widerwillig gezwungen, ihre Verschweige-Haltung aufzugeben. Wie erwartet geschah dies nur scheinweise und auch nur mit dem bis zur Lächerlichkeit wider besseres Wissen abgegebenen Hinweis, dass es keinesfalls

gewiss sei, ob es sich überhaupt um islamische Täter handelt.

Betrachtet man das maßlose Theaterdonnern und die unverhältnismäßigen Sexismus-Schuld zuweisenden Anwürfe unserer Medien und unserer linkslastigen und grünen Bessermensch-Szene angesichts des seinerzeit eher als lachhaft denn als bedrohlich anzusehenden Bar-Tresen-Gebalzes des alternden FDP-Möchtegern-Playboys Brüderle, dann wird das sehr kleinlaut und schon wieder sofort islam-rechtfertigende Auftreten eben dieser Medien und Politzszenen angesichts der tatsächlichen islamischen Sexual-Schwerestrafbarkeit deutlich als das enttarnt, was es wirklich ist: rückgratloses Appeasement gegenüber dem Islam und kaum zu ertragende Doppelstandard-Heuchelei.

Es ist schon ein desaströses Bild, das die gegenwärtige suizidale, unsere hart und opferreich erkämpfte freiheitlich-demokratische Rechtsordnung zumindest fahrlässig zerstörende, von einer jedem Bedenken unzugänglichen Kanzlerin geführte und von den links-grünen Weltverschlechterern beklatschte Innen-Politik unseres Landes ihren fassungslosen Bürgern und dem ungläubig staunenden Weltpublikum – selbst in den diese Politik belachenden islamischen Nutznießer-Ländern – liefert.

Auch wenn die Tage dieser Kanzlerin und ihres selbstherrlichen Vorbeiregierens am Wählervotum ihres Souveräns, des Volkes, recht unzweifelhaft gezählt sein dürften, so ist doch der Schaden, den die bisherige unkontrollierte, schutzraubende und unbegrenzte Grenzöffnungspolitik der Kanzlerin gegenüber einem islamischen Einwanderungstsunami schon jetzt verursacht hat, zumindest innenpolitisch bereits weitestgehend irreversibel.

Der Grad der faktischen Anbiederung und Anpassung an eine siebenstellige Zahl vielfach integrations-unfähiger und

integrations-unwilliger, unsere kulturellen Werte und unsere demokratische, säkulare, religionsfreie Lebensart verachtender Muslime, haben ebenso wie die nach den Geschehnissen der Neujahrsnacht kaum noch verhohlenen eingeräumt, angeordnete Nichtanwendung bestehender, unsere säkulare Demokratie, die nicht-islamische Noch-Mehrheit und andere in Deutschland lebende Minderheiten, darunter auch den jüdischen Bevölkerungsteil schützender Gesetze, den Rechtsfrieden in der Bundesrepublik erheblich gefährdet. Dazu haben sie, wie gegenwärtige Umfragen bereits deutlich zeigen, zu einem massiven Rechtsruck der durch die Politik der Kanzlerin politisch heimatlos gewordenen CDU-Wähler und zu einer massiven Stärkung des demokratie-feindlichen rechten Randes geführt.

Diese Wegbereitung für den rechten Morast wäre noch vor kurzem bei einer mehr von Vernunft gesteuerten Politik der Kanzlerin und ihrer nunmehr zunehmend das sinkende Schiff verlassender Politepigonon durchaus vermeidbar gewesen. Dies alles wird nun – der Kanzlerin sei's gedankt – neben der ohnehin in der Bevölkerung weit verankerten anti-jüdischen und fremdenfeindlichen Grundstimmung und neben dem stetig steigenden Islam-getragenen Judenhass und islamischer Fremdenfeindlichkeit zu einem weiteren, bereits jetzt gut erkennbaren, reaktiven rechts-generierten Schub an undifferenzierter, tumber Xenophobie und vor allem an weiterem rechts-orthodoxem und tradiertem Antisemitismus führen.

Geradezu sachlogisch und in fataler Weise folgerichtig passend zu dem innenpolitischen Desaster ist auch der Scherbenhaufen unserer ebenfalls vom Kanzler-Amt in aktiver Tateinheit mit unserem unsäglichen Außenminister – man darf wohl sagen – verübten Außenpolitik. ▶▶ Fortsetzung auf Seite 22

# Nikolaus war kein Türke und Jesus kein Palästinenser

Zur Zeit von Nikolaus lebte noch kein Türke auf dem Staatsgebiet der heutigen Türkei

Von Nikoline Hansen

Die Verbreitung von Unwahrheiten und Geschichtsklitterung hat in totalitären Systemen Tradition. So ist es nicht verwunderlich, dass zunehmend gerade muslimisch geprägte Gesellschaften versuchen, Geschichte zu ihren Gunsten auszulegen – wohl wissend: Wer die Geschichte schreibt, hat die Macht.

In komplexen Situationen ist es bequem, einfache Legenden zu schaffen und so die eine oder andere Identifikationsfigur zu vereinnahmen: Heilige hatten schon immer eine Anziehungskraft und ihr Charisma konnte nach ihrem Tod durchaus noch wachsen, wozu die Legendenbildung in hohem Maße beitrug.

Faktenwissen gerät immer stärker ins Hintertreffen vor diesen Versuchen, Geschichte und insbesondere charismatische Führungsfiguren umzudeuten und für eigene Zwecke zu vereinnahmen. Eine in dieser Hinsicht interessante historische Figur ist der Heilige Nikolaus. Sein Name ist griechisch und bedeutet übersetzt in etwa so viel wie „Sieger des Volkes“. Er wurde um 280 in Patara geboren und war in der ersten Hälfte des 4. Jahrhunderts Bischof von Myra – einer antiken Stadt in Lykien, zu seiner Zeit Teil des Römischen Reiches, später des Byzantinischen, heute die Stadt Demre in der Provinz Antalya in der Türkei. 310 wurde er im Zuge der Christenverfolgung gefangen genommen und gefoltert. Sein genaues Todesdatum ist nicht bekannt, es wird zwischen 345 und 351 datiert. Myra wurde im 5. Jahrhundert unter dem oströmischen Kaiser Theodosius II. Verwaltungssitz, ab 809 durch arabische Truppen geplündert und verlor an Bedeutung. Um 1080 wurde es zeitweise von türkischen Stämmen erobert.

Der Heilige Nikolaus gilt vielen als Schutzpatron: Den Kindern, den Seefahrern, den Händlern sowie weiteren Volks- und Berufsgruppen: Er wurde somit nach seinem Tod zu einer überaus charismatischen Persönlichkeit, um die sich ein regelrechter Kult entwickelte, der sich unter anderem nach Italien ausbreitete und dazu führte, dass süditalienische Kaufleute während der Unruhen Ende des 11. Jahrhunderts die Gebeine raubten und nach Bari brachten, wo sie 1087 ankamen und noch heute in der eigens errichteten Basilica San Nicola ruhen. Die Ankunft der Reliquien wird noch heute jährlich im Mai mit einem großen Fest gefeiert.

Nun weiß man zwar nicht viel über die historische Person Nikolaus, aber eins ist sicher: Er ist kein Türke! Denn erstens gab es damals noch gar keine Türkei und zweitens lebten die frühen Türken noch in ihrer Urheimat Mittelasien. Die Türken sind nicht die Ureinwohner des heutigen Staatsgebietes der Türkei, sondern Neu-Einwanderer aus anderen Weltgegenden. Trotzdem wird dies heute gerne und immer wieder behauptet.

So findet sich auf einer für Unterrichtszwecke zur Verfügung gestellten Webseite in Fettdruck verkürzt die Behauptung: „Nikolaus wurde um 280/286 in Patara in Lykien in der Türkei geboren und starb zwischen 345 und 351 in Myra, dem heutigen Kocademe bei Kale in der Türkei.“ Nur ein kleiner Schritt ist es dann zu der Behauptung der türkischen Kulturgemeinde Österreich:



Nikolaus von Myra war Grieche.

„Der Nikolaus kommt aus der Türkei“. Und so wird durch die Umdeutung der Herkunft einer Heiligenfigur ein junges Land ganz unverhofft zu einem alten Kulturland, obwohl die türkische Besiedlung der Heimat des Nikolaus erst ein paar Jahrhunderte nach seinen Lebzeiten mit dem Eintreffen der Seldschuken im 11. Jahrhundert begann, was wiederum die Entführung seiner Gebeine nach Italien begünstigte.

Dies ist kein Einzelfall. Die falsche ethnische Zuordnung einer historischen

Person mit Charisma zu Propagandazwecken hat Tradition: Das Vorurteil „Die Juden haben Jesus umgebracht“ ist fast so alt wie das Christentum selbst und erst in jüngster Zeit hat sich die historisch korrekte Erkenntnis durchgesetzt, dass Jesus a) selbst Jude war und b) von römischen Soldaten gekreuzigt wurde.

Indes, Legenden sind hartnäckig und wenn sie erst einmal etabliert sind, nur schwer wieder aus der Welt zu räumen. Allgemein hat sich wohl die Sichtweise durchgesetzt, dass Jesus von Nazareth ein jüdischer Wanderprediger war. Zum Messias und Sohn Gottes wurde er nach seinem Tod von seinen Anhängern gemacht. Man sollte meinen, die historische Faktenlage sei klar. Sie wird aber genauso verworren präsentiert, wie sich die Situation in Nahost darstellt. Am 25. Dezember 2013 titelte die Welt „Abbas erntet Spott für ‚palästinensischen Jesus‘“. Tatsächlich? Die Rede ist in dem Artikel von „Gewalt an den Weihnachtstagen“. Der Widerspruch und Spott der israelischen Regierung dürfte leider nicht bei allen Zuhörern auf offene Ohren gestoßen sein.

Vorurteile sterben schwer, erst Recht wenn sie sich in der Nähe der Wahr-

heit bewegen und in diesem Fall stimmt zumindest die geographische Tatsache, dass das Land, in dem Jesus lebte, nur wenige Jahre nach seinem Tod tatsächlich Palästina hieß. Zu dem Zeitpunkt als Jesus lebte, hieß die Gegend allerdings Judäa – auch nach der römischen Besetzung. Erst 135 nach dem Bar-Kochbar-Aufstand erhielt sie den Namen „Syria Palaestina“. In dem bekannten deutschen Schulbuchatlas von Diercke findet sich unter der unkorrekten Überschrift „Palästina zur Zeit Jesu“ eine durchaus korrekte Karte, in der das entsprechende Gebiet mit den Namen Galiläa, Samaria und Judäa sowie Idumäa bezeichnet ist. Mit anderen

Worten: Der Gebrauch des Namens ist so geläufig, dass seine Verwendung noch nicht einmal in Frage gestellt wird. Das impliziert: Jesus war ein Palästinenser – was sonst, wo er zu seiner Zeit in Palästina lebte? Eigentlich kann man unter diesen Umständen schon froh sein, wenn eine Klasse als Arbeitsergebnis im Unterricht zu dem Ergebnis kommt: „Jesus war Jude und lebte in Palästina.“

Zu allem Überfluss ging es zu damaligen Zeiten um ein anderes Palästina. Denn umgedeutet wurde der Begriff

„palästinensisch“, der sich erst seit den sechziger Jahren für die christliche und moslemische arabische Bevölkerung der ehemaligen palästinensischen Gebiete einbürgerte, also wie er heute in der Regel verstanden wird, nach der Gründung der PLO (Palestine Liberation Organization, gegründet 1964 mit dem Ziel der Vernichtung Israels). Vor der Gründung des Staates Israel bezeichneten sich auch die Juden, die dort lebten als „palästinensisch“, denn Anfang des 20. Jahrhunderts gehörte Palästina, wie das Gebiet offiziell hieß, zum Osmanischen Reich. Erst am 25. April 1920 erhielt Großbritannien das Mandat für die palästinensischen Gebiete.

Jesus ein Palästinenser? Für die heutigen arabischen „Palästinenser“ ist diese Zuordnung ein Geschenk in ihrem Propagandakrieg gegen Israel. Denn diese Zuordnung ermöglicht ihnen vor allem eines: Den Staat Israel zu delegitimieren und für seine „rassistische Apartheidspolitik“ zu verurteilen. Einen besonderen Auftrieb erhielt diese Politik durch einen Aufruf palästinensischer Christen, dem sogenannten Kairos-Dokument (namentlich angelehnt an das Kairos-Papier von 1985 über die

Apartheid in Südafrika), das am 11. Dezember 2009 veröffentlicht wurde und besonders in den USA auf positive Resonanz stieß. Aber auch in Deutschland gibt es viele Christen, die sich den Forderungen, die auf einen Boykott Israels hinzielen, anschlossen. Am 30. April 2015 forderte der Erzbischof Emeritus Desmond Tutu den Evangelischen Kirchentag auf, sich für die Freiheit von Palästina einzusetzen, „damit auch Israel frei sein kann“. Kairos hat in Europa Fuß gefasst. Seit Juli 2012 gibt es das deutsche KAIROS-Palästina-Solidaritätsnetzwerk, das die jüdischen Siedler als die wahren Feinde Israels stigmatisiert. Und natürlich geht es um das Leiden der Palästinenser und Palästinenserinnen – implizit erinnernd an das Leiden Jesu am Kreuze.

Und so gehört es wohl mittlerweile auch zu einer guten Weihnachtstradition, Jesus als Palästinenser zu präsentieren. Die Organisation Palestinian Media Watch hat unter der Überschrift „Rewriting history“ eine ausführliche Liste der Veröffentlichungen zusammengestellt, in der Jesus derart reinterpretiert wird: sogar als „palästinensischer Muslim“ in einem dreisten Versuch, Israel von der Landkarte zu tilgen. Das Leiden Jesu wird mit dem Leiden des „palästinensischen“ Volkes verglichen und Jesus zum ersten „palästinensischen Märtyrer“ erklärt (im Fernsehsender der Palästinensischen Autonomiebehörde am 26. Januar 2015).

Pünktlich zum Weihnachtsfest 2015 erschien am 23. Dezember ein Kommentar von Evelyn Hecht-Galinski mit der Überschrift „Was hätte Jesus zur Besetzung Palästinas gesagt?“ Ich zitiere: „Wenn am 24. Dezember von Christen weltweit die Geburt Jesu gefeiert wird, dann gibt es im Dunkel der Besetzung eine frohe Botschaft zu verkünden, Jesus war auch ein Palästinenser. Er wurde in Palästina geboren, als Flüchtling und Opponent versuchte er den geistigen Kampf gegen die jüdische Obrigkeit. Das kam ihm teuer zu stehen, er wurde gekreuzigt und war der erste Märtyrer in Palästina. Das vereint heute Christen und Muslime, wenn sie gemeinsam unter der jüdischen Besetzung zu leiden haben.“ Ja, das ist mal eine frohe Botschaft. Und weiter? „Jesus hätte sich gegen diese Besetzung und für seine besetzten Brüder eingesetzt, daran sollten alle Menschen denken, die Weihnachten feiern.“

Dass jemand einmal mehr unwidersprochen verkündet, Jesus sei „Palästinenser“, passt ganz offensichtlich in den Trend der Zeit. Das ist nicht harmlos, sondern eine heimtückische anti-israelische Propaganda, die auf eine beliebte geistige Identifikationsfigur zurückgreift, mit anderen Worten: Gehirnwäsche pur.

Fazit: Der Legendenbildung um falsche Heilige ist entschieden entgegenzutreten. Sie wird zum Zwecke des Machtgewinns und einer ideologischen Kriegsführung missbraucht. Wir leben in einem aufgeklärten Land, in dem Fakten als solche benannt werden sollten und in dem gute Bildung einen hohen Stellenwert genießt. Und das muss auch so bleiben. Denn, wie sagte schon Kurt Tucholsky: „Unterschätze nie die Macht dummer Leute, die einer Meinung sind.“

# Iraner ratifizieren manipulierten Vertragstext

*Dank ahnungsloser deutscher Journalisten erfährt man nichts davon.*

Von Michael Guttmann

Das Streben des Irans nach der Bombe ist alt. Noch älter sind die Feindbilder des Irans zu den Vertragspartnern des JCPOA, insbesondere zu den Westmächten USA und Großbritannien. Die Anglo-Iranian Oil Company war die erste, die Irans Reichtümer ausbeutete. Auch die USA sicherten sich Ölkonzessionen. Mossadegh, der gewählte Premierminister, setzte auf die Verstaatlichung der Ölindustrie, worauf ihn die Armee mit Hilfe des CIA 1953 stürzte. Das war ein schwerer Eingriff in die Souveränität des Landes. Der Schah Reza Pahlavi wurde zunehmend ein Vasall der USA. Irans Aufrüstung mit US-Krediten, führte zu wirtschaftlicher Stagnation und endete in einer Gesellschaftskrise. Ein korruptes Marionettenregime, gefüttert mit US-Militär- und Wirtschaftshilfe und gestützt auf den brutalen Geheimdienst SAVAK, machte den Schah zu einem der verhasstesten Diktatoren der islamischen Welt. Der Schah musste ins Exil und die Ayatollahs errichteten 1979 ihren islamischen Staat.

Nach 62 Jahren, davon 36 als islamischer Staat, ist das Misstrauen immer noch groß. Es beruht gewiss auf dieser verhängnisvollen Vergangenheit. Aber das ist nur die eine Erklärung. Die andere? Die Ayatollahs entwickelten seit ihrer Herrschaft den Volkszorn zu einem permanenten Hass gegen die USA und den Westen. Ihre religiöse Militanz und expansives Streben nach Einfluss verängstigen die Nahostregion und verprellen die Welt. Der Sturz von Mossadegh ist nicht vergessen. Inwiefern die Beziehungen Iran-USA heute noch belastet, ist hintergründig geworden. Auf keinen Fall ist es nach so langer Zeit eine offene Wunde mehr, die die Atmosphäre immer noch vergiftet, wie manche Nahost-Experten behaupten.

Einen neuen Riss in die Beziehungen brachte 1979 die Stürmung der US-Botschaft in Teheran mit den Geiselnahmen. Seitdem Iran eine islamische Republik ist, hat es jede Gelegenheit genutzt, den USA eins auszuwischen. Das Attentat der Hisbollah 1983 im Libanon auf die US-Marines gehörte zu den großen Verbrechen, die von Teheran aus gesteuert wurden. Mittlerweile ist die Angst vor einer Bombe in den Händen der Mullahs nicht nur regional. Sie bedrohen den internationalen Schiffsverkehr in der Straße von Hormus, belegen Irak, Jemen, Afghanistan, Libanon, Syrien u.a. mit Terror und haben für Israels Zerstörung schon einen Termin verkündet. Das alles erschwert Fortschritte auch im Atom-Abkommen mit dem Iran.

Es hat über 12 Jahre gedauert, bis der islamische Staat Iran in ein Atomabkommen einwilligte, welches die geheime Nuklearrüstung verbietet. Am 14. Juli 2015 war es dann soweit. In Wien wurde JCPOA verabschiedet, mit der Zielstellung ein neues iranisches Atomprojekt für zivile Zwecke aufzubauen. JCPOA sieht dafür einen strengen Programmablauf vor. Mit der Ratifizierung des Abkommens („adoption day“) anerkennen die Vertragsseiten offiziell ihre Verpflichtungen. Der Iran beginnt mit der Umsetzung seiner Verpflichtungen zum Abbau des alten militärischen Atomprogramms. Die Details sind in der sogenannten PMD-Akte fixiert. Nachdem die IAEA (Internationale Atomenergiebehörde) Irans Pflichtenerfüllung durch die Schließung der PMD-Akte bestätigt wird, wird der „implementation day“ eingeleitet



Rohani in Rom, wo die Gastgeber für ihn antike Statuen verhüllen ließen.

– Sanktionsabbau und Realisierung eines zivilen Atomenergieprogramms.

Das Tauziehen geht jedoch auch nach dem Wiener Abkommen weiter. Ein Ende des Lavierens des Irans ist nicht in Sicht. Gar vielfältig sind seine Tricks.

## Das iranische Parlament ratifiziert ein manipuliertes Atomabkommen

Am 13. Oktober 2015 hat das iranische Parlament Majlis den Atomvertrag ratifiziert. Den Vertragstext bekamen die Abgeordneten in einer korrigierten Version mit einer wesentlichen Änderung vorgelegt.

„ Ein solcher Vertrag ist schwere Kost, aber es lohnt sich hier die Details zu betrachten. “

Im §3 heißt es: „Die iranische Seite wird jeden Versuch der Gegenseite abwenden, welcher bezweckt, die Aufhebung von Sanktionen zu behindern oder beendete Sanktionen zu reaktivieren oder neue Sanktionen einzuführen, mit welcher Begründung auch immer. Sie wird dann geeignete Schritte des Abbruchs der Zusammenarbeit einleiten und stattdessen unverzüglich das eigene Atomprogramm fortsetzen, damit binnen zwei Jahren das Potential der Urananreicherung von 190.000 SWU (Bemessungsmaß für den Isotopenanreicherungsgrad von Uran) erreicht wird. Der oberste Rat für nationale Sicherheit wird dann die Führung übernehmen und die Regierung beauftragen, innerhalb von vier Monaten dem Rat einen neuen Plan vorzulegen.“

Das Thema Sanktionen hatte von Beginn eine zentrale Bedeutung im Vertragstext. Die Aufrechterhaltung von Sanktionen ist für den Fall der Nichterfüllung von Verpflichtungen als Option im JCPOA vorgesehen, um eine Reaktivierung („snapback“) einleiten zu können. Aus diesem Grund heißt es im Vertragstext, dass Sanktionen zunächst ausgesetzt und nicht aufgehoben werden. Bei bewusstem Vertragsbruch können auch neue Sanktionen verhängt werden.

Das Majlis hat am 13. Oktober 2015 also einen quasi nicht-abgestimmten Vertragstext statt des Originaltextes ratifiziert. Be-

reits am 3. September 2015 erklärte Chamenei mündlich, dass er die Bedingungen des Vertrages nicht akzeptiere und forderte, dass die Sanktionen generell aufgehoben statt nur ausgesetzt werden.

Der Beschluss des Majlis auf der Basis eines manipulierten Textes war der erste Streich der iranischen Führung. Es war nur eine Frage der Zeit, bis weitere folgten. Für Februar 2016 sind Wahlen angesagt. Das Lager der Pragmatiker braucht erneut einen Wahlsieg und will die Mehrheit des Volkes mit der Überwindung der Sanktionszeiten für sich gewinnen. Das ideologische Lager fürchtet nichts mehr als eine erneute Wahlschlappe. Die Opposition

bezeichnen sie als Feinde des Volkes. „Nie wieder eine neue Fitna“ heißt ihre Maxime. Der islamische Begriff Fitna bezeichnet schwere Zeiten, in denen vermehrt mit Glaubensspaltung und Glaubensabfall gerechnet werden muss. Sie wollen das Abkommen nicht, weil sie darauf setzen, doch noch an die Bombe zu gelangen. Ganz deutlich wird das an ihren Offensiven erkennbar, die Barrieren für die Umsetzung durch immer neue Bedingungen und Garantieforderungen hochzusetzen, um den Abbruch des JCPOA zu erzwingen. Sie sind gegen eine Öffnung nach außen und warnen vor einer Überschwemmung mit westlichen Waren und Ideologien nach dem Ende der Sanktionen.

## Richtlinien des obersten Führers in einem offenen Brief an den Präsidenten

Der Brief vom 21. Oktober 2015 war vor allem auch eine Demonstration der Richtlinienkompetenz Chameneis in der Öffentlichkeit. Er enthält neun Bedingungen, die der Originalfassung des JCPOA sämtlich widersprechen. Als offiziellen Anlass des Briefes wurden die „Ashura-Gedenktage des nationalen Widerstandes gegen die Kräfte des Übels“ gewählt. Gedacht wird dabei des Todes des dritten Imams in der Schlacht von Kerbela durch Selbstgeißelung und blutige Trancen auf den Straßen. Der Brief wurde als histo-

risch bedeutsam deklariert und somit in den Stand eines verbindlichen Dokuments erhoben. Zugleich ließ das Regime verkünden, dass eine bedingungslose Erfüllung aller Forderungen erwartet wird. So ähnlich haben auch die Betonköpfe der SED ihre Forderungen durchgesetzt.

## Chameneis Bedingungen im Wortlaut. Interpretationen sind gekennzeichnet:

1. Vollständige Aufhebung aller Sanktionen und Vorlage von zusätzlichen Garantien der USA und EU für dessen Einhaltung, bevor Iran seine Verpflichtungen erfüllt.

(Bedeutung: Grundsätzliche Änderungen des Originaltextes des JCPOA, um eine Schritt-für-Schritt-Realisierung der Pflichten und Kontrolle zu umgehen.)

2. Jede Sanktion gegen den Iran, gleich in welcher Phase, mit welcher Begründung/Ausrede (Terrorismus, Menschenrechtsverletzung u.ä.) und von welchen der Vertragsstaaten hervorgebracht wird, gilt als Vertragsverletzung und berechtigt den Iran zum Ausstieg aus dem Vertrag.

(Bedeutung: JCPOA wird mit anderen Themen verknüpft, damit es dem Iran die Möglichkeit bietet, bei beliebigen Konflikten und Differenzen auszusteigen.)

3. Nach der Ratifizierung des JCPOA ist die Internationale Atomenergieagentur (IAEA) am Zuge, die PDM-Akte für geschlossen zu erklären. Danach wird der Iran mit dem Abbau von Zentrifugen und hochangereichertem Uran beginnen.

(Bedeutung: Laut JCPOA steht die Aufgabe betreffs der Schließung der PDM-Akte eindeutig fest. Die IAEA schließt diese Akte nicht aufgrund einer parlamentarischen Ratifizierung des Atomabkommens, sondern nach erfüllten Verpflichtungen des Irans im Gelände (Abbau von: Zentrifugen, angereichertem Uran und Umbau des alten Atommeilers in Arak). Die Forderung nach Veränderung der Abläufe ergibt keinen Sinn, weil die IAEA ohne Kontrolle und Bestätigung der Pflichterfüllung im Gelände überflüssig wäre.

4. Der Iran wird seine Verpflichtung, die Zielstellung des Atommeilers von Arak zu überarbeiten, in Angriff nehmen, wenn sichere Einverständnisse für Alternativen vorliegen.

(Bedeutung: Der Umbau von Arak, der vorsieht den alten Meiler durch Betonzuschüttung unbrauchbar zu machen wird auf unbestimmte Zeit verschoben.)

5. Irans Verpflichtung, angereichertes Uran gegen Uranerz, einzutauschen, soll stufenweise und nur gegen ausreichende Garantien erfüllt werden.

(Bedeutung: Der Termin für das Herausrücker des angereicherten Urans wird auf den Sanktionierleinstag verschoben.)

6. Der Präsident wird angewiesen sofort mit einer langfristigen Urananreicherung zu beginnen, mit dem Ziel innerhalb von 15 Jahren 190.000 Zentrifugen zu errichten.

(Bedeutung: Völlige Aushebelung des JCPOA.)

7. Irans Atomenergie-Organisation wird angewiesen, die Verhandlungen in verschiedenen Dimensionen fortzusetzen, so dass in den kommenden acht Jahren der Iran ungestört die Technologie seiner Urananreicherung fortsetzen kann.

(Bedeutung: Völlige Aushebelung des JCPOA.)

8. Die Ausräumung von Missverständnissen zum JCPOA erfolgt auf der Basis der Verhandlungsprotokolle, d.h. der Aus-

fürhungen der iranischen Seite und nicht aus den Auslegungen der Gegenseite.

(Bedeutung: Jeder Zweifel am ursprünglichen Vertragstext wird Gegenstand von endlosen Debatten.)

9. Der Verdacht, dass die Gegenseite, insbesondere die USA, ihre Versprechen nicht halten werden, macht es erforderlich, dass Präsident Rohani eine Experten-Kommission zur Seite gestellt wird, die die Vertragserfüllung verfolgt.

(Bedeutung: Chamenei schafft weitere administrative Gremien, die die Arbeit jederzeit behindern können.)

Rafsandschani: Iran muss seine Verpflichtungen erfüllen

Der Vorsitzende des Rates zur Wahrung der Interessen des Regimes, Rafsandschani, meint, dass die militärische Option einer Atombombe für den Iran überholt ist. Rafsandschani ist der Peres der Perser. Peres war der verantwortliche Politiker für die nukleare Rüstung Israels. Er zählte zeitlebens zu den Tauben der israelischen Politik. Rafsandschani ist der Führer der Pragmatiker im Iran und hat ebenfalls die nukleare Rüstung des Irans initiiert und als Staatspräsident die geheime Forcierung betrieben. Heute strebt er an, die Atomenergie für friedliche Zwecke dem Iran verfügbar zu machen. Er ist der einzige, der es wagt, dem obersten Führer öffentlich zu widersprechen.

Lassen wir ihn selbst sprechen (Auszüge aus einem Interview vom 26. Oktober 2015 für [www.inhnews.ir](http://www.inhnews.ir) zum Thema „Irans nukleare Hoffnungen“):

**Rafsandschani:** Die militärische Option einer Atombombe wurde nach dem Krieg gegen den Irak fallengelassen. Während des Schah-Regimes hat der Iran mit Hilfe der Deutschen die Arbeiten begonnen. Nachdem die Deutschen uns im Stich ließen, wendeten wir uns an Pakistan. Auch der Irak näherte sich der Bombe, aber Israel hatte das verhindert. Heute ist das alles nicht mehr notwendig. Aber wir haben in die friedliche Nutzung investiert. Ich persönlich lehne die Weisungen Chameneis ab und fordere die Erfüllung der Verpflichtungen.

*Im Parlament hieß es, JCPOA gefährde die nationale Sicherheit des Irans.*

**Rafsandschani:** Die Fundamente der iranischen Sicherheit sind stark genug, dass dieses Projekt keine Gefahr für uns bedeutet. Unser Raketensystem ist davon überhaupt nicht berührt. Wir haben Kompromisse zum gegenseitigen Nutzen geschlossen. Die Zentrifugen werden von 20.000 auf 6.000 reduziert. Der Westen wird unsere Anlage für schweres Wasser in plutoniumloses Wasser umwandeln, eine moderne Technologie, die für uns Fortschritt bedeutet. 80 bis 90 % des Volkes sind für JCPOA.

*Was sind Ihrer Meinung nach die größten Vorteile für den Iran aus JCPOA?*

**Rafsandschani:** Hauptsächlich die Zusammenarbeit mit den fortschrittlichsten Staaten der Welt. Wenn die Sanktionen gefallen sind, werden wir verstehen, welche Probleme wir hatten. Unser Land wird aufblühen, unsere internationale Lage sich verbessern. Nur die Kriegstreiber denken, dass unsere Ehre darin besteht, um die Sympathie der Fanatiker der Welt zu werben. Es gibt 30 bis 40 Staaten, die das Recht haben, Uran für friedliche Zwecke anzuwenden. Iran wird einer von ihnen sein.

*Wie müsste Iran im Falle des JCPOA vorgehen?*

**Rafsandschani:** Wir müssen das realisieren, wozu wir uns verpflichtet haben.

### Erneuter Kampfausbruch unter Irans Führer

Im Vorfeld der Wahlen im Februar 2016 zum Majlis und zum „Rat der Weisen“, der den obersten Führer nominiert, sowie nach der Ankündigung Rafsandschanis

vom 25. November 2015 für diesen Rat zu kandidieren, entbrannte erneut ein heftiger Kampf zwischen dem ideologischen Lager des obersten Führers Chamenei und den Pragmatikern um Rafsandschani.

Der Sprecher der iranischen Atomenergie-Organisation sagte am 3. November 2015: „Wir treiben die Arbeiten entsprechend den Bedingungen des obersten Führers voran. Bisher wurde noch keine einzige Zentrifuge demontiert, nur ein paar veraltete, die ohnehin nicht mehr funktionieren.“ Später sagte er, dass Iran mit der Demontage der brauchbaren Zentrifugen und dem Austausch von angereichertem Uran gegen Rohuran beginnen wird, sobald die PMD-Akte geschlossen ist. Außenminister Sarif verkündete am 29. November 2015, dass der Iran seine JCPOA-Verpflichtungen erst nach dem Schließen der PMD-Akte erfüllen werde. Die 5+1-Mächte müssen den ersten Schritt gehen, bevor Iran das Seinige tut.

### Die Stellung der Internationalen Atomenergie Agentur (IAEA)

Unbeeindruckt vom diplomatischen Geplänkel Teherans erklärte Direktor Yukiya Amano zu seinem Bericht vom 8. Dezember 2015: „Irans Forderungen stehen im Widerspruch zum Atomvertrag von Wien. Mit der Ratifizierung des Abkommens „adoption day“ erkennt Iran seine Pflichten an und kann mit Vorbereitungen „preparatory steps“ starten. Erst nach Schließung der PMD-Akte beginnt der Sanktionsabbau. Es kann nicht akzeptiert werden, dass der Ablauf durch den Iran in irgendeiner Weise geändert wird. Alles, was vom Iran erwartet wird, ist seine Kooperation mit der IAEA, d.h. Iran muss 9 Tonnen angereichertes Uran außer Landes bringen, die Zentrifugen auf 6.000 abrüsten und den

auszusetzen, ohne dass der Iran die vereinbarten Verpflichtungen vollständig erfüllt.

### Pokern bis zum Letzten

Gegen Jahresende wäre alles klar gewesen. Das iranische Parlament hat JCPOA ratifiziert, wenn auch in einer manipulierten Fassung. Wie lange der Wächterrat braucht, um das abzusegnen, weiß niemand. Präsident Rohani hat inzwischen die Fortschritte des Irans in seiner Rede an die Nation am 16. Dezember 2015 gelobt und versichert, dass im Januar 2016 die Sanktionen wie versprochen fallen werden.

Ist es nur Wahltaktik? Endlich wäre der Iran an der Reihe mit der Realisierung seiner Verpflichtungen zu beginnen. Doch in letzter Minute wird der Ball wieder der Gegenseite zugespielt. Der Iran forderte erneut Änderungen: erst Streichung der Sanktionen, danach Pflichterfüllung, und diesmal im dreisten Ton.

### Der Atomdeal und die deutschen Medien

Was geht eigentlich vor im Iran? Die deutsche Öffentlichkeit erfährt wenig. Die Meldungen der Medien sind im hohen Maß oberflächlich, falsch und euphorisch. Sie haben weder über die Bedingungen des Oberayatollah Chamenei noch über das getäuschte Parlament oder von dem dreisten Interview des iranischen Chefunterhändlers Sarif, irgendetwas gebracht.

Die „Süddeutsche Zeitung“ schrieb: „Der oberste Führer des Irans, Ali Chamenei, der in allen wichtigen Staatsangelegenheiten das letzte Wort hat, äußerte sich öffentlich weder positiv noch negativ über das Abkommen. Er hat aber während der Verhandlungen Unterstützung für Irans Diplomaten bekundet und betont, dass das Parlament entscheiden wird.“ Völlig falsch.



Rohani als Verhandlungspartner? Zu melden hat nur Chamenei etwas!

Arak-Meiler mit Beton zuschütten. Danach wird der „implementation day“ durch den IAEA verkündet, damit die Sanktionen ausgesetzt bzw. beendet werden. Wer den PDM-Bericht zum Problem gemacht hat, ist das ideologische Lager des Irans, das im Gegensatz zu den Pragmatikern, sich mit einer Schließung der Akte nicht zufrieden gibt, sondern einen absoluten Freispruch vom Verdacht der militärischen Nutzung verlangt, d.h. Freispruch von jeglichen weiteren Kontrollen.“

Den Begriff „preparatory steps“ gibt es im JCPOA nicht. Es ist nicht anzunehmen, dass der Westen sich mit Vorbereitungsschritten begnügen wird, um Sanktionen

Tatsächlich hat Chamenei auf den Staatspräsidenten und das Parlament Druck ausgeübt mit der Absicht, alle davon in Kenntnis zu setzen, denn sein Brief mit den Bedingungen, die das Abkommen in allen Punkten anfechten, erschien nicht nur in Irans Medien, sondern auch auf Facebook und Twitter in Farsi und Englisch. Es wird der Eindruck erweckt, als gehöre Chamenei selbst nicht zu den Hardlinern und Sarif ringe nur um schnelle Realisierung.

Sein rigides Interview in den USA bleibt völlig unerwähnt. Am Ende ihres Artikel „Atom-Deal nimmt weitere Hürde“ wird dem Leser noch erläutert: „Israel ist der entschiedenste Gegner des Abkommens“.

Als ob sonst der gesamte Nahe Osten, der US-Kongress u.a. in Heiterkeit ausbrechen über den fragwürdigen Deal mit den langen Geburtswehen.

Am tief bewölktem Himmel dann plötzlich eine leichte Erheiterung. Der unberechenbare Iran verschifft angereichertes Uran nach Russland. Deutschlands Medien schalten auf Euphorie: „Endgültiger Durchbruch im Atomdeal“, „Ein Triumph der Diplomatie“. Mit solchen Schlagzeilen werden die Leser übersättigt. Begründungen bleiben rar und dürftig. Der Oberayatollah Chamenei ist in klinischer Behandlung. Palastrevolution der Pragmatiker, die über seine Ablösung nachdenken. Weitere Presserosinen aus der „Berliner Zeitung“: „Reibungslose Umsetzung“, „Der aufwendigste Teil des Handlungsplans ist erfüllt, trotz des diplomatischen Säbelrasseln vieler US-Republikaner“, „Der Deal mit Iran ist ein Anknüpfungspunkt für weitere diplomatische Kontakte, denn auch in Syrien wird es gegen die Regionalmacht Iran keinen Frieden geben.“ Sanktionen werden aufgehoben bzw. seien schon gefallen, sind auch nur Jubelmeldungen, die von mangelnder Kenntnis des Vertragsinhalts zeugen.

Merkwürdig ist auch der Vergleich von Iran und Saudi-Arabien in einer Artikelserie der „Berliner Zeitung“, erschienen nach dem ersten iranischen Schritt im Atomdeal und den jüngsten Hinrichtungen in Riad. Dem einen wird „internationale Hofffähigkeit“, dem anderen „Führungsdefizit“ attestiert. Das saudische Königsreich zerstört den Jemen mit Bomben, unterstützt den IS und geht mit eiserner Faust gegen Bürgerrechtler und Blogger vor. Als ob die „Hoffähigen“ das nicht auch tun. Als selbsternannte Beschützer aller Schiiten haben sie Irak mit Terror überzogen, in Syrien und Jemen die Terrormilizen Hisbollah bzw. Huthi finanziert. Tatsächlich bestehen die Unterschiede nur darin, dass die einen eine klerikale Republik, die anderen eine klerikale Monarchie sind, die einen ein Marionettenparlament wählen, die anderen offen die Demokratie brüskieren. Beide Länder werden von Fanatikern geführt. Sie lassen Dieben die Gliedmaßen abhacken und Auspeitschen ist gängige Strafe hier wie dort. Nach Heinrich Heine kann man sagen: „Es will mich schier dedünnen, dass sie alle beide stinken.“

Der „BZ“ zufolge spielt der Iran jedoch in einer höheren Liga, weil in Saudi-Arabien „eine zivilgesellschaftliche Verständigung über den künftigen Kurs des eigenen Landes nicht stattfindet, Entscheidungsprozesse der Kronprinzen von der Bevölkerung abgeschirmt, undurchschaubar und abrupt sind, die Machtpolitik des königlichen Trios nicht von den Fähigkeiten der heimischen Untertanen gedeckt ist“. Hier ersetzt Formulierungsschmalz mit Grieben den sachlichen Vergleich.

Allmählich sickern spärliche Andeutungen über Kontakte zwischen USA und Iran durch, die dem iranischen Außenminister klargemacht haben dürften, dass sie liefern müssen, wenn sie auf Sanktionsabbau bestehen. Auch gibt es neue Meldungen, wonach der Iran im Atomdeal nachgibt und zugleich mit seiner Raketentrüstung weiter provoziert. Diese sei nie Verhandlungsgegenstand gewesen, brüstete sich Irans Außenminister und Chefunterhändler Sarif. Formal richtig. Richtig bleibt aber auch dass, JCPOA – „Gemeinsamer umfassender Aktionsplan“ ein viel zu hochtrabender Name für einen kleinen umstrittenen Deal ist. Die jüngsten Raketentests am Schatt El-Arab bestätigen es. Die Zukunft wird zeigen, was JCPOA bringt. Die Hoffnung bleibt bestehen, dass erst wenn der Iran sich vom Ayatollah-Regime gelöst hat, es möglich sein wird, mit einem demokratischen Iran verlässliche Verträge abzuschließen, die Kriegsgefahren wirklich abbauen.

# Zu Besuch bei jüdischen Journalisten in Ungarn

## Gutes und Schlechtes für die Juden in Orbans Ungarn

Von Karl Pfeifer

Die Medien berichteten 2015 ausführlich über Ungarn und es gab auch tendenziöse Berichte, die lediglich Negatives oder Positives zeigten. Deswegen führte ich mit dem Chefredakteur der zweiwöchentlich erscheinenden Zeitung des „Verbandes der jüdischen Gemeinden Ungarns“ („MAZSIHISZ“) ein Interview.

Der 80-jährige Oberrabbiner Peter Kardos ist nicht nur seit Jahrzehnten Gemeinderabbiner im XIV. Bezirk (Zugló) Budapest, der ihn unlängst zum Ehrenbürger ernannte, sondern auch Chefredakteur von „ÚjÉlet“ (Neues Leben). 2014 veröffentlichte er in seinem Buch „Gemischtes aus der Siputca“, das 2015 in zweiter Auflage erschien, eine Auswahl seiner Artikel, Reden und Predigten. Siputca 12 ist die Adresse von MAZSIHISZ und dort befindet sich auch die Redaktion von „ÚjÉlet“, dessen Chefredakteur Oberrabbiner Kardos ein paar Jahre nach der Wende wurde.

**Was hat sich seit der Wende bei der Zeitung geändert?**

**Peter Kardos:** Vorher bekamen wir unser Gehalt dafür, was wir nicht geschrieben haben, heute dafür, was wir schreiben. Ein Thema, über das wir in der Regel nicht schreiben durften, war Israel. Ausgenommen natürlich, wenn der Generalsekretär der Israelischen kommunistischen Partei, Meir Wilner, Budapest besuchte. Sehr selten, aber doch, durften wir über linksgerichtete israelische Schriftsteller oder Künstler berichten. 1967 musste „ÚjÉlet“ nicht an der Kampagne gegen den „israelischen Aggressor“ teilnehmen. In anderen Ländern des Blocks wurde das von den jüdischen Gemeinden erwartet. Allerdings, wenn Sie unsere Zeitung aus dem Jahr 1967 in die Hand nehmen, werden Sie feststellen, dass der Sechstagekrieg mit keinem Wort erwähnt wurde. So gab es ein „glückliches“ Treffen der Zensur mit der Selbstzensur.

**Gab es damals eine gewisse Autonomie der jüdischen Gemeinden?**

Kardos: Obwohl sich die orthodoxe Gemeinde „autonom“ nannte, war sie genauso wenig autonom, wie MIOK, der damalige Verband der jüdischen Gemeinden Ungarns. Dies merkten auch die Leser des Blattes, die auf der ersten Seite aktuelle politische Kommentare und die Erklärung zum Wochenabschnitt in der Bibel lesen konnten.

**Wie finanzierte sich MIOK?**

**Kardos:** Damals und noch viele Jahre nach der Wende konnten wir nur mit Unterstützung des Joint unsere Tätigkeiten finanzieren.

Meine Frage, wie viel Exemplare von „ÚjÉlet“ gedruckt werden, wollte Oberrabbiner Kardos mit Berufung auf das Redaktionsgeheimnis nicht beantworten. Hingegen wies er hin auf das Problem, dass manchmal der MAZSIHISZ vorgeworfen wird, nur die paar tausend religiösen Juden zu vertreten, die in den Synagogen beten. „Tatsächlich aber vertreten wir alle Juden Ungarns“, meinte er und das wird auch von den Behörden anerkannt. Die Anzahl der Juden – von denen die meisten in Budapest wohnen – kann nur geschätzt werden, allerdings bekannten sich während der letzten Volkszählung 2011 genau 10.165 Personen als Juden. In Ungarn gibt es keine Kirchensteuern. Jeder Steuerzah-



Oberrabbiner Peter Kardos

ler kann ein Prozent seines Steueraufkommens einer Religionsgemeinschaft oder einer gemeinnützigen Vereinigung spenden. 2014 spendeten 7.082 Personen 1 % ihrer Steuern MAZSIHISZ.

Die achtseitige Zeitung können die Leser auch im Internet lesen. In der Ausgabe vom 1. Januar wird über die Chanukka-Feiern 5776 berichtet sowie eine Stellungnahme von MAZSIHISZ zur Absicht der Stadt Székesfehérvár ausgerechnet für einen Antisemiten eine Statue zu errichten.

Bis Ende 2015 sollte in der Stadt Székesfehérvár eine Bronzestatue zum Gedenken an den antisemitischen Historiker und Politiker Bálint Hóman

(1885-1951) errichtet werden, der die Stadt sogar noch im Rumpfparlament des Pfeilkreuzlerregimes vertreten hatte, das 1945 bis zum letzten Moment auf der Seite Hitlers stand. Hóman wurde wegen seiner Zustimmung zum Angriff Ungarns auf die Sowjetunion 1946 als Kriegsverbrecher verurteilt und im März 2015 in Budapest rehabilitiert. Er war einer der Vordenker der ungarischen „Judengesetze“, die zum Teil bereits 15 Jahre vor den Nürnberger Rassegesetzen eingeführt wurden. Als Bildungsminister (1932-1938 und 1939-1942) hatte sich Hóman insbesondere für den Numerus Clausus gegen jüdische Studenten und für die Akzeptanz „der Rassenidee von Hitler und Mussolini“ sowie für ein Gesetz „aufgrund der Rasse“ eingesetzt. Vor dem deutschen Einmarsch befürwortete er die Aussiedlung von Juden und wollte als Abgeordneter des Rumpfparlaments noch im Januar 1945 eine Einheit aller Rechtsextremen erreichen.

Die Statue finanzierten die von der Regierungspartei Fidesz regierte Stadt Székesfehérvár und das Justizministerium, das zum Zeitpunkt der Entscheidung noch von Tibor Navracscics geleitet wurde, der nun EU-Kommissar für Bildung, Kultur, Jugend und Sport ist. Die Statue sollte auf einem nach dem antisemitischen Komponisten Béla Bartók benannten Platz stehen, geplant war eine feierliche Einweihung am 29. Dezember 2015 zum 130. Geburtstag Hómans. Als dieser sich 1939 gerade mit der Ausarbeitung des zweiten „Judengesetzes“ beschäftigte, schrieb Bartók in einem

Brief: „Leider huldigen beinahe alle gebildeten christlichen Menschen fast ausschließlich dem Nazisystem. Ich schäme mich wirklich, dass ich aus dieser Klasse stamme.“

MAZSIHISZ nahm zufrieden den Beschluss der Stadt Székesfehérvár zur Kenntnis, diese Statue doch nicht aufzustellen und hofft, dass eine weitere Rehabilitation dieses berüchtigten Politikers unterbleibt.

Auf Seite 2 findet man eine Nachricht über die Verhandlung von András Heisler, Vorsitzender des MAZSIHISZ, mit amerikanischen Diplomaten über die Lage der ungarischen Juden und die Gedenkpolitik der ungarischen Regierung.

In „ÚjÉlet“ vom 15. Januar bedankt sich Ronald S. Lauder, Präsident des Jüdischen Weltkongresses, bei Viktor Orbán, weil dieser die Errichtung einer Statue für Hóman aus Steuergeldern nicht unterstützt und weil sich der Ministerpräsident auch gegen die eventuelle Errichtung einer Statue für Horthy ausgesprochen hat. Lauder bedankte sich auch bei der amerikanischen Regierung für ihre Intervention.

„Die Ungarn deportierten ihre Juden sogar schneller als es die Leitung des Vernichtungslagers Auschwitz-Birkenau wünschte.“

Tatsächlich hatte noch 2014 Viktor Orbán darauf bestanden, eine nicht nur von der jüdischen Gemeinde, sondern auch von Deutschland abgelehnte Besatzungsstatue am Budapester Freiheitsplatz aufzustellen. Ein Denkmal, das Ungarn als unschuldigen Engel darstellt, das vom deutschen Adler angegriffen wurde, und mit dem die aktive Beteiligung Ungarns an der Ermordung hunderttausender Juden vertuscht wurde.

Eine repräsentative Umfrage von 1.200 Ungarn, die 2015 veröffentlicht wurde, zeigt, dass auf die Frage, wer für den Massenmord an ungarischen Juden verantwortlich sei, 51 % auch Ungarn nannte, während 40 % allein Deutschland verantwortlich machten. Immerhin lehnten 52 % die Errichtung des Budapester Besatzungsdenkmals ab, während 34 % sie unterstützten.

Tatsächlich versuchte die ungarische Regierung die Verantwortung Ungarns herunterzuspielen mit dem Hinweis, dass der Massenmord an den Juden erst mit dem Verlust der staatlichen Souveränität Ungarns nach dem deutschen Einmarsch am 19. März 1944 verübt worden sei. Verschwiegen wird, dass die ungarische Armee bis zum Schluss als treuer Verbündeter an der Seite der Achsenmächte kämpfte. Ohne aktive Beteiligung des ungarischen Staates wäre der Massenmord an den ungarischen Juden nicht in so kurzer Zeit möglich gewesen. Die getroffenen Maßnahmen zwecks Kennzeichnung und Enteignung waren von langer Hand vorbereitet; nur dadurch konnten mit aller bürokratischer

Präzision in kürzester Frist 835.000 Personen ghettosiert, enteignet und zum erheblichen Teil deportiert werden.

Die auf Deportation spezialisierte „Gruppe Eichmann“ hatte höchstens 150 Mitglieder. Ihr zur Seite standen ungefähr 200.000 ungarische Beamte, Polizisten, Gendarmen und „patriotische“ Freiwillige, die die Deportationen durchführten. Dies geschah schneller als von der Leitung des Vernichtungslagers Auschwitz-Birkenau erwünscht. Denn für die ungarische Führung hatte die Ermordung von Juden absolute Priorität, auch wenn die Krematorien mit dem Verbrennen der Leichen nicht nachkamen.

„ÚjÉlet“ berichtet natürlich auch über diejenigen Ungarn, die sich gegen den Antisemitismus während der Horthy-Zeit stellten. So über die Kranzniederlegung bei der Gedenktafel des ungarischen Justizministers Andor Lázár, (1932-1938), der als einziges Regierungsmitglied sich weigerte für die jüden-diskriminierenden Gesetze zu stimmen und deswegen von seinem früheren Freund Bálint Hóman aufgefordert wurde zurückzutreten.

Interessant ist auch eine Meldung dieses Blatts über das neue ungarischsprachige Buch des Historikers Krisztián Ungváry „Ungarische Besatzungsmacht in der Sowjetunion 1941-1944“, der dieses über Jahrzehnte tabuisierte Thema auf 469 Seiten detailliert aufarbeitet und den hohen ungarischen Anteil am Holocaust in der Sowjetunion dokumentiert.

Die jüdische Kultur blüht in Budapest, es gibt eine Menge jüdischer Kulturveranstaltungen in Ungarn, darunter auch jährlich ein jüdisches Kulturfestival. Der von László Nemes gedrehte Film über die Schoah „Der Sohn von Saul“ erhält international Beachtung. Nemes versuchte einen Koproduzenten in Deutschland, Österreich, Frankreich und Israel zu finden, doch auf seine Briefe erhielt er nicht einmal eine Antwort. Die ungarische Filmförderung hat jedoch in jeder denkbaren Hinsicht geholfen.

Er erhielt 70 Prozent des 1,5-Millionen Euro-Budgets von der ungarischen Filmförderung, 25 Prozent über Steuererlässe und fünf Prozent von der Claims Conference. Der Film erhielt 2016 den Golden Globe der Auslandspressen in Hollywood und gilt zudem als Favorit bei der Oscar-Verleihung am 28. Februar 2016, bei der das Werk als ungarischer Vorschlag in der Kategorie „Bester fremdsprachiger Film“ eingereicht wurde.

Oberrabbiner Kardos hob hervor, dass die von Ministerpräsident Viktor Orbán geführte ungarische Regierung in letzter Zeit ihre Haltung zu MAZSIHISZ positiv geändert hat, was sich auch finanziell bemerkbar macht.

Ungarn legt auch Wert auf gute Beziehungen zu Israel und mit Ausnahme der rechtsextremistischen Jobbik-Partei und marginalisierten Linksextremisten gibt es kaum „antizionistische“ Propaganda.

Die Politik der ungarischen Regierung ist nach wie vor ambivalent, einerseits werden die jüdischen Gemeinden und auch jüdische Kulturinitiativen unterstützt, andererseits wird in regierungsnahen Medien nicht selten indirekter oder manchmal auch direkter Antisemitismus transportiert.

# Die französische Intifada

*Der Islam und die geteilte Stadt der Liebe*

Der Vatikan ist bereits mit schlechtem Beispiel vorangegangen und hat mit der kürzlichen Anerkennung eines islamischen, sogenannten palästinensischen Staates auf historischem jüdischen Gebiet trotz massivster gegenwärtiger, islamgenerierter Christen- und Judenvertreibungen aus biblischen Orten des Judentums, wie beispielsweise Betlehem und Nazareth, nicht nur die jüdischen Urheber seiner Religion, sondern auch die eigenen Gläubigen verraten.

Nunmehr versucht das im Zeichen einer bereits deutlich fortschreitenden Islamisierung unentwegt von islamischen Mordanschlägen erschütterte Frankreich, sich mit untauglichen Mitteln aus dem Focus des arabischen Terrors zu befreien. Außenminister Fabius verkündet, als Unterwerfungsgeste an den islamischen Terror, jetzt kurzfristig einen arabischen Staat Palästina auf dem von Israel 1967 befreiten, geschichtlich legitimierten jüdischen Gebiet von Judäa und Samaria anerkennen zu wollen.

Der untenstehende Artikel ist ein durchaus nicht nur satirisch gemeinter Beitrag, wie Frankreich hier beispielgebend vorangehen könnte.

**Von Dr. Rafael Korenzecher**

Der hohe, kaum integrierte muslimische Bevölkerungsanteil in „Krankreich“ und die rapide zunehmende Zahl an gewalttätigen und mörderischen Islam-basierten Zwischenfällen zwingt uns alle zum Andenken von neuen Lösungsansätzen:

Der heldenhafte Freiheitskampf und der demografische Siegeszug des unterdrückten gallästinensischen Volkes zur Beendigung der widerrechtlichen französischen Besatzung nach der brutalen Vertreibung der gallästinensischen Ur-Einwohner aus ihrer gallischen Heimat durch den Kriegsverbrecher Karl Martell und das von ihm initiierte genozidale Gemetzel von Tours und Poitiers im Oktober des Jahres 732 ist nach den Ereignissen bei „Charlie Hebdo“ in eine entscheidende Phase getreten.

Mit einer neuen, im Jahre 2014 verstärkt aufgenommenen und ohne Unterbrechung gleich ab Beginn des neuen Jahres 2015 weiter fortgeführten Intifada konnten neue Zeichen gegen die illegitimen französischen Siedler und Land-Usurpatoren gesetzt werden.

Nachdem zahlreiche illegale Siedlungen, allen voran Marseille, Lyon und diverse Pariser Vororte, weitgehend aus dem brutalen Zugriff der französischen Besatzer befreit werden konnten und — mit einem Wiederbesiedelungs-Anteil der rechtmäßigen zurückkehrenden gallästinensischen Bevölkerung von bis zu 40 % — de facto bereits wieder ein autonomes Gallästina geworden sind, konnte die gallästinensische Intifada auch in anderen Teilen der besetzten Gebiete gute Erfolge auf dem Wege zu einem eigenen Staat erzielen.

So hat am 21. Dezember 2014 ein mutiger gallästinensischer Freiheitskämpfer in dem zentral-gallästinensischen Ort Joué-les-Tours auf einen verhassten polizeilichen Vertreter der französischen Besatzungsmacht eingestochen („Polizisten erschießen islamistischen Messerstecher“, „Welt“ vom 21. Dezember 2014).

Am 22. Dezember 2014 gelang es einem Freiheitskämpfer der Gallästinens-



Bilder, wie man sie auch immer öfter in Frankreich sieht. Die französische Politik hat daraus jedoch nichts gelernt.

ser mit einem Fahrzeug in eine illegale französische Siedlergruppe im besetzten Ort Dijon hineinzurasen.

ganz zu schweigen, tief beeindruckt und überzeugt, dass die Zeit überreif ist, den Besatzer durch eine völkerrecht-

„Unklarheit besteht über die Zuordnung des Eiffelturms, dessen oberste Plattform ja bekanntermaßen das drittichtigste Heiligtum der Gallo-Muslime ist.“

(„Allahu akbar – Mann rast mit Auto in Passanten“, „Welt“ vom 22. Dezember 2014).

Besonders heroisch jedoch war der Vorfall vom 7. Januar 2015, bei dem es drei gallästinensischen Widerstandskämpfern gelungen ist, durch eine entschlossene Verteidigungsmaßnahme gegen die Beleidigung des Islam in der Redaktion der Besatzungs-Propaganda- und Islam-Verunglimpfungsgazette „Charlie Hebdo“ und in einem ohnehin nicht zu tolerierenden jüdischen Koscher-Markt 10 islam-feindliche Schreibtisch-Provokateure, einige „Selbst-dran-Schuld“-Juden und zwei Mitglieder der Ordnungsmacht des französischen Besatzers auszuschalten.

(Zusammenstellung der Chronologie und der Artikel gefunden bei boas – facts, info, opinion)

Auch wenn die noch zu rächenden Opfer auf Seiten der islamischen Befreiungskämpfer uns alle erschüttern müssen, so hat doch der dem gallästinensischen Volk durch die Rücksichtslosigkeit des übermächtigen französischen Besatzers aufgezwungene Widerstandskampf — besonders mit den heroischen Einsätzen in Paris — die Staatengemeinde der Europäischen Union und die USA, von den bereits befreiten muslimischen Bruderländern

liche Anerkennung Gallästinas in die Knie zu zwingen.

Der ruchlose, von dem französischen Unrechtsregime verübte Genozid an drei Helden und Märtyrern des Islam so wie die nunmehr gegen den gallästinensischen Widerstand verstärkt aufgenommene Hetzjagd und allgemeine Mobilisierung der Polizeikräfte der Besatzungsmacht werden von der übrigen Völkergemeinde zwischenzeitlich als unverhältnismäßige, aggressive Muskelprotzerei und Bruch internationaler Normen durch den französischen Besatzer gegen die friedliebende, unterdrückte gallästinensische Bevölkerung angesehen und von den einschlägigen westlichen Medien-Experten mit einer tief besorgten Warnung vor einer Eskalation und einem Flächenbrand als Hindernis für den Frieden in der Region und in der Welt gewertet. Besonders Michael Lüders und Jürgen Todenhöfer mochten wegen des willkürlichen, irrationalen und suppressiven Verhaltens der Besatzungsmacht weitere derartige Verzweiflungsaktionen des unterdrückten und besonders auch in seinen religiösen Werten andauernd gedemütigten und beleidigten gallästinensischen Volkes nicht ausschließen.

Auf Grund der sofortigen Intervention der um ihre gallo-muslimischen

Glaubensbrüder zutiefst besorgten arabischen Welt sind der Hohe Kommissar und der Sicherheitsrat der UNO bereits auf den Plan gerufen worden. Dem französischen Besatzer wird einstimmig und mit Nachdruck auferlegt, unverzüglich von jeder Gewaltausübung seiner Ordnungsbüffel sowie einer Diffamierung und Verfolgung der Freiheitskämpfer abzusehen.

Stattdessen sind von der Besatzungsmacht sofort mit den Vertretern der Gallästinenser und der französischen Muslime Verhandlungen aufzunehmen, deren zeitnahes Ziel die Schaffung zweier Staaten ist, die in Sicherheit, friedlicher Koexistenz und gegenseitigem Respekt — mit Paris als geteilter Hauptstadt beider Völker — leben sollen. Als Zeichen der gleichen Augenhöhe beider Parteien wird die Teilung sowohl mittig durch den Arc de Triomphe als auch den Place de L’Etoile erfolgen, wobei noch Unklarheit über die Zuordnung des Eiffelturms besteht, dessen oberste Plattform ja bekanntermaßen das drittichtigste Heiligtum der Gallo-Muslime ist.

Wegen des glücklichen Umstandes, dass die französische Besatzungsmacht zur Zeit nicht mehr von einem aus dem Amt gejagten Zionistenfreund und Scharfmacher, sondern von dem deutlich weichgespülten Präsidenten Hollande geführt wird, werden von Martin Schulz, Präsident Obama und UNO-Generalsekretär Ban Ki Moon die Chancen für ein Zustandekommen eines derartigen nachhaltigen Abkommens sowie die internationale Anerkennung und Aufnahme Gallästinas als wertvolles und unverzichtbares Mitglied der Staatengemeinde in der UNO überaus positiv gewertet.

# „Er trägt doch sogar einen Anzug!“

Dschihadismus der „Generation Allah“. Die Anschläge beweisen die Erfolglosigkeit der Integration.

Von Karl Pfeifer

Tausende von jungen Europäern haben Europa verlassen, um am Dschihad des Islamischen Staates in Syrien und im Irak teilzunehmen, Europäer begehen Massenmorde wie am 13. November 2015 in Paris und noch immer gibt es Politiker und Journalisten, die beteuern, das hätte nichts mit dem Islam zu tun. Nur zögerlich unterstützen die betroffenen Staaten Organisationen, die sich der Deradikalisierung von jungen europäischen Muslimen widmen. Denn es widerspricht der von Politikern und Journalisten bislang behaupteten erfolgreichen Integration von Einwanderern und Flüchtlingen aus islamischen Ländern.

Tatsächlich wurden ab den 1960er Jahren zum ersten Mal in der Geschichte Gastarbeiter in Europa arbeits- und sozialrechtlich gleichgestellt, erhielten Tariflohn, Arbeitslosengeld, Kinder- und Wohnbeihilfe und ärztliche Betreuung. Doch während in früheren Zeiten die Integration von Einwanderern mehr oder weniger funktionierte und es in der zweiten und dritten Generation keine besonderen Probleme gab, ist dort, wo es in Europa eine größere Anzahl von muslimischen Migranten in Großstädten gibt, eine Parallelgesellschaft entstanden mit einer hohen Zahl von Arbeitslosen und Sozialhilfeempfängern. Die Bildungsferne von Eltern setzt sich in der Regel bei der in Europa geborenen zweiten manchmal auch dritten Generation fort, die oft genug nicht der Staatssprache mächtig ist und den Schulbesuch frühzeitig abbricht. So entstanden zum Beispiel in Frankreich die „verlorenen Gebiete der Republik“, in denen die Werte der Demokratie verachtet werden. Ehepartner werden gerade von der zweiten und dritten Generation sehr oft aus der Heimat der Eltern bzw. Großeltern geholt, was der Integration widerspricht.

Ende 2015 erschienen zwei Bücher zum Thema Dschihadismus und Kampf gegen religiösen Extremismus, das eine geschrieben von einem Psychologen und Praktiker der Deradikalisierung, das andere von einem Politikwissenschaftler, der sich auch seit Jahren damit befasst.



Er war der wandelnde Gegenbeweis der These, dass Islamismus Ergebnis mangelnder Bildung und Armut ist: Islamist und Multimillionär Osama Bin Laden

Ahmad Mansour setzt sich in seinem im S. Fischer Verlag 2015 erschienenem Buch „Generation Allah, warum wir im Kampf gegen religiösen Extre-



Tariq Ramadan, eloquenter, in der Schweiz geborener Islamist.

mismus umdenken müssen“ mit dem in Deutschland grassierenden Islamismus schonungslos auseinander. Im ersten Kapitel schildert er seinen eigenen Werdegang. In Israel als Sohn einer armen muslimischen arabischen Familie in Tira südlich von Haifa aufgewachsen, wird er von Moslebrüdern gefördert und macht seine Erfahrung mit dieser auch in Europa sehr aktiven islamistischen Bewegung in der Koranschule. Doch er wird nach seiner erfolgreich bestandenen Reifeprüfung von der Universität Tel Aviv aufgenommen und erhält eine Unterkunft gemeinsam mit zwei arabisch-christlichen Studenten im Studentenheim in Tel Aviv und lernt dadurch eine andere Perspektive kennen. Mansour begann Psychologie zu studieren: „Fast alle meine Professoren und Kommilitonen waren Juden. Es gab in meinem Jahrgang keinen Muslim außer mir. Trifft man mit Menschen zusammen, die man lange Jahre abstrakt als Feindbild mit sich herumgetragen hat, dann lösen sich diese Bilder zum Glück sehr schnell auf – sofern man Gutes von ihnen erfährt und seinerseits bereit ist auf sie zuzugehen.“

Sozialer Druck der Familie zu heiraten, die Intifada und der Wunsch nicht dem Terror zum Opfer zu fallen, bewegen Mansour dazu seine Studien in Deutschland fortzusetzen. Schockiert muss er feststellen, dass er in Deutschland auf dieselben Konflikte traf, wie er sie aus seiner Heimat kannte.

Er fand sehr bald eine Arbeit bei „HEROES“ einem Berliner Projekt für Jugendliche mit Migrationshintergrund, das sich für die Gleichstellung von Frauen und Männern einsetzt.

Im zweiten Kapitel „Radikale Ver-

führung“ beschreibt er Fälle von Radikalisierung und geht auf die Ursachen der Radikalisierung ein: „Radikaler Islamismus lässt sich nicht auf eine bestimmte Form von Jugendkultur reduzieren. Diese Perspektive vereinfacht das Phänomen und ignoriert eine Vielzahl seiner Ursachen. Es geht dabei ja keineswegs nur um eine Modeerscheinung, auch wenn der Islamismus

hier generell nicht voranbringen.“

Denn „Islamisten gab und gibt es auch unter durchaus erfolgreichen, anerkannten Muslimen, auch unter Leuten ohne jeden religiösen oder migrantischen Hintergrund. Keineswegs sind es nur die sprichwörtlichen ‚Loser‘, die sich dem Islamismus zuwenden. An den Universitäten, unter Abiturienten und Studenten finden sich viele, bei de-

„Keineswegs sind es nur die sprichwörtlichen „Loser“, die sich dem Islamismus zuwenden. An den Universitäten, unter Abiturienten und Studenten finden sich viele, bei denen die Ideologie inzwischen tief sitzt und immer mehr an Bedeutung gewinnt.“

durchaus Aspekte einer Jugendkultur aufweist und diese beim Ködern von jungen Leuten eine Rolle spielen... Der zweite prominente und verbreitete Erklärungsansatz sieht im Islamismus die Folge einer Erfahrung von Diskriminierung und Rassismus der Jugendlichen. Damit wäre deren Radikalisierung einzig das Produkt gescheiterter Integration. Würde es ihnen hierzulande besser gehen, hätten sie mehr Chancen, ein besseres Auskommen, Ausbildung, Beruf und Anerkennung, und das Phänomen würde verschwinden.“

Mansour leugnet nicht Diskriminierung und Rassismus im Alltag, aber „als alleiniger Auslöser für die Radikalisierung taugt die Diskriminierung nicht, so wie uns monokausale Erklärungen

nen die Ideologie inzwischen tief sitzt und immer mehr an Bedeutung gewinnt.“ Mansour geht auch auf die psychische Faktoren ein, auf das fehlende Urvertrauen, das Schamgefühl und das Über-Ich – die auch der Psychologe Peter Conzen in seinem Buch über Fanatismus beleuchtet.

Mansour schreibt: „Dem Antisemitismus begegne ich in islamischen Kontexten überall. Er ist Alltag und scheint eine Selbstverständlichkeit zu sein. Man findet ihn unter Jugendlichen, in deren Familien, auf Schulhöfen, in den Klassenzimmern, in Predigten in Moscheen, auf Facebook-Seiten, in Chatrooms und Internet-Foren, auf arabischen, iranischen und türkischen Satellitensendern. Wo es zu tatsächli-



chen Übergriffen kommt, wird dieser Antisemitismus meist juristisch geahndet. Das alltägliche, verbale Phänomen wird aber bagatellisiert oder vertuscht, sowohl von Politikern als auch innerhalb muslimischer Communities.“

Im dritten Kapitel bringt es der Autor auf den Punkt: „Seit Jahren verschärft sich das Problem der Radikalisierung von Jugendlichen, kontinuierlich steigt die Anzahl derer, die nach Syrien oder in den Irak ausreisen. Parallel dazu werden es immer mehr, die wir zur Generation Allah zählen müssen, während zunehmend das Konfliktpotential eines religiösen Fundamentalismus in die Gesellschaft, vor allem in die Schulen getragen wird. Wer hinschaut, der erkennt, wie sich die Lage zuspitzt, die Konflikte zwischen Muslimen und Nichtmuslimen zunehmen, die Reibereien innerhalb muslimischer Strömungen extremer werden, und etwa Alewiten häufig nicht mehr wagen, sich offen zu ihrer Religion zu bekennen.“

Mansour beklagt das Fehlen langfristiger, flächendeckender Konzepte. „Solange immer nur nach einem Anschlag oder einer Terrordrohung im Hauruckverfahren investiert wird, ist das umfassende

Gefeierte löffelt mit der einen Hand seine Suppe – mit der anderen postet er auf Facebook sinngemäß folgendes: „Zionistische Kräfte vergiften die Welt, ich verbeuge mich vor den Palästinensern und den Freiheitskämpfern der Hamas!“ Von alledem weiß die Bürgermeisterin nichts.

Sie sieht vor sich den aufgeklärten Muslim. Lokale Politiker wollen von Zweifeln daran nichts hören: „Ach, der ist doch so offen und zugänglich.“ Überhaupt, er trage doch sogar einen Anzug.

Der Verfasser plädiert nicht für die Ausgrenzung dieser Leute. „Nur – blind mit ihnen kooperieren sollte man nicht. Wer von Interkulturalität spricht, sich gegen Rassismus wendet, Salafismus ablehnt, ist nicht automatisch ein geeigneter Aufklärer, schon gar nicht für Jugendliche. Denn geht es um den Nahostkonflikt, Antisemitismus, religionskritische Karikaturen werden manche dieser Leute ganz andere Register ziehen und damit potentiell dem Radikalismus die Tür öffnen.“

Im vierten Kapitel „Wider den blinden Fleck in der Gesellschaft: Zehn konkrete Vorschläge“ zeigt Ahmad Mansour auf, was getan werden müsste, um den unheilvollen Trend umzukehren.

ren: „Überschneidungen gibt es allerdings mit dem Politischen Islam, der teilweise einzelne Ideologeme mit dem Salafismus und Jihadismus teilt.“ In der Realität geht es hauptsächlich um Gemeinsamkeiten der in Österreich und Deutschland verschiedenen wahrgenommenen Muslimbrüder. Während in Deutschland diese Bewegung unter Beobachtung des Verfassungsschutzes steht, pflegt das politische Establishment Österreichs ein Nahverhältnis mit den Muslimbrüdern nahestehenden Organisationen.

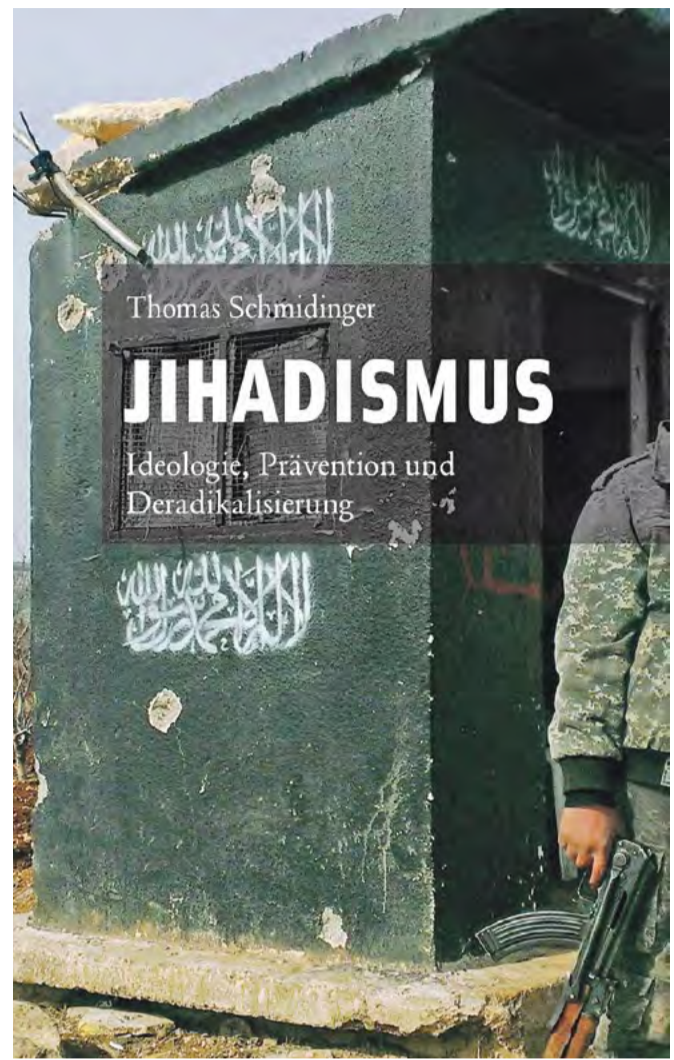
Schmidinger erläutert die Ähnlichkeit der Rechtsanschauungen des Koran und der Bibel und bringt einige Zitate aus der Bibel, um zu zeigen, dass es auch dort Aufforderungen zur Steinigung als Form der Todesstrafe gibt und nicht nur im Koran. Freilich erkennt er an, dass bereits in der römischen Zeit viele biblische Gesetze nicht mehr exekutiert wurden. Doch wie immer man es dreht und wendet: Heute gibt es keinen nicht-islamischen Staat, der das Steinigen noch als Todesstrafe anwendet. Hingegen wird diese Strafe in einer Reihe von islamischen Staaten, darunter vielleicht an erster Stelle in der Islamischen Republik Iran am häufigsten angewendet.

Er leugnet nicht, dass in vielen islamischen Staaten auf Homosexualität schwere Strafen – bis hin zur Todesstrafe – stehen, versucht dies aber absurderweise zu relativieren, in dem er auf „offen homosexuelle Imame wie der Südafrikaner Muhsin Hendricks“ hinweist, der predigt, „dass Homosexualität im Islam nicht verboten wäre...“.

Inwieweit seine Polemik gegen eine kleine Gruppe von Intellektuellen, die er als „antideutsch“ bezeichnet, mit den Problemen des Dschihadismus zu tun hat, bleibt unklar. Insbesondere hat es ihm Stephan Grigat von der Gruppe „Café-Critique“ und „Stop the Bomb“ angetan, dem er vorwirft „mit der Israelitischen Kultusgemeinde“ zusammenzuarbeiten und sich trotzdem zur Kritik der Religion zu bekennen. Als ob es in der Wiener jüdischen Gemeinde Probleme mit dem Radikalismus wie in der islamischen Glaubensgemeinschaft geben würde.

Es folgt das Kapitel „Politischer Islam – Salafismus – Jihadismus“. Auch hier eine seltsame Gegenüberstellung: „Andererseits gehören viele Angehörige muslimischer Communities innerhalb dieser Wohlstandsgesellschaft marginalisierten Gruppen an, die sich zumindest subjektiv oft benachteiligt fühlen. Tatsächlich legt auch ein Blick in statistisches Material nahe, dass MuslimInnen in Europa – im Gegensatz zu den USA – deutlich niedrigere Einkommen und einen geringeren Bildungsgrad aufweisen als NichtmuslimInnen.“ Der Grund dafür dürfte sein, dass die USA eine selektive Einwanderung betreiben während in Europa viele bildungsferne Muslime als Gastarbeiter geworben wurden und diese oft genug ihre Verhaltensweisen an ihre Nachkommen weitergegeben haben.

Ausgesprochen interessant sind die



Der österreichische Politologe Thomas Schmiedinger ist Fachmann für den Nahen Osten.

„Während in Deutschland diese Bewegung unter Beobachtung des Verfassungsschutzes steht, pflegt das politische Establishment Österreichs ein Nahverhältnis mit den Muslimbrüdern nahestehenden Organisationen.“

Problem weder erkannt noch in Angriff genommen.“ Er beklagt die kurzsichtigen Politiker, die auf traditionelle, autoritär strukturierte muslimische Verbände als Partner setzen. Er schildert eine Szene bei der Ehrung des Initiators eines gemeinsamen Fastens von Muslimen und Juden. Eine Bürgermeisterin hält eine Lobrede, feiert die interkulturelle Kompetenz der

Ahmad Mansour erhielt für sein Engagement 2014 den Moses-Mendelssohn-Preis des Berliner Senats und ist einer der wichtigsten Ratgeber der deutschen Behörden.

Ganz anders geht der österreichische Politikwissenschaftler Thomas Schmidinger mit seinem ebenfalls 2015 im Wiener Mandelbaum Verlag erschienenem „Jihadismus, Ideologie, Prävention und Deradikalisierung“ an die Probleme heran, denn er betont – wie es auch österreichische Politiker tun – die Unterschiede zwischen dieser Ideologie und der Religion.“

Zum besseren Verständnis des Themas tragen seine Definitionen und Erläuterungen zum Beispiel von „takfir“ im Kapitel „Islam – politischer Islam – Jihadismus“ bei. Schmidinger schreibt auch über die Vielfalt im Islam, über die „Religion(en) des Islam“. Es folgt eine Aufzählung der in Österreich tätigen islamischen Organisationen und die gewagte Behauptung „Der hier beschriebene organisierte Islam ist sowohl strukturell als auch ideologisch weit von den Gruppierungen des Jihadismus entfernt, die gerade in Abgrenzung zu diesem organisierten konservativen Mainstream-Islam entstanden sind“.

Um dann aber mit dem nächsten Satz gerade diese Behauptung zu relativie-

neun sehr verschiedenen Fallbeschreibungen im Kapitel „Wege in den Jihadismus“ und das letzte Kapitel „Was tun?“, in dem Thomas Schmidinger konkrete Vorschläge macht wie mit radikalisierten Jugendlichen umzugehen ist.

Die zwei Autoren gehen sehr verschieden an die Lösung der Probleme heran. Während Mansour offen einen großen Teil der islamischen Gesellschaft Deutschlands, in der Antisemitismus, Homophobie und Diskriminierung der Frauen grassieren, kritisiert und daran erinnert, dass es nicht genügt, verbal den Salafismus und den Dschihad zu verurteilen, und deswegen Polizeischutz benötigt, relativiert Schmidinger allzu oft, doch auch er mahnt: „Das Problem ist nicht mit der Finanzierung von kleinen Alibi-Projekten zu lösen und die Folgekosten von Untätigkeit werden nicht nur finanziell, sondern auch gesellschaftlich und politisch wesentlich höher sein als jene für professionelle Präventions- und Defanatierungsmaßnahmen.“

Beide Autoren treten für die Beteiligung von Muslimen bei der Entradikalisierung ein. Dazu und zu einer gelungenen Integration gehört es zu einem emanzipatorischen Verständnis der Position der Frauen zu kommen und einen ganz klaren Standpunkt gegen Gewalt gegen Frauen und insbesondere gegen Ehrenmorde zu beziehen.

Die islamischen Länder weigerten sich in der Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen 2005 der geplanten Ächtung religiöser Gewalt zuzustimmen. Deshalb muss es ein zweites, auf internationaler Ebene zu erreichendes Ziel sein, die religiöse Legitimierung der Gewalt in allen Religionen, also auch im Islam, zu ächten.

Ahmad Mansour, „Generation Allah. Warum wir im Kampf gegen religiösen Extremismus umdenken müssen“, S. Fischer, 271 Seiten.  
Thomas Schmidinger, „Jihadismus, Ideologie, Prävention und Deradikalisierung“, Mandelbaum Verlag, Wien, 125 Seiten



Wäre selbst beinahe in den Islamismus abgerutscht: Der arabische Israeli Ahmad Mansour

Aktion: „Solche Initiativen sind so wichtig, um Vorurteile abzubauen!“. Nach dem Festakt wird Essen gereicht. Der

# Das Phantom des Terrors

Den „Islamischen Staat“ kennt nun fast jeder, seinen Chef fast niemand

Von Richard Diesing

Viel weiß man nicht über den Mann, der von seinen Gefolgsleuten „Kalif“ genannt wird. Bei Treffen mit Geiseln trägt er eine Maske, es gibt nur zwei Bilder, bei denen sicher ist, dass sie von ihm sind.

Der Mann hinter dem IS-Terror tritt nicht gerne in die Öffentlichkeit – aus gutem Grunde. Viele Terror-Chefs vor ihm wurden gezielt getötet. Videoaufnahmen machen das Leben eines Terroristen unsicherer. Das Leben des meistgesuchten Terroristen der Welt gefährden sie besonders. Jeder noch so kleine Hinweis wird ausgewertet, um ihn zu kriegen. Die Rede ist von Abu Bakr al-Baghdadi.

Al-Baghdadi stammt aus der irakischen Stadt Samarra mit rund 160.000 Einwohnern. Ein wichtiger Schrein der Schiiten, der al-Askari-Schrein, steht in der Stadt. Der spätere IS-Chef wird am 1. Juli 1971 mit dem Namen Ibrahim Ali al-Badri in eine fromme Familie hineingeboren. Er selbst sagt, seine Familie würde vom Propheten Mohammed abstammen. Ob das wirklich so ist, weiß man nicht. Was man weiß ist, dass al-Baghdadi nach dem Abitur, durch das er beim ersten Mal wegen des Faches Englisch durchfällt, Jura studieren will. Weil seine Abiturnoten aber zu schlecht sind, studiert er an der „Universität für islamisches Recht“ erst islamische Rechtsprechung, später dann Koranwissenschaften. Zehn Jahre lang wohnt er in Bagdad. 1999 macht er seinen Magister-Abschluss. Koranwissenschaften ist aber nicht – wie man zuerst glauben mag – eine genaue Auseinandersetzung mit dem Koran. Der Direktor der Universität, an der al-Baghdadi studierte, erklärte einem Reporter-Team der ARD und der Süddeutschen Zeitung 2015: „Er (al-Baghdadi) hat den Koran studiert: dabei geht es in erster Linie darum, auswendig zu lernen, nicht um Analysen oder Interpretationen.“

Nach seinem Magisterabschluss will Al-Baghdadi seinen Doktor machen, doch es kommt etwas dazwischen: 2003 fangen US-Streitkräfte zusammen mit der Unterstützung Großbritanniens und der sogenannten „Koalition der Willigen“ an, Ziele im Irak zu bombardieren. Nur wenige Monate nach den ersten Angriffen auf den Irak gründet al-Baghdadi mit anderen Gleichgesinnten die Terrorgruppe „Ansar As-Suna“. Diese war



IS-Chef Abu Bakr al-Baghdadi

für mehrere Selbstmordattentate und Bombenanschläge verantwortlich. Die Übergangsregierung des Iraks und die USA vermuteten Kontakte zwischen der Terrorgruppe und Al-Kaida.

Im Februar 2004 wird al-Baghdadi verhaftet, der Grund dafür ist bis heute unbekannt. Er wird in das berüchtigte US-Gefangenenlager „Camp Bucca“ gebracht. Dort bleibt al-Baghdadi bis Dezember 2004.

Das Gefangenenlager „Camp Bucca“ war bis zu seiner Schließung 2009 berüchtigt. Um Konflikte zwischen den Insassen zu verhindern, wurden die Häftlinge nach Konfessionen getrennt. So kam es, dass sunnitische Radikalislamisten, unter ihnen wohl auch al-Baghdadi, mit Baathisten in Kontakt kamen. Die ehemaligen Mitglieder von Saddam Husseins Sicherheitsapparat konnten auf gute Kontakte und exzellente organisatorische Fähigkeiten zurückgreifen. Die Ziele waren zwar verschieden, doch in einer Sache waren sich beide Gruppierungen einig: Die neuen Verhältnisse im Irak müssen wieder gestürzt werden. Beide Gruppen schreckten, um ihre Ziele zu erreichen, auch nicht vor Gewalt zurück.

Auch viele spätere Mitglieder al-Baghdadi

waren zeitweise im „Camp Bucca“ inhaftiert. Da wäre Fadel al-Hayali, al-Baghdadis Stellvertreter für den Irak, der im August 2015 bei einem Drohnenangriff starb. Oder der IS-Militärberater Abu Mohammed al-Sweidawi. Er war unter Saddam Hussein Oberst der irakischen Luftwaffe.

Als Al-Baghdadi Ende 2004 entlassen wird, schätzten ihn US-Behörden als ungefährlich ein – ein Fehler. In Al-Baghdadi brodelt der Hass. Ab 2007 wirkt er bei dem irakischen Al-Kaida-Ableger mit. 2010 übernimmt al-Baghdadi dann die Führung des „Islamischen Staates“. Eine Gruppierung, die schon damals für mehrere hundert Tote pro Jahr verantwortlich ist.

Im Zuge des „Arabischen Frühlings“ (der eher ein „Arabischer Winter“ ist) kommt es ab Anfang 2011 zu vermehrten Auseinandersetzungen zwischen Demonstranten und Polizeikräften, unter anderem auch in Syrien. Der syrische Bürgerkrieg bricht aus. Der IS nutzt ab dem Frühjahr 2012 das Machtvakuum, dass die zurückgezogenen US-Streitkräfte im Irak und der chaotische Bürgerkrieg in Syrien freigesetzt haben. Nach mehreren Streitigkeiten mit verschiedenen Terrorgruppen und

Landgewinnen in Syrien und dem Irak verkündet der IS unter Führung al-Baghdadis Mitte 2014 das Kalifat.

In dieser Zeit kommt es auch zu seinem bisher einzigen öffentlichen Auftritt als IS-Anführer. In einem Video sieht man ihn, al-Baghdadi, in einem schwarzen Gewand und langem Bart auf einem Podest, vielleicht eine Minbar, einer Art muslimischer Kanzel, in einer Moschee. Er wirkt auf den ersten Blick nicht wie einer, der der meistgesuchte Terrorist der Welt ist. Vielleicht liegt es daran, dass sich al-Baghdadi so gut wie nie in der Öffentlichkeit zeigt. Keine aktuellen Fotos, nur ein einziges Video. Das einzige, was er von Zeit zu Zeit veröffentlicht, sind Audiobottschaften an seine Mitstreiter.

Warum tritt al-Baghdadi nur so selten in Erscheinung? Andere Terroristen-Chefs wie Bin-Laden liebten es förmlich, sich öffentlichkeitswirksam in Videobotschaften in Szene zu setzen.

Zum Selbstschutz, vermuten einige Experten. Viele Terrorchefs vor ihm starben bei gezielten Drohnenangriffen oder bei Militäractionen. Der Al-Kaida Führer Osama Bin-Laden, der im Gegensatz zu al-Baghdadi oft auf Videobotschaften zurückgriff, wurde im Mai 2011 in seinem Versteck in Pakistan gefunden und getötet. Al-Baghdadi droht so ein Schicksal nicht. Zwar wird immer wieder über seinen vermeintlichen Tod berichtet, offizielle Beweise gibt es aber nicht. Auch über sein Privatleben ist wenig bekannt. Er soll zwei Frauen und mit ihnen insgesamt sechs Kinder haben. Seine erste Frau soll Asma heißen und die Tochter eines Onkel al-Baghdadis sein, also eine Cousine. Seine zweite Frau soll er laut Medienberichten erst nach 2003 geheiratet haben, ihr Name soll Isra sein.

Über al-Baghdadis Taten ist viel bekannt, deutlich mehr als über sein Privatleben. Zuletzt sorgte der IS mit Anschlägen in Paris für Aufsehen, in Hannover sollten ähnliche Attentate folgen. Er lässt Gefangene kreuzigen. Menschen mit anderen Religionen oder Muslime, die nicht seinen Lehren folgen wollen, lässt er verbrennen, ertränken oder erschießen. Das alles wird gefilmt, um es später in Propagandavideos zu verwenden. Begründet werden die unmenschlichen Taten auf Befehl Al-Baghdadis mit der Scharia.

**TUS REISEBÜRO**  
IHR SPEZIALIST FÜR ISRAELREISEN

Flüge weltweit | Reiseberatung und Planung | Visum für GUS-Länder

**7Tage**

ISRAEL RUNDREISEN  
pro Person ÜF/ DZ

ab  
**887**  
EUR

Flüge nach Israel mit TUS REISEBÜRO  
EL AL | EasyJet | UP | Germania

ab  
**119**  
EUR

**UNSERE HOTELANGEBOTE IN ISRAEL**

- HOTEL LOT Dead Sea 3\* DZ | HP AB 650 EUR p.P.
- HOTEL Dan Panorama Eilat DZ/ÜF AB 700 EUR p.P.
- HOTEL Park Jerusalem 3\* DZ/ÜF AB 455 EUR p.P.
- HOTEL Grand Beach TLV 4\* DZ/ÜF AB 430 EUR p.P.

ab 75 EUR

**TAGESAUSFLÜGE**

Tel Aviv Jaffa  
Nazareth Galiläa  
Haifa Ceasaria Akko  
Jerusalem Bethlehem

**EXCLUSIVE TOURS** **NEU**

- VIETNAM ab 1920€ (15 Tage)
- SRI LANKA ab 1350€ (10 Tage)
- MADEIRA ab 699€ (7 Tage)
- GEORGIEN ab 650€ (7 Tage)
- ASERBAIDSCHAN ab 850€ (7 Tage)
- ST. PETERSBURG ab 450€ (4/5 Tage)

Entdecke unsere Reiseangebote auf [TUS-REISEN.com](http://TUS-REISEN.com)

# Wer Christen verfolgt, der hasst auch Juden

*Fast alle christenverfolgenden Staaten sind für die Anerkennung „Palästinas“*

Von Stefan Frank

Das überkonfessionelle christliche Hilfswerk „Open Doors“, das sich in rund 60 Ländern für verfolgte Christen einsetzt, hat den Weltverfolgungsindex 2016 veröffentlicht. Er stellt die Rangfolge der 50 Länder dar, in denen Christen aufgrund ihres Glaubens am stärksten verfolgt und benachteiligt werden.

Wieder auf Platz eins ist Nordkorea. Das ist berechtigt, denn die kommunistische „Volksrepublik“ ist der einzige Staat der Welt, in dem es herrschende Praxis ist, dass jemand, der beschuldigt wird, Christ zu sein, mitsamt seiner Familie (Eltern, Großeltern, Kinder und Enkel) in den Gulag deportiert wird. Die nordkoreanische Führerdiktatur, in der es ein vererbtes Kastensystem gibt, ist auch sonst ein Fall für sich. Die meisten anderen Staaten, die Christen verfolgen, gehören der „Organisation für Islamische Zusammenarbeit“ (OIC) an. „In 35 der 50 Länder des Weltverfolgungsindex ist der islamische Extremismus die Haupttriebkraft der Verfolgung von Christen“, so Open Doors. Die Rangliste von Platz zwei bis zehn lautet: Irak, Eritrea, Afghanistan, Syrien, Pakistan, Somalia, Sudan, Iran, Libyen.

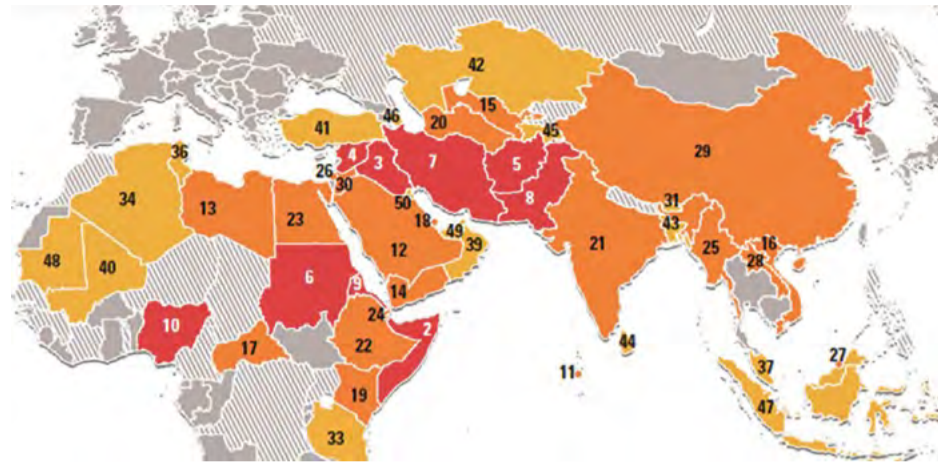
Die Palästinensergebiete stehen auf Platz 24 (Vorjahr: Platz 26). Besonders verfolgt würden dort Christen, die vormals Moslems waren, heißt es in dem Bericht. „Konvertiten aus dem Islam erfahren in ihrem Privatleben enormen Druck, besonders gefährlich ist ihre Lage in Gaza. Der kleinste Hinweis an ihr Umfeld, dass sie sich dem christlichen Glauben zugewandt haben, kann ernste Konsequenzen für sie haben.“

Auch im Westjordanland erlebten Konvertiten seitens ihrer Familien „starken Druck“, selbst ihre Kinder würden „schikaniert“, und Christen, die mit einem Moslem verheiratet waren und geschieden wurden, werde grundsätzlich das Sorgerecht für die Kinder entzogen. Für nicht registrierte protestantische Gemeinschaften im Westjordanland sei es „schwierig“, eine Baugenehmigung für ein Kirchengebäude zu erhalten, in Gaza „praktisch unmöglich“. Auch das Einführen von christlicher Literatur oder Bibeln in das Westjordanland könne „problematisch“ sein; in Gaza sei es gesetzlich verboten.

Nicht nur die Hamas, sondern auch die von Machmud Abbas geführte Palästinensische Autonomiebehörde – die aus schwer verständlichen Gründen von manchen christlichen Kirchen der Welt politisch unterstützt wird – beteiligt sich also an der Unterdrückung von Christen. Nicht einmal mehr der Geburtsort Jesu ist von der antichristlichen Hatz ausgenommen: „Die Organisation ‚Middle East Concern‘ berichtet von einem Vorfall in Bethlehem, bei dem der zuständige Gouverneur im Mai 2015 eine Versammlung [von Christen] unter freiem Himmel kurzfristig aufgrund von ‚erheblichem politischen und religiösen Druck‘ absagen ließ“, heißt es in dem Bericht von Open Doors.

Auch Gewaltakte gegen Christen gebe es in den Palästinensergebieten, vor allem gegen solche moslemischer Herkunft:

„Die Täter kommen aus dem familiären oder gesellschaftlichen, gelegentlich auch aus dem behördlichen Umfeld. In Gaza ist der psychische Druck auf Christen, sich zum Islam zu bekehren, beständig hoch, vor allem während des Ramadan. Ihnen werden Arbeitsplätze, Häuser, Frauen und Studienabschlüsse versprochen, falls sie konvertieren. Mehrere Christen mos-



Die anti-christlichen Staaten sind zumeist moslemisch oder kommunistisch - und fast alle anti-israelitisch.

lemischer Herkunft und andere Christen mussten deshalb aus Gaza fliehen und in das Westjordanland umsiedeln, aber auch innerhalb des Westjordanlandes mussten Christen umziehen.“

## Im Iran drohen Christen Folter und Vertreibung

Auch das Ayatollah-Regime im Iran, der neue Freund und Geschäftspartner der USA und Europas, hat die Verfolgung von Christen weiter verschärft: Die Regierung versuche, alle Farsi-sprachigen Christen aus dem Land zu vertreiben, berichtet Open Doors:

„In zahlreichen Fällen wurden Christen körperlich und mental schwer misshandelt. Es kam zu Razzien bei mehr als 10 Hauskirchen und mehrere Besucher wurden verhaftet. Aufgrund der Verfolgung halten sich viele Christen im Land verborgen oder sie fliehen ins Ausland.“

## Türkei: Diktatur mit EU-Anbindung

Die Türkei, die als „EU-Beitrittskandidat“ gilt, ist, wie der Bericht wieder einmal vor Augen führt, auf dem Weg zum totalitären Staat:

„Es ist nahezu unmöglich, eine neue Kirche zu registrieren, auch wenn sich kleinere

Konvertiten kaum offen in Gemeinden integriert werden. Griechisch-orthodoxe und armenisch-apostolische Leiter werden nur mit staatlicher Erlaubnis anerkannt, besonders wenn diese Leiter von religiösen Gemeinschaften sind, die laut Gesetz nicht existieren und deren persönliche Position gesetzlich nicht anerkannt wird. Die Ausbildung christlicher Leiter ist unmöglich. 15 protestantische Leiter haben vom IS Todesdrohungen erhalten. Es gibt christliche Materialien in türkischer Sprache, aber ihre Verteilung ist äußerst risikoreich. Der Aufbau von Stiftungen, die neue religiöse Gemeinden unterstützen wollen, ist gemäß Artikel 101 des türkischen Bürgerlichen Gesetzbuchs verboten.“

## Club der Verfolger

Wie eine Regierung Christen und andere religiöse Minderheiten behandelt, ist einer der wichtigsten Gradmesser für die Freiheit in einem Land. Ein Staat, der Christen verfolgt, der benachteiligt und schikaniert fast immer auch Frauen und nationale Minderheiten, lässt keine Presse- und Parteienfreiheit zu und duldet keine Kritik an der Regierung. Die Christen sind oft diejenigen, die die Verfolgung am stärksten trifft, aber so gut wie nie die einzigen.

Ein anderer Zusammenhang fällt auf: Unter den 50 Staaten im Weltverfolgungsindex von Open Doors ist nur ein einziger, der nicht als anti-israelisch gelten kann: Kolumbien. Dass das Land in der Liste auftaucht, liegt dazu einzig und allein an den Guerillas und Mafiabanden, die einen Teil des kolumbianischen Territoriums beherrschen, nicht an der Regierung.

Die 49 Staaten, die sich durch aktive Christenverfolgung einen Platz im Weltverfolgungsindex von Open Doors gesichert haben, vereint neben ihrem totalitären Charakter noch etwas anderes: Sie alle haben 2012 in der UNO-Generalversammlung für die Aufnahme „Palästinas“ in die UNO gestimmt, und sie alle unterstützen „automatisch“ jede Resolution gegen Israel, die in ein UN-Gremium eingebracht wird. Man kann also sagen: Wer Christen verfolgt, der hasst auch Juden (eine Regel, die nicht automatisch auch im Umkehrschluss gilt).

» 49 von 50 Staaten, die sich durch aktive Christenverfolgung auszeichnen, stimmten in der UNO-Generalversammlung für die Aufnahme „Palästinas“ in die UNO. «

„Der Trend hat sich fortgesetzt, dass fast alle Kirchengemeinden, die ihre Gottesdienste in Farsi abhalten, geschlossen werden. Infolgedessen gehen immer mehr Gemeinden in den Untergrund. Mindestens 108 Christen wurden verhaftet und/oder kamen ins Gefängnis, ein Anstieg im Vergleich zum Vorjahr.“

Im Gefängnis hätten Christen brutale Verhörmethoden zu gewärtigen, dabei komme es auch zu sexuellen Übergriffen.

Gemeinden als Verein registrieren können. Der türkische Geheimdienst MIT beobachtet diese christlichen Gruppen und ihre Aktivitäten sehr genau. Es ist unmöglich, Kirchengebäude zu reparieren oder zu renovieren. Kirchengebäude, Bibelschulen oder Schulen, die in der Vergangenheit konfisziert wurden, werden nicht wieder zurückgegeben. Aktivitäten außerhalb der Kirche zu organisieren, gilt als evangelistische Tätigkeit und wird daher verhindert.

# BEAUVITÉ®

... wo die Schönheit zu Hause ist.

Kosmetik • Friseur • Maniküre • Pediküre • Permanent Make-up • Wimpernverlängerung  
Dauerhafte Haarentfernung • Lipolaser • Kryolipolyse • Kavitation • Mesotherapie  
Faltenunterspritzung • Multipolare Radiofrequenz

Fasanenstraße 40 • 10719 Berlin • Tel: (030) 88 91 64 59

WWW.BEAUVITÉ.DE



# Schafft die überflüssige UNRWA endlich ab!

*Diese „Hilfsorganisation“ schadet mehr als sie nützt.*

Von Monika Winter

Im Jahr 2004 gab der Leiter der UNRWA und stellvertretende Generalsekretär der Vereinten Nationen, Peter Hansen, bekannt, dass Hamas-Sympathisanten hohe Posten bei der UNRWA innehaben. Im gleichen Jahr enthüllten amerikanische Finanzbehörden einige Spenden, die in Verbindung mit internationalen Terrororganisationen gebracht werden konnten. Ähnliche Fälle wurden auch 2006 bekannt. 2014 während des Gaza-Konfliktes wurden Einrichtungen der UNRWA, wie Krankenhäuser und Schulen von palästinensischen Terror-Organisationen als Verstecke für Raketen benutzt. Ein weiterer Vorwurf lautete, dass Waffen von der UNRWA nicht unbrauchbar gemacht, sondern gleich an die Hamas übergeben wurden.

## Die UNRWA ist unseriös

Matthias Schmale ist Landesdirektor des „Hilfswerks der Vereinten Nationen für Palästina-Flüchtlinge im Nahen Osten“ (UNRWA) im Libanon. Am 13. Januar 2015 appellierte er an die Staatengemeinschaft, die 450.000 palästinensischen „Flüchtlinge“ (wohl-gemerkt: dazu werden selbst Urenkel jener Menschen gerechnet, die wirklich noch aus Palästina fortgingen oder tatsächlich fliehen mussten) im Libanon politisch und finanziell zu unterstützen. Es könne zu sozialen Unruhen kommen, zudem steige der Druck, nach Europa zu fliehen, warnte Matthias Schmale. Weiter heißt es: Bleibe die notwendige Hilfe aus, wachse auch das Rekrutierungspotenzial extremer Gruppierungen, wie des „Islamischen Staates“.

Matthias Schmale droht also Europa damit, dass eine weiter Zuwanderungswelle zu erwarten wäre, die zudem auch noch radikalisiert sein könne, wenn die Staatengemeinschaft nicht zahlt, obwohl wir als Steuerzahler bereits größter Unterstützer der UNRWA sind.

## Palästinensische „Flüchtlinge“ werden als Faustpfand missbraucht.

Nach 1948, als sowohl Juden als auch palästinensische Araber vertrieben wurden, nahm der neugegründete Staat Israel alle Juden auf und half ihnen ein neues Leben aufzubauen. Ein paar Jahre später wurde keiner dieser Juden mehr „Flüchtling“ genannt. Im Gegensatz dazu verhinderte die Arabische Liga es, Palästinenser als gleichwertige Bürger in die arabischen Staaten zu integrieren, um ihr Recht auf „Rückkehr“ zu schützen und als Waffe gegen Israel



Matthias Schmale, Landeschef der UNRWA Libanon, will mehr Geld.

einzusetzen. Das erschuf die humanitäre Krise.

Die UN sprang ein und erschuf zwei verschiedene Organisationen, die UN-

Zahl erzählt nichts von den Lebensbedingungen der „Flüchtlinge“ in arabischen Ländern. Im Libanon beispielsweise sind palästinensische Flüchtlinge

Keiner der arabischen Führer interessiert sich für die „Palästinenser“.

Den arabischen Führern waren die palästinensischen Flüchtlinge gleichgültig, auch in den Folgejahren. Gunst gab es für Araber und Nicht-Araber, aber generell nicht für Palästinenser.

Vor dem Golfkrieg beispielsweise beschäftigte Kuwait viele Palästinenser, aber die Staatsbürgerschaft wurde ihnen verweigert. Später kam es zu massenhaften Ausweisungen wegen der Sympathien der Palästinenser für Saddam Hussein. Niemanden interessierte das, weil Israel nicht der Schuldige war. Das hinderte die Regierung von Kuwait aber nicht daran, gegen israelische Ausweisungen von Palästinensern in viel, wirklich viel (!) geringerem Ausmaße heuchlerisch zu protestieren.

Seit dem Syrienkrieg 2011 waren wieder zigtausend „Palästinenser“ auf der Flucht. Im Libanon wurden sie nicht anerkannt, weil sie „Palästinenser“ sind. Im Gegenteil zu syrischen Flüchtlingen benötigen sie ein Visum, um überhaupt ins Land zu kommen. Damit erhielten Sie allerdings nur eine begrenzte Aufenthaltsgenehmigung. Das Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen (UNHCR) fühlt sich nicht zuständig für die Palästinenser, die UNRWA behauptet, ihr fehle das Geld.

Die UNRWA, die es in den letzten 60 Jahren nicht geschafft hat, an der Lage der „palästinensischen“ „Flüchtlinge“ im Libanon etwas wesentlich verbessern, will ihre Probleme und ihr Versagen auf andere abwälzen. Deshalb fordert Matthias Schmale Hilfe (also Geld) der Staatengemeinschaft ein. Die UNRWA sollte endlich aufgelöst werden und ihre Aufgaben an das UNHCR abgegeben werden.

„Während das Ziel der UNHCR ist, die Zahl der Flüchtlinge zu verringern, indem sie ihnen hilft in einem neuen Land ein neues Leben zu beginnen, ist es Ziel der UNRWA, die Zahl der Flüchtlinge zu erhöhen.“

HCR und die UNRWA, deren Ziele vollkommen gegensätzlich sind. Während das Ziel der UNHCR ist, die Zahl der Flüchtlinge zu verringern, indem sie ihnen hilft in einem neuen Land ein neues Leben zu beginnen, ist es Ziel der UNRWA die Zahl der Flüchtlinge zu erhöhen! Letzteres geschieht auch, indem sich der Flüchtlingsstatus der Palästinenser auf deren Kinder, Enkel und allen weiteren Generationen vererbt.

Heute gibt es etwa 5 Millionen palästinensische „Flüchtlinge“, eine Zahl, die also immer weiter wächst. Diese

aus vielen Berufsfeldern ausgeschlossen, sie dürfen keine Bürger werden, sie dürfen kein Land besitzen und über die Hälfte lebt immer noch in Lagern, wobei ihnen sogar Werkzeug verwehrt wird um ihre Häuser zu reparieren. In anderen arabischen Staaten ist es ähnlich, Palästinenser bekommen in arabischen Ländern keine Arbeitserlaubnis und sind dadurch zu materieller Armut verdammt. Dennoch richtet sich der Hass der meisten palästinensischen „Flüchtlinge“ gegen Israel.

Als Sündenbock für die Situation der „Palästinenser“ diente immer nur Israel, wobei stets die Vertreibung der Juden aus den arabischen Ländern verschwiegen wird. Das einzige arabische Land, das Palästinenser aufnahm, war Jordanien. Dem Land ist das nicht immer gut bekommen, siehe „Schwarzer September“. Der Libanon hatte nach eigenen Angaben keinen Platz (ein Problem, das auch das reiche Saudi-Arabien angesichts der Flüchtlinge aus Syrien in einem Anfall von arabischer Solidarität plötzlich hatte). Ägypten vereitelte 1950 den Versuch der Vereinten Nationen 150.000 Flüchtlinge aus Gaza im Libanon anzusiedeln.

## DIE ÄLTEREN AUSGABEN DER „JÜDISCHEN RUNDSCHAU“ SIND IN DER REDAKTION ERHÄLTlich.

Wenn Sie eine oder mehrere Ausgaben brauchen, teilen Sie uns bitte auf dem Postweg (J. B. O., Postfach 12 08 41, 10598 Berlin) mit, welche genau, an welche Adresse sie geschickt werden sollte und legen Sie bitte als Bezahlung Briefmarken zu je 62 Cent bei:

- Für eine Ausgabe – 3 Briefmarken;
- Jede weitere Ausgabe – eine zusätzliche Briefmarke.

Von Jerome Lombard

„Die saudischen Führer werden die Rache Gottes spüren“, ruft Irans oberster geistlicher Führer, Ali Chamenei, drohend in Richtung der politischen Eliten der Wüstenmonarchie. „Irans Geschichte ist voll von negativen Einmischungen und Feindseligkeiten in arabischen Fragen, und diese sind stets von Zerstörung begleitet“, erwidert der saudische Außenminister Adel al-Dschubeir kaltschnäuzig. Ring frei für die nächste Runde Säbelrasseln.

Die ganze Welt schaut mit großer Besorgnis zu, wenn es wieder heißt: Islamische Republik versus Islamische Monarchie, Schiitenschutzmacht versus Sunnitenspatron, Mullahs versus Scheichs, islamische Fundamentalisten versus islamische Hardliner.

Was war der Stein des Anstoßes, der den bereits seit langem schwelenden Konflikt jetzt endgültig eskalieren ließ? Anfang Januar vollzog Saudi-Arabien eines seiner Massenhinrichtungsspektakel. In verschiedenen Gefängnissen wurden 47 Gefangene, im offiziellen Sprachgebrauch allesamt „Terroristen“, auf einen Streich hingerichtet. Die Anklagepunkte lauteten Terrorismus, Waffenbesitz und Aufwieglertum. Der Umstand an sich hätte jenseits empörter Stellungnahmen von Menschenrechtsorganisation nicht für größeres Aufsehen gesorgt. Weder im Westen, wo Saudi-Arabien für seine Praxis der Massenexekutionen immer wieder in der Kritik steht, und schon gar nicht im Iran, der selber oft und gerne von der Todesstrafe für dies und jenes vermeintliche Vergehen ohne langwierigen Prozess Gebrauch macht.

Wäre da nicht ein gewisser Nimr al Nimr unter den Hingerichteten gewesen. Der war schiitischer Geistlicher mit saudischem Pass und hatte vor allem in den Siedlungsgebieten der immerhin rund 25 Prozent zählenden schiitischen Bevölkerungsminderheit in Saudi-Arabien gegen das sunnitische Königshaus agitiert und zum Sturz der al Sauds aufgerufen. Dieses subversive Treiben wollten sich die Scheichs im neuen Jahr nicht mehr länger mit ansehen und machten kurzen Prozess. Zum großen Ärger der iranischen Mullahs, die die Agitprop-Arbeit ihres einflussreichen Glaubensbruders stets mit Wohlwollen beobachtet hatten. Ein Mob voll „gerechten Volkszorns“ randalierte und brandschatzte daraufhin in der saudischen Botschaft in Teheran und attackierte das Konsulat in Maschdad. Diese Attacken waren ein Schlag ins Gesicht der Saudis, die zum Konter ausholten und die bilateralen Beziehungen zur Islamischen Republik kurzerhand abbrachen.

Die Geschehnisse lösten sodann einen politisch-diplomatischen Flächenbrand aus. Die mit Saudi-Arabien verbündeten Herrscherhäuser des Golfkooperationsrates (GCC) sprangen dem Partner umgehend bei. Bahrain legte ebenfalls alle Kontakte mit dem Iran auf Eis. Kuwait und Katar riefen ihre Botschafter zurück. Die Vereinigten Arabischen Emirate schraubten ihre Beziehungen auf ein Minimum herunter und der Oman verurteilte die Angriffe auf saudische Einrichtungen in ungewohnter Schärfe. Pakistan, einer der engsten Verbündeten Saudi-Arabiens, drohte Teheran gar mit einem vernichtenden Militärschlag, der das Land von „der Landkarte fegen“ würde, wenn die Mullahs auch nur daran denken sollten, Saudi-Arabien anzugreifen. Es sind diese Momente, in denen die Saudis sich vergewissern können, dass sich die massiven Geldgeschenke für Pakistan ausgezahlt haben und mit der komfortablen Drohkulisse einer „sunnitischen Atombombe“ belohnt wird. Wüste Beschimpfungen der

# Wenn zwei sich streiten

## Der Konflikt zwischen Saudi Arabien und dem Iran eskaliert



Der Persische Golf – die Frontlinie eines neuen Kalten Krieges.

jeweils anderen Seite und Drohungen mit harten Worten folgten seither. Das Verhältnis zwischen den beiden Staaten ist bis zum Bersten angespannt. Welche Folgen die neuerliche Eskalation noch haben wird, bleibt abzuwarten und wird sich in erster Linie an den Kriegsschauplätzen auf der Arabischen Halbinsel, wo sich die beiden Kontrahenten erbitterte Stellvertreterkriege liefern, zeigen.

### Unversöhnliche Gegner

Iran und Saudi-Arabien. Die Erzfeinde. Seit dem Sturz des Schahs im alten Persien und der Errichtung eines schiitisch-theokratischen Regimes durch die sogenannte „Islamische Revolution“ von 1979, befinden sich die beiden Länder im Dauerzwist. Es geht um Hegemonie, Einfluss und politische Vorherrschaft im Nahen Osten und stets vor dem Hintergrund des uralten inner-islamischen Streits zwischen der schiitischen und sunnitischen Glaubensinterpretation. Wer durfte im siebten Jahrhundert Nachfolger des Pro-

pheten Mohammed werden? Ein beliebiger Moslem, wie die Mehrheitspartei, die Sunniten, forderten, oder doch nur ein direkter verwandtschaftlicher Nachfahre, wie die schiitische Minderheit es verlangte?

„Mit dem primitiven Pakistan, das der islamistischen Diktatur Saudi-Arabien die Treue hält, gibt es erstmals einen Staat, der dem Iran, der mit der Auslöschung Israels droht, nun seinerseits die Auslöschung androht. Es hat sich für Saudi-Arabien gelohnt den Pakistanis so viel Geld zu schenken.“

Dieser Konflikt mit seiner bis heute aktuellen Sprengkraft dreht sich im Kern ebenso um Fragen von Einfluss und Macht, nur unter religiösen Vorzeichen. Während sich der Iran mit seiner schiitischen Bevölkerungsmehrheit auch als politisch-religiöse Schutzmacht der weltweiten Schiitenheit (10 bis 20 Prozent aller Moslems) versteht, trifft dies auf Saudi-Arabien als Hüternation der Heiligen Stätten von Mekka und Medina insbesondere für die Sunniten (80 bis 90 Prozent) zu. Beide Kontrahenten nehmen sich in ihrem religiösen Eifer

nichts. In Saudi-Arabien ist der erzkonservativ-fundamentalistische Wahabismus Staatsreligion, im Iran der unhinterfragbare Glaube an die Ankunft des Mahdi, einer Art moslemischer Messias, der die ganze Welt einmal in einen islamischen Staat verwandeln und alle Ungläubigen vernichten soll. Und auch wenn der Konflikt zwischen den beiden Nationen bisher nicht zu einem offenen Krieg geführt hat, bekämpfen sich die Widersacher mit ihren jeweiligen Stellvertretern oder ziehen im Hintergrund die Strippen.

### In Syrien

Im dortigen Bürgerkrieg unterstützt der Iran den alawitisch-schiitischen Diktator Assad und hat auch seinen Top-Verbündeten, die libanesische Hisbollah-Miliz, zur Unterstützung des Regimes mit ins Boot geholt. Saudi Arabien rüstet bestimmte sunnitisch-fundamentalistische Rebellengruppierungen wie beispielsweise Ahrar al-Sham auf.

### Im Jemen

Nachdem die vom Iran politisch unterstützten und wohl auch mit Kriegsgerät ausgestatteten schiitischen Huthi-Rebellen die sunnitisch geführte Zentralregierung in Sanaa gestürzt hatten, griff Saudi-Arabien zusammen mit Truppen aus den Golfstaaten direkt in den Konflikt ein und führt seither einen Bodenkrieg gegen die Huthis. Waffenstillstände hielten bisher nicht. International vermittelte Friedensgespräche führten zu keinem Ergebnis.

### Im Irak

Auch wenn der schiitische Premierminister Haider al Abadi Saudi-Arabien versichert, seine Regierung sein kein iranischer Vasall, beäugt die Monarchie

die politischen Machtverhältnisse in Bagdad mit Argwohn. Es ist kein Geheimnis, dass der mehrheitlich schiitische Irak über exzellente Beziehungen zur iranischen Theokratie verfügt. Teheran hat dem Irak immer wieder Waffen geliefert und die teilweise direkt von iranischen Militärs ausgebildeten Schiiten-Milizen gehören zu den kampfstärksten gegen den „Islamischen Staat“ (IS).

### Konsequenzen für Israel

Was bedeutet der sich zuspitzende saudisch-iranische Konflikt für den jüdischen Staat? Zum einen, dass der blutige Bürgerkrieg im Nachbarland Syrien auf unabsehbare Zeit weitergehen wird. Die beiden Staaten unterstützen die jeweiligen Kriegsgegner und werden in naher Zukunft zu keinen Friedensverhandlungen bereit sein. Dieser Umstand ist kein gutes Zeichen. Ein Fortdauern des Kriegs bedeutet weiteres Leid für die syrische Zivilbevölkerung, mehr Flüchtlinge und ein sich vergrößerndes politisches Vakuum an Israels nördlicher Grenze, das von Terrorgruppen wie dem IS ausgenutzt werden kann. Auf der anderen Seite wird sich der Iran nicht mehr mit gleicher Intensität mit Israel und seinen Vernichtungsfantasien gegen den jüdischen Staat beschäftigen können. Der syrische Bürgerkrieg bindet Iran und Hisbollah militärisch. Wenn jetzt noch eine sich verschärfende Spannung mit Saudi-Arabien hinzukommt, werden die Mullahs nicht mehr ihren Hauptfokus auf Israel legen.

„Das bedeutet nicht, dass sie (die Mullahs) nichts mehr gegen Israel unternehmen werden. Es bedeutet beispielsweise nicht, dass die jetzige Situation die Hisbollah davon abhalten wird, Vergeltungsaktionen gegen Israel durchzuführen. Aber egal, welches Problem auftreten wird, es wird ab jetzt immer jemanden im Iran geben, der sagt, dass es wichtigere Dinge gibt. Wir werden nicht mehr die einzige Sache sein, auf die sie sich fokussieren“, erklärt Yaakov Admiror, ehemaliger Chef des israelischen Sicherheitsrates und Experte für Sicherheitsfragen am „Begin-Sadat Center for Strategic Studies“ in Tel Aviv, in der „Jerusalem Post“. Der Konflikt mit dem Iran könnte Saudi-Arabien zudem langfristig nach Israel blicken lassen. „Wenn Saudi Arabien sich in der Region nach Verbündeten umschaut, werden sie keine sehr lange Liste finden“, so Admiror.

Tatsächlich gab es in der Vergangenheit immer wieder Berichte über eine verdeckte Kooperation. So sollen der israelische und der saudische Geheimdienst Informationen ausgetauscht und Saudi-Arabien soll Israel Überflugrechte für den Fall eines Angriffs auf iranische Nuklearanlagen zugesichert haben. Die Angst vor einem atomar bewaffneten Iran ist in beiden Ländern gleichermaßen groß. Und es ist der entscheidende Unterschied zwischen Saudi Arabien und dem Iran: In beiden Ländern mögen islamisch-fundamentalistische Regime herrschen, doch geht von dem militärisch eng mit den USA verbündeten Königreich keine existentielle Gefahr für den jüdischen Staat aus. In Riad ist man durchaus bereit zu taktischer Realpolitik. Eine Annäherung, wenn auch im Geheimen, ist mit Saudi-Arabien nicht unmöglich – eine Annäherung an einen Staat, den Juden nicht einmal betreten dürfen.

# Zweite Chance vertan

*Der freigelassene Samir Kuntar soll neue Anschläge auf den Golanhöhen geplant haben*

Von Werner Sonne

Samir Kuntar war an einem der blutigsten Hisbollah-Anschläge auf Israel beteiligt – und soll in Damaskus weitere geplant haben. Später kam er bei einem Gefangenenaustausch unter Vermittlung des BND frei. Kürzlich wurde Kuntar bei einem Luftschlag getötet. Seine Geschichte liest sich wie ein Agententhriller.

Sie nannten ihn den „Dean of the Lebanese prisoners“ – den am längsten einsitzenden unter den libanesischen Gefangenen. Und wenn es nach den Israelis gegangen wäre, dann wäre das auch heute noch so. Obwohl Israel viele Terroranschläge erlebt hat, hat sich die Tat von Samir Kuntar als besonders grausam im kollektiven Gedächtnis festgeschrieben.

1979, mit 17 Jahren, nahm Samir Kuntar vom Libanon aus mit einem Schlauchboot an einem Kommandounternehmen teil. Dabei drangen die vier Attentäter in Naharija in die Wohnung der Familie Haran ein. Kuntar erschoss den Vater und zerschmetterte den Schädel der vierjährigen Tochter Einat. Eine weitere Tochter erstickte, als ihre Mutter sie am Schreien hindern wollte. Zwei Polizisten starben ebenfalls, ebenso wie zwei der Angreifer.

Immer wieder wollte die Hisbollah Kuntar freipressen, doch immer wieder weigerte sich Israel, diesem Druck nachzugeben. Schon seit 1996 spielte der deutsche Bundesnachrichtendienst eine entscheidende Rolle bei der Vermittlung von Austauschaktionen von Gefangenen.

Geheimdienstkoordinator Bernd Schmidtbauer, der sich gern als „008“ bezeichnen ließ, organisierte den ersten großen Austausch. 2004 kam es erneut zu einer BND-Aktion, bei der rund 430 Palästinenser und 16 Hisbollah-Kämpfer freikamen – gegen die Überreste von drei israelischen Soldaten und einem in Dubai entführten Ex-Obersten namens Tennenbaum. Nur einen nahmen die Israelis im letzten Moment von der Liste der Freigelassenen: Samir Kuntar.

Das sollte dramatische Konsequenzen haben. Die Hisbollah setzte alles daran, Kuntar dennoch freizubekommen. Obwohl der BND sie nachdrücklich vor den Folgen gewarnt hatte, entführte die Hisbollah 2006 unter dem bezeichnenden Motto „Gehaltenes Versprechen“ die beiden israelischen Soldaten Ehud Goldwasser und Eldad Regev. Israel reagierte mit schweren Angriffen, die zum 33-tägigen Libanon-Krieg eskalierten – mit über 1.500 Toten. Wieder konnte die Hisbollah ihr Versprechen nicht einhalten: Samir Kuntar blieb in seinem israelischen Gefängnis.

Wie wohl kaum ein anderes Land hält Israel einen Grundsatz hoch: niemand wird auf dem Schlachtfeld zurückgelassen – ob lebend oder tot. Die beiden entführten Soldaten, das stellte sich nun heraus, waren umgekommen. Nun machten die Familien erfolgreich enormen Druck, ihre Überreste freizubekommen. Die Olmert-Regierung in Jerusalem musste einknicken.

Und plötzlich war der Name Samir Kuntar wieder im Spiel. Selbst die Vereinten Nationen schalteten sich ein. Der BND-Mann Gerhard Conrad, schon zuvor bei den Vermittlungsaktionen dabei, wurde zur UN ausgeliehen und verhandelte zwei Jahre lang, bis die Israelis unter hohem innenpolitischem



Wohlgelährt und in körperlich guter Verfassung kam der Mörder frei.

Druck nachgaben: Gegen die Rückkehr der Leichen der beiden Soldaten wurden mehrere hundert Palästinenser an der libanesischen Grenze übergeben – und diesmal auch Samir Kuntar, nach 30 Jahren Gefangenschaft.

Er war fortan der Hisbollah-Vorzeigekämpfer, ließ sich in Uniform fotografieren, Symbol dafür, dass man die Israelis doch in die Knie zwingen kann.

gebiet zu machen – ohne, dass die Syrer reagierten.

Ansonsten hat Israel keinerlei Interesse, sich in den völlig unübersichtlichen Syrien-Krieg hineinziehen zu lassen. Diese Grundsatzentscheidung wurde in Jerusalem bereits sehr früh in diesem Konflikt getroffen. „Lasst sie bluten“, brachte Verteidigungsminister Mosche Jaalon die Haltung auf den Punkt – sollen sie sich doch

Feld, die jetzt mit ihrem Luftabwehrsystem weite Teile des syrischen Luftraums kontrollieren. Die israelischen Flugzeuge kamen unbehelligt zurück, nachdem sie am Samstagabend um 22.15 Uhr dem Leben von Samir Kuntar ein Ende gesetzt hatten.

Die Hisbollah steht nun vor einem Balanceakt: Wie soll sie mit dem Tod ihres einstigen Helden umgehen? Einerseits muss sie propagandistisch mindestens mit dem Säbel rasseln, andererseits muss sie aufpassen, dass der Konflikt nicht eskaliert und Kuntar über seinen Tod hinaus nicht doch noch sein Ziel erreicht, Israel in die Konfrontation zu zwingen.

Erst einmal wurden drei Raketen auf den Norden Israels abgefeuert – auf offenes Gelände ohne weiteren Schaden, und Israel feuerte mit Mörsern zurück, offenbar auch ohne Schäden. Ob dieser demonstrative Schlagaustausch ausreicht, müssen die nächsten Tage zeigen.

Ob der deutsche BND irgendwann dann wieder beim Austausch von Gefangenen vermitteln kann, bleibt genauso offen. Nach der Freilassung von Samir Kuntar 2008 musste BND-Mann Conrad 2009 schon wieder ran – diesmal bei der Vorbereitung des Austauschs von 1.027 palästinensischen Gefangenen gegen den von der Hamas in Gaza entführten Soldaten Gilad Schalit.

Ahmed al-Dschabari, der Hamas-Militärchef, versuchte diesen Deal bis zuletzt zu verhindern. Doch Israels Geheimdienste haben ein langes Gedächtnis. Im Herbst 2012 tötete eine israelische Rakete al-Dschabari in einem fahrenden Auto, ein Präzisionsschlag. Und Samir Kuntar starb nun ebenfalls durch einen präzisen Raketenbeschuss.

Der frühere BND-Chef Ernst Uhrlau, der lange in die Verhandlungen eingebunden war, sagte Cicero: „Israel vergisst seine Feinde nicht“.

(zuerst erschienen in "Cicero")

„So überwarf sich die Hisbollah um die Jahreswende 2015 offenbar mit ihrem einstigen Helden Samir Kuntar. Der sah weiterhin Israel als Hauptfeind und versuchte genau das, was man in Damaskus verhindern wollte: Israel endlich in den Syrien-Konflikt einzubeziehen.“

Doch anders als die meisten Hisbollah-Kämpfer, die ihre Unterstützung aus Iran und Syrien erhalten, war Kuntar kein schiitischer Libanese, sondern gehörte zur Minderheit der Drusen, die auch auf den Golanhöhen an der Grenze Israels starke ethnische Wurzeln haben.

Und im komplizierten Schachspiel der Kräfte im syrischen Konflikt wurde Kuntar nun plötzlich ein Störenfried. Samir Kuntar – so beobachtete es offenbar nicht nur der israelische Geheimdienst – zog in einen Vorort von Damaskus. Von dort aus versuchte er angeblich, unter den Drusen ein Netzwerk zu organisieren. Das Ziel: Sie sollten auf den Golanhöhen Terroranschläge verüben und so eine neue Front zu eröffnen. Das ist für Israel eine rote Linie an seiner nördlichen Grenze. Mehrfach bereits reagierte Israels Luftwaffe mit Luftschlägen gegen alle Versuche, die Golanhöhen zum Kriegs-

gegenseitig umbringen. Das diene Israels Interessen am besten.

Doch auch das Assad-Regime und die an seiner Seite kämpfende Hisbollah wollen keine zusätzliche Front mit Israel. Sie haben militärisch so viele andere Feinde – allen voran den „Islamischen Staat“ – dass sie sich nicht auch noch die übermächtige israelische Armee zum Gegner machen wollen.

So überwarf sich die Hisbollah um die Jahreswende 2015 offenbar mit ihrem einstigen Helden Samir Kuntar. Der sah weiterhin Israel als Hauptfeind und versuchte genau das, was man in Damaskus verhindern wollte: Israel endlich in den Konflikt einzubeziehen.

Das hat ihn jetzt offenbar das Leben gekostet. Israelische Beobachter weisen mit Fleiß auf das Offensichtliche: ein solch präziser Luftschlag kann nicht ohne Informationen aus der unmittelbaren Umgebung von Kuntar geführt worden sein. Und sie führen sogar die Russen ins

# Die Organisation für Islamische Zusammenarbeit

Die „zweitgrößte Organisation nach der UNO“ und „Menschenrechte“ auf Grundlage der Scharia

Von Nikoline Hansen

Der Erfolg des modernen Menschen – unter dem wissenschaftlichen Namen homo sapiens bekannt – ist zurückzuführen auf seine Fähigkeit differenziert zu kommunizieren und Konstrukte zu entwickeln, die lediglich in seiner Vorstellungswelt existieren. So kommt es, dass Gemeinschaften entstehen, die über eine natürliche Gruppengröße hinaus Bindungen eingehen und sich ein gesellschaftliches Gefüge entwickelt, das Zusammenarbeit in neuen Dimensionen ermöglicht. Dieses Phänomen, der Gedanke der Vernetzung mit einem gemeinsamen Ziel, ist auch Grundlage der Politik und Voraussetzung für die erfolgreiche Durchsetzung der Interessen bestimmter Gruppen oder Erlangung und Wahrung von Machtpositionen auf lokaler wie globaler Ebene.

Die größte Errungenschaft der Menschheit im 20. Jahrhundert war das diplomatische Geschick, das die Siegermächte nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs entwickelten, um bei allen Spannungen den Ausbruch eines erneuten dritten Weltkrieges zu verhindern und die Voraussetzungen für ein in weiten Teilen der Welt nunmehr friedliches Zusammenleben zu schaffen. Das glückte mit der Gründung der Vereinten Nationen (UN), deren Charta auf der Konferenz in Jalta 1945 verabschiedet wurde. Damit war ein globales Gremium geschaffen worden, das es sich zum Ziel gesetzt hatte, den Weltfrieden zu wahren und für internationale Sicherheit sowie internationale Zusammenarbeit zwischen den Nationen zu sorgen. Damit gab es einen Ort, an dem alle Staaten sich an einen Tisch setzen, Probleme identifizieren und darüber reden konnten. In Folge wurde am 10. Dezember 1948 die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte verabschiedet, die universelle Gültigkeit für alle Menschen unabhängig von ihrem Glauben, Geschlecht oder Hautfarbe hat. Sie wurde grundlegend für weitere Menschenrechtsabkommen, die im weiteren Verlauf der Geschichte der Vereinten Nationen entwickelt und zu großen Teilen ratifiziert wurden.

Nun wäre diese Geschichte so schön, um wahr zu sein, wenn sie tatsächlich zu einem friedlichen Ende in Einigkeit geführt hätte. Wie das bei demokratischen Prozessen oft üblich ist, waren nicht alle beteiligten Parteien mit der Politik der UN einverstanden. Denn einer ihrer Erfolge war das Mitwirken bei der Gründung des Staates Israel: Am 29. November 1947 stimmte die UN Generalversammlung mit Zweidrittelmehrheit für den Teilungsplan für Palästina, sodass neben einem arabischen ein jüdischer Staat entstehen konnte. Die arabischen Staaten lehnten den Plan und in Folge das Existenzrecht Israels ab, und schon am Tag nach dem UN-Beschluss kam es in Palästina zu Unruhen. Dass infolge seiner Unabhängigkeitserklärung am 14. Mai 1948 Israel erstmals gezwungen war einen Krieg gegen seine aggressiven Nachbarn zu führen, dürfte hinlänglich bekannt sein. Aus palästinensischer Perspektive wird hier allerdings gerne von der „großen Katastrophe“ erzählt, der „Vertreibung“ der arabischen Bevölkerung. Dabei wurde der größte Teil der Bevölkerung nicht durch israelische Soldaten vertrieben, sondern aus strategischen Gründen von den arabischen Kriegsparteien umgesiedelt –



Der Generalsekretär der OIC aus der Mittelalter-Diktatur Saudi-Arabien, Iyad Madani schüttelt die Hand des frostig dreinschauenden iranischen Vize-Außenministers. Kurz zuvor war die Saudi-Botschaft in Teheran gestürmt worden

man gaukelte ihr vor, sie könne nach dem Sieg gegen Israel in ihre Dörfer und Häuser zurückkehren. Indes: Es kam anders. Israel behauptete sich auf der Landkarte.

Nun wissen wir aus historischer Erfahrung: Es kann der Frömmste nicht in Frieden leben, wenn es dem bösen Nachbarn nicht gefällt. Die Existenz Israels war den arabischen Nachbarn nach dieser ersten

partner, damit Stärke und Macht sichert. In diesem Fall darf man allerdings nicht vergessen: Es gab eine Organisation, deren Aufgabe die Vertretung aller Staaten ist – auch der Staaten, die nun diese neue Organisation gründeten. Anlass der Gründung war einzig und allein die Tatsache, dass Israel im Sechstagekrieg Jerusalem erobert hatte und damit nun auch

„ 1990 wurde eine eigene Erklärung der Menschenrechte veröffentlicht – auf Grundlage der Scharia! Eine Kriegserklärung an die westliche Welt, die nur von wenigen Menschen als solche registriert wurde. “

Niederlage weiter ein Dorn im Auge, es kam regelmäßig zu terroristischen Übergriffen. Auslöser für den Präventivschlag, zu dem Israel sich 1967 genötigt sah, waren die Sperrung des Zugangs zum Roten Meer durch Ägypten, der Durchmarsch irakischer Truppen durch Jordanien und der Aufruf zum „Heiligen Krieg“ gegen Israel. Es kam zum sogenannten Sechstagekrieg, aus dem Israel wiederum siegreich hervor ging. Der größte Erfolg des Sechstagekrieges war die Eroberung Jerusalems – erstmals konnten Juden wieder an der Klagemauer beten. Weniger erfolgreich verliefen die anschließenden Friedensverhandlungen – die arabischen Staaten weigerten sich zu verhandeln, stattdessen wurde am 22. November 1967 die berühmte UN-Resolution 242 verfasst, wonach Israel die eroberten – in Folge „besetzt“ genannten Gebiete – zurückzugeben habe. Angesichts der Gemengelage ist es verständlich, dass Israel sich hierauf nicht einließ, sondern begann, das Land strategisch zu sichern. 1973 folgte der Jom-Kippur-Krieg.

Die kriegerischen Auseinandersetzungen waren die eine Dimension. Es kam noch eine weitere hinzu, die gerne vergessen wird: Am 25. September 1969 wurde in Marokko die Organisation für Islamische Zusammenarbeit (Organisation of Islamic Cooperation OIC) gegründet. In evolutionärer Hinsicht ist die Gründung einer solchen Organisation schlau, denn sie schafft ein Netzwerk, das sich mit einer gemeinsamen Zielsetzung Bündnis-

partner, damit Stärke und Macht sichert. In diesem Fall darf man allerdings nicht vergessen: Es gab eine Organisation, deren Aufgabe die Vertretung aller Staaten ist – auch der Staaten, die nun diese neue Organisation gründeten. Anlass der Gründung war einzig und allein die Tatsache, dass Israel im Sechstagekrieg Jerusalem erobert hatte und damit nun auch

die El-Aksa-Moschee im Einflussbereich Israels liegt. Deshalb sollte man diese Organisation als das betrachten, was sie ist: Eine Organisation, deren Ziel die Durchführung eines Religionskrieges ist. Sitz der Organisation wurde im März 1970 Dschidda in Saudi-Arabien – bis zur geplanten „Befreiung“ Jerusalems, wie es in der Erklärung zur Gründung hieß. Eigentlich muss dieser Umstand angesichts der realen Situation absurd erscheinen: Während es Juden bis zur „Eroberung“ Jerusalems nicht möglich war an der Klagemauer zu beten können Moslems nun sehr wohl den Tempelberg und die darauf errichtete Moschee besuchen – der israelische Staat sorgt dafür, dass diese Religionsfreiheit gewährleistet wird: Juden haben offiziell keinen Zutritt, Touristen werden streng kontrolliert und dürfen das Gelände nur außerhalb der Gebetszeiten besuchen. Das Gelände selbst wird durch die islamische Stiftung Waqf kontrolliert.

Nun liegt die Gründung inzwischen ein paar Jahrzehnte zurück und es ist offensichtlich, dass sich das Ziel – die Rückeroberung Jerusalems – nicht so kurzfristig erreichen ließ wie erhofft. Trotzdem lassen die arabischen Staaten in ihrem Bestreben nicht nach. Also was liegt näher, als das Augenmerk auf die Dinge zu lenken, die von kulturhistorischer Relevanz sind? Die OIC formulierte allgemeine Ziele, deren gesellschaftlicher Konsens leichter zu erzielen war: beispielsweise die Abschaffung jeglicher Form der Dis-

kriminierung und des Kolonialismus. Seit 2008 gibt das OIC einen jährlichen Bericht über „Islamophobie“ heraus – dabei nimmt das Verbot in der Schweiz Minarette zu errichten eine prominente Stellung ein was zeigt, dass Einflussnahme auch weit über die Grenzen der beteiligten Länder hinaus versucht wird.

Ein besonderes Augenmerk legt die OIC, nicht ohne Bewusstsein für die Tatsache, dass dies im 20. Jahrhundert eine der wesentlichen Errungenschaften der Menschheit als Basis für ein friedliches Zusammenleben war, auf die Menschenrechte. So wird de facto allerdings eine Relativierung und Aberkennung der Universalität herbeigeführt, indem die Scharia zur Grundlage der Menschenrechte in der arabischen Welt erklärt wird: 1990 wurde die sogenannte Kairoer Erklärung der Menschenrechte im Islam beschlossen. Eine Kriegserklärung an die westliche Welt, die nur von wenigen Menschen als solche registriert wurde. Seit 2011 hat die OIC sogar ein eigenes Menschenrechtsgremium eingesetzt, das sich mit den Menschenrechtsverletzungen der Mitgliedsstaaten befasst – sicher ein Versuch, die Menschenrechtsverletzungen mit eigenen Maßstäben zu messen und damit eben die Messlatte anders zu legen als im Rest der Welt.

Es sei daran erinnert: Sitz der Organisation ist der Kopf-Abhack-Staat-Saudi-Arabien – welche Ironie!

Wenn man derzeit die Internetseite der Organisation aufruft, sticht der Link zu einem Artikel des amerikanischen Nachrichtenmagazins „TIME“ vom 1. Dezember 2015 hervor mit der Überschrift: „We Must Understand Why Some Muslims Turn Radical“ – müssen wir das wirklich verstehen, warum einige Moslems radikal werden? Die politische Führung der arabischen Nationen forciert eine solche Radikalisierung nicht nur klammheimlich: Der Artikel stammt aus der Feder des Generalsekretärs der OIC Iyad Ameen Madani. Sein Fazit: Solange Israel gegen UN-Resolutionen verstößt und die Welt sich nicht für das Schicksal der „Palästinenser“ interessiert, werden Menschen radikalisiert und junge Menschen rekrutiert, um eine ungerechte Welt mit Gewalt zu ändern. Wir müssen, so schreibt er, uns auch den unangenehmen Fragen stellen und die tieferen Ursachen des Terrorismus angehen. Das impliziert: Ohne Israel wird es keinen Terrorismus mehr geben.

Die OIC hat einen zehnjährigen Aktionsplan verfasst, der die Ziele von 2015-2025 benennt. In der Präambel heißt es: „Die Charta bestätigt die Notwendigkeit der Erhaltung und Förderung der hohen islamischen Werte wie Frieden, Mitgefühl, Toleranz, Gerechtigkeit und Menschenwürde, so wie wir uns bemühen, die Vorreiterrolle des Islam in der Welt neu zu beleben und eine nachhaltige Entwicklung, Fortschritt und Wohlstand für die Völker der Mitgliedstaaten zu sichern.“

(„Hohe islamische Werte wie Frieden, Mitgefühl, Toleranz und Menschenwürde...“ – ein guter Witz!)

Die OIC hat 57 Mitgliedsstaaten in vier Kontinenten und 5 Staaten als nicht-stimmberichtigte Beobachter, darunter Bosnien-Herzegowina sowie Russland.

Übersetzung der Zitate von der Webseite der OIC (<http://www.oic-oci.org/>) aus dem Englischen durch die Autorin.

# Schweizer Terrorjahre – Pakt mit dem Teufel

*Als die Schweizer Politik und der internationale Terrorismus Freunde wurden*

Von Stefan Frank

Sprache sagt oft alles über eine Gesinnung: Diejenigen, die im September 1972 das Massaker in München verübten und im Oktober 1977 das Lufthansa-Flugzeug „Landshut“ entführten, werden in Deutschland bis heute als „palästinensische Terroristen“ bezeichnet. Damit sind sie die einzigen, die man in Deutschland so nennt. Werden Juden in Israel umgebracht, sind die Täter „Militante“ oder „Kämpfer“, aber niemals Terroristen. Damit wird klar gemacht, dass Juden nicht hier getötet werden sollen, sondern woanders. Aus dem Holocaust haben die Deutschen eine Lehre gezogen: „Nicht vor unserer Haustür!“ – Wenn Araber Juden ermorden wollen, dann bitteschön an dem Ort, wo es aus deutscher Sicht legitim und normal ist.

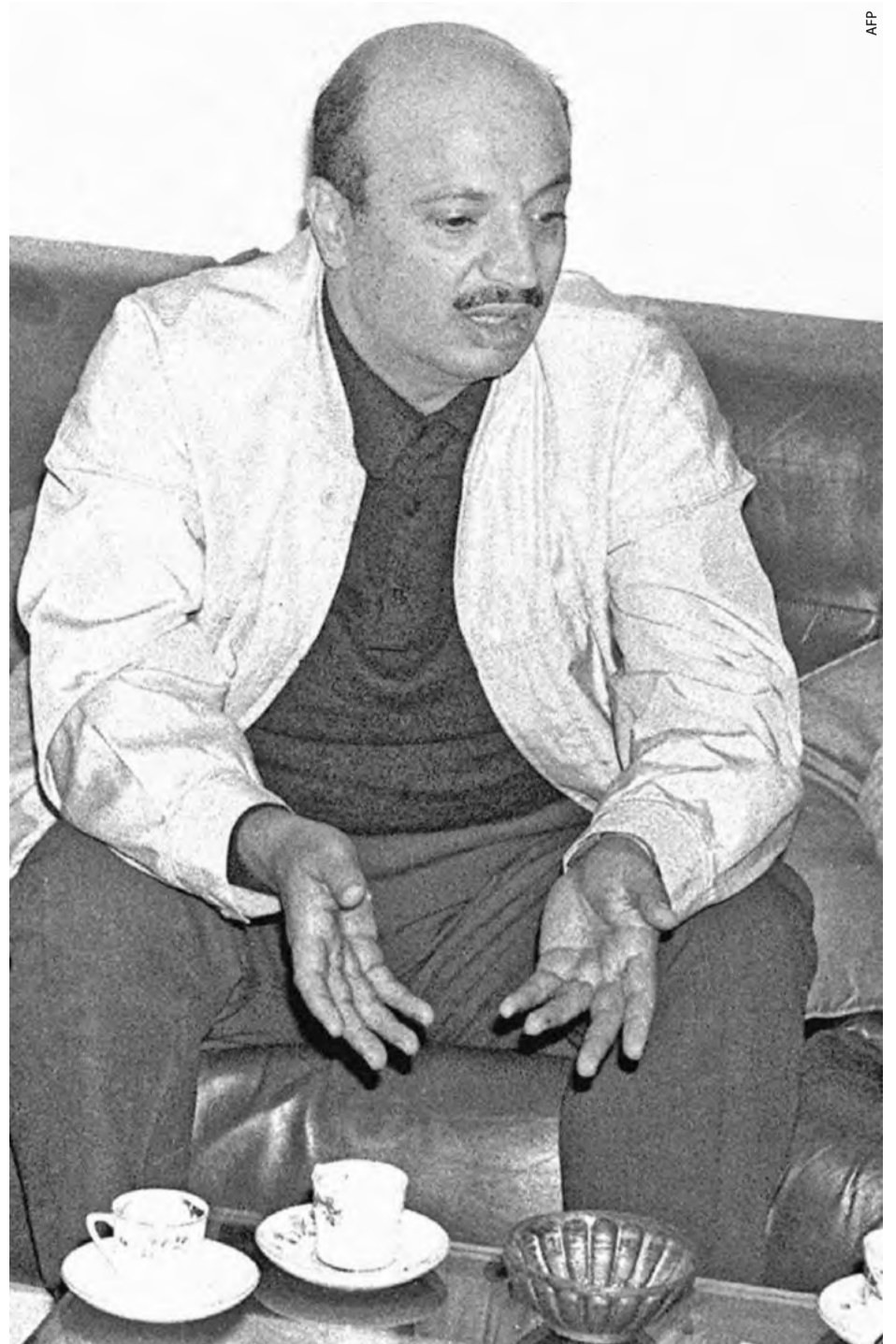
Das ist nicht nur in Deutschland so. In ihrem Buch „Europa und das kommende Kalifat“ beschrieb Bat Ye'or vor einigen Jahren, wie die italienische Regierung es in den Siebzigerjahren erlaubte, dass arabische Terroristen Waffen durch Italien transportierten und sogar Anschläge auf Juden verüben durften; das Einzige, was Rom erbat, war, dass keine Nichtjuden getötet werden dürften – eine ungewollte Begleiterscheinung des Pakts war die versehentliche Sprengung des Bahnhofs von Bologna im August 1980.

Schweizer Pakt mit dem Teufel

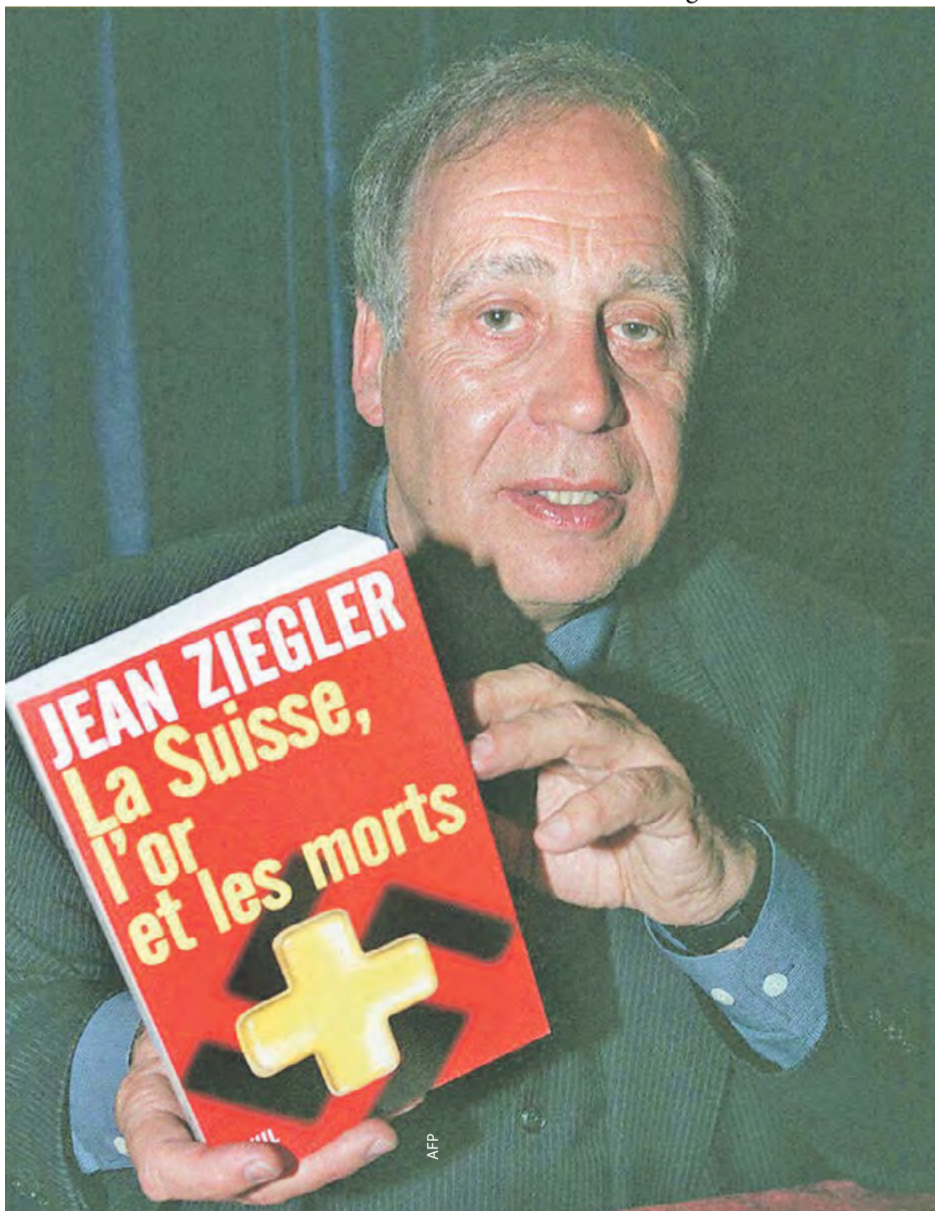
Terrorjahre: Das geheime Abkommen mit der PLO.“

Der Hintergrund: 1969/70 verübten palästinensische Terroristen eine Anschlagsserie auf Schweizer Passagierflugzeuge. Im Februar 1969 wird auf dem Flughafen Zürich-Kloten eine Maschine der israelischen Fluggesellschaft El Al von einem Terrorkommando auf der Landebahn angegriffen. Mit Kalaschnikows feuern zwei Terroristen auf das Cockpit. Zwei weitere werfen Sprengkörper vor das Bugrad des Flugzeugs, das alsbald zum Stillstand kommt. Der Pilot wird tödlich verletzt. Einer der Täter wird von einem israelischen Wachmann, der an Bord der Maschine ist, erschossen. Drei andere werden von Feuerwehrleuten und der Polizei überwältigt und festgenommen und im Dezember 1969 zu 12 Jahren Zuchthaus verurteilt.

Doch schon im Herbst 1970 sind sie wieder frei und dürfen nach Jordanien ausreisen. In der Zwischenzeit nämlich sind die Schweizer Politik und der internationale Terrorismus Freunde geworden. Was ist passiert? Im Februar 1970 stürzt nach einem Bombenanschlag eine Maschine der Swissair bei Würenlingen im Kanton Aargau ab. Alle 47 Insassen sterben. Wieder sind palästinensische Terroristen die Täter. Am 6. September 1970 werden gleichzeitig vier Passagiermaschinen auf dem Weg nach New York von der Terrororganisation PFLP ent-



Man erkennt ihn kaum: Terrorist Arafat ohne seine typische Kopfbedeckung



Nimmt es bei der Moral nur bei anderen ganz genau: Jean Ziegler

Auch die Schweiz schloss heimlich einen Pakt mit dem Teufel. Mit diesem beschäftigt sich der „NZZ“-Journalist Marcel Gyr in seinem Buch „Schweizer

führt – darunter eine der Swissair – und zu einem Flugfeld bei Zerqa, Jordanien, gebracht.

Während rund dreier Wochen ver-

handelt die Schweizer Regierung mit den Entführern über die Freilassung der Geiseln. Verantwortlich ist der Bundesrat und Außenminister Pierre Graber. Marcel Gyr schreibt:

„[Graber] agierte im Alleingang, ohne jegliche Absprache mit den anderen Bundesräten oder den Verantwortlichen in den übrigen von der Flugzeugentführung betroffenen Ländern. Aus den geheimen Gesprächen, von denen bisher nichts an die Öffentlichkeit gedrungen ist, resultierte ein Stillhalteabkommen zwischen der Schweiz und der PLO: Während die palästinensische Seite in Aussicht stellte, die Schweiz vor weiteren Anschlägen zu verschonen, wurde der PLO zugesichert, sie auf dem diplomatischen Parkett zu unterstützen.“

Während Graber verhandelt, befreit ein jordanisches Kommando die Geiseln. Obwohl damit die Geiselnverhandlungen hinfällig sind, lässt die Schweiz die Attentäter von Kloten frei. Sie dürfen ausreisen.

Der Zürcher Staatsanwalt Robert Akeret, der seinerzeit die Ermittlungen des El-Al-Überfalls in Kloten und des Bombenanschlags in Würenlingen führte, ist fassungslos. Von Marcel Gyr mit den Recherchen über den Nichtangriffspakt konfrontiert, sagt er: „Endlich habe ich eine Erklärung für das Unbe-

hagen, das mich jahrelang beschlichen hat.“ In seiner Vermutung, so Gyr, „über den Fall sei ‚der Mantel des Schweigens‘ ausgebreitet worden und alles sei einen Stock höher, auf der Ebene der Bundesanwaltschaft, entschieden worden, sieht sich Akeret bestätigt“.

## Der Agent: Jean Ziegler

An dem dämonischen Pakt maßgeblich beteiligt ist der ganz linksaußen politisierende sozialdemokratische Nationalrat Jean Ziegler. Ziegler war – was Gyr in seinem Buch nicht erwähnt – jahrzehntelang ein enger Freund des libyschen Tyrannen Gaddafi und wurde von diesem sogar mit dem „Gaddafi-Menschenrechtspreis“ ausgezeichnet (darüber hat Ziegler jahrelang gelogen; sprachen Reporter ihn darauf an, behauptete er, es gäbe eine Verschwörung „rechter jüdischer Gruppen“, die Lügen gegen ihn erfinde). „Ich war einer von den Intellektuellen, die [Gaddafi] oft eingeladen hat“, sagt Ziegler stolz. Nach seiner Machtergreifung hatte Gaddafi Libyen judenrein gemacht und stieg sofort zum wichtigsten Mäzen des antijüdischen Terrorismus auf. Ziegler wiederum hatte, wie er im Gespräch mit Marcel Gyr gesteht, auch enge Kontakte zu den Terroristen selbst. Etwa zu Farouk Kaddoumi, dem „Chef des politischen Büros“ der PLO.



Farouk Kaddoumi ist ein Verwandter von Radi Kaddoumi, dem Attentäter von Würenlingen: zumindest sein Cousin, Gyr mutmaßt sogar, er könne sein Bruder sein. Im Jahr 1970 gehen der PLO-Terrorist Farouk und seine Komplizen in Zieglers Wohnung ein und aus, wofür Ziegler die für ihn typische lächerliche Erklärung hat: Die Terroristen „waren bei meiner damaligen Frau und mir oft zum Abendessen. Wedad kochte hervorragend, und die Gerichte aus ihrer ägyptischen Heimat boten arabischen Vertretern nicht nur aus der PLO ein wenig Heimat. So lernte ich mehrere Führungsfiguren kennen, und es entstanden Vertrauensverhältnisse.“ Insbesondere die „gefüllten Weinblätter“ seien bei den PLO-Kadern sehr gut angekommen, so Ziegler im Gespräch mit Marcel Gyr.

### Die PLO in Genf

Nachdem sich Bundesrat Graber zwecks Kontaktaufnahme mit den Terroristen an Ziegler gewandt hatte, ging alles ganz schnell. Marcel Gyr schreibt:

„Während der Zerqa-Krise im September 1970 wurde Farouk Kaddoumi, der damals in Beirut weilte, von der Schweiz um Hilfe gebeten. Er hatte eigentlich eine Reise zum Außenministerium in Paris geplant, zeigte sich aber bereit, in Genf einen Zwischenhalt einzulegen. Der Aufenthalt dauerte vermutlich drei Tage. Kaddoumi war in einem Fünfsternehotel mit Sicht auf den ‚jet d’eau‘, den Genfer Springbrunnen, einquartiert. Es dürfte sich um das Hotel Président Wilson oder das Hotel Noga Hilton (das heutige ‚Kempinski‘) gehandelt haben. Diese zwei Häuser verfügten schon damals über die notwendige Infrastruktur, unter anderem Schreibmaschinen mit arabischer Tastatur. Von seinem Hotelzimmer nahm Kaddoumi telefonisch Kontakt mit den Entführern von Zerqa auf und drängte sie zu einer gütlichen Lösung. Die Genfer Delegation der PLO umfasste neben Kaddoumi noch eine oder zwei weitere Personen.

Damit sie das Außenminister-Treffen in Paris rechtzeitig erreichen konnte, wurde ihnen eine Taxifahrt nach Paris bezahlt.“

Im Gespräch mit Gyr erinnert sich Kaddoumi an die Schweizer Avancen:

„Was sie uns angeboten haben? Nun, wie ich schon gesagt habe, sie haben sich herzlich bedankt. Und mir alles Gute gewünscht ... Beim Abschied habe ich zur Schweizer Delegation gesagt: Wenn es wieder ein Problem geben sollte, könnt ihr mich gerne nochmals kontaktieren. Aber wie Sie wissen, hat es danach kein Problem mehr gegeben.“

Gyr nennt den Pakt ein „Stillhalteabkommen“ (ein Begriff, den auch Ziegler zunächst benutzt, bei der Autorisierung seiner Zitate aber durch „stillschweigendes Abkommen“ ersetzt habe, so Gyr). Er erklärt:

„Konkret hieß das in erster Linie: Fa-

alsbald klar:

„Am 16. Dezember 1971 detoniert in der jordanischen UNO-Mission in Genf eine Bombe. Ein Polizist wird lebensgefährlich verletzt. Der Tat verdächtigt wird ausgerechnet die Fatah. Der jordanische Missionschef beschuldigt Barakat zumindest der Mitwisserschaft. Die Hoffnung der Bundesbehörden, mit ihrem Entgegenkommen weitere Terrorakte der Palästinenser auf Schweizer Boden zu verhindern, erleidet einen herben Rückschlag.“

Nach dem Massaker von München im September 1972 spekulieren ausländische Medien auch über Barakat als möglichen Drahtzieher dieser Tat. Der stellt unterdessen immer weitere Forderungen:

„Barakat beschwerte sich: Zwar habe er, um die Geste der Schweiz zu honorieren,

„Während Graber verhandelt, befreit ein jordanisches Kommando die Geiseln. Obwohl damit die Geiselerhandlungen hinfällig sind, lässt die Schweiz die Attentäter von Kloten frei.“

rouk Kaddoumi garantierte im Namen der PLO, dass keine weiteren Terroranschläge auf Schweizer Zielobjekte verübt werden. Im Gegenzug stellte die Schweiz in Aussicht, die notwendigen Bewilligungen für ein PLO-Büro bei der UNO in Genf zu erteilen. Auch sollten bei der Einreise der palästinensischen Diplomaten weiterhin beide Augen zugedrückt werden.“

Im Zuge des Abkommens dürfen die Terroristen in der Schweiz einen Stützpunkt mit diplomatischer Immunität aufbauen – unter dem Vorwand, es handle sich um das „Büro“ eines Journalisten. Doch Daoud Barakat, der dort einzieht, ist ein Terrorist von Arafats Fatah. Wofür er sein Büro nutzt, wird

seinen Status im Genfer Büro akzeptiert. Er wünsche sich aber eine gelegentliche Ausdehnung seiner diplomatischen Privilegien, mahnte er. Dazu gehöre eine Erweiterung der diplomatischen Immunität auf seine Wohnung und insbesondere eine abhörsichere Funkverbindung nach Beirut. Mit subtilen oder schon eher perfiden Drohungen verleiht Barakat seinen Forderungen Nachdruck: Die PLO habe verschiedentlich palästinensische Splittergruppen zum Verzicht auf bereits geplante Attentate gegen die Schweiz bewegen können. ... Dies werde aber nicht immer gelingen, wenn er nicht gelegentlich weitere entgegenkommende Schritte seitens der Schweiz ins Feld führen könne.“

### Die Schweiz kam, so Gyr,

„Barakats Begehrlichkeiten weitgehend entgegen. Zwar hält das Politische Departement, vermutlich nach Intervention der Bundespolizei, an seinem Entschluss fest, Barakats Immunität nicht auf dessen Wohnung auszudehnen. Hingegen wird das PLO-Büro in Genf, das am 1. Oktober 1975 den offiziellen UNO-Beobachterstatus erhält, mit einer direkten, abhörsicheren Funkverbindung in den Nahen Osten ausgestattet.“

Im Juli 1981 wurde Kaddoumi in Bern vom damaligen Bundesrat Pierre Aubert (SP) empfangen – just zu einer Zeit, als der antijüdische Terror im Nachbarland Österreich einen neuen Höhepunkt erreichte: Am 1. Mai war Heinz Nittel, der Präsident der Österreichisch-Israelischen Gesellschaft, in Wien von arabischen Terroristen vor seinem Haus erschossen worden. Am 10. August werden Bomben auf die israelische Botschaft in Wien geworfen – eine Frau wurde verletzt. Am 29. August 1981 erfolgt ein Angriff mit Maschinengewehren und Granaten auf eine Bar Mitzvah im Wiener Stadtempel: Zwei Juden werden getötet, 30 verletzt. Die Schweiz hat derweil mit dem Terror ihren Frieden geschlossen, nach dem Motto: Ihr könnt morden, wir unterstützen euch sogar, tut es nur bitte nicht bei uns.

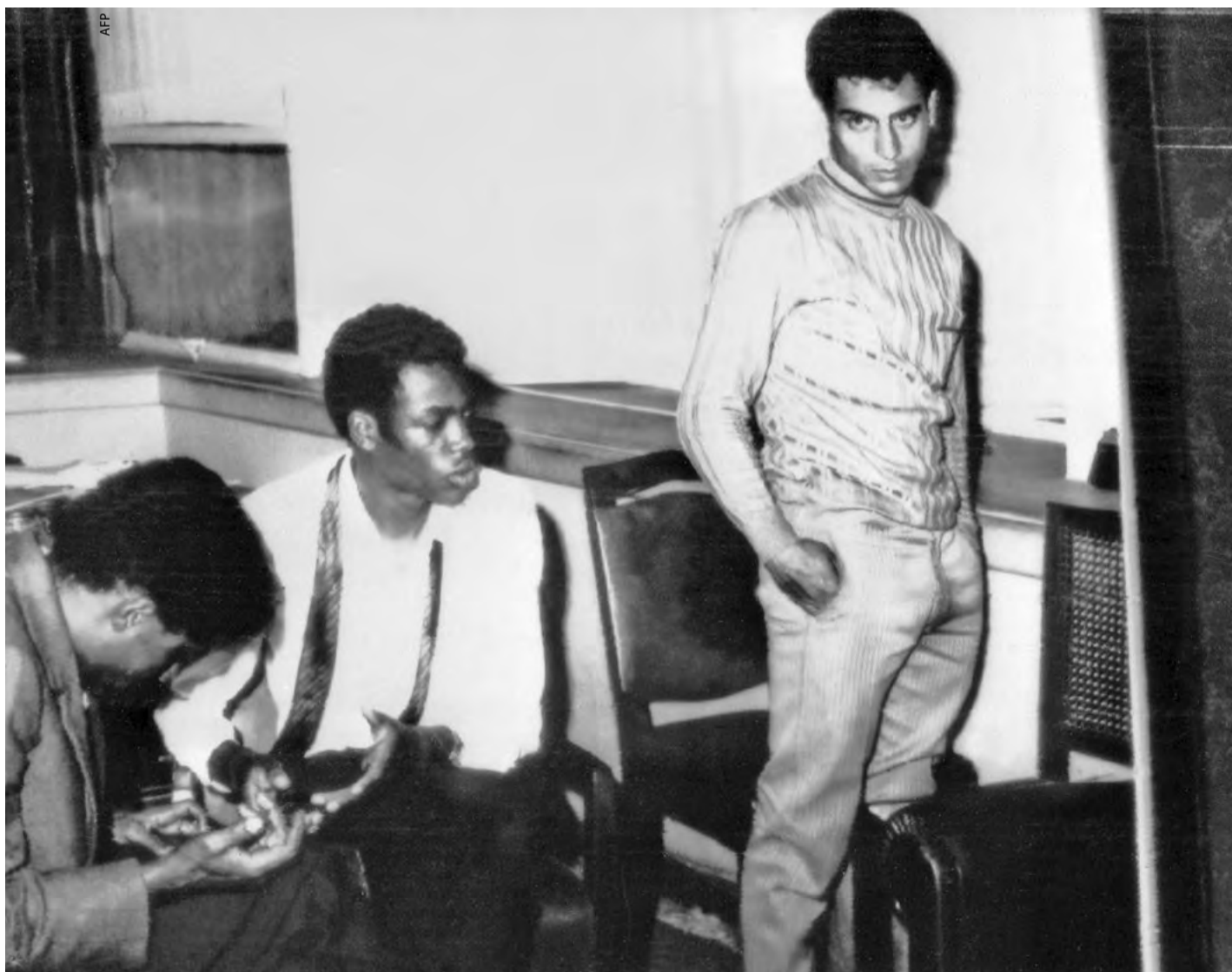
### Fazit

Welche Schlüsse kann man aus den Geschehnissen für unsere heutige Zeit ziehen?

Was Jean Ziegler betrifft, so sollten die Recherchen von Marcel Gyr – der übrigens keine Zweifel daran lässt, dass er kein Kritiker, sondern ein ausgesprochener Bewunderer Zieglers ist – der Anfang zu einer gründlicheren Erforschung der Rolle sein, die Ziegler im internationalen Terrorismus gespielt hat. Dass er nicht nur enge Verbindungen zum Terrormäzen Gaddafi unterhielt, sondern Terroristen sich auch in Zieglers Haus in Genf trafen, lässt vermuten, dass er ein Scharnier zwischen zivilen und terroristischen Akteuren gewesen sein könnte. In dem jetzt ans Licht gekommenen Komplott gegen Israel, die Schweizer Demokratie und den Rechtsstaat hat Ziegler nach eigenen Worten die Rolle des „Briefträgers“ gespielt. Wessen Briefe hat er sonst noch ausgetragen?

Auch auf die heutige Lage wirft die Graber-PLO-Verschwörung ein Licht. Es wäre naiv zu glauben, nur die Schweiz und Italien hätten solche Abkommen mit dem antijüdischen Terrorismus geschlossen. Man denke z.B. an Abu Daoud, einen der Drahtzieher des Terrors von München: Als Deutschland im Januar 1977 von Frankreich seine Auslieferung verlangte, setzten die französischen Behörden ihn stattdessen in einen Flug erster Klasse nach Algerien.

Alles, was europäische Regierungen in den letzten Jahrzehnten über den israelisch-arabischen Konflikt gesagt und alles, was sie getan haben, muss auch unter dem Gesichtspunkt gesehen werden, dass Europas Regierungen schon lange nicht mehr Herren ihrer Entscheidungen sind. Wenn sie sich zum Islam oder der Politik im Nahen Ostens äußern, muss man immer daran denken, dass ihnen die Terroristen, bildlich gesprochen, die Pistole an die Schläfe halten. Und wenn sie dann wieder Partei gegen Israel ergreifen, dann muss man sie fragen: Welches Recht habt ihr, angesichts eurer jahrzehntelangen Unterstützung des antijüdischen Terrorismus, dem jüdischen Staat gegenüber den moralischen Lehrmeister zu spielen?



Vor Verbrechern wie diesen palästinensischen Flugzeugführern knickte die Schweiz bereitwillig ein.

# Es muss uns das wert sein

Deutschlands Beteiligung am Anti-IS-Kampf ist nicht zuletzt praktische Solidarität mit Israel

Von Jerome Lombard

Terror. Überall. Jederzeit. Die neue Realität? Kein Ort, der nicht potentiell zum Anschlagziel werden könnte. Im Januar hatte man den Eindruck: Es vergeht kaum ein Tag, an dem in den Medien nicht über eine terroristische Attacke islamistischer Provenienz irgendwo auf der Welt berichtet wird. Die Bedrohung durch den international agierenden Dschihadismus ist real, omnipräsent und medial inszeniert. Am grünen Tisch kreierte Propagandavideos im Internet sind das eine. Detonationen an bekannten Plätzen einer Stadt, panisch auseinander rennende Menschen, verummte Polizisten mit Maschinenpistolen im Anschlag, zu Boden gestreckte Leichen. Diese ins Wohnzimmer gesendeten Bilder vom plötzlichen Chaos im Alltag das andere. Das Kalkül der Attentäter: Unsicherheit und Angst als ständige, unterschwellige Begleiter in den Köpfen festzusetzen. Tel Aviv, Istanbul, Jakarta, Ouagadougou sind die Namen der Orte, an denen sich die hässliche Fratze des radikalen politischen Islam auf seinem Feldzug gegen Freiheit und Moderne in diesem ersten Monat des neuen Jahres bereits gezeigt hat. Die Aussichten für 2016 sind ernst. Wo? Wie viele Opfer? Wer? Die Fragen, die nach jeder neuen Anschlagmeldung fast schon routinemäßig gestellt werden. Die perfide Routine des Terrors.

In Deutschland sorgte insbesondere der Anschlag vom 12. Januar in Istanbul für Bestürzung und Diskussion. 11 Todesopfer waren zu beklagen, darunter 10 Deutsche, die sich als Teil einer Touristengruppe im historischen Zentrum der Bosphorusmetropole auf dem Sultan-Ahmed-Platz zwischen Blauer Moschee und Hagia Sophia jahrhundertalte Kulturschätze anschauen wollten. Der Attentäter soll ein aus Saudi-Arabien stammendes Mitglied des „Islamischen Staats“ (IS) gewesen sein, der als Flüchtling getarnt von Syrien in die Türkei eingereist war. So teilt es die türkische Regierung mit und so wird es auch vom Bundeskriminalamt bestätigt, obwohl, äußerst ungewöhnlich, sich die Terrorbande des IS bislang nicht offiziell zu der Tat bekannt hat. Also erstmalig ein IS-Anschlag, zwar nicht auf deutschem Boden, aber doch gezielt auf deutsche Staatsbürger? In jedem Fall sollten die für Istanbul und die Türkei wirtschaftlich so wichtige Tourismusbranche getroffen werden. Dass die Attacke sich dabei auch gezielt gegen Deutsche richtete, ist zumindest möglich. Am Tag nach Istanbul waren die Zeitungen hierzulande jedenfalls voll mit Hintergrundberichten, Kommentaren und meinungsorientierten Leitartikeln, die um eben diese Frage kreisten. Die Bundesrepublik steht wie jedes andere Land westlich-demokratischer Kultur, ebenso wie jedes Land, das die Islamisten als „Verbündete der Kreuzritter“ identifizieren, im Fadenkreuz. Das dem so ist, ist eine Binsenweisheit und schon lange bekannt. Ist das Attentat von Istanbul aber nun ein düsterer Vorbote, ein Anzeichen dafür, dass es jetzt auch „bei uns“ losgeht?

Immerhin ist Deutschland seit Beginn des Jahres Teil der internationalen Militärkoalition gegen den IS. Deutsche Tornadojets fliegen Aufklärungsflüge über von den Dschihadisten kontrolliertes Gebiet in Syrien und dem Irak. Eine Marinefregatte sichert den



Ein Tornado der Bundeswehr hebt von einem Fliegerhorst ab.

CARMEN JASPERSEN, AFP

französischen Flugzeugträger Charles de Gaulle ab. Wurden die Islamisten jetzt erzürnt?

## Linke und ihre Forderung: Kein deutsches Blut für die Freiheit

„Ist es das wirklich wert?“, fragt Journalistenkollege Stefan Kegel in dem eigentlich für eine seriöse Berichterstattung bekannten Regionalblatt „Märki-

Terroropfer wird Politik gemacht. Diese Position vertreten aber keinesfalls nur Kommentatoren von Regionalzeitungen, sondern sie ist auch erklärter Standpunkt im Bundestag. Nämlich bei der „Linken“. Auch die „linke“ Bundestagsabgeordnete Sevim Dagdelen sah unmittelbar nach der Anschlagmeldung aus Istanbul einen Zusammenhang mit dem deutschen Militäroengagement und wiederholte sogleich den politischen Kon-

über das, was El Kaida und andere Gesinnungsgenossen niemals hatten, einen Quasi-Staat mit entsprechenden Ressourcen. An Israels Nordgrenze zu Syrien ist auf der Seite des Nachbarlands ein unkontrollierbares Vakuum entstanden, das die Islamisten für Angriffe auf Israel ausnutzen könnten. Dass sie das wollen, daran besteht kein Zweifel. Erst Ende Dezember meldete sich IS-Chef Al-Bagdadi wieder zu Wort und konkretisierte seine Drohung nach Vernichtung des jüdischen Staats. „Wir haben Palästina keine Sekunde lang vergessen. Bald, mit Gottes Erlaubnis, werdet ihr die bebenden Schritte der Mudschaheddin hören“, sagte der IS-Anführer in einer 24-minütigen Audiobotschaft. Und weiter: Palästina solle zum „Friedhof“ für die Juden werden. Das jüdische Volk weiß nicht erst aus seiner jüngsten Geschichte sehr genau, dass man denjenigen, der mit Vernichtung droht, auch ernst nehmen sollte.

Noch stehen die IS-Milizen nicht unmittelbar vor Israels Grenztoren. Die internationale Allianz sorgt mit dafür, dass dem so bleibt. Deutschland zeigt Verantwortung und trägt seinen Teil dazu bei. Über eine Ausweitung des Engagements sollte nachgedacht werden. In der Regierung unter Bundeskanzlerin Angela Merkel, die immer wieder betont hat, dass die Sicherheit Israels deutsche Staatsräson ist, hat der jüdische Staat einen entschlossenen Partner. Forderungen nach Isolationismus sind angesichts der globalen Reichweite des Dschihadismus nicht nur naiv, sondern in höchstem Maße gefährlich. Für Deutschland und Israel gleichermaßen. Im Kampf gegen den Islamismus muss der Westen und die gesamte freie Welt zusammen stehen. Er ist die Herausforderung unserer Zeit. Insbesondere muss sich aber auch die Erkenntnis durchsetzen: Israel ist der soziokulturelle Vorposten westlich-liberaler Werte und politischer Stabilitätsanker im in Gewalt und Chaos versinkenden Nahen Osten und aufgrund seiner geographischen Lage noch stärker als Europa und Amerika vom radikalen Islam bedroht. Die Unterstützung des jüdischen Staats politisch, ökonomisch und militärisch ist daher Pflichtaufgabe für jeden, der es mit dem Kampf gegen den Terrorismus ernst meint.

## Die 10 toten Deutschen von Istanbul bekamen weniger Aufmerksamkeit als die sexuellen Übergriffe von Köln.

sche Oderzeitung“. „Es dauerte keine drei Wochen von der Entscheidung der Bundesregierung, im Krieg gegen die Terrormiliz IS mitzumischen, bis dahin, dass deutsche Bürger zum Ziel feiger Terroristen wurden“, heißt es in Kegels Kommentar vom 13. Januar unter der Überschrift „In der Falle der Islamisten“ weiter. Von einem (fälsch verstandenen) Solidaritätsgefühl für das wiederholt vom Terror heimgesuchte Frankreich getrieben, wären die Deutschen den Islamisten blindlings in die gestellte Falle getappt. Denn es sei doch deren Ziel, möglichst viele westliche Staaten in ihren apokalyptischen Kampf der Kulturen und Religionen zu verwickeln. Kegels Kernaussage: Das in der Vergangenheit stets so besonnen-antimilitaristisch agierende Deutschland, es werden als Beispiele Irak 2003 und Libyen 2011 genannt, habe auf äußeren Druck hin den goldenen Pfad des Pazifismus verlassen, ist in Syrien und im Irak zur Kriegspartei geworden und braucht sich daher auch nicht zu wundern, wenn die Islamisten jetzt zurück schlagen.

Deutschlands Beteiligung am Militäreinsatz gegen den IS gefährdet deutsche Staatsbürger im Ausland und lässt auch im Inland die Terrorgefahr steigen. Wieder raus aus dem Luftraum über Syrien und dem Irak und Rückzug auf die vermeintlich sichere Insel in Mitteleuropa! Lasst die anderen nur machen! Der Anschlag von Istanbul wird instrumentalisiert. Für die Forderung nach striktem Isolationismus. Auf dem Rücken der

sens ihrer Partei nach sofortigem Austritt aus der Allianz, sowie generell ein Ende der Luftbombardements gegen die Islamisten. Wie immer sei die Diplomatie das Mittel zum Erfolg. Ob vielleicht mal eine „Linke“-Delegation zu Verhandlungen nach Syrien reisen möchte? Der IS würde sich sicher freuen. Endlich mal halbwegs prominente Politiker aus Europa. Da werden sich die Klicks fürs nächste Enthauptungsvideo im Internet aber bestimmt erhöhen. Zugegeben, das ist in höchstem Maße polemisch. Zur bitteren Wahrheit gehört aber eben auch: Unter Linken ist man sich einig. Kommentator Kegel brachte es auf den Punkt: Es ist die Sache nicht wert. Kein deutscher Blutzoll für die Verbündeten, kein robuster Einsatz gegen die Islamisten, kein Beitrag zur Stabilisierung des gewaltgeschüttelten Nahen Ostens und, auch wenn Kegel und Dagdelen das so bestimmt niemals zugeben würden, keine Solidarität mit dem im Kampf gegen den islamistischen Terror an vorderster Front stehenden jüdischen Staat.

## Solidarität mit Israel heißt Kampf dem IS

Selbstverständlich ist der Einsatz gegen den IS, der heute schlagkräftigsten Dschihadistenorganisation, auch ein Zeichen der Solidarität mit Israel und Ausdruck konkreter Unterstützung. Im Bürgerkriegsland Syrien, in dem eine staatliche Macht mit Gewaltmonopol fehlt, kontrollieren die Islamisten beachtlich viel Territorium und verfügen

# Plötzlich wurden alle Zuwanderer pauschalisierend „Flüchtlinge“ genannt

## Ein ehemals edles Wort und seine Inflation

Von Tomas Spahn

Sie können es nicht lassen. Immer noch faseln öffentlich-rechtliche Moderatoren und ihre Freunde in Medien und Politik etwas von „Flüchtlingen“ – und sorgen so dafür, dass extremistische Gruppen auf einer neuen Ausländerangst ihre Süppchen kochen werden.

„Flüchtlinge“ – das waren für mich als Vertreter der Nachkriegsgeneration immer Menschen, die unter unendlichen Opfern ihre Heimat verlassen mussten, weil sie dort an Leib und Leben bedroht waren. „Flüchtlinge“, das waren die Juden, die vor einem kleinbürgerlich-proletarischen Rassismuswahn fliehen mussten. „Flüchtlinge“, das waren jene Trecks ostpreußischer Frauen, Kinder und Greise, die im tiefsten Winter über die zugefrorenen Haffs wanderten, dort von russischen Jagdfliegern unter Feuer genommen wurden, im trügerischen Eis versanken – und nachdem sie es vielleicht mit unendlich viel Glück bis nach Gotenhafen/Gdingen geschafft hatten, mit der „Wilhelm Gustloff“ in der eisigen Ostsee versenkt wurden.

„Flüchtlinge“ – das waren und sind auch jene Menschen, die vor einem mörderischen Regime oder einer religiös-verbrämten agierenden Soldateska antizivilisatorischer Horden in Syrien und anderswo ihr angestammtes Heim verlassen mussten und – wenn sie Glück hatten – in halbwegs sichere Nachbarländer fliehen konnten oder sich mangels Geld und anderer Möglichkeiten bis heute irgendwo im Niemandsland dem Zugriff der Mordbanden zu entziehen suchten.

Das war so – bis zu jenem Sommer des Jahres 2015, als unsere Bundeskanzlerin in gemeinsamer Front mit Medien und vor allem links-grüner Politikergarde den Begriff „Flüchtling“ zum Unwort machte. „Flüchtling“, das wurde von jenen, die jeden Andersdenkenden böseartig der „Pauschalisierung“ zeihen, zum Pauschalbegriff für jene überwiegend aus jungen Männern bestehenden Massen, die erfolgreich die „Festung Europa“ stürmten um von den Wohltaten unserer Sozialsysteme Nutzen zu ziehen.

„Flüchtlinge“ – das waren plötzlich nicht nur und vor allem nicht vorrangig jene Menschen, die an Leib und Leben bedroht ihre Heimat verlassen mussten. Die rot-grüne Pippi-Langstrumpf-Generation, die Deutschlands Politik und Medien dominiert, macht in beständigem, pauschalem Werfen von Nebelkerzen jeden, der legal oder illegal in Deutschland einzuwandern suchte, zum „Flüchtling“ und nahm so diesem Begriff seinen Inhalt.

Das Ziel dieser Pauschalisierung lag und liegt auf der Hand: Die dummen Bürger sollte im Mitleid erstickt werden, sollten berechnete Ängste und Befürchtungen als Ausdruck einer „rechten Gesinnung“ begreifen und sich dem unsäglichen Diktat der Pippi-Langstrumpf-Träumer unterwerfen. „Refugees welcome“ – welch eine Idiotie, wenn sie nicht differenziert zwischen denen, die wirklich um ihr Leben fürchten müssen und jenen, die als Trittbrettfahrer die Naivität der Gastgeber erbarmungslos ausnutzen und ausnutzen!

Köln, so lamentieren jetzt viele dieser Naivlinge, habe „alles verändert“. Nein, Köln hat überhaupt nichts verändert. Denn jeder halbwegs intelligente Mensch, der sich mit den Gesellschaften südlich des Mittelmeers beschäftigt hat, musste wissen, was da auf Deutschland



Keinem jüdischen oder ostpreußischen (Bild) Flüchtling wäre die unsinnige Behauptung in den Sinn gekommen, er trete die Flucht erst einmal ohne seine Familie an. Denn gerade das Dableiben ist ja das Gefährliche.

zukommt. Jeder, der die Bilder der jungen Männer betrachtete, die sich teilweise mit Gewalt ihren Zugang ins gelobte Land erkämpfen wollten, musste wissen, dass dort nicht nur verfolgte Schafe vor den Toren standen, sondern auch Wölfe darunter waren.

Mit der Pauschalisierung des „Flüchtlings“ wurden auch jene zu vorgeblich verfolgten Opfern, die vielleicht in ihren Herkunftsländern deshalb zu „Flüchtlingen“ wurden, weil sie als Täter selbst zuvor unendlich viele Menschen zu Flüchtlingen gemacht hatten. Zu „Flüchtlingen“ wurden auch jene, die aus sicheren Ländern wie Marokko oder Algerien stammten und denen es um nichts anderes ging, als sich selbst ein großes Stück vom an-

im Traum nachdenken. Dabei hätte der gesunde Menschenverstand selbst dann zu dieser Erkenntnis ausreichen sollen, wenn man von den gesellschaftlichen Umständen und Denkweisen in den Herkunftsländern nicht die geringste Ahnung gehabt hat.

Köln hat insofern überhaupt nichts verändert. Es hat nur die Decke weggezogen vom in wohlmeinende Nebelkerzen gehüllten Unvermeidlichen. Es hat die wohligen Träume der Berufsträumer von einem besseren, liebenswerten Fantasy-Roman, von einer weltweiten Gemeinschaft „anständiger“ Menschen nicht nur platzen, sondern zum Alptraum werden lassen. Plötzlich und in ihrer unendlichen Naivität wie von einem Donnerschlag

„Vor allem aber schaffen wir es nicht, wenn die wohlmeinende Verschwörergemeinde aus Politik und Leitmedien weiterhin pauschal von „Flüchtlingen“ schwafelt, statt klar und deutlich zu differenzieren, wer wirklicher Flüchtling, wer Wirtschaftsmigrant und wer tatsächlich nur Schmarotzer ist.“

geblich immerwährenden Kuchen des europäischen Wohlstands abzuschneiden. Ein Wohlstand, zu dem aus der Sicht jener „Flüchtlinge“ es dank einer religiös-traditionell begründeten, archaischen Sexual-Stigmatisierung offensichtlich auch gehört, sich jede „Hure“ nach Belieben zu eigen machen zu können. Und solche „Huren“ – das durfte ich bereits als Jugendschöffe in den Achtzigern des vergangenen Jahrhunderts lernen – sind für manch einen hormongesteuerten, jungen Mann aus diesen Kulturkreisen eben auch alle Frauen, die es wagten, sich „unzüchtig“ bekleidet oder unbegleitet in der Öffentlichkeit zu zeigen.

Allein ein Blick auf die unerträglichen Zustände in Ägypten oder auch Indien, in denen Massenvergewaltigungen für manche fast schon eine Art Volkssport zu sein scheinen, hätte reichen müssen um zu erkennen, dass es eben nicht nur „Flüchtlinge“ waren, die dort nach Europa strömten. Allein schon, dass zigtausende junger Männer, denen ihre sozial-religiöse Prägung die Onanie zur Todsünde und die Frau zum Sachgegenstand der eigenen Begierde werden lässt, auch eine Gefahr für „unsere“ Frauen darstellen können – darüber mochte keiner der Flüchtlings-Euphoriker auch nur

getroffen werden sie mit Tatsachen konfrontiert, die ihr idealisiertes, unrealistisches Weltbild nicht vorgesehen hat und nicht verkraften kann. Da wird dann, nach Entschuldigungen suchend, von „allen Männern“ als potentiellen Vergewaltigern gefaselt, bricht sich bei der Bundestagsvizepräsidentin Claudia Roth ein offenbar tief verankerter Rassismus Bahn, wenn sie in der „WamS“ darüber räsoniert, dass nun die „rechte“ Hatz auf „nicht-weiße“ Männer beginne.

Doch das ist nur die Oberfläche derjenigen, die in ihrer Gutmenschelei nicht begreifen können, nicht begreifen wollen, dass sie einen lebenslangen Traum gelebt haben. Die Realität ist eben die, dass mit jenen Menschen, die als pauschalisierte „Flüchtlinge“ in Scharen zu uns gelassen wurden, auch zahlreiche Menschen kamen, die nicht nur keinerlei juristisches Recht haben, sich bei uns aufzuhalten, sondern die aufgrund der ihnen seit frühester Kindheit eingepflanzten Sozialisierung meilenweit davon entfernt sind, unsere Maßstäbe des zivilisierten Zusammenlebens auch nur im Ansatz nachvollziehen zu können.

Ich will an dieser Stelle nicht darüber nachdenken, wer und warum von Afghanistan bis Marokko die Gerüchte ver-

breitet hat, in Europa, in Deutschland sei jeder Zuwanderer willkommen, würde umgehend mit Haus und Wohnung ausgestattet. Es reicht völlig die Feststellung, dass die öffentliche Flüchtlingeuphorie von „Wir schaffen das“ bis „Refugees welcome“ ihren Teil dazu beigetragen hat, eine Völkerwanderung bislang ungeahnten Ausmaßes zu befördern.

Ja, vielleicht schaffen wir es tatsächlich. Aber nur dann, wenn endlich alle die Augen öffnen und sich nicht in länger im beglückenden Kollektiv der Selbsthypnose Pollenkleister in die Hirne tröpfeln. Wir schaffen das, wenn wir endlich wieder zu unseren rechtsstaatlichen Grundsätzen zurückkehren und nicht länger schon unseren Sicherheitskräften in voraus-eilendem Gehorsam die Fesseln einer vorgeblich um alles zu vermeidenden „Ausländerfeindlichkeit“ anlegen. Wir schaffen das, wenn wir jedem Zuwanderer konsequent und ohne Ausnahme klarmachen, dass jeder, der hier als Asylsuchender antritt oder Asyl erhält, jeglichen Bleiberechtsanspruch ohne weiteren Rechtsweg verliert, wenn er gegen unsere Gesetze verstößt. Wir schaffen das, wenn die Behörden endlich konsequent und ohne „Pro-Asyl“-Gejammer agieren und unseren Staat vor jenen Sozialschmarotzern schützen, die sich gleichzeitig an verschiedenen Orten anmelden oder von ihren vorgeblich allein stehenden Zweit- und Drittfrauen leben.

Aber wir schaffen es nicht, wenn wir weiter so tun, als sei das alles eigentlich ganz normal und nur einer menschlichen Zufälligkeit geschuldet. Vor allem aber schaffen wir es nicht, wenn die wohlmeinende Verschwörergemeinde aus Politik und Leitmedien weiterhin pauschal von „Flüchtlingen“ schwafelt, statt klar und deutlich zu differenzieren, wer wirklicher Flüchtling, wer Wirtschaftsmigrant und wer tatsächlich nur Schmarotzer ist. Und wir schaffen es auch nicht, wenn wir weiterhin zulassen, dass Menschen in Deutschland nur aufgrund Ihrer Herkunft oder ihres Glaubens bestimmte Teile unseres Landes nicht mehr angstfrei betreten können.

Das kollektive Wohlfühlen durch öffentliches Sand-in-die-Augen-streuen muss vorbei sein. Das sollte nach Köln auch dem noch so hartnäckigsten Träumer bewusst werden. Vor allem aber sollten wir alle begreifen, dass wir mit dieser Flüchtlings-Pauschalisierung jenen den Boden bereitet haben, die vorgeblich von „rechts“ (denn nicht nur die angeblich „linke“ Frau Wagenknecht bläst in ähnliche Hörner) ihre ausländerfeindlichen Süppchen kochen wollen.

Wer einen Kriminellen öffentlich zum bemitleidenswerten „Flüchtling“ macht, darf sich nicht wundern, wenn der wirkliche Flüchtling – und am Ende jeder Mitbürger nicht-deutschen Aussehens – im Bewusstsein vieler zum Kriminellen mutiert. Das allerdings würde unser Gemeinwesen in seinen Grundfesten erschüttern und zahllose Unschuldige zu Opfern werden lassen.

Multikulti, liebe linksgrüne Traumtänzer, war nicht einmal Gestern. Es war immer nur ein Traum. Denn wer in Deutschland lebt, um unseren Wohlstand zu genießen, der muss begreifen, dass dieser Wohlstand maßgeblich ein Resultat unserer europäischen Kultur ist. Wer diese Kultur ersetzen möchte durch eine andere, der wird dann auch in Zuständen leben müssen, wie sie in diesen anderen Kulturen herrschen. Ich will das nicht.

Von Richard Diesing

Propagandafilme der Nazis wie der Film „Jud Süß“ sind frei auf Youtube verfügbar, obwohl sie sogenannte Vorbehaltsfilme sind. Wäre eine kommentierte Fassung, wie sie kürzlich von Hitlers „Mein Kampf“ erschien, besser?

Es ist erschreckend einfach, im Internet Propagandafilme des nationalsozialistischen Regimes zu sehen. Eine Eingabe des Namens auf der weltweit größten Internet-Videoplattform Youtube genügt, schon kann man sich zum Beispiel den Film „Jud Süß“ anschauen. Der Film ist beispielhaft für die Strategie der Nationalsozialisten auch durch das Kino ihre Ideologie zu verbreiten. Der Film wirkt eher wie ein Unterhaltungsfilm, nicht wie Propaganda. Die Strategie ging auf: Nach manchen Filmvorführungen kam es zu spontanen antisemitischen Demonstrationen.

Reichspropagandaminister Goebbels hatte den Film in Auftrag gegeben und beaufsichtigte höchstpersönlich die Dreharbeiten. Er notierte in sein Tagebuch, nachdem er das Manuskript des Filmes las: „Ausgezeichnet geworden. Der erste wirklich antisemitische Film.“

Schon acht Monate ist eine Version von „Jud Süß“ mit englischen Untertiteln auf der Videoplattform verfügbar und hat fast 30.000 Aufrufe. Im Vergleich ist das nicht viel, beliebte deutsche Youtuber haben teilweise mehrere Millionen Aufrufe pro Video – und trotzdem: Für einen Film, der in Deutschland eigentlich verboten ist, sind 30.000 Aufrufe eine Menge.

Die Kommentare unter dem Video sprechen für sich. Der Nutzer „Lemm231“ schreibt: „was waren das noch für deutsche Frauen!!! heute wurde der deutsche zum Knecht gemacht wird minderwertigen kulturen wie USA bzw Islam ausgeliefert das von deutschen Verrätern im eigen land befördert welch Ruhm würde hatte dieses volk ein mal...so kann ich kein deutscher mehr sein im angesichts dieses neuen deutschen hündischen staat!!! die generationen der welt werden in Jahrhunderten noch auf dieses alte deutschland mit stolz sehen!!! egal wo ob Schwaz oder weis am deutschen geist wird die welt heil...sieg heil...wie die deutsche frau und der deutsche manne doch zerschlagen wurde aber ihr blut wird heilen das übel wird gefunden aber ihr ward die ersten helden der wahrheit auf diesen plantan wie auch das Anstandes wird es wohl ewig bleiben. das blut der reinheit wieder bereit ist dieses brut zu vernichten !!! sieg heil ever...“ (alle



Hauptdarsteller Ferdinand Marian verweigerte sich zunächst der Rolle, wurde aber von Goebbels gedrängt. Vermutlich ahnte Marian bereits, dass ihn die Rolle als Schauspieler dauerhaft „verbrennen“ würde.

Grammatik- und Rechtschreibfehler wie im Original).

Bei Youtube-Kommentaren wie dem von „Lemm231“ wundert es nicht, warum der Film bis heute nicht frei zugänglich ist. Er ist ein sogenannter „Vorbehaltsfilm“. Nur unter bestimmten Bedingungen wird er gezeigt, zum Beispiel im Zuge einer Ausstellung mit einer fachlichen Einführung und einer anschließenden Diskussion. So ganz verboten sind Filme wie „Jud Süß“ also doch nicht.



Filmplakat zu „Jud Süß“ von 1940

Die in Wiesbaden ansässige Friedrich-Wilhelm-Murnau-Stiftung besitzt die Rechte an den Nazi-Propagandafilmen. Nicht nur „Jud Süß“, auch viele andere „Vorbehaltsfilme“ seien auf Youtube leider und illegal verfügbar, so Ernst Szebedits, Vorstand der Stiftung. „In mehr oder weniger regelmäßigen Abständen veranlassen wir, soweit uns dies möglich ist, dass die Filme gesperrt werden, so Szebedits weiter. Doch immer wieder werden die Filme neu illegal hochgeladen. Eine Sisyphosarbeit, die letztlich nicht zu bewältigen ist, nennt er das. Man setzte sich mit Google, dem Eigentümer von Youtube, zusammen, um das Problem zu lösen. „Wenn sie die Originalfilme hätten ‚abtasten‘ dürfen, wäre es möglich, die Filme automatisch löschen zu lassen“, erklärt Szebedits. Das kann die Murnau-Stiftung aber nicht. Der Grund: Ausschnitte von „Vorbehaltsfilmen“ werden in Dokumentationen verwendet. Auch solche Filme wären

von der automatischen Löschung betroffen.

Aber wie sinnvoll ist ein derartiger Vorbehalt überhaupt noch? Schließlich wurde auch Hitlers „Mein Kampf“ Anfang Januar 2016 veröffentlicht, in einer kommentierten Fassung vom „Institut für Zeitgeschichte“. Die israelische Tageszeitung „Jerusalem Post“ bezeichnet die Veröffentlichung in einem Artikel vom 23. Dezember 2015 als „einen großen

# Nazifilme auf Youtube

Ist ein Verbot überhaupt sinnvoll?

ganda-Filme bequem per Post aus den USA zuschicken lassen oder sie sich vom heimischen Computer aus auf Youtube anschauen. Unterbinden kann das keiner. „Dann liefern wir doch lieber legal und sorgfältig wissenschaftlich eingebettet selbst etwas“, so der Vorsitzende der Murnau-Stiftung.

So könnte die Faszination der Filme wegfallen. Aktuell umgibt „Vorbehaltsfilme“ wie „Jud Süß“ noch die Aura des Verbotenen, durch die Veröffentlichung einer kommentierten Fassung könnte das unterbunden werden. Ähnliches hofft man aktuell bei „Mein Kampf“. Nicht umsonst sagte der Präsident des Deutschen Lehrerverbandes, Josef Kraus, dem „Handelsblatt“, dass die kommentierte Fassung von „Mein Kampf“ im Unterricht eingesetzt werden solle: „Eine professionelle Behandlung von Textauszügen im Unterricht kann ein wichtiger Beitrag zur Immunisierung Heranwachsender gegen politischen Extremismus sein“. Gegenüber der gleichen Zeitung sprach sich auch der bildungspolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion Ernst Dieter Rossmann für eine Verwendung der kommentierten Fassung im Schulunterricht aus: „Diese antisemitische menschenverachtende Kampfschrift historisch zu entlarven und den Propagandamechanismus zu erklären, gehört in einen modernen Schulunterricht von dafür qualifizierten Lehrkräften“.

Doch nicht alle sehen die Veröffentlichung der kommentierten „Mein Kampf“-Fassung so positiv.

Zum Beispiel der Germanist Jeremy Adler. Gegenüber dem Deutschlandfunk sagte er zur Veröffentlichung von „Mein Kampf“: „Prinzipiell bin ich dagegen, dass man aufrührerische, rassistische Texte wieder auflegt und verbreitet.“ Das Buch beinhalte, so sagt er, „noch eine Gefahr“. Auch Charlotte Knobloch, Vorsitzende der Israelitischen Kultusgemeinde München und Oberbayern, sieht die Veröffentlichung kritisch: „Man kann nicht vorhersehen, was dieser Text bewirkt. Manch einer könnte Hitlers Worte wieder ernst nehmen“, sagte sie dem „Focus“.

Solange Filme wie „Jud Süß“ verboten bleiben, wird die Gesellschaft damit leben müssen, dass einzelne Personen das Verbot umgehen und Nazi-Propagandafilme immer wieder zugänglich machen werden. Sei es, da sie aus Ländern kommen, in denen das Hochladen solcher Filme nicht illegal ist, oder, weil sie die in den Filmen propagierte Ideologie verbreiten wollen. Ob die Veröffentlichung einer kommentierten Fassung das Problem mit Nazipropaganda löst, wird sich zeigen.

 **Bleibergs**

**Café und Catering**

Nürnberger Str. 45 a  
10789 Berlin

Tel.: 030 21 91 36 24

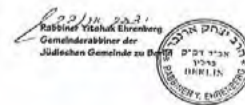
Fax.: 030 21 91 36 25

E-Mail: [coffeeandtour@bleibergs.de](mailto:coffeeandtour@bleibergs.de)

[www.bleibergs.de](http://www.bleibergs.de)

**בלייברג'ס**

כשר חלבי

  
Rabbiner Yitzhak Elrond  
Gemeinderabbiner der  
Jüdischen Gemeinde zu Berlin



# Eine permanente Gratwanderung

Die Beschäftigung mit der NS-Vergangenheit war für die SPD kein leichtes Unterfangen

Von Theodor Joseph

Kurt Schumacher, erster SPD-Nachkriegsvorsitzender, und andere SPD-Repräsentanten reklamierten in ihren Reden immer wieder einen Alleinvertretungsanspruch auf eine glaubwürdige und konstante Widerstandshaltung zum Nationalsozialismus. Doch mussten sich aus dem Exil zurückgekehrte Sozialdemokraten oftmals die Frage gefallen lassen, warum sie Deutschland während der NS-Zeit verlassen hätten. Bis in die 1960er Jahre mussten sich die seinerzeit Ausgebürgerten mitunter unpatriotischen Verhaltens zeihen lassen. Dies galt namentlich für Willy Brandt. „Wo war Brandt 1948? – In Sicherheit!“ So hieß es während des Wahlkampfes zum Deutschen Bundestag 1965. Das war eine spektakuläre Diffamierung gegen den SPD-Kanzlerkandidaten.

In die Reihe dieser beschämenden polemischen Attacken gehört auch die zynische Frage Franz-Josef Strauß' an die Adresse Brandts, was dieser denn zwölf Jahre lang „draußen gemacht“ habe. Eine solch böswillige Polemik aus Reihen christlich-konservativer Politiker war nicht selten. Dennoch wäre die Gegenfrage an die genannten Moralpatrioten, was sie selbst denn in den zwölf NS-Jahren „drinnen“ gemacht hatten, eine viel spannendere Frage gewesen.

Als einzige Partei hatte die SPD dem Nationalsozialismus konzessionslos widerstanden, sah sich als Vertreter des „anderen“ Deutschlands, auch wenn sich eine SPD-Anhängerschaft als anpassungs-, wenn nicht begeisterungsfähig für die NS-Machthaber erwiesen hatte. Um politische Verantwortung zu erreichen, zugleich aber den Anspruch nach Bestrafung der NS-Täter und Entschädigung der Opfer gerecht zu werden, begab sich die SPD seit 1945 auf eine permanente Gratwanderung zwischen Versöhnungsbedürfnissen und Aufarbeitungsbestrebungen. Ihr Umgang mit der NS-Vergangenheit war von Widersprüchen – die nicht zuletzt bei Kurt Schumacher festzustellen waren – Ambivalenzen und Interessenkonflikten bestimmt. So lautet die Ausgangsthese Kristina Meyers in ihrer vergangenheitspolitischen Analyse über die SPD nach 1945.

Die SPD, die, anders als die CDU, hinsichtlich der Wiedergutmachung eine Vorreiterrolle spielte und die Regierung in dieser Frage vor sich hertrieb, hat in dem Gesetzgebungsverfahren für eine umfassende Regelung nie gewankt oder gezögert. Auch Bundeskanzler Konrad Adenauer wollte ein Wiedergutmachungsgesetz und er wollte ein bilaterales Abkommen mit dem Staat Israel, das er gegen seine eigene verstockte Partei nur mit Hilfe der SPD hat durchsetzen können.

Während Adenauer nichts unternahm, um die verjagten deutschen Juden aus Emigration und Exil zurückzubitten und damit einen moralischen Geburtsfehler der Bundesrepublik beging, war die SPD die einzige Partei, die mit einem Appell im Bundestag die in der NS-Zeit aus Deutschland Geflohenen zur Rückkehr aufforderte. Doch die Rückkehrer hatten Grund sich über mangelnde Reflexionsbereitschaft mancher Sozialdemokraten zu beklagen. Eine solche Erfahrung musste die spätere Historiographin der deutschen Sozialdemokratie, Susanne Miller, machen, als sie, im Frühjahr 1946 gerade aus ihrem Exil in London nach Köln zurückgekehrt, eine „merkwürdige Doppelbödigkeit“



„Die SPD-Abgeordneten kritisierten Adenauers Regierungserklärung, in der der Kanzler (der selbst fast in ein KZ gebracht worden wäre) leichtfüßig über die Verbrechen an den Juden hinweggegangen war.“

unter den Genossen ausmachte. Selbst „gute“ Sozialdemokraten haderten nach ihrem Eindruck noch immer mit dem verlorenen Krieg. Dass der ersehnte Untergang des NS-Regimes nicht mit einem Sieg Deutschlands vereinbar sein konnte, haben sich auch Sozialdemokraten nicht eingestehen wollen.

Auch mit ihrer Kritik an den personellen Kontinuitäten in Politik, Verwaltung, Wissenschaft, Wirtschaft und nicht zuletzt in Justiz grenzte sich die SPD deutlich von der Politik der Bundesregierung ab.

Kanzler Adenauer hatte in seiner ersten Regierungserklärung über das das Schicksal der verfolgten und ermordeten Juden kein einziges Wort verloren. Vier-einhalb Jahre nach der Befreiung von Auschwitz redete Adenauer bereits von einem Schlussstrich.

Die SPD-Abgeordneten kritisierten Adenauers Regierungserklärung, in der der Kanzler (der selbst fast in ein KZ gebracht worden wäre) leichtfüßig über die Verbrechen an den Juden hinweggegangen war. Es sei nicht nur die Pflicht der internationalen Sozialisten, sondern die Pflicht jedes deutschen Patrioten, das Ge-

schick der deutschen und europäischen Juden in den Vordergrund zu stellen und die Hilfe zu bieten, die notwendig sei.

Auch dem von der KZ-Haft ausgemergelten Oppositionsführer Kurt Schumacher mangelte es in der „Judenfrage“ manches Mal an Feingefühl, er erging sich in Allgemeinheiten, beließ es bei Lippenbekenntnissen, tappte gelegentlich in Fettnäpfchen, eckte an. Auf einer internationalen Pressekonferenz im Spätherbst 1946 brachte der SPD-Vorsitzende sein Unverständnis darüber zum Ausdruck, dass bislang so wenige jüdische Emigranten nach Deutschland zurückgekehrt seien – dabei gebe es doch für die Mehrheit der Deutschen gar „keine Judenfrage mehr“. Eine Woche später gab Schumacher ein Interview, in dem er seine Aussagen relativieren wollte, indes verschlimmbesserte als er behauptete, Deutschland sei seiner Einschätzung nach das „Land mit den schwächsten antisemitischen Regungen“, was er sich durch den „Schock“, den die Deutschen über die Verfolgung und Vernichtung der Juden „erlitten“ hätten, erklärte. Ihm sei inzwischen klar geworden, so Schuma-

cher weiter, dass die meisten Deutschen die Verbrechen gegen die Juden ablehnten – sofern sie denn überhaupt davon gewusst hätten. Er verstieg sich gar zu der Behauptung, der gegenwärtige Antisemitismus sei der „geringste Faktor“ der nationalsozialistischen Hinterlassenschaft in Deutschland. Von antisemitisch motivierten Übergriffen, die in den Jahren 1947/47 im Umfeld der DP-Camps immer wieder aufbrachen, schien der Parteivorsitzende dagegen nichts gehört zu haben.

Die öffentlich bekundete Solidarisierung der SPD mit den Juden, resümiert Meyer, erfüllte eine Vielzahl von Funktionen und vermittelte ein ganzes Bündel unausgesprochener Botschaften nach innen wie nach außen: Es ging um Selbstvergewisserung und Selbstbewusstsein, um Verständigung und Versöhnung, um Ansehen und Weltläufigkeit, um Entlastung und Rehabilitierung, um Kompensation und Anerkennung. Trotz mancher sich aus dem Zeitgeist ergebender Wandlungen und trotz gewisser antijüdischer Affekte und Emotionen auch in den Reihen der Sozialdemokratie im Allgemeinen und bei einzelnen Parteigängern im Besonderen, die es in der über 150-jährigen Geschichte der Partei immer gegeben hat, war die SPD doch die einzige Partei, die den Antisemitismus politisch konsequent bekämpft und vom staatsbürgerlichen und humanen Grundsatz der Gleichberechtigung nie abgewichen ist. In den mehr als vier Jahrzehnten westdeutscher Geschichte, die die Meyersche Studie den vergangenheitspolitischen Kurs der SPD durchmisst, veränderte sich der Umgang der Deutschen mit der NS-Vergangenheit immer wieder und das galt auch für die SPD – eine Geschichte, die bis in die Gegenwart nicht vergangen ist.

Manches Ereignis, das Kristina Meyer ins Bewusstsein der Gegenwart rückt, wirkt bedrückend und beschämend und lässt sich als Geburtsfehler der zweiten deutschen Republik klassifizieren, der sich als Schatten über die politische Kultur Deutschlands gelegt hat. Einige Beispiele, die sie aus der ersten Legislaturperiode des Deutschen Bundestags ans Licht bringt, lesen sich mit großer Beklemmung. Ein wichtiges Buch, glänzend geschrieben, wobei sie sich unbefangend und souverän in einer überaus komplexen Thematik bewegt, die schwierige Balance zwischen Empathie und kritischer Distanz wahren. Sie bleibt stets ausgewogen im Urteil aber parteiisch in der Sache, ohne zugleich parteipolitisch zu sein. Der Detailfülle gerecht zu werden, ist für den Rezensenten ein schwieriges Unterfangen. Meyer hat eine prall mit Fakten gefüllte analytische, quellengesättigte, überaus facettenreiche Untersuchung über die jüngere Geschichte der deutschen Sozialdemokratie vorgelegt, auch wenn sie, bewusst oder nicht, weitere aussagekräftige Nachlässe wie die des Parlamentariers und Botschafters in Belgrad, Peter Blachstein, im Bonner Archiv der sozialen Demokratie hätte beziehen können oder sollen. Hier hätte man erfahren, wie die Partei auf einen erhobenen Antisemitismusvorwurf eines jüdischen Genossen reagiert hat.

Kristina Meyer:  
Die SPD und die NS-Vergangenheit 1945-1990  
Wallstein-Verlag  
Göttingen 2015  
549 S., 42 Euro

◀ Fortsetzung von Seite 2

Nicht nur, dass die Kanzlerin und ihr politisches, wenn auch schwindendes Gefolge, die ihnen anvertraute Bundesrepublik Deutschland in Europa weitestgehend isoliert haben und vor den Augen nicht weniger Völker als suizidgefährdeten Dümmling dastehen lassen. Unsere Regierungspolitik gefährdet auch bis zum Einsturz das gesamte über die Nachkriegsjahrzehnte erbaute europäische Haus.

Wieviel charakterliche Deformierung und wieviel besorgniserregender Unverstand müssen da wohl unsere Politik bewegen, um ausgerechnet den pan-islamistischen türkischen IS-Unterstützer, Kurden-Bombardierer, Israel- und Christenhasser Erdogan, den Diktator und Demokratie-Beseitiger, den Kurden-, Juden- und sogar Türkenfeind derart aufzuwerten, ihn mit zusätzlichen Milliarden für den Bau neuer Paläste ausstatten zu wollen, ihn mit neuen Waffen gegen das von ihm gemeuchelte kurdische Volk zu versehen und ihn – man höre und staune – zum Problemlöser des deutschen Migrationsdesasters und Retter der deutschen Demokratie zu machen?

Die Verbeugung der Kanzlerin vor dem türkischen Machtusurpator und Minderheitenunterdrücker sowie die fahrlässig beabsichtigte Zusage, der Erdogan-Türkei erleichterten Zugang und Visa-Freiheit für den europäischen Raum zu verschaffen, stellen nicht nur eine nicht nachzuvollziehende Belohnung der Entdemokratisierung und Islamisierung der Türkei und Zustimmung zu Erdogans Hetze gegen Israel dar, sondern widersprechen schlichtweg den eigenen, den deutschen Wählern einst zugesagten Prinzipien und nahezu allen Vorgaben der EU. Nicht zuletzt grenzt es geradezu an Verrat an dem

türlich ins Leere, trotz der verbal stets bemühten besonderen geschichtlichen Verpflichtung und trotz des Umstandes, dass gerade in Israel die nahezu einzigen Muslime der Region leben, die nicht von Bürgerkrieg, Mord und Unterdrückung bedroht sind.

Boycott und Delegitimierung Israels in seinem berechtigten Überlebenskampf sowie unverblühte Relativierung und Verständnis für arabische Messermord-Attacken auf israelische Zivilisten stehen auf der Tagesordnung



deutscher, westeuropäischer und UN-Politik. Zweierlei Maß kennzeichnet die Bewertung von islamischen Terrormorden, die dann, wenn sie gegen Israel gerichtet sind, nicht nur keinerlei Sympathie für die jüdischen Opfer hervorrufen, sondern von den Polittheuchlern der westlichen Welt und auch Deutschlands ausdrücklich nicht als Terror bewertet und bezeichnet werden.

Das Erfordernis Israels, seine Bürger vor Terror zu schützen, wird schlichtweg negiert, während etwa die schwedische Außenministerin Wallström den Tod einiger der arabischen Messermörder beklagt und ein internationales

den atomaren Garas für Israel und die westliche Welt vorzubereiten.

Trotzdem und ohne jedes Bedenken – die Stunde der gewissenlosen, vielen voran deutschen Wirtschaftsoportunisten hat geschlagen. Der Iran und seine Regierungsclique entrechten und drangsaliieren weiterhin Christen, dehumanisieren Juden, unterstützen und finanzieren Terror, hassen die freiheitliche, westliche Lebensweise, steinigen Frauen, leugnen die Schoah am jüdischen Volk und drohen gleichzeitig, vollkommen ungeniert und unwidersprochen mit einem neuen Holocaust an den verhassten Juden.

Aber was soll's – Mullah-Präsident Rohani tourt nunmehr fröhlich durch Europa und hat Aufträge und jede Menge Geld im Gepäck.

Warum soll man sich da mit dem jo-

vialen Vertreter des iranischen Mord- und Terrorregimes nicht einige ungetrübt ausgelassene Stunden machen, als Papst lachend die Christen verurteilt, als italienischer Regierungschef mit stolz beglückter Miene ein hübsches Foto fürs Familienalbum und das italienische Volk als staunende Erben der Antike und des Rinascimento schießen und gleichzeitig ein paar nackte Kunstwerke und Zeugen einer glorreichen, unnachahmlichen römisch-italienischen Kultur verhüllen?

Hauptsache, der hohe Gast ist zufrieden und vor allem nicht mehr so schrecklich islam-üblich beleidigt durch den Anblick steinerter Nacktheit. Ist doch ohnehin schon mehr als erfreulich, dass es nicht wie im Falle von Palmyra und der unwiederbringlichen Buddha-Statuen von Bamiyan zur Vernichtung der Allah-lästerlichen italienischen Kunst-Blasphemie gekommen ist.

„Wenn europäische Politikerinnen in den Iran reisen, müssen sie sich verhüllen. Wenn der iranische Präsident nach Europa kommt, werden die nackten Statuen ausgerechnet in Rom verhüllt. Das nenne ich gegenseitige Rücksichtnahme! Denn es reicht vollkommen aus, wenn die Werte einer der beiden Kulturen in beiden Kulturräumen respektiert werden. Wozu sollen auch westliche Werte gut sein?“

Ich bin der Meinung, dass Europa weder an der Euro- noch an der Flüchtlingskrise scheitern wird, sondern am politischen Opportunismus, an Verlogen-

heit und Gleichgültigkeit!“, schreibt dazu der ägyptisch-deutsche Politikwissenschaftler und Publizist Hamed Abdel-Samad. Dem ist in der Richtigkeit der Aussage nichts hinzuzufügen.

Es bleibt leider zu befürchten, dass die fatalen Auswirkungen dieser lebensgefährlichen westlichen Werteausverkaufspolitik auf den Weltfrieden und die Sicherheit Israels nicht mehr lange auf sich warten lassen werden.

Dem jüdischen Volk und dem Staat Israel, die in ihrer Geschichte schon größte und schreckliche Bedrohungen haben überstehen müssen, wünschen wir wie uns allen viel Kraft, trotz aller Gefahren ungeminderte Lebensfreude und alles erdenklich Gute – Am Israel Chai!

Ihr

Dr. Rafael Korenzecher

„Die Kanzlerin und ihr politisches Gefolge haben die ihnen anvertraute Bundesrepublik Deutschland in Europa weitestgehend isoliert und vor den Augen nicht weniger Völker als suizidgefährdeten Dümmling dastehen lassen.“

wahlbetrogenen türkischen Volk, den Kurden, der Demokratie und der europäischen Idee, von der, die Krokodilstränen der verheuchelten Gedenktagsrituale Lügen strafenden Entsolidarisierung mit Israel und den Juden gar nicht erst zu sprechen.

Im gleichen Licht ist die von Regierungsmitgliedern wie Steinmeier und Gabriel gutgeheißene Teilnahme an – die saudischen Machthaber aufwertenden – Propaganda-Veranstaltungen im Lande und die Vorreiterrolle deutscher Politik bei der Anbiederung Deutschlands an das verbrecherische saudische Regime sowie das charakterlose Hinwegsehen über dessen eklatante Menschenrechtsverletzungen, wie etwa die soeben ungeniert und ohne Sanktionierung durch die UNO durchgeführte Massenhinrichtung von 47 Menschen.

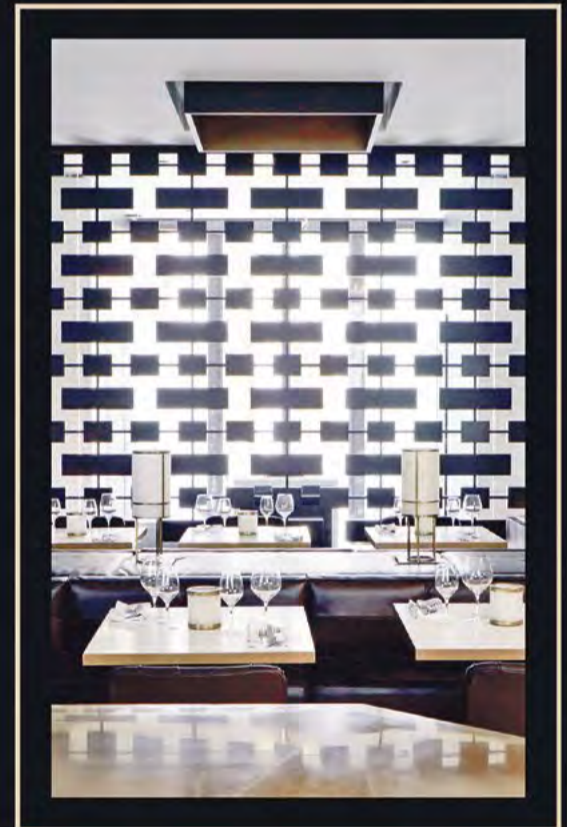
Die Erwartung, deutsche und europäische Politik würden – angesichts des mittlerweile nahezu täglichen weltweiten Islam-generierten Terrors – dazu übergehen, sich mit dem von unentwegten Mordangriffen auf seine Bürger überzogenen demokratischen und westlichen Staat Israel zu solidarisieren, geht – wie könnte es anders sein – na-

Tribunal gegen Israel fordert und der Chef der UN(nütz)Organisation (UNO), Messerattacken auf israelische Bürger als verständliche menschliche Reaktion bezeichnet.

Nicht gerade einfacher geworden ist der Kampf Israels gegen Terror und territoriale Ansprüche seiner arabischen Gegner auch angesichts des kürzlich dem Iran möglich gemachten de-facto-Zugangs zur Atombombe.

So haben die Verhandlungsparteien von Lausanne, allen voran der deutsche Außenminister, entgegen allen Warnungen ehrlich besorgter und verantwortungsbewusster Politik, die Gunst der Stunde der einfach nicht enden wollenden Agonie der israel-aversen und islam-affinen Obama-Administration genutzt und gegen jedes bessere Wissen und gegen jede Lebenserfahrung die aus gutem Grunde gegen den Iran verhängten Sanktionen aufgehoben.

Mit Hilfe der USA, der EU und der UNO, die es um jeden Preis auch nicht anders sehen wollten, haben es die Mullahs geschafft, die Welt bezüglich angeblich erfüllter Auflagen zum Narren zu halten und sind nunmehr quasi sanktionsfrei dabei, mit westlicher Hilfe



HAUSVOGTEIPLATZ 10  
10117 BERLIN  
ÖFFNUNGSZEITEN:  
MO - FR AB 12 UHR, SA/SO AB 18 UHR  
RESERVIERUNGEN UNTER:  
030 - 20 67 93 01

# Es begann schon lange vor Köln

*Wie mich arabische Männer bedrängten und anschließend des Rassismus beschuldigten*

Von Miriam Magall

„In Deutschland kann man nur in Heidelberg oder München leben.“ Dieser Meinung war ich, als ich Anfang 1988 mit dem Zug in Deutschland eintraf. Also fuhr ich nach Heidelberg, München würde später kommen. Ich kannte dort niemanden und wusste anfangs nicht, wie und wo genau man in der Stadt wohnen sollte. Diese Frage war schnell geklärt, denn sie hing mit meinem Wunsch zusammen: Ich wollte eine Wohnung mieten. Das war seinerzeit in Heidelberg nicht einfacher als heute. Man brauchte eine vorherige Anschrift, wenn möglich, in Deutschland; man musste einen festen Arbeitsplatz vorweisen mit dazugehörigen Einkommensnachweisen und noch einige dieser Auflagen mehr. Nichts davon hatte ich. Immerhin sprach ich gut Deutsch, im Gegensatz zu so manchem anderen weniger glücklichen Neuankömmling.

Ich suchte und suchte und endlich fand ich sie: eine schöne geräumige Wohnung im Stadtteil Rohrbach. Was ich anfangs nicht wusste – denn ich war ja neu in Heidelberg: Diese Wohnanlage war für amerikanische Soldaten und ihre Familien gebaut worden. Das machte die Wohnungen sympathisch, denn sie enthielten praktischerweise mehrere geräumige Einbauschränke, eine komplette Kücheneinrichtung, wengleich nicht besonders elegant, und in jedem Zimmer gab es Deckenlampen. Für den Anfang gar nicht so schlecht. Die Hausverwaltung war freundlich und zuvorkommend und störte sich nicht daran, dass meine letzte Anschrift Rechov Ussishkin 88 in Tel-Aviv lautete und nicht Ploni-Straße in Karlsruhe oder Mannheim. Sie glaubte mir sogar, als ich ihr versprach, ich würde beim Europarat in Straßburg und bei der EU in Brüssel und Luxemburg arbeiten, als freiberufliche Konferenzdolmetscherin, denn das war mein Beruf.

Schnell war alles eingerichtet, mein Sohn wurde fürs Frühjahr in der Vorschule angemeldet, wo er besonderen Deutschunterricht für Zuwanderer bekam. Das waren zu jener Zeit vor allem Aussiedler aus der Sowjetunion und Polen sowie Iraner, Türken, Iraker und Afghanen. Schon damals verließen viele Menschen aus diesen Ländern ihre Heimat, wengleich davon kaum viel Aufsehens gemacht wurde.

Praktischerweise – vor allem für meinen Sohn – wohnten seine Mitschüler alle in derselben großen Wohnanlage wie auch wir. Dass es da kaum Deutsche gab, ist mir erst im Nachhinein aufgefallen.

Die Mietwohnungen gehörten deutschen Heidelbergern, die sie seinerzeit günstig erworben und für gutes Geld an eben diese Amerikaner vermietet hatten. Als die Amerikaner gingen, vermieteten sie ihre Wohnungen an die Stadt Heidelberg. Für die Stadt war das eine willkommene Erweiterung ihres Wohnangebots, denn kurz zuvor waren die oben erwähnten Ausländer massenweise in der Stadt eingetroffen, und nun bot sich ihr die Gelegenheit einer angemessenen Unterbringung der Neuankömmlinge.

Es stand anfangs auch alles zum Besten. In der Wohnung uns gegenüber wohnte eine türkische Familie;



ihr Sohn war im Alter meines Sohnes. Ähnliches galt auch für die Familie einen Stock tiefer. Die Eltern von Mahmud stammten aus Afghanistan, und sie wandten sich immer vertrauensvoll

der vier Zimmer einer Vierzimmerwohnung einen unverheirateten Zuwanderer aus den schon oben erwähnten Ländern. Auch dagegen wäre nichts einzuwenden gewesen, wenn, ja, wenn

» Dank meines Ex-Mannes, einem Juden aus Ägypten, verstand ich Arabisch. «

an mich, wenn sie zum Beispiel wissen wollten, welches Fleisch nicht vom Schwein war, sodass man es unbesorgt essen konnte. Noch einen Stock tiefer wohnte Schahabs Familie. Seine Eltern waren schon vor längerer Zeit aus ihrer iranischen Heimat geflohen, als der Schah vertrieben wurde. In den Nachbarhäusern wohnte noch der eine oder andere Ahmed oder Suleiman, und alle kleinen Jungen spielten einträchtig Fußball und was man sonst als kleiner Junge eben so spielt. Die Umgangssprache war Deutsch, denn das war die einzige Sprache, in der sich alle Kinder mehr oder weniger gut verständigen konnten. Es entstanden länderübergreifende Freundschaften. Eine Idylle.

Bis, ja, immer gibt es ein „Ja, aber“. Denn irgendwann fing die Stadt Heidelberg an, nicht mehr ganze Familien in den geräumigen Wohnungen unterzubringen, sondern sie steckte in jedes

nicht innerhalb kürzester Zeit der Rest des weitläufigen Familienclans, der irgendwo in Deutschland gewartet hatte, ebenfalls in diese Vierzimmerwohnungen, allerdings nicht offiziell, einzog, sodass sich alsbald bis zu 20 Personen in einer einzigen Vierzimmerwohnung drängten. Dergestalt gefüllte Wohnungen gab es pro Stockwerk mindestens zwei von insgesamt vier pro Stockwerk und noch dazu auf fünf Etagen.

Es wurde eng im Haus. Tische und Stühle wurden in den Laubengängen aufgestellt, dazwischen standen die zahlreicher werdenden Wäscheständer, denn bei 20 Personen pro Wohnung wird eben viel Wäsche schmutzig. Als ich dann noch kaum aus meiner eigenen Wohnung hinaus kam der vielen Wäscheständer wegen, habe ich es gewagt, bei den Nachbarn zu klingeln, um sie zu bitten, ihre Wäscheständer doch bitte nicht gerade vor meiner

Wohnungstür aufzustellen und den Laubengang zu räumen, damit er hin und wieder aufgewischt werden konnte, wobei ich sie einlud, sich ebenfalls am Aufwischen zu beteiligen, denn die türkische Dame mir gegenüber und ich, wir wollten nicht für die anderen 40 Personen auf unserem Flur ständig aufwischen.

Nachdem die junge Frau, die mir die Tür geöffnet hatte, mich offensichtlich nicht verstand, kam der Herr des Hauses, er stammte aus dem Irak, das hatte ich schon mitbekommen, in der Türöffnung, knöpfte sich gähnend seinen Hosenschlitz zu und ließ seine Muskeln spielen, während er seinen nackten Oberkörper mir bedrohlich entgegenreckte: „Ich nicht sprechen mit Frau! Wo ist Mann! Ich spreche nur mit Mann!“

Ich versuchte ihm zu erklären, dass ich der „Mann“ in meiner Wohnung sei und er sich schon mit mir begnügen müsse. Das brachte ihn anscheinend vollends auf. Er kam mir immer näher, hinter ihm tauchten weitere männliche Mitbewohner auf, und er drängte mich in Richtung Brüstung. Ich begann, um mein Leben zu fürchten. Wir wohnten im fünften Stock. Zu meinem großen Glück gingen unten gerade zwei Herren von der Hausverwaltung vorbei. Ich schrie aus vollem Hals um Hilfe. Sie blickten nach oben und riefen: „Wir kommen!“ Sie waren dann auch ganz schnell im fünften Stock. Wie durch Zauberhand waren alle Bewohner der Nachbarwohnung verschwunden, nur der cholerische irakische Herr, der mich gerade vom fünften Stock hatte herunterwerfen wollen, stand wieder brav in seiner Haustür und stotterte: „Sie mich beschimpft ‚dreckiger Ausländer‘! Da ich böse.“

Der Vorfall wurde der Stadt Heidelberg gemeldet. Eine Dame kam, besichtigte besagte Wohnung, fand aber nur die offiziell darin eingewiesenen Herren vor. Kein Wunder – sie hatte ihr Kommen angekündigt! Fortan schlichen die Bewohner heimlich im Dunkeln an meiner Wohnung vorbei, die Wäscheständer verschwanden vor meiner Wohnungstür. Niemand von der Stadt Heidelberg hat je mehr als die tatsächlich erlaubten Bewohner angetroffen und reagierte entsprechend allergisch auf alle Beschwerden der Mieter.

Stattdessen verlagerte sich das Leben eines Teils der Zuwanderer nach draußen, es war gerade Frühsommer. Von morgens um 6 bis nachts um 12 Uhr unterhielt man sich ungeniert, auf Arabisch versteht sich, von der fünften Etage mit Mohammed, der unten am Eingang stand. Mohammed und andere junge Männer saßen überdies immer gerne auf dem niedrigen Mauerchen, das die Treppe vor dem Hauseingang säumte und schauten gerne jeder Frau, die sich an ihnen vorbeidrängen musste, unter den Rock. Dazu kommentierten sie gerne: „Eine Hure!“ „Eine Schlampe!“ Und dergleichen Nettigkeiten. Denn dank meines Ex, einem Juden aus Ägypten, verstand ich leidlich Arabisch und wusste also, was da so gesagt wurde.

Der geneigte Leser wird sich vorstellen können, was ich in dieser Lage tat: Ich suchte mir schnellstens eine neue Wohnung – und achtete sehr darauf, wer meine Mitbewohner im Haus waren.

# Die Relativierer und Verharmloser

## Die Reaktionen nach Köln sind ein Übel für sich

Von Monika Winter

Die letzten Wochen und Monate haben mit aller Deutlichkeit gezeigt, dass in Fragen der Flüchtlingspolitik und ihrem eklatanten Politikversagen selbständiges Denken politisch unerwünscht ist. Wer Kritik an der Bundesregierung übte, wer die Täter beim Namen nannte, gelangte in die „rechte Ecke“. Auch die Medien reagierten erst einmal nicht, dabei sind in einer Demokratie gerade Journalisten zuständig dafür Zusammenhänge zu hinterfragen und eine wahrhaftige Berichterstattung zu gewährleisten.

Der überwiegende Teil der Zuwanderer kommt mit anerzogenem Judenhass nach Deutschland. Die deutsche Bundeskanzlerin Frau Dr. Angela Merkel und Politiker aller demokratischen Parteien weisen ständig daraufhin, dass sie gegen Judenhass und auf der Seite Israels stehen. Dann müssen sie sich auch fragen lassen, warum sie unkontrolliert Zuwanderer ins Land holen, die zum großen Teil Judenhass mit der Muttermilch aufgesogen haben.

Zwischenzeitlich ist bekannt, dass Terroristen über die Balkanroute Europa erreichen konnten. Vorher wurde jeder Verdacht in diese Richtung als „rechte Propaganda“ abgetan.

Seit den gleichzeitigen Übergriffen in Köln, München, Stuttgart, Bielefeld, Düsseldorf, Frankfurt Berlin, Freiburg und weiteren europäischen Städten während der Silvesternacht und dank des Drucks in den sozialen Medien hat sich teilweise etwas geändert. Die Medien berichten und recherchieren, wobei einige allerdings immer noch zu Verharmlosungen neigen. Die Polizei reagiert, befindet sich auf der Suche nach Tätern und versucht neue Taten zu verhindern. Wie muss es sich jedoch anfühlen einen Täter zu stellen, der kurze Zeit später wieder freigelassen wird?

Nachdem Politiker aller Couleur beschwichtigten, es gäbe keine Beteiligung von syrischen Flüchtlingen, wissen wir jetzt, dass die Taten fast ausschließlich von Zuwanderergruppen aus dem nordafrikanischen und arabischen Raum begangen wurden, die sich syrische Pässe ergaunert hatten.

Aus dieser ganzen Misere heraus kam es kürzlich in Köln zu einer erschreckenden Reaktion, als eine rechtsextreme „Bürgerwehr“ sich sammelte, durch die Altstadt zog, um arabisch aussehende Menschen zu jagen und ihnen eine „Lektion“ zu erteilen. Mehrere Menschen wurden verletzt.

Die sexuellen Übergriffe und teilweise Vergewaltigungen in der Silvesternacht im ganzen Bundesgebiet überwiegend von Nordafrikanern und Arabern wurden vielfach erst einmal abgetan mit Hinweisen wie: „Sexuelle Gewalt gibt es in allen Schichten“, „Gewalt gegen Frauen ist kein rein islamisches Problem“. Der Kölner Imam Sami Abu-Yusuf erklärte, Frauen trügen selbst die Verantwortung für die Übergriffe, wenn sie halbnackt herumliegen und sich parfümierten.

Im Maischberger-Talk zur „Schreckensnacht von Köln“ wies der Grünen-Politiker Volker Beck auf die Gefahr hin, dass die Taten für „Hetze gegen Flüchtlinge“ instrumentalisiert werden könnten und rief dazu auf, Verallgemeinerungen mit Blick auf „Migrationshintergrund“ oder Religionszugehörigkeit der wohl überwiegend aus Marokko und Algerien stammenden Täter zu vermeiden. Der Vorsitzende des Zentralrates der Muslime, Aiman Mazyek, bemängelte auch die Herkunftsde-

batte als einen Hang zur Pauschalisierung und wehrte sich vehement gegen einen Rückbezug auf den Islam.

Der Gleichstellungsausschuss des Rates der Stadt Münster folgte mit einer Erklärung, der massiven Menschenrechtsverletzung in Köln sei „mit aller Härte des Gesetzes entgegenzutreten“ – und zwar „ungeachtet der Herkunft und Nationalität der Täter“.

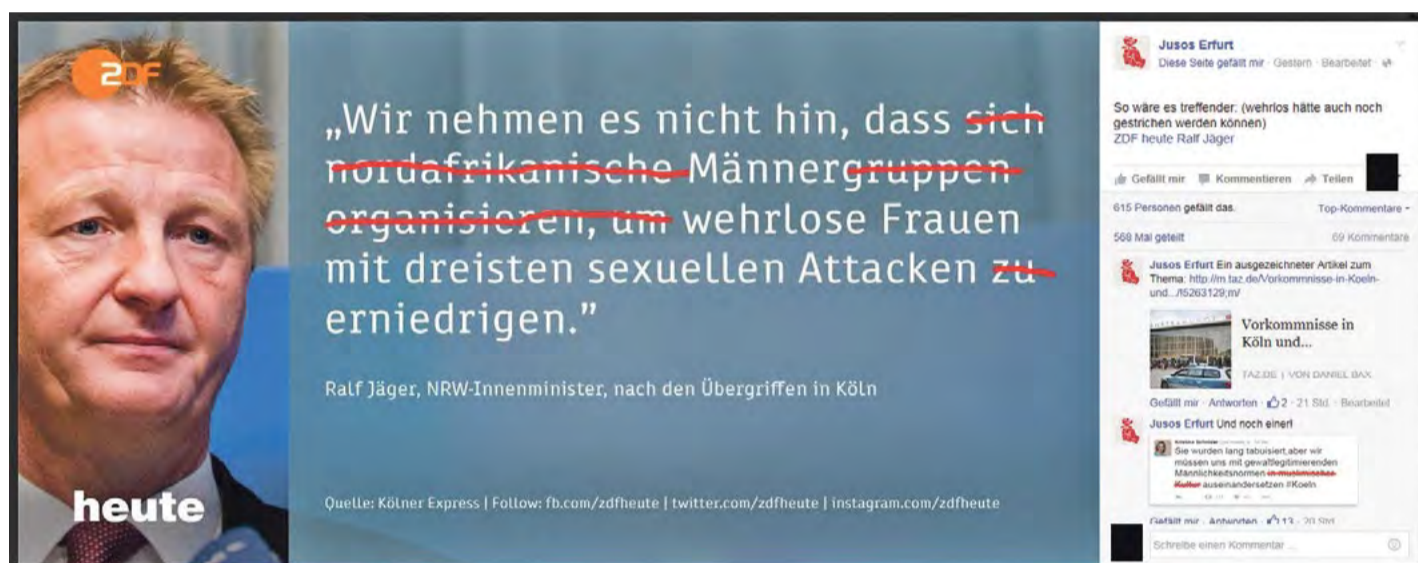
### Verharmlosungen als Schlag ins Gesicht der Opfer

Fakt ist zwischenzeitlich, dass ein sehr großer Teil der sogenannten „Flüchtlinge“ gar nicht aus dem Bürgerkriegsland Syrien

scheinbar nur für die Massenzuwanderung, die folgerichtig vollkommen planlos verlief.

Es gibt klare Bestimmungen, dass die Selbstbestimmung eines Volkes nicht verletzt oder gefährdet werden darf. Da die Bundeskanzlerin sich für den Passus „Humanitäre Gründe“ entschied, konnten ungehindert Zuwanderer, darunter auch „Flüchtlinge“ nach Deutschland kommen, die gar keine Flüchtlinge sind. Kaum Kontrollen, keine Vorbereitung. Natürlich sollte Deutschland helfen, wenn Menschen in Not sind. Dafür muss man aber erst einmal wissen, wer diese Menschen sind, ob, wie und wo man sie

In Sachen Ausländer-Kriminalität wurde seit langer Zeit verschleiert, was das Zeug hält. NRW-Innenminister Ralf Jäger, rot-grüne Landesregierung NRW, fand auch schnell einen Sündenbock, nämlich die Polizei. Der Kölner Polizeichef Wolfgang Albers wurde in den frühzeitigen Ruhestand versetzt, so als ob er der einzige Verantwortliche der Gesamtsituation wäre. Während es zuerst hieß, dass es keine Hinweise auf die Beteiligung von „Flüchtlingen“ gebe, musste ein paar Tage später vom Innenministerium eingeräumt werden, dass es sich bei den Tätern fast ausschließlich um Migranten aus dem nordafrikanischen und arabi-



????????????????

stammen. Schon zu Beginn der großen Zuwanderungswelle ab August 2015 gaben Dolmetscher in den Auffanglagern des Balkans zu Protokoll, dass es bis zu

unterbringen kann. Gerade dann, wenn sie aus islamischen Ländern mit archaischem Frauenbild und anerzogenen Judenhass kommen. Mittlerweile ist be-

schon Raum handelte, teilweise Asylbewerber und teilweise illegale. NRW-Innenminister Jäger dachte nicht an seinen eigenen Rücktritt. Auch die Oberbürgermeisterin Henriette Reker ist sicherlich nicht so unschuldig, wie sie es darstellt. Nach Aussage des Polizei-Abteilungsleiters Wolfgang Düren wurde sie sehr wohl darüber unterrichtet, dass es sich bei 70 überprüften Personen um Asylsuchende handelte. Sie behauptete später, erst aus der Presse von der Herkunft der Täter erfahren zu haben. Die parteilose Oberbürgermeisterin hatte dem Kölner Polizeipräsidenten Wolfgang Albers eine Woche nach Silvester das Vertrauen aufgekündigt. Deshalb konnte er auch problemlos in den „frühzeitigen Ruhestand“ versetzt werden.

Zur Lösung der Migrationskrise verhandelt Angela Merkel mit der Türkei. Diese soll sich verpflichten ihre Grenzen zu sichern (Erdogan soll also das in der Türkei schaffen, was Merkel in Deutschland als unmöglich abgetan hat!) und illegal nach Europa eingereiste Zuwanderer zurückzunehmen. Im Gegenzug kommen mindestens 3.000.000.000 Euro aus der EU (also auch aus Deutschland) für Flüchtlingsprojekte in die Türkei. Die Beitrittsverhandlungen mit der EU sollen wieder intensiviert werden, und die Einreise türkischer Staatsangehöriger in den Schengenraum deutlich erleichtert werden. Denkt man in diesem Zusammenhang dann noch an die Übereinkunft mit dem Mullah-Regime Iran, dann weiß man auch, wohin die Reise geht. Beides ist moralisch mehr als fragwürdig und gefährlich.

Dieser, mein Bericht endet am 27. Januar, dem Gedenktag für die 6 Millionen von deutschen Bestien ermordeten Juden, darunter 1,5 Millionen jüdischer Kinder. Möge man sie niemals vergessen.

Heute befinden sich Juden in Deutschland und Europa wieder in Gefahr.

„Während das Ziel der UNHCR ist, die Zahl der Flüchtlinge zu verringern, indem sie ihnen hilft in einem neuen Land ein neues Leben zu beginnen, ist es Ziel der UNRWA, die Zahl der Flüchtlinge zu erhöhen.“

30 Prozent um Marokkaner, Algerier und Tunesier handelt. Der Hinweis wurde ignoriert.

In einem Rechtsgutachten merkt Prof. Dr. Dr. Udo di Fabio im Auftrag des Freistaates Bayerns vom 8. Januar 2016 an, dass Merkel in ihrer Sommerpressekonferenz am 31. August 2015 den Leitsatz „Wir schaffen das“ prägte, der ohne Relativierung, etwa im Blick auf die bereits Angekommenen, eine Grenzenlosigkeit der Möglichkeiten signalisiert. Die Kanzlerin berufe sich für den Umgang mit den Menschen, die jetzt zu uns kommen, auf die Grundsätze der Verfassung und nenne zum einen das Grundrecht politisch Verfolgter auf Asyl, das „all denen, die aus Kriegen zu uns fliehen“ Schutz gewähre, das als subjektives Recht keine Grenze kenne. Zum anderen gelte der Grundsatz der Menschenwürde für jedermann, „gleichgültig, ob er Staatsbürger ist oder nicht, gleichgültig, woher und warum er zu uns kommt und mit welcher Aussicht darauf, am Ende eines Verfahrens als Asylbewerber anerkannt zu sein“.

Die Bundeskanzlerin öffnete die Grenzen aus „humanitären Gründen“, geht dabei nicht nach Kapazitäten in der Verteilungsfrage vor, sondern interessierte sich

kennt, dass auch Terroristen und Assads Schlägertruppen in Deutschland als Asylanten registriert wurden oder ohne Registrierung untertauchen konnten – teilweise bekommt also der Asylgrund selbst Asyl!

Ein 21-Jähriger in Deutschland war unter sage und schreibe 17 Namen registriert. Niemandem war es aufgefallen.

Wenn anfangs noch eher Familien mit Kindern kamen, die Englisch sprachen, waren es kurze Zeit später zu 95 Prozent alleinstehende Männer, Jugendliche oder Kinder. Die Hälfte der Ankommenden haben keine gültigen Pässe oder Dokumente.

Rückblick auf Köln: Wer Köln kennt, weiß auch, dass Korruption und Verschleierung immer schon eine Rolle in der Stadt spielten, z.B. bei öffentlichen Ausschreibungen. Wer als Tourist nach Köln kommt und Appetit auf ein halbes Hähnchen verspürt, darf sich nicht wundern, wenn er ein halbes Roggenbrötchen mit Käse, genannt „Halve Hahn“ in Kölner Traditionsgaststätten serviert bekommt. Wahlunterlagen mussten im vergangenen Jahr mehrmals versendet werden, weil sie immer wieder Druckfehler enthielten.



# Die bösen Flaschengeister

*Migranten-Milieus sind in Sachen Antisemitismus dort, wo die Deutschen 1933 waren*

Jennifer Nathalie Pyka

Es ist noch gar nicht lange her, da trafen sich mehrheitlich junge wie perfekt integrierte Migranten Tag für Tag auf Deutschlands Straßen, um für „Frieden in Palästina“ zu demonstrieren. Der im Sommer 2014 stattfindende Gazakrieg, so verlautbarte es der Medienwald, mache die Teilnehmer schlicht und ergreifend „wütend“, und Wut brauche schließlich ein Ventil. Schon bald hieß es nicht mehr nur „Kindermörder Israel“ oder „Allahu Akbar“, sondern auch „Jude, Jude, feiges Schwein, komm heraus und kämpf allein!“.

Ein bedauerlicher Vorfall, der als genauso singular galt wie mit Flaschen beworfene Pro-Israel-Demonstranten, ein missglückter Brandanschlag auf eine Synagoge in Wuppertal und eine Polizei-Aktion in Frankfurt, im Rahmen derer die zuständigen Beamten den Demonstranten gleich mal den eigenen Lautsprecher zur Verfügung stellten, um die Situation zu „beruhigen“.

## Es war kein Bürgerkrieg, es sah einfach nur so aus

Auch nebenan in Frankreich war Einiges geboten. Hie und da wurde ein bisschen Feuer gemacht, was besonders gut mit Israelflaggen und Autos funktionierte. Parallel dazu stürmten nordafrikanische Friedensaktivisten das jüdische Viertel Sarcelles, um dort fröhlich zu randalieren. Natürlich handelte es sich dabei nicht um Szenen eines Bürgerkriegs. Es sah einfach nur so aus. Dass es in „failed states“ wie Berlin nicht so weit kam, liegt vermutlich auch daran, dass es dort überhaupt kein jüdisches Viertel mehr gibt, dessen Fensterfassaden sich zertrümmern ließen.

Seitdem ist viel passiert. Deutschland verzeichnet mehr als eine Million neuer Mitbewohner aus Teilen Afrikas und dem Orient, die zunächst irrtümlicherweise für die Rettung der Rentenkasse gehalten wurden. Dafür allerdings tun uns die Flüchtlinge allerhand psychohygienische Gefallen. Kraft ihrer bloßen Anwesenheit auf deutschem Boden verhelfen sie uns zu moralischer Überlegenheit. Jede Turnhalle verwandelt sich in einen magischen Ort, an dem sich die private Altkleidersammlung gegen ein gutes Gewissen eintauschen lässt.

Nun stellt sich jedoch heraus, dass sich einige Neu-Flüchtlinge in Köln als polizeibekanntes nordafrikanische Antänzer tarnen, um auf diese Weise an Silvester Frauen kollektiv sexuell zu belästigen und auszurauben. Die Tatsache, dass das nicht nur in Köln, sondern in nahezu jeder größeren deutschen Stadt so oder so ähnlich gehandhabt wurde, tut der arabisch-deutschen Symbiose allerdings keinen nennenswerten Abbruch. Bis es so soweit kommt, müsste sich erst ein Syrer der Steuerhinterziehung schuldig gemacht haben.

## „Es werden lediglich die Grenzen zwischen verschiedenen Lebensstilen ausgelotet“

Stattdessen erfährt man etwa im Berliner „Tagesspiegel“, in Köln sei lediglich „eine „Freistil-Situation“ entstanden, in der die Grenzen zwischen [diesen] verschiedenen Lebensstilen ausgetestet worden seien“. Eine interessante Interpretation, die mit der Realität genau so viel zu tun hat wie die erste Pressemeldung der Kölner Polizei, wonach die Silvesternacht „weitgehend friedlich verlaufen“ sei. Andererseits sind derlei Theorien auch nicht ungewöhnlich für eine parallele Mediengesellschaft, in



Ein Bestseller in der Türkei – „Mein Kampf“ auf türkisch.

der die antisemitischen Groß-Veranstaltungen des Sommers 2014 wahlweise als Friedensbewegung oder „Zusammenrot-

Verinigten Staaten. Allerdings ist das nun schon etwas länger her.

Antisemitismus als Geisteskrankheit und Frauenfeindlichkeit aus Prinzip stehen einer freien Gesellschaft fundamental im Wege. Mit ihnen verhält es sich ein bisschen wie mit einem Flaschengeist: Ist er einmal freigelassen, wird es schwierig, ihn wieder einzufangen. Kaum ein westlich geprägtes Land, in dem es nicht unter der Oberfläche brodelt. Wichtig ist nur, dass die dazugehörigen Kräfte auch dort bleiben und nicht übermütig das Ruder übernehmen.

Sehr gut möglich, dass der traditionelle Alltagsantisemitismus, das Hakenkreuz auf Opas Grabstein oder Jakob Augstein den ein oder anderen Juden dazu bewegen, nach Israel auszuwandern. Wenn jedoch Antisemitismus hinzukommt, der auch die körperliche Gesundheit nachhaltig gefährdet, dürfte dieser Entschluss doch etwas schneller und häufiger fallen.

Allerdings ging es 2014 nur gegen Juden

„Deutschland verfügt lediglich über einen empathiefreien Resterampen-Feminismus verfügt, der nichts mehr riskieren will. Der sein Ziel im eigenen Land erreicht hat und nun erfolgreich für Unisex-Toiletten, Binnen-Is und Quoten kämpft, anstatt sich mit Frauenrechtlerinnen aus Teheran und Zwangsehefrauen in Berlin-Neukölln zu solidarisieren.“

tung erlebnisorientierter Jugendlicher“ gehandelt wurden.

Die Flüchtlinge hingegen, so scheint es, verfügen offenkundig über eine wundersame Gabe. Sie verhelfen uns dazu, endlich selbstkritisch all jene deutschen Abgründe zu adressieren, die viel zu lange verschwiegen wurden.

## „Sexuelle Gewalt ist ein gesamtgesellschaftliches Problem, vor allem ein bayerisches“

Unsere Schutzsuchenden importieren Antisemitismus? Aber nein, den haben wir ohnehin schon im eigenen Land. Die überwiegend männlichen Asylbewerber bringen möglicherweise ein bedenkliches Frauenbild mit? Wie infam! Sexuelle Gewalt ist schließlich ein gesamtgesellschaftliches Problem, vor allem ein bayerisches. Ganz gleich, um welches Gastgeschenk es sich handelt - wir haben es schon viel länger.

Das wiederum ist ja grundsätzlich nicht falsch. In Sachen Antisemitismus hat es seit 70 Jahren niemand geschafft, den Rekord der Deutschen zu brechen. Und Frauen, die ohne Zustimmung ihres Gatten keinen Job antreten dürfen, hat man auch schon mal in Deutschland angetroffen. Genauso übrigens wie in Polen, Frankreich oder den

– eine in Deutschland etwa 200.000 Mann starke Minderheit, die sich daran gewöhnt hat, dass niemand sie sonderlich mag. 2016 hingegen reden wir über Frauen, also über die Hälfte der Bevölkerung. Mag sein, dass Sexismus ein „gesamtgesellschaftliches Phänomen“ ist. Der Unterschied ist nur, dass sich der gesamtgesellschaftliche Sexist nach drei Bier in mäßigen Herrenwitzen ergeht. Er bezeichnet fremde Frauen gern mal als Schlampen – Migranten nach Kölner Vorbild dagegen behandeln sie auch so. „Es gibt in der muslimischen Kultur kein ‚girlfriend‘“, gibt Gunnar Heinsohn in der „Welt“ zu bedenken.

Woraus gewissermaßen folgt, dass dort nur zwei Sorten von Frauen existieren: Ehefrauen auf der einen, „Schlampen“ auf der anderen Seite.

Wer in Deutschland regelmäßig seine Frau verprügelt, macht sich nicht nur strafbar. Er wird damit auch nicht im Kreise der Kollegen angeben. Schätzungsweise, weil er die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung gegen sich hat. Wer dagegen in Algerien oder Saudi-Arabien zuschlägt, kann sich – je nach Übersetzung und Leseverständnis freilich – auf den Koran, auf alle Fälle aber auf die Ehre der Familie berufen.

## „Der einzelne Wiesenzelt-Grapscher kann nicht mit so viel Unterstützung rechnen“

Und wer in Deutschland fremde Frauen auf offener Straße nach Kölner Vorbild entkleidet, zählt zu einer Minderheit im Promille-Bereich. Wer dagegen mit einem Migrationshintergrund ausgestattet ist, der viel mit Machokultur und wenig mit Alice Schwarzer zu tun hat, der greift nicht einfach nur zu – der findet auch mühelos hunderte Männer, die euphorisch mitmachen, mindestens aber tatenlos zusehen und so de facto rechtsfreie Räume schaffen. Im Gegensatz dazu tut sich der einzelne Wiesenzelt-Grapscher dann doch etwas schwer. Mit so viel Unterstützung kann er eher nicht rechnen.

Vielleicht ist dieser Unterschied nicht ganz nebensächlich, wenn es um die Frage geht, wie die Kölner Domplatte zum Tahrirplatz mutieren konnte. Wo sexuelle Gewalt innerhalb von Milieus und Communities auf Akzeptanz trifft, da tritt sie auch vermehrt auf. Sie lässt sich dann ebenso hervorragend in Gruppen anwenden. Schämen muss man sich ja nicht. Wenn sie zusätzlich auf Flasche oder fehlende strafrechtliche Verfolgung trifft, gilt das freilich umso mehr. Eine unbegleitete Frau zu „begrapschen“ mutiert zu der Selbstverständlichkeit, mit der andere bei Grün über die Ampel fahren.

Man kann den Deutschen vieles vorwerfen. Aber verglichen mit den islamisch geprägten Gesellschaften, aus denen nahezu alle Flüchtlinge kommen, haben sie ihre Flaschengeister mittlerweile relativ gut im Griff. Das nennt man Zivilisation. Im Vergleich dazu befinden sich manche Migranten-Milieus in Sachen Antisemitismus dort, wo die Deutschen 1933 waren. Und in puncto Frauenrechte müsste man eigentlich vielerorts bei null anfangen. Was schwierig wird, da es in der islamischen Welt keinen Immanuel Kant, und dementsprechend auch keine Suffragetten gibt, die nicht umgehend inhaftiert würden. Dafür aber ein Patriarchat, das im Zuge seiner Beseitigung auf beträchtliche Privilegien verzichten müsste.

## Ein empathiefreier Reste-Rampen-Feminismus

Da hilft es den Vertretern der Machokultur freilich sehr, dass Deutschland lediglich über einen empathiefreien Resterampen-Feminismus verfügt, der nichts mehr riskieren will. Der sein Ziel im eigenen Land erreicht hat und nun erfolgreich für Unisex-Toiletten, Binnen-Is und Quoten kämpft, anstatt sich mit Frauenrechtlerinnen aus Teheran und Zwangsehefrauen in Berlin-Neukölln zu solidarisieren. Hinzu kommt eine Intelligentsia, die nicht zwischen Handkuss und Vergewaltigung unterscheiden kann.

Für die neu eingereisten Antisemiten hingegen haben wir Antisemitismusexperten, die tagein tagaus damit beschäftigt sind, die Muslime zu den „neuen Juden“ zu küren. Und falls all das nicht klappt, so bieten wir auch großartige Integrationskurse an, in denen wir uns gegenseitig das Grundgesetz in mehreren Sprachen vorlesen. Lauter tolle Dinge also, die dringend benötigt werden, wenn die Anhänger des Islams eines Tages damit beginnen sollten, kollektiv ihre Werte und Normen zu hinterfragen.

Solange müssen eben das das Oktoberfest und weitere gesamtgesellschaftliche Altlasten bewältigt werden. Das zumindest dürften wir schaffen.

# Zwischen zwei Stühlen sitzen

Ein Rückblick auf das 50. Jubiläumsjahr der diplomatischen Beziehungen zwischen Deutschland und Israel

Von Michael Groys

Wer im letzten Jahr als israel-solidarischer Mensch nicht auf einem netten Empfang zum 50. Jubiläumsjahr der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Deutschland und Israel war, hat definitiv in seinem Leben etwas falsch gemacht. In jeder größeren deutschen Stadt schaute man in die Vergangenheit dieser „besonderen Beziehungen“. Es wurde nicht selten als Geschenk betrachtet, dass so etwas überhaupt zustande gekommen ist. Man sprach über die großen Visionäre, die erst die Grundlage zur Existenz dieses Verhältnisses geschaffen haben. Dabei handelte es sich im Wesentlichen um Konservative wie den Altkanzler Adenauer und seinen Verteidigungsminister Strauß. In der jüngeren Geschichte der Bundesrepublik förderten vor allem Helmut Kohl und Angela Merkel diese einmalige Freundschaft. Eine ganz besonders wichtige Rolle nahm der Verleger Axel Springer als starker Unterstützer des neuen jüdischen Staates ein.

Auf sozialdemokratischer Seite hatte man auf die ersten Kontakte zwischen Gewerkschaftern beider Länder hingewiesen, noch vor der offiziellen Aufnahme. Der Kniefall von Willy Brandt vor dem Denkmal der Märtyrer des Warschauer Ghettos wurde ebenfalls nicht ausgelassen. Der Holocaust stand natürlich immer wieder im Mittelpunkt dieser Veranstaltungen. Die Schoah bleibt für das Verhältnis damals wie heute prägend. Gebetsmühlenartig wurde die Verantwortung Deutschlands gegenüber Israel auf Grund des Zivilisationsbruches erwähnt. Das sogar parteiübergreifend.

Währenddessen geschahen sehr seltsame Dinge in der echten Welt des



Wenn die Beziehungen nur noch mit Ritualen statt Leben gefüllt sind, werden deutsche Waffenlieferungen an Israel immer schwerer vermittelbar.

bekannt er sich heroisch in der deutschen Botschaft zum Existenzrecht Is-

raels. Hunderte andere Konflikte interessierten die begnadeten europäischen De-

„ Gibt Deutschland nur schuldbewusst Almosen in Waffenform, oder hat Deutschland noch wirkliche Interessen in Israel? “

raels. Holocaustleugung von offizieller staatlicher Seite störte Gabriel eher weniger. Die Wirtschaftsbeziehungen

mokraten in Brüssel und zum Teil in Berliner viel weniger. Immer wieder wurden auch vermehrt Waffenlieferungen nach Israel hinterfragt mit der platten Argumentation man sei gegen jegliche Arten von Waffenlieferungen unabhängig vom Zielland und unabhängig vom Zwecke. Würde sich diese Denke durchsetzen, gäbe es vermutlich kein Israel und auch keinen blühenden Exportweltmeister Deutschland mehr.

## Wieso Israel? Warum Deutschland?

Wenn historische Ereignisse rationalisiert werden, kommt man ziemlich schnell zu ganz anderen Erkenntnissen als es die altbekannten Erzählungen besagen. Der Deal zwischen Deutschland und Israel war damals in den 1950er Jahren im Kern ganz einfach: Israel brauchte dringend Waffen, um sich gegen existenzielle Bedrohungen seitens seiner arabischen Nachbarn zu verteidigen und Deutschland wiederum brauchte nach dem Verbrechen der Schoah neues Ansehen in der Welt. Selbstverständlich spielte auch hier das Wiedererlangen ökonomischen Ansehens in der Welt eine große Rolle. Zwar hing von dem jungen Staat Israel nicht die Wirtschaftskraft der Bundesrepublik ab, aber Adenauers Kurs der Westintegration wurde durch die Aufnahme der Beziehungen zu Israel bestärkt. Schließlich standen die USA praktisch bedingungslos an der Seite Israels.

Diese einfache und pragmatische Erkenntnis beider Parteien war und ist nach wie vor für viele Menschen nicht nachvollziehbar. Der spätere Ministerpräsident Menachem Begin wütete

gegen die Entscheidung David Ben-Gurions „Wiedergutmachungszahlungen“ aus Deutschland anzunehmen. Auf deutscher Seite gab es auch in den Reihen Adenauer großen Widerstand gegen das sogenannte Luxemburger Abkommen, was heute von den Historikern als Vorstufe zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Israel gewertet wird.

## Gegenseitige Interessen

In diesem Jahr hatte man bei den meisten Reden und Danksagungen genau diesen pragmatischen Ansatz stark vermisst. Es wurde viel über Kultur, Austausch mit der Zivilbevölkerung beider Länder, Start-Ups und Hummus gesprochen – was ja auch alles richtig und wichtig ist. Die Kernfrage aber, was nun deutsche Interessen in Israel und israelische Interessen in Deutschland in der Zukunft sein werden, wurde nur ansatzweise beantwortet.

Deutschland wird in der Zukunft unumgänglich eine stärkere Rolle in der internationalen Politik spielen. Es ist auch davon auszugehen, dass bewaffnete Konflikte weiterhin im Nahen Osten dominieren und immer häufiger werden. Höchstwahrscheinlich könnte Merkels Aussage zur Staatsräson Deutschlands gegenüber Israels Sicherheit mehr als nur Worte in der Knesset bedeuten. Werden dann die deutsch-israelischen Beziehungen auch nicht nur beim Sektrinken so kraftvoll vertreten?

Es wird vermutlich für die nächsten Generationen immer schwieriger zu vermitteln sein, wieso ein Staat im Überlebenskampf nicht nur mit deutschen Bier und Würstchen versorgt werden muss, sondern mit U-Booten und weiteren notwendigen Rüstungsexporten. Noch schwieriger ist es zu vermitteln, wieso in der letzten Konsequenz Bundeswehrsoldaten an der Seite Israels stehen sollten angesichts des überproportional negativen Images Israels in Deutschland.

Stolpersteine putzen und das Gedenken an die toten Juden aufrechtzuerhalten, wird weiterhin natürlich eine deutlich einfachere Aufgabe bleiben.



Franz-Josef Strauß lässt sich die Uzi aus israelischer Produktion vorführen.

Jahres 2015. Der umstrittene Deal mit dem iranischen Regime wurde feierlich beschlossen, was Sigmar Gabriel dazu bewegte zwei Tage später in den Iran zu fliegen und deftige Wirtschaftsabkommen zu schließen. Nebenbei

scheinen einem sozialdemokratischen Wirtschafts- und Energieminister eben wichtiger zu sein.

Ebenso hatte Deutschland noch im letzten Moment Boykottversuche der EU gegen Israel halbherzig abgelehnt.

Von Attila Teri

Ich weiß nicht, was mir mehr Angst macht. Der rechte Mob oder Politiker, die dem Mob folgen und sich ihm anbieten? Die Meute derer, die es „schon immer gewusst haben“ oder die „Gutmenschen“, die es gerade zum Unwort des Jahres geschafft haben.

Aber erst sollte ich vor der eigenen Haustür kehren! Ich habe die Deutschen während meiner gesamten Kindheit und Jugend nicht ausstehen können. Eigentlich habe ich sie gehasst. Alle! Ausnahmslos! Meine Abneigung ihnen gegenüber ging gar so weit, dass ich wie ein bekloppter den Radiosender wechselte, wenn ich mal wegen der guten Musik zufällig bei einer deutschen Station hängen blieb. Wenn es eine Sprache gibt, die ich nie lernen will, ist es Deutsch – schwor ich es mir als Teenager. Es ist die Sprache der Mörder, die einen Teil meiner jüdischen Familie ausgelöscht haben. Auch meine Oma, die im KZ Bergen-Belsen ermordet wurde. Zum Glück gelang meiner Mutter die Flucht auf dem Weg nach Auschwitz. Sonst hätte ich wahrscheinlich die Welt nicht mit meiner vorübergehenden Anwesenheit beglückt oder bestraft – es ist Ansichtssache.

Nun, mit dieser Familiengeschichte ist meine grenzenlose Abneigung gegen die ehemaligen „Herrenmenschen“ an sich kein Wunder. Nur unsagbar dämlich, ignorant und falsch! Zumal ich zugeben muss, keinen einzigen Deutschen richtig gekannt zu haben, bis ich Ende 1977, im Alter von 18 Jahren in München landete.

Die ehemalige „Hauptstadt der Bewegung“ sollte nur als vorübergehende Bleibe dienen bis meine Mutter und ich weiterreisen in „the land of the free“, die USA. Bloß, sie waren so frei uns nicht haben zu wollen. Also beantragten wir in Deutschland Asyl. Da wir nicht aus wirtschaftlichen Gründen, sondern vor den Kommunisten aus Ungarn flohen, durften wir bleiben. Und so lebe ich inzwischen seit 38 Jahren im Land meiner ehemaligen Feinbilder, denke, träume und schreibe Deutsch und bin seit 1990 auch offiziell Deutscher. Zumindest meinen Papieren nach. Ich bin der personifizierte Leuchtturm der gelungenen Integration. Die wichtigste Lektion meines Erwachsenwerdens ist zweifelsohne zu begreifen, wie idiotisch Vorurteile, Pauschalisierung und Sippenhaft sind. Allerdings halte ich Pseudohumanismus, Naivität und linkes Geschwätz vom bösen Imperialismus, der an allem schuld sei, für genauso schwachsinnig wie mein früheres Denken.

Ich fand tatsächlich eine neue Heimat in München und bin einer der überzeugtesten „Zuagroasten“, wie es das störrische Bergvolk der Bajuwaren nennen würde. Und das möchte ich gerne auch bleiben, was mir jedoch immer schwerer fällt. Zugegeben – die Welt um uns herum spielt zunehmend verrückt und droht vollkommen aus den Fugen zu geraten. Aber dennoch glaubte ich bis vor kurzem, Deutschland und seine Bevölkerung seien gefestigt genug, auch diese Krise halbwegs unbeschadet zu überstehen. Wollte ich es mir nur einreden? Wenn ich ehrlich bin, weiß ich es nicht mehr. Mit den Geschehnissen der Silvesternacht in Köln und anderen Großstädten, wurde Deutschland anscheinend auch auf den Kopf gestellt. Warum erst jetzt, wenn ich dezent fragen darf?

Dabei habe ich das eigenartige Privileg, die Lage gar aus der Sicht eines mehrfach Schizophrenen zu betrachten: als Jude, Deutscher oder osteuropäischer Flüchtling. Und wenn das noch nicht reichen sollte, als Berufsqälgeist, immerhin bin ich auch noch Journalist. Die Zeichen der Zeit sind seit Jahren kaum übersehbar, es



Attila Teri mit Mutter am Münchener Flughafen.

sei denn, man will sie bewusst oder unbewusst nicht wahrnehmen. Als gläubiger Jude mit Kippa auf dem Haupt, kann man

„ Ich habe das Privileg, die Lage gar aus der Sicht eines mehrfach Schizophrenen zu betrachten: als Jude, Deutscher oder osteuropäischer Flüchtling. “

schon seit Längerem nicht unbekümmert in Städten wie Berlin herumspazieren. Nicht umsonst warnt auch das israelische Außenministerium seine Bürger davor sie offen zu tragen und empfiehlt eine Baseballkappe drüberzuziehen.

Natürlich muss nicht zwingend etwas passieren, aber es könnte. Radikale Islamisten greifen immer wieder erkennbare Juden an, auch wenn es noch eine Ausnahme ist. Neonazis machen ebenfalls gelegentlich Jagd auf Juden in bestimmten Ecken unserer Republik. Oft reagiert die Staatsmacht nur zögerlich, wenn überhaupt. Genauso wenig, wie auf die Angriffe der Ewiggestrigen auf Andersdenke, Ausländer oder Linke. Ich erinnere mich noch gut an ein Paar aus Hoyerswerda, das vor drei Jahren von Neonazis angegriffen wurde. Die Reaktion der ört-

lichen Polizei war, ihnen einen Umzug nahelegen, da sie ihre Sicherheit nicht gewährleisten könne. Der Aufschrei war groß – geändert hat sich nichts.

Auch heute sind die Behörden nicht im Stande oder willig ihre Bürger vor Schlägern zu beschützen. Viel zu oft dürfen Gewalttäter nach Feststellung ihrer Personalien wieder heim. Ob sie eines Tages tatsächlich für ihre Taten zur Rechenschaft gezogen werden, steht meistens in den Sternen. Die Justiz ist völlig überfordert und personell nicht in der Lage die Aktenberge rechtzeitig abzuarbeiten. Oder die Politik verdammt sie zur falschen Rücksichtnahme. Das gilt allerdings auch bei den nicht minder gewaltbereiten, linksautonomen Gruppen, die auch lieber mit ihren Fäusten und Baseballschlägern „überzeugen“ wollen statt mit Argumenten. Ganz zu schweigen von den kriminellen Clans von arabischen Großfamilien, oder Rockerbanden, die Teile unserer Städte inzwischen im Würgegriff halten. Es gibt mehr als genügend Plätze, die nicht nur für Normalbürger, sondern auch für die Polizisten als No-Go-Areas gelten.



Der Autor in schönster 80-er Mode.

auf, ob Gewalttäter Ausländer oder Deutsche sind und welcher Religion sie angehören. Kriminelle gehören bestraft oder eben ausgewiesen. Es müssen genügend finanzielle Mittel bereitgestellt werden für mehr Polizei und Justiz. Aber noch mehr für soziale Projekte, die dafür sorgen, dass bestimmte Teile der Gesellschaft nicht auf der Strecke bleiben und eine Perspektive bekommen, bevor sie falschen Propheten, Heilsbringern und Rattenfängern folgen. Wir dürfen uns nicht der Gewalt der Straße beugen und müssen Farbe bekennen. Dazu ist die schweigende Mehrheit aus der Mitte genauso gefragt wie alle demokratischen Kräfte, bevor es zu spät ist.

Es muss endlich Schluss sein mit parteipolitischen Scharmützeln! Alle haben geschlafen, also dürfen nun auch alle den Karren aus dem Dreck ziehen! Sonst ist das Chaos perfekt und wir enden wie die „Weimarer Republik“. In dem Fall kann niemand mehr behaupten, wir hätten nicht gewusst, was auf uns zukommt und wo alles hinführt. Welche Ironie des Schicksals, dass seit wenigen Tagen die kommentierte Version von „Mein Kampf“ wieder in den Buchläden erhältlich ist. Die Geschichte liefert uns genügend Beispiele! Oder haben wir wieder nichts daraus gelernt?

Komisch, dass mir an diesen Tagen ausgerechnet der Titel von einem der berühmtesten Rainer-Werner-Fassbinder-Filme einfällt. „Angst essen Seele auf!“

### Liebe Leserinnen, liebe Leser,

in der digitalen Welt, in der wir leben, darf unsere Redaktion sich nicht auf die gedruckte Zeitung beschränken. Denn die Verbreitungsmöglichkeiten der Zeitung auf Papier sind beschränkt. Sie bekommt man nicht unbedingt in jedem Pressekiiosk – besonders in kleineren Orten ist das problematisch. Sie wird nicht überall ins Ausland ausgeliefert, und wenn, dann mit einigen Tagen Verspätung. Eine Abo-Lieferung ins Ausland kostet zusätzlich.

Aber auch wenn alle diese Schwierigkeiten auf Sie nicht zutreffen und Sie vor der Haustür einen Pressekiiosk haben, wo die Zeitung regelmäßig angeboten wird, möchten Sie möglicherweise nicht immer vor die Tür gehen und in der Zeitung blättern (falls das vom Kioskbesitzer geduldet wird), bevor Sie sie kaufen.

Für alle, die es bequem, schnell und ohne geografische Einschränkungen mögen, bieten wir nun eine neue Vereinfachung:

### Kaufen Sie jede einzelne Ausgabe der „Jüdischen Rundschau“ oder abonnieren Sie die Zeitung als e-Paper.

#### Das bringt Ihnen nur Vorteile:

- Sie können die Zeitung lesen noch bevor sie an die Kioske und zu den Abonnenten der Druck-Ausgabe kommt.
- Sie können die Zeitung bzw. einzelne Artikel bequem elektronisch archivieren, ohne viel Papier zu stapeln.
- Sie können sich vor der Kaufentscheidung einen Eindruck über den Inhalt der aktuellen Ausgabe verschaffen, ohne einen kritischen Blick des Kioskbesitzers ertragen zu müssen.
- Sie können die Zeitung an jedem Ort der Welt lesen, wo Sie Internet haben – ohne zeitliche Verzögerungen und ohne Aufpreis.
- Sie sparen Geld – die Einzelausgabe kostet als e-Paper 3 Euro statt 3,70 Euro am Kiosk, das Jahresabo 33 Euro statt 39 Euro für die Druckausgabe.
- Und nicht zuletzt tragen Sie sogar zum Schutz der Umwelt bei.

Um all diese Vorteile zu nutzen, brauchen Sie nur unsere Website [www.juedische-rundschau.de](http://www.juedische-rundschau.de) zu besuchen. Ein Button für den Kauf der Zeitung als e-Paper finden Sie sowohl auf der Hauptseite (oben rechts und ganz unten im Menü „Service“) als auch hinter jedem einzelnen Artikelausschnitt in der Online-Version der Zeitung.

# Jiddisch-Bibliothek im Busbahnhof von Tel Aviv

*Eine Hymne auf eine kaum bekannte Perle in Tel Aviv*

Von David Serebrjanik

Kennen Sie eine Bibliothek, über deren Dach Busse fahren? Und einen Busbahnhof, unter dessen Dach sich über 40.000 jiddische Bücher befinden? Nein? Dann müssen Sie den nächsten Airbus nach Tel Aviv nehmen und den Piloten bitten, auf dem Dach der Tachana Merkazit zu landen: dort kommen nämlich Busse aus allen Himmelsrichtungen an. Von dort gehen Sie runter in den 5. Stock, zum Studio 5008 – und schon befinden Sie sich am richtigsten Ort Israels, zumindest für jene Menschen, die jiddische Sprache, Literatur und Musik lieben und schätzen.

„Yung Yiddish“ heißt dieses Kulturzentrum. Junges Jiddisch also. Der Name hat, neben der des Jungseins auch noch einige andere Bedeutungen. Angefangen mit der Großzahl der jüdischen künstlerischen Vereinigungen im letzten Jahrhundert, solchen wie Yung Vilne Avantgarde Theater, oder Yung Yisroel, einer poetisch-politischen Vereinigung im Israel der 50er Jahre. Und auch eine Literaturzeitschrift mit dem Namen „Yung Yiddish“ gab es in den 10-20er Jahren des letzten Jahrhunderts in Polen. Der Name Carl Gustav Jung war bei der Namensgebung ebenfalls eine augenzwinkernde Inspiration (die jiddische Sprache als Schlüssel zum kollektiven Unterbewusstsein der Juden). Und last but not least: wenn es schon Ying und Yang gibt – warum sollte es dann nicht auch Yung geben?

Gegründet wurde diese Kultureinrichtung von Mendy Cahan. Sänger, Schauspieler, Literaturwissenschaftler, Übersetzer und Radiomoderator – das sind seine Berufe, wenn man es kurzhalten möchte. Und eben Sammler. Ein leidenschaftlicher Sammler jiddischer Bücher. Der großzügige Raum ist voll mit ihnen. Sie stehen in Schränken, sie hängen in Plastikfolien, sie bilden eine hübsche bühnenbildartige Wand, sie liegen herum, sie sitzen auf den Stühlen... (beinahe hätte ich geschrieben „und trinken Kaffee“). Es sind Bücher aus mehr als 130 Jahren – und unter ihnen sind solche Raritäten, wie die erste jiddische Literaturzeitschrift, herausgegeben von Jizchok Leib Perez aus den späten 1880er Jahren; „Der Kleine Prinz“ von Saint-Exupéry neben den Erstausgaben von Sholem Alejchem; Voltaire neben Boris Sandler. Zeitschriften und Zeichnungen. Noten und Werbeplakate. Es ist eben einer dieser Orte, wo man am liebsten einziehen und für immer (oder für sehr lange) bleiben möchte, um wenigstens einen Teil dieser Vielfalt und Fülle an Büchern zu erforschen.

Mit dem Sammeln hat Mendy Cahan 1990 angefangen. Geboren 1963 in Antwerpen, hatte er das Jiddische von Anfang an um sich herum. Mutter und Vater sprachen es. Beide stammten aus Rumänien, beide haben den Holocaust überlebt: Der Vater durchlief mehrere Arbeits- und Vernichtungslager, die Mutter überlebte versteckt und entrechtet in Rumänien. Nach dem Krieg sind sie als Flüchtlinge nach Antwerpen gegangen. Reich an jüdischem Leben und Tradition, bot ihnen das flämische Antwerpen Zuflucht, Sicherheit und Zukunft. Aufgewachsen in dieser Stadt, die auch „eines der letzten Shtetl Europas“ genannt wird, sog Mendy Cahan also das Jiddische mit der Muttermilch auf. Später studierte er erst französi-



Mendy Cahan vor seinen Schätzen.

sche und flämische, dann jiddische Literatur, diese aber bereits in Israel, wo-

schon hätten es geschafft, einen großen Teil des kollektiven Bewusstseins und

„ Ein Großteil des jüdischen Wissens und der jüdischen Geschichte liegt nur auf jiddisch vor. “

hin er 1980 als Tourist gegangen und bis heute geliebt ist.

Die jiddische Literatur war für ihn eine enorme Entdeckung. Einen Text aus dem 17. Jahrhundert auf Mikrofilm zu lesen und plötzlich eine Redewendung zu entdecken, die er von seinem Vater kannte – das war großartig. Und so ist Mendy Cahan heute der Mei-

der Erinnerung der europäischen Juden auszulöschen. Während es heute für die Europäer völlig problemlos ist, ihre Literatur und Geschichte zu studieren, ist es für Juden weitaus schwieriger, an ihre Ur-Literatur, Poesie und Musik heranzukommen. Viel zu viel davon fiel den Flammen des 20. Jahrhunderts zum Opfer. Viel zu vieles wurde, genau-



Obwohl Jiddisch aus den Mittelhochdeutschen hervorging, wird es mit hebräischen Buchstaben geschrieben.

nung, dass, makaber gesprochen, der Holocaust ein „Erfolg“ war – die Deut-

so wie Menschen, verbrannt und vernichtet. Und so muss man heute, um an

alte Schriften heranzukommen, in mühevoller Recherche auf Mikrofilmen übriggebliebene Raritäten zusammensuchen, die von der einstigen Fülle des europäischen Judentums zeugen.

Mendy Cahan studierte also jiddische Literatur an der Uni Jerusalem. Um 1990 herum moderierte er neben dem Studium die Nachrichtensendung auf dem jiddischen Kanal des Radiosenders „Kol Israel“. Und er fing an, seine Hörer zu bitten – falls sie alte Bücher bei sich zuhause haben – ihm diese zu verkaufen oder zu schenken. Als Ziel schwebte ihm eine jiddische Bibliothek vor. Diese gründete er dann auch kurzerhand in seiner privaten Wohnung. Auf einem Motorroller fuhr er zu den Menschen, die Bücher abzugeben hatten, und holte seine Schätze ab. 1993 fand er einen Raum, in dem er die erste richtige Bibliothek eröffnete (diesen Raum, „Yung Yiddish Jerusalem“ gibt es auch heute noch – neben den rund 8.000 Büchern ist dort eine Klezmerbühne mit herrlichen Klezmer-Jamsessions und Musiktheater-Vorstellungen etabliert worden, die jeden Samstagabend stattfinden). Mit viel Hoffnung und Elan ging Mendy das Ganze an. Und schnell wurde aus dieser Bibliothek ein Kulturzentrum, in dem nicht nur gelesen, sondern auch musiziert, gesungen, getanzt und diskutiert wurde. Großartige Experimente wurden unternommen, zum Beispiel solche wie das Verbinden der jiddischen Musik und Gesängen mit allen möglichen anderen Musikrichtungen.

Mordechaj Gebirtig meets Reggae, Bach trifft Nigunim. Während Yung Yiddish beim Publikum auf reges Interesse und Verständnis traf, gab es seitens der offiziellen Behörden und Einrichtungen nur wenig Aufmerksamkeit. Es war eine Zeit, in der es nur bedingt möglich war, über das Judentum zu reden, ohne Israel zu meinen. Und alles Jiddische heute bezieht sich ja in erste Linie auf Europa und das europäische Judentum. Also gab es seitens des Staates wenig Verständnis für die Jiddischkeit.

Heute ist die Lage weitaus besser, was jedoch nicht heißt, dass diese Besserung mehr (oder überhaupt) finanzia-

elle Unterstützung vom Staat bedeuten würde.

2001 zog Mendy Cahan nach Tel Aviv um, behielt aber weiterhin die Leitung der Bibliothek bei. Da sich aber sein Leben zunehmend nach Tel Aviv verlagerte, eröffnete er dort bald eine Filiale. Zunächst bot ihm der Schriftstellerverein einen geräumigen Keller, in dem ein Teil seiner Bücher Platz fand. Nach einigen Jahren beschloss aber der Leiter des Vereins, dort einen Kindergarten zu eröffnen. Dass dies eine schlechte Idee war, beweist die Tatsache, dass der Kindergarten keinen Erfolg hatte und bald darauf schließen musste. Dass es eine gute Idee war, zeigt der faszinierende und einmalige Raum, in dem das heutige „Yung Yiddish Tel Aviv“ residiert. Denn nachdem Mendy Cahan den Keller aufgeben musste, machte er sich auf die Suche nach einem neuen Zuhause für seine Bücher. Als er eines Tages in der Tachana Merkazit, dem zentralen Busbahnhof, unterwegs war und die üblichen – „Studios“ genannten – Läden ihm als zu klein erschienen, entdeckte er eine Lagerhalle, in der nur altes Gerümpel lag. In diesem Moment ist Yung Yiddish Tel Aviv in seiner heutigen Form geboren worden, wobei es ein langandauernder Kampf war, den Mietsteuernachlass zu erwirken, der den wertvollen kulturellen Einrichtungen sonst üblicherweise gewährt wird. Aber der Raum war da – und es war ein großartiger Raum mit Entfaltung- und Gestaltungspotential.

Und so sehen die Besucher, die den nur schwer zu findenden, aber lohnenswerten Pfad in den 5. Stock der Tachana Merkazit gegangen sind, ein kleines Shtetl mitten im Busbahnhof von Tel Aviv. Dieses Shtetl hat sein eigenes Klima – im Sommer kühler als anderswo; seinen eigenen Duft-Kaffee mit Kardamom, gemischt mit dem Geruch alter Bücher und dem des herzhaften eingelegten Hering (und abissel Sliwowitz); seine eigene Geräuschkulisse – über die Decke fahren wuchtige Reisebusse und lassen in regelmäßigen Abständen den Raum leicht erbeben und erklingen; seine eigenen „auf der Straße spielenden“ Kinder – es sind putzige Zuwandererkinder aus Ostasien, die auf dem Flur vor dem Eingang zur Bibliothek regelmäßig mit einem Tanzlehrer Modern Dancing üben; und natürlich seinen eigenen Klang – es ist der Klang der Musik, des Gesangs und des gesprochenen Wortes, die regelmäßig auf der Bühne des Yung Yiddish erklingen. Und ja – es ist eine richtige Bühne vorhanden, ganz so, als würde der Allmächtige dem Architekten der Tachana beim Planen zugeflüstert haben: „Bau da einen Podest rein – da kommt einst ein feiner Mensch hin und macht daraus was besonderes“. Und so versammelt sich regelmäßig auf dem Hauptplatz dieses Shtetl buntgemischtes Publikum aus allen vorstellbaren Ecken der Welt und hört einem Konzert, einer Lesung, sieht einem Schauspiel zu. Oder, wie es vor kurzem geschah, und was Mendy Cahan unbedingt wiederholen will – da kamen die Besucher in den Genuss eines Tschulnt. Denn neben den sängerischen, schauspielerischen, literarisch-sprachlichen, hat Mendy Cahan auch kulinarisches Talent. Und sein Tschulnt, den er jeden Samstag bei sich Zuhause zubereitet und zu dem zahlreiche Gäste kommen, ist unter Tel Aviver Kennern bereits eine Legende. Den Tschulnt, diese wunderbare jiddische Tradition des Schabbat-Ausklangs will Mendy nun auch auf Yung Yiddish ausweiten. Musik, Literatur, Schauspiel, Poesie und Tschulnt! Ein „Gesamtkunstwerk“ – aber ein solches, dass der Erfinder dieses Begriffes vor Neid



Der großzügige Innenraum der unbekannteren Touristen-Attraktion.

erblassen und sich seiner langweiligen Opern schämen würde.

Apropos Oper, Burg und Josefstadt: die Tätigkeit von Mendy Cahan ist nicht ausschließlich der Bibliothek gewidmet. Während der Studienzeit begann er in der Uni-Theatergruppe mitzuspielen und entwickelte sich schnell zu einem schauspielerischen Quereinsteiger. Zahlreiche Engagements an der Seite der namhaften Schauspieler Israels ermöglichten es ihm, wertvolle schauspielerische Erfahrungen zu sammeln, die er bis heute einsetzt und erweitert. Zu erwähnen sind seine Tätigkeiten als Schauspieler und Coach für jiddische Sprache und Bewegung am Theater „Gesher“ in Tel Aviv, sowie als Sprachcoach für den 2015 erschienenen Film „Saul Fia“ von Lázsló Nemes. Der Film gewann den Grand Prix du Jury beim Filmfestival in Cannes, sowie die Auszeichnung „Bester fremdsprachiger Film“ bei Golden Globe Awards. Bei der diesjährigen Oscar-Verleihung ist der Film ebenfalls in der Kategorie „Bester fremdsprachiger Film“ nominiert. In diesem Film hatte Mendy auch einen kurzen Auftritt als Schauspieler – seine Hauptarbeit bestand aber darin, den Schauspielern verschiedene Dialekte des Jiddischen beizubringen, da der größte Teil des Filmes in dieser Sprache spielt.

Als Sänger hat er sich ebenfalls alles selbst erarbeitet. Und das ist ein Glück (wenn ich mir diesen Kommentar als Berufsmusiker an dieser Stelle erlauben darf)! Denn der „normale“ Weg eines Sängers führt über eine Hochschule, die aus den meisten Talenten eine „Standardware“ macht und als Institution sehr dazu tendiert, alles Freie und Spontane zu unterdrücken. Dies ist jetzt kein Pladoyer für das Laientum. Mitnichten. Denn, wie in jeder Hochschule einige Begabungen begraben werden, so erblühen abseits der Hochschule ebenfalls viele Begabungen. Und genau so eine Begabung besitzt Mendy Cahan. Es ist die Gabe der Bühnenpräsenz und einer tief verwurzelten Musikalität, die man auf keiner Hochschule beigebracht bekommen kann. Davon zeugt neben seinen zahlreichen Auftritten seine 2006

erschene Platte „Yiddish Fever“, auf der er von der wunderbaren Band „Yiddish Express“ begleitet wird und die solche Perlen wie jiddische Versionen (übersetzt von Mendy) der Songs „Fever“ oder „Summertime“ beinhaltet.

Nein, das ist immer noch nicht alles about Mendy. Ich merke gerade, wie begrenzt der Raum eines Zeitungsartikels für meinen Bericht ist und wieviel ich gerne erzählen würde über einen Menschen, der zu einem Freund wurde und für dessen Lebenswerk ich hier nun die Werbetrommel rühre, die Großzügigkeit der Redaktion der „Jüdischen Rundschau“ schamlos ausnutzend.

1999 wurde Mendy zum Initiator und Mitbegründer des „Yiddish Summer Program“ an der Universität Vilnius – eines Sommerkurses für alle, die sich für die Sprache, Musik, Literatur und Tradition interessieren.

Aber zurück zum Yung Yiddish. Gibt es nennenswerte finanzielle Unterstützung vom Staat? Kaum. Yung Yiddish finanziert sich überwiegend aus Spenden. Als größter Unterstützer ist eine norwegische Stiftung für Reparation

und Wiedergutmachung zu nennen, die von Elie Wiesel beaufsichtigt wird. Die Behörde für Pflege der Jiddischen Kultur gibt immer wieder geringfügige Beträge frei – ansonsten ist sie eher mit sich selbst und den Fragen der Personalbesetzung beschäftigt. Das Kultusministerium ist an jiddischer Kultur wenig interessiert, beziehungsweise verweist bei Anfragen auf die oben erwähnte Behörde, die...siehe oben. So bleibt Mendy Cahan ein mutiger Segler im Ozean Israel, der im Alleingang mit seiner Mannschaft von Freiwilligen auf die Fahrt geht, um die Kultur und Erbe unserer Vorfahren weiterzutragen, zu pflegen, sie nicht untergehen zu lassen.

P.S. Über die Tachana Merkazit selbst sollte ebenfalls mindestens ein Buch oder ein Film geschrieben/gedreht werden. Ich bin zu einem bekennenden, nicht anonymen Süchtigen dieses Ortes geworden und nehme etwaige banausische Beschimpfungen in seine Richtung (hässlicher Klotz, komischer Bau usw.) persönlich!

Internetseite von Yung Yiddish: [www.yiddish.co.il](http://www.yiddish.co.il)

## 15. Internationales Klezmer Festival Fürth & Jewish Music Today

### 4.-13. März 2016



Karten an allen bekannten VVK-Stellen oder unter [www.reservix.de](http://www.reservix.de)

Infos: Kulturamt Stadt Fürth, Tel. (0911) 974 16 82, [klezmer-festival@fuerth.de](mailto:klezmer-festival@fuerth.de)

[www.facebook.com/klezmerfestival](http://www.facebook.com/klezmerfestival)

# www.klezmer-festival.de

# Die Ezra-Nau'i-Affäre schlägt in Israel hohe Wellen

Ein linksradikaler Jude denunziert „Palästinenser“, die Juden Land verkaufen.

Von Ulrich Jakov Becker

Die israelische pro-Siedlungsorganisation „Ad Kann“ (Hebräisch in etwa „bis hierher“) hatte ihre Anfänge eigentlich im Umweltschutz. Die Handvoll Aktivisten wollten etwas gegen die ungehinderte und oft massiv gesundheitsschädliche verschmutzende Industrie in den „palästinensisch“ verwalteten Gebieten unternehmen, denn verschmutztes Wasser und verpestete Luft kennen keine grüne Linie oder Oslo-Verträge.

Während die Aktivisten die Umweltsünden der „Palästinenser“ vor Ort dokumentierten, gerieten sie auch immer wieder ins dicke, politische Feuergefecht in der Wild-Wild-Westbank.

Ein Erlebnis prägte sie aber besonders. Eine Gruppe von israelischen Soldaten versuchte illegale Aktivitäten von „Palästinensern“ und israelischen „Linken“, die oft Hand in Hand agieren, zu unterbinden, wurden dann aber mit vorgehaltenen Kameras so verbal attackiert, bedroht und eingeschüchtert bis sie die taktische Flucht ergriffen.

„Ad Kann“ sagte sich: Wenn das die Waffen sind, die im großen internationalen Kampf gegen Israel heute eingesetzt werden, dann steigen wir jetzt auch in diesen Ring.

Bald spezialisierte sich „Ad Kann“ darauf, ihre Leute aus dem Pro-Siedler-Spektrum mit versteckten Kameras und als Linksradikale getarnt in pro-„palästinensische“ NGOs zu schleusen, die gegen Israel agieren, um deren Aktivitäten von Innen zu dokumentieren.

Was sie dabei aufzeichneten, war so brisant, dass selbst ein eher „linkes“ Reportage-Magazin („Uwda“) des 2. israelischen Kanals Anfang Januar 2016 einen Beitrag brachte, der israelweit für Aufsehen sorgte.

„Ad Kann“ war im Sommer 2014 in die antiisraelische NGO „Ta'ayush“ eingedrungen und einer ihrer Aktivisten (Tarnname Arik) war bis an die Spitze, zum Chef der Organisation, Esra Nau'i, gekommen und hatte sein Vertrauen gewonnen. Er wurde schnell so etwas wie dessen rechte Hand.

Ta'ayush ist gerne vor Ort „im Feld“ unterwegs, um Israelis und israelische Soldaten zu drangsalieren, zu behindern, zu demotivieren und einzuschüchtern, wobei die linksradikalen Israelis oft als perfekte hebräische Sprachrohre ihrer „palästinensischen“ Freunde agieren.

Auch Esra Nau'i ist dort gerne und lautstark vor Ort, nutzt sein Hebräisch und Arabisch und gibt sich besorgt, humanistisch, immer gerne bereit den jungen israelischen Soldaten ein schlechtes Gewissen wegen ihrer „illegalen Besatzung“, „Menschenrechtsverbrechen“ und Ähnlichem einzureden.

Nur ab und zu, so scheint es, geht Nau'i auch einer anderen Beschäftigung im „Kampf gegen die Besatzung“ nach: „Palästinenser“, die Juden für viel Geld ihr Land verkaufen wollen – in den „palästinensischen“ Autonomiegebieten offiziell ein hochkrimineller Akt, auf den die Todesstrafe steht – werden auf dubiose Weise oft an Nau'i verwiesen, in dem fälschlichen Glauben, er sei ein Immobilienvermittler der Siedler. Er solle sie mit potentiellen jüdischen Käufern in Verbindung setzen. Sie wissen dabei nicht, wer Nau'i ist und was er tut.

Nau'i mimt dann den jüdischen Immobilienvermittler, um Beweismaterial aufzuzeichnen und damit später die potentiellen „palästinensischen“ Verkäufer ans

Messer zu liefern.

Arik, der Aktivist von „Ad Kann“, filmt verdeckt eine solche Operation von Ta'ayush.

Nau'i und Arik treffen den „Palästinenser“ in Nau'is Auto, während Arik alles heimlich für Nau'i filmt und dazu auch noch für „Ad Kann“. Sie reden über die Einzelheiten des Deals, Dokumente usw.. Das Gesicht des „Palästinensers“ will Nau'i erkennbar haben. Auf der Rückfahrt erzählt Nau'i seinem „Kumpel“ Arik wie sehr er diese „Kollaborateure“ hasse und dass er die Geschichte dem „palästinensischen“ Geheimdienst stecken wird.



Die Unbelehrbaren: die Freunde von Ezra Nau'i halten zu dem Denunzianten.

Arik fragt ihn, was dem „Palästinenser“ passieren wird. Nau'i lächelt amüsiert: Sie werden ihn töten, aber vorher noch ordentlich verprügeln und quälen.

Und hier – so sollte man meinen – ist der eigentlich Teil der Geschichte beendet: „Linker“ Aktivist als masochistischer „Palästinenser“-Mörder überführt – Er hasst Siedler mehr als er sich um „Palästinenser“ sorgt – und fertig: Klappe zu, „Palästinenser“ tot.

Aber den eigentlichen Schock lösten wohl die Reaktionen der israelischen Linken auf diese Geschichte aus:

Direkt nach der Ausstrahlung des Reportagebeitrags hatte die Moderatorin Ilana Dayan, welche allgemein als „Linke“ bekannt ist, einen der Sprecher der radikalen israelischen „Linken“ ins Studio eingeladen – Gideon Levy von „Ha'Arezt“.

Nachdem sich Ilana noch einmal entschuldigt und klargestellt hatte, dass der Beitrag nicht der angeblich massiven „Delegitimierung“ von linken Gruppen Vorschub leisten wolle, erhielt Levy das Wort. Levy schien erobert und erregt und erklärte, dass so ein „Einzelfall“ von einem Durchgeknallten nichts über das „linke“ Lager aussage, was ihn aber „am meisten stört“ sei die Tatsache, dass diese Reportage überhaupt ausgestrahlt wurde. Dies diene doch nur der „rechten“ „Dämonisierung“. Und überhaupt wäre es eine „große Ehre“, sagte Levy, dass die „Rechten“ in drei Jahren nur [sic!] das bei den „linken“ NGOs gefunden haben.

Seine Reaktion war strukturell der Reaktionen der „Linken“ entsprechend. Sie regen sich weniger über Esra Nau'i auf, sondern darüber, dass man seine Handlungen ans Licht brachte und so Munition

der „Rechten“ bei ihrer „Deligitimierung“ der „Linken“ gibt.

„Was fällt euch so schwer?“, fragte der bekannte, mitte-rechte Kommentator und Komiker Chanoch Daum: „Wenn Rechte Schandtaten tun wie in Duma, dann lehnen wir das ab, sprechen uns dagegen aus, weil sie nicht zu uns gehören und prüfen uns trotzdem selbst. Warum fällt es euch so schwer zu sagen, dass Esra Nau'i durchgeknallt ist und falsch und verwerflich gehandelt hat?“

Im Falle von Terror von „Rechts“ aber, wie z.B. Igal Amir oder in der Duma-Affäre, wird es von den gleichen Menschen nie

aus Deutschland, u.a. über die Stiftung „ZIVIK“ des Auswärtigen Amtes und den evangelischen Entwicklungsplan (EED).

Und hier kann man immer nur wieder an die ausländischen Gutmenschen hinter den Schecks appellieren: Wisst ihr überhaupt, wo euer Geld hingehet? Wisst ihr, dass es nicht Humanismus unterstützt, sondern knallhart im Kampf gegen Israel eingesetzt wird? Wisst ihr, dass die PA für jede Familie eines Terroristen etwa 1.000 US-Dollare Unterstützung im Monat zahlt? Und woher bekommt die PA ihr Geld, wenn nicht von Spenden aus Deutschland und Co..?

Geniert sich eigentlich niemand? Warum denkt Deutschland, dass es okay ist Millionen Euro in NGOs in Israel zu stecken, die die Existenz unseres jüdisch-demokratischen Staates untergraben und attackieren oder gar via Geld an die PA direkt oder indirekt zu Terrorunterstützung beitragen?

Was würde Deutschland sagen, wenn Israel eine NGO in Deutschland finanzieren würde, die Sorben dazu aufruft von den „deutschen Besatzern“ die Freiheit und einen eigenen Staat zu fordern?

Wie kann Deutschland überhaupt eine Entität wie die PA finanziell bedeutend unterstützen, deren offizielles Gesetz es ist, Menschen, die an Juden Immobilien verkaufen mit der Todesstrafe zu bestrafen? Sollte da nicht etwas klingeln? Spätestens hier? Woher diese Ignoranz? Deutschland sollte seine finanzielle Unterstützung solch eines Staatsantisemitismus sofort stoppen – nicht einmal um Israels Willen, sondern um seiner selbst Willen.

Mehrere Quellen, die mit dem Reportage-Team zusammenarbeiteten, betonen, dass es sich bei dieser Geschichte nur um die Spitze eines Eisbergs in Sachen extremer, illegaler Taten von linken NGOs handelt und noch mehr kommen wird.

Aber die eigentliche Frage stellt sich doch, warum es fast niemandem auffällt, dass die Handlungen von Nau'i und Co., die bereit sind „Palästinenser“ in den Tod zu schicken, wenn dafür kein Land an Juden verkauft wird, hoch faschistisch sind. – Ja, ich weiß, normalerweise ist dies der „linke“ Lieblings-Sport uns „Rechte“ so zu beschimpfen.

Aber im Ernst, merkt denn niemand, dass der antiisraelische Hype bereits Hassspiralen erreicht hat – selbst in der israelischen Linken – der jüdische „Siedler“ mehr hasst, als er die angeblich umsorgten „Palästinenser“ liebt? Es geht ihnen nicht, und es ging ihnen nie wirklich, um „die Palästinenser“, sondern immer um die thoratreuen, zionistischen Juden, die in ihr Land zurückkehren.

Um jeden Preis müssen sie bekaempft werden. Wie ähnlich sind sie schon den Selbstmordterroristen geworden, die gerne den Tod in Kauf nehmen, wenn sie so wenigstens den verhassten Juden nur irgendwie Schaden zufügen können.

Nau'i ist von der Struktur her eben kein Einzelfall. Linksradikale Israelis wünschen sich sogar oft Boykotte gegen Israel, um so mit Gewalt den „zionistischen Starrsinn“ des nach Sicherheit strebenden jüdischen Staates aus dem „dummen Volk“ zu prügeln.

Überheblichkeit, Bevormundung, subtile, aber im Endeffekt tödliche Gewaltanwendung für die eigenen politischen Interessen sind das täglich Brot der radikalen „Linken“, was auch in diesem Fall wieder einmal besonders deutlich hervortrat.

# Was ich schon immer mal zu Hebron sagen wollte

Juden rein und wieder raus

Von Chaya Tal

„Hebron, die geteilte Stadt“, pflegt man normalerweise die Schlagzeile zu wählen, wenn man in den westlichen Medien über eine der ältesten nachweislich jüdisch geprägten Städte spricht. Die Teilung wird dabei nicht etwa zugunsten ihrer antiken Bewohner angeprangert, welche seit 85 Jahren darum kämpfen, in diese Stadt zurückzuziehen (seit dem Massaker an der jüdischen Bevölkerung 1929 wohlge-merkt). Nein, die Teilung dieser Stadt in zwei Verwaltungsbezirke – einen arabischen und einen israelischen – wird dem israelischen Staat und seinen Bürgern zur Last gelegt. Insbesondere an denjenigen israelischen Bürgern, die den Anspruch in der Stadt ihrer Vorfäter zu leben in die Tat umsetzen wollen und in ehemalige jüdische Häuser, Wohncontainer oder andere Wohnmöglichkeiten ziehen (auf einer Gebietsfläche von etwa 3 % der eigentlichen Stadt Hebron), wird kein gutes Haar gelassen. Das gilt sowohl für die internationale Presse als auch für die Mainstream-Presse in Israel, denn eines haben sie gemeinsam mit den internationalen Medien – sie mögen es nicht, wenn Juden die Dreistigkeit haben, Besitz zu fordern – womöglich noch zurückzufordern!

Über Hebron/Hevron habe ich mich mittlerweile viel in meinem Blog [www.diesiedlerin.net](http://www.diesiedlerin.net) ausgelassen. In diesem Beitrag geht es nun um etwas anderes:

Am 21. Januar wurde öffentlich, dass Juden in Hebron zwei von ihnen zuvor gekaufte Häuser nahe der Patriarchenhöhle in der Altstadt Hebrons bezogen haben. Der Kauf fand im Geheimen statt, um den Verkäufer nicht in Gefahr zu bringen und die Aufmerksamkeit der Presse nicht auf sich zu ziehen und auch die Gemüter innerhalb der arabischen Bewohner Hebrons ruhig zu halten.

Die Mehrheit von Land- und Gebäudeverkäufen von Arabern an Juden findet heimlich über Privatpersonen oder sogenannte Pseudoorganisationen statt, welche durch ihre Kooperation mit den jüdischen Käufern ihr Leben riskieren! Im israelischen Fernsehen wurde vor einigen Wochen in einer Fernsehreportage ein sogenannter „Menschenrechtsaktivist“ – sein Name ist Ezra Naui – entlarvt, der unter dem Deckmantel des „Friedensaktivismus“ Indizien über arabische Landverkäufer sammelte, diese an die Palästinensische Autonomiebehörde weitergab, welche diese für die „Straftat“ foltern und töten würden, um dafür Geld von sogenannten „Menschenrechtsorganisationen“ kassieren, welches zum überwiegenden Teil von europäischen Regierungsinstitutionen stammte. Ezra Naui wurde verhaftet, als er versuchte, einen Tag nach der Ausstrahlung der Sendung aus dem Land zu fliehen.

Der aktuelle Hauskauf in Hebron, so behaupten die jüdischen Käufer, wurde rechtmäßig durchgeführt. Zur Besiedlung eines Hauses, dessen Türen aufgebrochen werden mussten, da es zuvor verriegelt und unbewohnt dastand, wurden offenbar auch die notwendigen Dokumente vor Ort beigebracht. Die israelische Regierung bestritt die Rechtsgültigkeit des Kaufes selbst nicht. Mehrere Knessetabgeordnete, darunter auch der Knessetsprecher (Likud-Partei) Yuli Yoel Edelstein, begrüßten die neuen Einwohner und die Durchführung der waghalsigen Avantüre:

„Das ‚Rachel‘- und das ‚Leah‘-Haus, die heute in Hebron ausgelöst wurden, finden sich nun in einer Reihe von befreiten (er-

lösten) Gebieten wieder, die für volles Geld über Generationen lang erworben wurden. Diese Gebäude wurden ganz nach Recht und Gesetz gekauft.

(Knesset-Abgeordneter Yuli Edelstein auf Facebook)

Offensichtlich gab es somit zumindest für die offiziellen Stellen keine Probleme mit dem Erwerb der Gebäude, welche mitten in der Hebron Altstadt, zwischen der Patriarchenhöhle, dem jüdischen und auch moslemischen Heiligtum, und dem neuen jüdischen Viertel liegen – im sogenannten H1-Gebiet, welches Teil des C-Gebietes von Judäa und Samaria ist und entsprechend der Oslo-Obkommen von 1994 unter israelischer Militärverwaltung steht.

Alles in Ordnung also! „Frohes Einziehen“, könnte man sagen! Tatsächlich fanden sich die ersten Familien, die das innen recht vernachlässigte Gebäude bezogen, und in Stand bringen wollten.

Am nächsten Tag aber füllten ganz andere Nachrichten die israelischen Schlagzeilen: „Die Siedler, die gestern in das Haus in Hebron einbrachen, werden geräumt“, titelte Ynet. Und tatsächlich: So schnell, wie die jüdischen Bewohner in das Haus gelangten, so schnell katapultierte der israelische Verteidigungsminister Moshe Ya'alon die „Eindringlinge“ wieder heraus, und zwar mit der folgenden Begründung:

„Liebe ‚Quelle‘, schäme dich! Wenn ein Araber ein Haus in Hebron kauft und diese drei Bescheinigungen nicht benötigt, ein Jude aber doch – dann ist das ein Armutszeugnis für die israelische Regierung!“

„Die Behauptung, die Häuser wären mit Recht erworben worden, wird ebenso wie die politischen und sicherheitstechnischen Aspekte überprüft werden, bevor die Einzugsgenehmigung erteilt wird. Wer gegen das Recht vorgeht, hilft der Besiedlung nicht, sondern fügt ihr schweren Schaden zu. (Ma'ariv, 22. Januar 2016)

Wie Quellen aus dem israelischen Sicherheitsapparat in der Presse am Morgen des 22. Januar mitteilten, habe es für einen rechtmäßigen Einzug an bestimmten bürokratischen Prozeduren gefehlt. Kauf hin oder her – im Haus aufhalten dürfe sich kein Jude, beschloss der israelische Sicherheitsapparat, und der Verteidigungsminister ordnete prompt den Rauswurf der Käufer aus ihrem Haus an.

Außer der entrüsteten Siedler meldeten sich auch zahlreiche führende Politiker aus dem Likud, der Partei von Ya'alon – und nicht nur die als „Siedlerpartei“ bekannte „Jüdisches Heim“ – zu Wort, wie z.B. der Einwanderungsminister Ze'ev Elkin, der oben erwähnte Knessetsprecher Yuli Edelstein, der drusische Abgeordnete Ayoub Kara und Tourismusministerin Miri Regev, die scharf die Entscheidung Ya'alons kritisierten. Es drängte sich dabei die Frage auf, ob diese demonstrative



Das Haus, um das es in Hebron geht.

Geste der staatlichen Gewalt gegen die „Rechtsbrecher“ ausgerechnet jetzt erfolgen musste, wo sich doch die Juden von Judäa und Samaria momentan jede Woche die Wunden nach jedem weiteren Toten und Verletzten aus ihren Reihen lecken müssen.

Wie dem auch sei – trotz der Drohungen der Politiker, sich bei den nächsten Koalitionsabstimmungen zu enthalten, und dem Ruf nach Einmischung des Premierministers, wurden die jüdischen Siedler rausgeworfen. Das Büro von Netanjahu gab eine Stellungnahme ab, die offenbar versöhnlich klingen sollte:

„Der Premierminister unterstützt die Besiedlung und ehrt die Siedler, welche mit großem Mut tagtäglich dem Terror

gegenüber stehen. Wir sind alle verpflichtet, das Gesetz zu wahren, und in diesem Fall wurden noch nicht alle Bescheinigungen zum Einzug geprüft. Sobald dies geschehen wird, werden die Siedler zu ihren Häusern zurückkehren können, so wie es zuvor schon in ähnlichen Fällen geschehen ist.“

Welche Bescheinigungen fehlten denn? Zudem rief Netanjahu seine Koalitionspartner auf Ruhe zu bewahren. Natürlich wehrte sich auch Verteidigungsminister Ya'alon gegen die Vorwürfe seitens seiner Parteimitglieder; offenbar hatte er solch starken Gegenwind nicht erwartet.

Welche „Bescheinigungen“ sollten den neuen Hausbesitzern denn gefehlt haben?

Die Presse (so Ynet, Ma'ariv und Haaretz) sprachen von einer „Geschäftsbescheinigung“, einer „Sicherheitserlaubnis“ und einer „staatlichen Bescheinigung“ zum Einzug. Ich muss zugeben mich in dieser Art von Bürokratie nur bedingt auszukennen, obwohl ich selbst an Briefings

und Vorträgen zahlreicher Kenner sowohl von der Armee als auch von Insidern der Siedlerbewegung aus teilgenommen habe und weiß, dass die israelische Militärverwaltung in Judäa und Samaria sehr viele Komplikationen mit sich brachte und bringt.

Allein die Tatsache, dass auf diesem relativ kleinen Gebiet (etwa 5,6 Quadratkilometer groß) für die etwa 1,8 Millionen arabischen und etwa 360.000 jüdischen Einwohner vier Gesetzesrichtlinien gelten (britische, israelisch-militärische, jordanische und osmanische Gesetzesgebung), macht schwindelig. Die gesamte Bevölkerung ist durch die letzten knapp 50 Jahre andauernder Zusammenstöße gegeneinander aufgestachelt, und in praktisch jedem arabischen Wohnort gibt es Terrorzweigstellen, ob nun von der Hamas, der Fatah, dem Islamischen Dschihad und wie sie sich alle nennen mögen. An jeder Straßenkreuzung stehen Soldaten, und dennoch hören Terroranschläge nicht auf, selbst wenn (oder gerade weil?) die Armee mit den besten Spezialkräften in die entferntesten Gassen von Bet Ummar, Nablus oder Dschenin eindringt.

Doch anstatt das Leben der Einwohner von Judäa und Samaria zu vereinfachen, zumindest im bürokratischen Sinne, fördert die israelische Regierung die Komplexität immer weiter, auch und vor allem gegenüber den eigenen Leuten.

Orit Struck, ehemals Knesset-Abgeordnete von der Partei „Jüdisches Heim“, stellte es bildhaft in ihrem Kommentar zur Ausweisung aus dem Haus in Hebron dar:

„Eine ‚Quelle aus dem Sicherheitsapparat‘ gab in der Presse bekannt, den Käufern hätten drei Bescheinigungen gefehlt: ‚Geschäftsbescheinigung‘, ‚Sicherheitserlaubnis‘ und ‚staatliche Bescheinigung‘. Den Käufern wurden diese nicht gegeben, und daher würden sie ausgewiesen (und weniger euphemistisch formuliert – vertrieben) werden. (...)

Liebe ‚Quelle‘, schäme dich! Zuerst einmal, wenn ein Araber ein Haus in Hebron kauft und diese drei Bescheinigungen nicht benötigt, ein Jude aber doch – dann ist das ein Armutszeugnis für dich und für die israelische Regierung. Und zweitens, verstecke dich nicht hinter deinem eigenen Rücken. Diese drei Bescheinigungen liegen in deiner Hand – gib sie ihnen!“

Am Ende entscheidet dann oftmals der Mord an dem einen oder anderen Juden irgendwo in Judäa oder Samaria, und mit seinem Blut werden Türen geöffnet, Baugenehmigungen erteilt, Kindergärten, Schulen und ganze Ortschaften errichtet, und in ihrem Namen leben dann Menschen auf diesem Flecken Land, in Orten wie Shvut Rachel, Bet Haggai, Ma'ale Rechavam oder Alon Shvut.

Eigentlich ist dies nicht nur beim „Westjordanland“ der Fall, sondern im ganzen Land Israel, wo viele Ortschaften den Namen derjenigen tragen, die für diese Rückkehr ihr Leben ließen.

Nicht umsonst ist der folgende Vers wohl die bedeutendste Metapher für das Aufleben des jüdischen Volkes im „gelobten Land“: „Ich ging an dir vorbei, und sah dich in deinem Blute wälzen, und sagte dir, in deinem Blute sollst du leben.“ (Jezekeil 16,10) Es gibt eben nichts Neues unter der Sonne.

1929 wurden 67 Juden in Hebron von Arabern getötet. Nicht unerwähnt soll an dieser Stelle bleiben, dass Araber viele ihrer jüdischen Nachbarn während des Massakers vor dem Mob versteckten und ihnen so das Leben retteten. Die Mehrzahl der Hebron Juden überlebte auf diese Weise. Doch verängstigt von dem Massaker verließen alle Juden die Stadt.

# Palästinenser werden trotz „Völkermord“ immer mehr

*Unter israelischer Regierung haben die Palästinenser ein Bevölkerungswachstum wie nie zuvor*

Von Maria Aronov

Oft wird in den Medien die Propaganda verbreitet, Israel begehe Völkermord an den „Palästinensern“. Dieser Behauptung soll nun einmal auf den Grund gegangen werden. Vor den aktuellen Statistiken folgt erst einmal ein Überblick der Geschichte Israels nach seiner Gründung im Jahr 1948.

Die Existenz des Staates Israel ist seit ihren Anfängen seitens der sie umgebenden arabischen Staaten bedroht. Bereits am Tag der Ausrufung Israels als unabhängigen souveränen Staat durch Ministerpräsident David Ben-Gurion am 15. Mai 1948 und der diplomatischen Anerkennung des Staates seitens der USA und der Sowjetunion reagierten die Araber mit dem Einmarsch ihrer Armeen in Israel. Dabei handelte es sich um Truppen aus Ägypten, Jordanien, Syrien, dem Libanon und Irak sowie Saudi-Arabien. Jordanien kontrollierte das Westjordanland sowie Ost-Jerusalem. Der Gaza-Streifen war von ägyptischen Truppen besetzt und unterlag ihrer Verwaltung. Syrien konzentrierte sich auf die Golanfront. 1949 wurde ein Waffenstillstandsabkommen abgeschlossen, doch es gab keinen Friedensschluss. Die arabischen Staaten lehnten nämlich direkte Verhandlungen mit Israel ab.

1967 folgte der Sechs-Tage-Krieg, 1973 am jüdischen Versöhnungstag „Jom Kippur“ ein weiterer Krieg. Ab 1980 wuchsen die Spannungen zwischen Israelis und „Palästinensern“ immer weiter. Es kam zur ersten „Intifada“ (arabisch=Abschüttlung), dem Boykott israelischer Waren und unzähligen Steinwerfer-Demonstrationen. Eine Angriffs-Taktik, an die sich die „Palästinenser“ auch in den folgenden Jahren hielten.

Als Grund für die immer wieder scheiternden Friedensverhandlungen wendenvon arabischer Seite immer wieder die israelischen Siedlungen in Judäa und Samaria (Westjordanland) angeführt. Weltweit wird jedoch kaum wahrgenommen, dass die „Palästinenser“ viele Verhandlungen haben scheitern lassen, weil sie ein Rückkehrrecht aller Araber nach Israel fordern, was möglicherweise das Ende des jüdischen Staates bedeuten würde.

Bei jedem Verteidigungsakt wird Israel Mord an arabischen Bürgern vorgeworfen. Dabei sollen vor allem Zivilisten betroffen sein, sodass man von gezieltem Völkermord spricht. Um diese Behauptungen auf ihre Richtigkeit zu prüfen, ist es am sinnvollsten, die Einwohnerzahlen der betroffenen Parteien auf ihre Entwicklung zu untersuchen.

Da „Palästina“ als Gebiet politisch nicht existiert (und nie existiert hat, denn es gab niemals einen unabhängigen Staat namens „Palästina“), werden folglich die Gebiete des Westjordanlandes, des Gazastreifens sowie Ost-Jerusalem zusammengefasst betrachtet.

Die aktuellen Einwohnerzahlen Israels sowie der israelischen Siedler in Judäa und Samaria (Westjordanland) sind durch die Veröffentlichung israelischer Behörden frei zugänglich. Palästinensische Einwohnerzahlen dagegen werden nicht öffentlich gemacht. Aus diesem Grund ist es nicht einfach, sich



An arabischen Kindern besteht kein Mangel in Westjordanland. Im Bild ein Mädchen aus Nablus

eine Übersicht über die Entwicklung dieser Einwohnerzahlen zu verschaffen. Eine der wenigen zuverlässigen Quellen bei der Nennung der Einwohnerzahlen in den „Palästina“-Gebieten ist jedoch das „CIA World Factbook“ (zu finden unter [www.cia.gov](http://www.cia.gov)). Um die Fakten besser miteinander vergleichen zu können, werden die Einwohnerzahlen Israels ebenfalls aus dem jeweiligen veröffentlichten Jahrbuch entnommen.

In den letzten 25 Jahren ist die Bevölkerung in den beiden betrachteten Gebieten deutlich gewachsen. In Israel hat sich diese fast verdoppelt. Einen deutlichen Anstieg erfuhr die Zahl der Bevölkerung durch die Zuwanderer aus der ehemaligen Sowjetunion (nach 1991). Die Bevölkerungszahl in den palästinensischen Gebieten hat sich im selben Zeitraum fast verdreifacht, was allerdings auf die höhere Geburtenrate zurückzuführen ist. Die Bevölkerungswachstumsraten in den palästinensischen Gebieten zählen laut dem CIA World Factbook zu den höchsten weltweit. So liegt die Rate im Gazastreifen mit etwa 3,11% auf Platz 6 (aus dem Jahr 2012) der Weltrangliste.

Auffällig ist, dass die Einwohnerdichte im Gazastreifen massiv zugenommen hat. Betrug diese im Jahr 2001 noch 3.292 192 Einwohnern pro Quadratkilometer und lag damit über derjenigen der viertgrößten Stadt Deutschlands Köln (im Jahr 2001: 2.390 Einwohner pro Quadratkilometer), so liegt diese heute bei 5.192 Einwohnern pro Quadratkilometer. Auch in den anderen Gebieten liegt die jeweilige Einwohnerdichte höher als die Durchschnittseinwohnerdichte Deutschlands, einem der dichtbesiedeltesten und industriell entwickeltesten Länder Europas mit 227 Einwohnern pro Quadratkilometer.

In den letzten fünf Jahren stiegen die Zahlen in Israel und in den palästinensischen Gebieten gleichermaßen an (wobei nicht vergessen werden darf, dass ein Fünftel der israelischen Bevölkerung ara-

bischer Abstammung ist).

Als Fazit lässt sich anhand der oben aufgeführten Grafiken und Fakten aus zuverlässigen Quellen wie dem CIA World Factbook unter Beweis stellen, dass die Bevölkerung in den palästinensischen Gebieten immer weiter wächst und keineswegs ein Völkermord seitens Israel stattfindet. Im Gegenteil: Niemals vermehrten sich die palästinensischen Araber so sehr wie unter israelischer Regierung.



Unser Service für Sie

Gregory's Joaillier am Kurfürstendamm zeichnet sich nicht nur durch innovatives Design unter der Verwendung edelster Schmucksteine aus. Eine Besonderheit ist die haus-interne Werkstatt mit Goldschmied und Steinfasser, die vor Ort individuell auf Kundenwünsche eingehen können. Exklusive Sonderanfertigungen oder das sensible Umarbeiten von altem Schmuck wird hier professionell und mit größter Sorgfalt erledigt. Sowohl Fasser als auch Goldschmied können jahrelange Erfahrung und Expertise vorweisen und arbeiten auf höchstem Niveau.

Umarbeiten

Celebrier alter Schmuck hat oft einen starken emotionalen Wert, entspricht manchmal aber nicht mehr dem eigenen Geschmack. Gregory's Joaillier hilft Ihnen ein neues Lieblingsstück daraus zu machen, ohne dass es den ursprünglichen Charakter verliert. Von kleinen Änderungen bis hin zur kompletten Neufassung von Steinen und Umnützung des Trägermaterials erstrahlen die antike Kette oder ein alter Ring in neuem Glanz.

Unikate

Entweder wählen Sie eines der bereits fertigen Unikate von Gregory's Joaillier oder aber Sie bringen einen eigenen Entwurf mit. Gemeinsam mit dem Inhaber Gregory Loeb wird die Auswahl der Materialien und Steine sowie die Umsetzung besprochen. Leidenschaftlich gerne designt Gregory's Joaillier

Reparaturen und Reinigung

Ein Standard-Service für unsere Kunden: kleine Reparaturen und regelmäßige Reinigung Ihres vielgetragenen Schmucks gehören zum Standard-Repertoire. Selbstverständlich sind wir durch unsere haus-eigene Werkstatt in der glücklichen Lage Ihre Schmuckstücke selbst zu reparieren. Gerne stehen wir Ihnen beratend zur Verfügung und machen Ihnen einen unverbindlichen Kostenvorschlag.

Kurfürstendamm 50A 10707 Berlin

Tel.030 88917555  
contact@gregorysjoaillier.com  
[www.gregorysjoaillier.com](http://www.gregorysjoaillier.com)



# Der jüdische Humor kehrt nach Deutschland zurück

Ein Porträt des Autors David Safier

Von Simone Scharbert

Der Drehbuchautor und Schriftsteller David Safier hat kürzlich den zweiten Teil seines erfolgreichen Romans „Mieses Karma“ vorgelegt und zeigt einmal mehr, dass er auf unnachahmliche Art zwischen dem ernsten und heiteren Ton seines Fachs wechseln kann.



Nichts ist schwieriger als lustig zu sein. David Safier schafft das trotz seiner ernsten Miene auf unseren Bild immer wieder.

David Safier ist Bestsellerautor. Und das von Beginn an, gleich sein erster Roman „Mieses Karma“ landete 2007 auf den Bestsellerlisten. Wirft man einen Blick in seine Biografie, dann ist das wenig überraschend, denn der gebürtige Bremer hat nahezu sein gesamtes bisheriges Berufsleben mit dem Ausdenken und Schreiben kurzweiliger Geschichten verbracht. Nicht nur als erfolgreicher Romanschriftsteller, sondern anfänglich auch noch für den Radio- und Fernsehbereich: Nach seinem Abitur entschließt sich der 1966 geborene David Safier zu einer journalistischen Ausbildung, danach arbeitet er abwechselnd für den Bremer Rundfunk und das Fernsehen bevor er ins Drehbuchfach wechselt. Aus seiner Feder stammen zahlreiche Plots zu so beliebten Serien wie „Die Camper“, „Himmel und Erde“ oder „Nicola“, die in den 90er Jahren das Vorabendfernsehen mit Witz und Charme versehen und ihn zu einem gefragten Drehbuchautor machen. Als seine Sitcom „Berlin, Berlin!“ im Programm läuft, gelingt David Safier der Durchbruch: Mit der lustig-chaotischen Heldin Lolle, die vom Land in die Großstadt Berlin samt zugehörigem Beziehungschaos zieht, wird die Serie zum großen Erfolg und Lolle alias Felicitas Woll schnell zum Fernsehliebling des Vorabendpublikums. David Safier kann sich in den folgenden Jahren über Auszeichnungen wie den Deutschen Fernsehpreis, den Grimmepreis, aber auch über den amerikanischen Emmy für seine Sitcom freuen.

„Ich bin der festen Überzeugung, dass Geschichten dann gut sind, wenn sie dem Leser zeigen, was das positive Potenzial der Menschen ist“, betont der Schriftsteller in einem Interview. Dass David Safier diese Überzeugung allerdings mit satirisch angelegter Reinkarnation in Form einer Ameise in seinem ersten Roman einlösen würde, war erstmal nicht zu erwarten. Ebenso wenig, wie dass Religion ganz of-

fensichtlich immer wieder eine, wenn auch nicht eindeutige Rolle für ihn und seine Geschichten spielt: Motive wie die Reinkarnation in unterschiedlichsten Tierarten, Kühe auf der Suche nach dem Buddhismus und ein gutaussehender Jesus in unserer jetzigen Gesellschaft ziehen sich durch seine Bücher und sorgen für allerlei heiteres

Chaos. Seine Bestseller hören auf Titel wie „Mieses Karma“, „Jesus liebt mich“ oder schlicht und einfach „Muh“. Die bisweilen abstrusen oder recht fantasievoll gestalteten Handlungsstränge

## „Sein Vater flüchtet nach Palästina, sein Großvater stirbt in Buchenwald“

nehmen viele Leser angesichts des großen Unterhaltungswerts mehr als gerne hin; eine betrogene Kuh auf der Flucht vor der Schlachtbank ins Erlöserparadies Indien – warum nicht?

Dabei geht es David Safier immer wieder um die gleichen Fragen, die von leichter Hand in mindestens ebenso leichte und unterhaltsame Geschichten gepackt werden: Was fühlen wir in unseren Beziehungen? Oder wie gehen wir mit unseren Gefühlen um? David Safiers Antworten sind gut bis äußerst amüsant erzählte zwischenmenschliche Begegnungen, die seit Jahren ihren Absatz und ihre feste Lesergemeinde finden. Und ganz offenbar ist der Schriftsteller auch ein Vielschreiber: Sieben Romane in acht Jahren; vor kurzem hat er die Fortsetzung von „Mieses Karma“ auf den Markt gebracht. Dass er ein „verschollenes“ Kapitel des ersten Teils als Bonustrack bezeichnet und kostenfrei auf seiner Homepage zum Download anbietet, spricht für sich und David Safier – und macht Laune beim Lesen.

Aber sein biografischer Hintergrund ist keineswegs so ungetrübt, geschweige denn unterhaltsam, wie man gerne aus seinen Erzählungen schließen würde.

Im Gegenteil. Sein Vater, Jahrgang 1915, kommt aus einer jüdischen Familie und flüchtet im Zweiten Weltkrieg nach Palästina, der Großvater stirbt im Konzentrationslager Buchenwald, die Großmutter kommt im Łódźer Ghetto ums Leben. Schmerzhaftes Erinnerungen und Brüche, die man lange Zeit nicht in seinen Büchern findet. Bis 1992 eine Anfrage die Veränderung für den damaligen Radiojournalisten bringt, wie er im Nachwort zu „28 Tage lang“ schreibt:

„1992, vor mehr als 20 Jahren, wurde ich gebeten, im Bremer Dom anlässlich des Jahrestags eine Rede über den Warschauer Ghettoaufstand zu halten. Ich war damals Mitte 20, Journalist bei Radio Bremen, und sollte etwas über junge Leute im Widerstand erzählen. Als ich mich intensiver mit dem Thema beschäftigte, faszinierten mich die Geschichten von menschlicher Größe, aber auch von menschlicher Feigheit. Seitdem verging eigentlich kein Jahr, in dem ich nicht überlegt habe, ob und wie ich diesen Stoff literarisch erzählen soll.“

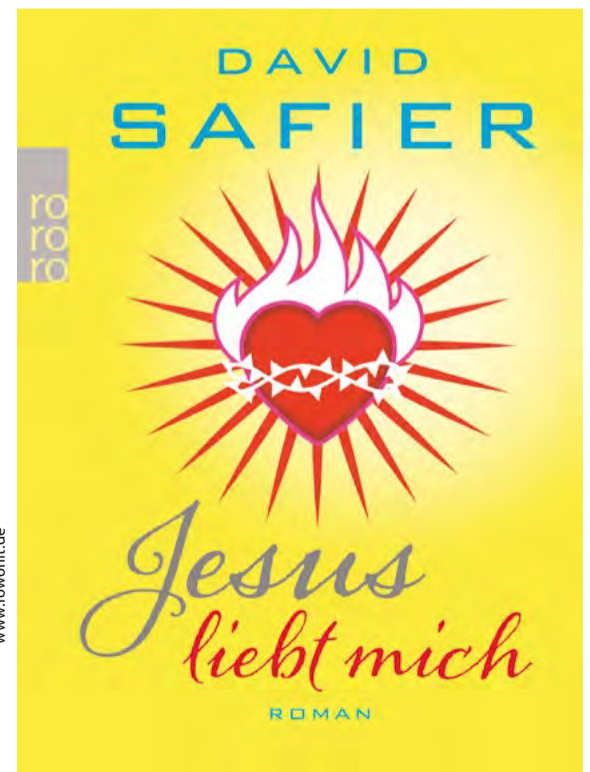
Es dauert immerhin bis ins Jahr 2014, bis er den Stoff in Buchform gebracht hat – unter dem Titel „28 Tage lang“ schreibt David Safier einen Roman übers Warschauer Ghetto, der ganz bewusst in die Trickkiste des Spannungsromans greift und sich in erster Linie an Jugendliche wendet. Dass David Safier sein übliches Genre verlässt, stört seine Kritiker keineswegs, „28 Tage lang“ wird wie die vorherigen Romane ein großer Erfolg und hoch gelobt. Die 16-jährige Mira steht im Mittelpunkt der Geschichte und nimmt

von der eigenen Familiengeschichte zerrissen, im Zwischenmenschlichen widerspenstig und hilflos gleichermaßen agiert. Die zu ihrem Freund nicht „Ich liebe dich“ sagen kann, aber auch nicht ohne ihn sein will. Die auch im Ghetto auf der Suche nach der großen Liebe ist.

David Safier legt mit Mira und ihren Mitkämpfern keine heroischen Figuren an, sondern lässt ihren Zweifeln und Ängsten freien Lauf und ausreichend Raum. „28 Tage lang“ erzählt so von den Tagen des Aufstands im Warschauer Ghetto, der in erster Linie von jungen Menschen zwischen 13 und 20 Jahren organisiert wurde. Eine schwierige Vorstellung. Von Jugendlichen, die zu großen Teilen ihre Familie schon verloren hatten: Hunderttausende von Juden waren zu diesem Zeitpunkt bereits aus Warschau Richtung Treblinka deportiert und ermordet worden. Historische Fakten und Personen bindet David Safier mühelos und geschickt ein, zum Beispiel in der sorgsam Schilderung des großen Reformpädagogen Janusz Korczak, dem er gleichsam ein literarisches Denkmal in seinem Roman setzt:

„In jeder anderen Situation hätten die Soldaten sie dem Jungen sofort entrissen, aber sie ließen es bleiben. Die Würde, die Korczak ausstrahlte, flößte sogar ihnen Respekt ein. Nach und nach traten alle zweihundert Kinder aus dem Haus. Sie trugen ihre besten Anziehsachen. Einige von ihnen hatten einen kleinen Ranzen auf den Rücken geschnallt, also ob es zu einem Wandertag ginge. Korczak hatte offensichtlich vorher mit den SS-Leuten ausgehandelt, dass die Kinder noch etwas Zeit bekommen, um sich zurechtzumachen, und dass sie nicht von schreienden Soldaten auf die Straße getrieben werden und so noch mehr Angst bekamen.“

Ähnlich verfährt David Safier mit den Protagonisten des jüdischen Widerstandes, aber auch auf Seiten der SS, deren wichtigste Personen und Entscheidungsträger sich im Buch wiederfinden. Allesamt in die spannende Geschichte eingebunden, die immer wieder eine wichtige Frage stellt, die – angesichts



Zwei von Safiers humoristischen Bestsellern. „Jesus liebt mich“ wurde sogar verfilmt.

ordinaten fiktive Protagonisten in seine Geschichten einzuflechten, die ein hohes Identifikationspotenzial ermöglichen. Ebenso wie Mira: Eine Jugendliche, die,

der gesamtgesellschaftlichen und politischen Entwicklungen dieser Tage – nach wie vor besonders wichtig ist:

„Was für ein Mensch willst du sein?“

Von Monty Ott

Es geschah an einem Dienstag, München befand sich im Ausnahmezustand, zuerst durch tausende feiernde Menschen. Doch elf Sportler sollten diese Olympischen Spiele nicht wieder lebend verlassen. Für sie bedeuteten die „heiteren Spiele“ den Tod. Sie wurden ermordet, vom „Schwarzen September“.

Es waren acht Terroristen des „Schwarzen September“, die um 4.10 Uhr den Zaun des Olympischen Dorfes in München überquerten. Die Nacht des 5. September 1972 war eine gemütliche Spätsommernacht. Die Athleten im Olympischen Dorf sind keine Kinder von Traurigkeit, von daher denken Monteure der Post, die sich an diesem Morgen am Tor 25a befinden, dass es sich um ein paar Sportler handelt, die gerade ins Dorf zurückkehren. Die Monteure machen sich keine weiteren Gedanken, das waren die „heiteren Spiele“, was sollte passieren? Ohnehin gab es kaum Sicherheitsmaßnahmen. Ein hohes Aufgebot deutscher Polizisten hätte eventuell schlechte Assoziationen hervorgerufen, möglicherweise Erinnerungen an die Spiele, die dem Morden vorausgingen (Olympische Spiele 1936 in Berlin), wachgerufen. Vor diesem Hintergrund hatten sich die Sicherheitskräfte entschieden nur etwa 4.000 Polizeibeamte abzustellen. Diese hatten zwar keine Waffen, dafür aber modische Straßenanzüge.

In diesem Wissen schleichen die acht Gestalten über das Gelände, ohne Zweifel, aber mit nationalrevolutionärem Gestus. 25 Minuten nachdem sie über den Zaun gestiegen waren, erreichten sie das Appartement in der Connollystraße 31. Die Tür war nicht abgeschlossen. Mit Sturmgewehren (Typ AK-47) bewaffnet betreten sie die Räume. Sie haben sich dieses Appartement nicht zufällig ausgesucht, sondern hatten die Aktion von langer Hand geplant. Lange Zeit versuchten deutsche Behörden die Informationen über das, was am Morgen des 5. Septembers geschah, zurückzuhalten. Das, was an diesem Tag geschah, war nicht nur äußerst grauenvoll, sondern auch ein diplomatischer Eklat.

Die acht Terroristen waren „Palästinenser“. Und die elf Sportler im Appartement waren Israelis. Ihre Namen waren: David Mark Berger s.A., Zeev Friedman s.A., Yossef Gutfreund s.A., Eliezer Halfin s.A., Yossef Romano s.A., André Spitzer s.A., Amitzur Schapira s.A., Kehat Schorr s.A., Mark Slavin s.A., Yakov Springer s.A. und Mosche Weinberg s.A.. Ankie Spitzer, die Witwe des Fechttrainers André Spitzer s.A., wird Jahrzehnte nach diesem Angriff sagen: „Sie (die Behörden) sagten, die restlichen Geiseln seien nur getötet worden wegen des verbotenen Befreiungsversuches auf dem Flughafen, aber das ist nicht wahr. Sie (die Terroristen) kamen, um Leuten wehzutun. Sie kamen, um zu morden“. Lange nach dieser Nacht in München wird das Gerücht vorherrschen, dass es den Terroristen nur darum ging deutsche, japanische und palästinensische Terrorbrüder und -Schwestern freizupressen (um 9 Uhr stellten sie die Forderung 232 Palästinenser, Andreas Baader und Ulrike Meinhof, sowie Kōzō Okamoto freizulassen), aber das Vorgehen der acht Terroristen deutet daraufhin, dass es ihnen wohlmöglich nur darum ging, Israelis grauenhaft zu malträtieren. Sie schossen einen Sportler an, missbrauchten und kastrierten ihn. Die anderen Sportler mussten hierbei zusehen, ehe sie selbst schwer misshandelt wurden. Sie hatten etliche Knochenbrüche erlitten. Nachdem sie den ganzen Tag Qualen durchlitten hatten, wurden sie um 22.06 Uhr von den palästinensischen

Terroristen, begleitet durch die deutsche Polizei, zu Hubschraubern des Bundesgrenzschutzes gebracht. Diese sollten Terroristen und ihre Geiseln zum Flughafen Fürstenfeldbruck bringen, von wo aus die Geiseln mit einer Boeing fliehen wollten.

Dort startete die deutsche Polizei, nach der Landung der Hubschrauber um 22.29 Uhr, einen Befreiungsversuch. Der Versuch endete in einer Katastrophe: nach stundenlangen Feuergefechten zwischen deutscher Polizei (die einen dilettantischen Hinterhalt vorbereitet hatte) und den Terroristen, eröffnete gegen 0.10 Uhr einer der Terroristen das Feuer auf die Geiseln und warf eine Phosphorgranate unter den Helikopter. Die verbliebenen neun Geiseln (eine weitere wurde bei einem Fluchtversuch im Olympischen Dorf kaltblütig erschossen) verbrannten in den Flammen. Die Leichen der fünf im Feuergefecht getöteten Geiseln brachte man nach Libyen. Mit militärischen Ehren wurden die Leichname in einer Heldenbestattung beigesetzt. Die drei Geiseln, die überlebt hatten, kamen für kurze Zeit ins Gefängnis, ehe sie am 29. Oktober 1972 freigelassen wurden. Die Regierung Brandt hatte sich zu diesem Schritt entschieden, weil eine Lufthansa-Maschine entführt wurde, in welcher sich zwölf Passagiere befanden hatten. Israel wurde nicht konsultiert. Wieder einmal

war jüdisches Blut auf deutschem Boden vergossen worden. Doch hinter den acht Tätern steht noch eine viel größere Organisation: der „Schwarze September“ und der „Rote Prinz“. Die Geschichte dieses mörderischen Kommandos reicht zurück bis in die Zeit nach dem Sechstagekrieg.

„Bereits 1970 zeigte Arafat wie wenig wert sein Wort war, auch wenn es um Abmachungen mit Arabern ging.“

war jüdisches Blut auf deutschem Boden vergossen worden.

Doch hinter den acht Tätern steht noch eine viel größere Organisation: der „Schwarze September“ und der „Rote Prinz“. Die Geschichte dieses mörderischen Kommandos reicht zurück bis in die Zeit nach dem Sechstagekrieg.

#### Entstehungsort: Jordanien.

Das jordanische Königshaus hatte massive Imageeinbußen unter Palästinensern. Jordanien war nicht nur im Krieg unterlegen, auch Judäa und Samaria respektive das Westjordanland fielen Israel zu. Ein Teil der Mitgliederorganisationen der PLO war dem jordanischen Königshaus gegenüber feindlich gesinnt. Als diese dann auch noch weitere Angriffe auf israelisches Territorium ausübte, ohne dieses mit der jordanischen Regierung abzusprechen, wertete letztere das Verhalten als einen Angriff auf die eigene Souveränität.

Diese Dynamik fand ihren Höhepunkt in der Schlacht von Karame. Israelische Truppen zerstörten eine Fatah-Basis, von der wiederholt Angriffe ausgegangen waren. Die jordanische Armee hatte den palästinensischen Freischärler zwar noch beigestanden, allerdings hatten sich die Gegensätze verschärft. In der arabischen Welt verkaufte die Fatah die Schlacht als Sieg, obwohl ihr Lager zerstört worden

# Der Schwarze September

## Der wenig bekannte inner-arabische Bürgerkrieg in Jordanien 1970

war. Hinzu versuchten sie, in der Hoffnung auf die mehrheitlich palästinensischstämmige Bevölkerung Jordaniens, das Souverän des Staates zu untergraben und das Königreich zu kontrollieren (ermutigt durch die 100.000 Bewaffneten, die sich noch in Jordanien befanden). Sie ließen sich nicht durch das jordanische Militär kontrollieren und drängten jordanische Sicherheitskräfte aus Flüchtlingslagern und Städten. Die jordanische Regierung



Arafat 1970 mit dem jordanischen Unterhändler Bahi Lagdham

hob die Restriktionen bzgl. des Waffengebrauchs an, was die PLO zurückwies. Den versuchten Mordanschlag auf König Hussein und der Anschlag auf die Geheimdienstzentrale in Amman im Juni 1970 beantwortete die jordanische Armee mit Artilleriefeuer auf Flüchtlingslager.

Hussein traf sich mit Jassir Arafat und beide erklärten, dass die Kampfhandlungen umgehend einzustellen seien, was für die marxistische PFLP allerdings nicht von Bedeutung war. Sie besetzte noch am selben Tag zwei Hotels in Amman. Sie forderte, mit dem Leben ihrer Geiseln,

danische Soldaten und gepanzerte Einheiten, 25.000 Vollzeitsoldaten und 76.000 Milizionären auf „palästinensischer“ Seite gegenüber. Letztere verfügten allerdings über keine schweren Waffen und waren nur rudimentär militärisch ausgebildet. Das jordanische Militär sah eine zweitägige Offensive vor. Das war allerdings weit gefehlt. Die Offensive geriet mit minimalem Geländegewinn ins Stocken und 5.000 Soldaten desertierten oder liefen zur PLO über.

Dazu kam eine syrische Intervention mit 16.000 Soldaten in Uniformen der palästinensischen Befreiungsarmee. Bis zum 22. September erlitten die jordanischen Truppen Gebietsverluste, als sich die Militärführung für einen Luftschlag entschied. Die syrischen Truppen konnten so bis zur Grenze zurückgeschlagen werden. Selbst die israelische Luftwaffe begann nun – nach einem Hilfsgesuch König Husseins – mit Manövern. Israel erklärte sogar gegenüber den USA die Bereitschaft Bodentruppen zur Unterstützung des Königshauses in Jordanien einzusetzen.

Bis auf die PLO-Kräfte in Amman konnten die jordanischen Militärs die palästinensischen Truppen weitestgehend zerschlagen. Nach einem kurzzeitigen, durch Ägypten vermittelten, Waffenstillstand folgte eine Großoffensive der jordanischen Armee. Diese hatte zum Ergebnis, dass sich am 18. Juli 1971 die letzten PLO-Kämpfer ergaben. Die verbliebene PLO floh in den Libanon und Arafat nach Kairo. Und hier laufen letztlich die Fäden aus München und aus dem jordanisch-palästinensischen Bürgerkrieg zusammen. Dieser Bürgerkrieg erhielt im palästinensischen Narrativ den Namen „Schwarzer September“. Die Terrororganisation, die sich nun nach diesem Ereignis benannte, nahm als erstes einen engen Vertrauten des Königs ins Visier: Wasfi al-Tall, der jordanische Premierminister.

Die Organisation unterstand dem in Deutschland unterrichteten Fatah-Funktionär Ali Hassan Salameh, Deckname Abu Hassan. Er wurde auch der „Rote Prinz“ genannt, was sich auf seinen luxuriösen Lebensstandard bezog (seine Frau war Miss Universe Georgina Rizk, er fuhr teure Sportautos usw.). Am 22. Januar 1979 wurde Salameh von einer Sondereinheit des Mossad – die mit der Vergeltung des Olympiaanschlags betraut war – aufgespürt und durch eine Autobombe getötet. Zuerst war die Gruppe nur eine kleine Zelle Fatah-Männer gewesen. Diese hatten zum Ziel sich an König Hussein und der jordanischen Armee zu rächen. Bald schon schlossen sich unter anderem PFLP-Anhänger der Gruppierung an. Nach dem Premierminister, ermordete die Gruppe am 6. Februar 1972 fünf Jordanier, die in Deutschland lebten. Dann änderten sie ihre Zielsetzung und begannen sich auf Israel zu konzentrieren.

Sieben Monate nach den Morden an den Jordanier, folgte der Olympiaanschlag. Noch im September und Oktober 1972 verschickte der „Schwarze September“ etliche Briefbomben an israelische Diplomaten mit der Absicht diese zu ermorden. Außerdem verübten zwei Anhänger am 5. August 1973 ein Attentat auf eine Passagier-Lounge am Athener Flughafen, das drei Tote zur Folge hatte. Die Mossad-Einheit Caesarea (die den „Roten Prinzen“ tötete) war es auch, die die Mitglieder des „Schwarzen September“ in Europa aufspürte und tötete.

Es stehen 70.000 schwerbewaffnete jor-

# Deutschlands Supertalent

Der Maler Max Liebermann – Begründer der Moderne in Deutschland

Von Claudia Trache

Max Liebermann war stolz darauf einer etablierten jüdischen Familie in Berlin anzugehören. In seinem Lebenslauf als Abiturient 1866 schrieb er: „Ich, Max Liebermann, bin am 20. Juli 1847 in Berlin geboren. Mein Vater Louis Liebermann, erzog mich treu dem Glauben der Väter, in der jüdischen Religion.“

Sein Großvater Joseph Liebermann stammte aus Westpreußen und kam 1823 nach Berlin, wo er durch Handel und Produktion von Kattunen zu Wohlstand kam. Vater Louis und Onkel Benjamin führten das Unternehmen fort und bauten es aus, sodass sie bereits Ende der 1850er Jahre mehrfache Millionäre waren. Die Familien lebten an zentralen Plätzen von Berlin und gehörten zur Elite des Berliner Bürgertums. Louis Liebermann kaufte ein Stadtpalais am Pariser Platz 7. Benjamin zog mit seiner Familie in das Haus Unter den Linden 6. Dennoch war die Familie Liebermann auch im jüdischen Leben Berlins aktiv. Einige Familienmitglieder waren mehrere Jahre im Gemeindevorstand tätig und unterstützten Vereine der jüdischen Wohlfahrtspflege. Der Großvater Joseph Liebermann stiftete der Alten Synagoge an der Heidereutergasse, damals Berlins älteste Gemeindegemeinde, einen Thoravorhang. Trotz des Wohlstandes lebte Max Liebermann mit seinen beiden Brüdern und der Schwester eher spartanisch. Die Devise des Vaters lautete „Ihr müsst euch selbst ernähren...“ (Günter Meißner, Max Liebermann, S. 7). Nichtsdestotrotz war Max Liebermann, der gegen den Willen seines Vaters Maler wurde, später nicht darauf angewiesen mit seiner Kunst Geld zu verdienen.

## Studien- und Wanderjahre

Bereits während der Gymnasialzeit nahm er Unterricht bei den Malern Eduard Holbein und Karl Steffek. Beide sensibilisierten ihn bereits für die holländische Malerei. Von 1869 bis 1872 studierte er an der Kunstakademie in Weimar. Bei einem Besuch in Düsseldorf lernte er den ungarischen Maler Minhály Munkácsy kennen und wurde auf die Bauernmalerei aufmerksam. Max Liebermann begründete in Deutschland den Realismus. Seine Bilder „Die Gänserupferinnen“ (1872) sowie „Der zwölfjährige Jesus im Tempel“ (1879) lösten durch seine realistische Darstellung zunächst Skandale aus. Der Kunstkritiker Ludwig Pietsch sprach in der Berliner „Vossischen Zeitung“ im November 1872 über „Die Gänserupferinnen“ von „rohen, verkümmerten, durch angeborene, von Arbeit und Alter großgezogene Hässlichkeit, entstellten und verhunzten Menschenbildern“. Gleichzeitig bescheinigte er Max Liebermann: „Aber sein großes Talent hat er unbestreitbar erwiesen.“ (Chana Schütz, ebenda, S. 18f). Max Liebermann gelang es dieses Bild zu verkaufen. Seit 1894 ist es Bestandteil der Berliner Nationalgalerie. Mit seinem Gemälde „Der zwölfjährige Jesus im Tempel“ sah er sich antisemitischen Anfeindungen ausgesetzt, wagte er es doch, Jesus als einfachen Jungen aus dem Volk darzustellen, der dunkelhaarig, typische Gesichtszüge eines Juden aufwies. Nachträglich hat Max Liebermann offenbar das Gemälde verändert und die jüdischen Züge abgeschwächt.

Von Ende 1873 bis 1878 hielt sich Max Liebermann in Paris, Barbizon und Venedig auf, ehe er sich mit einem eigenen



Die Gänserupferinnen: Liebermanns erstes großes Ölgemälde von 1872 flößt noch heute Respekt vor dem Können des Meisters ein.

Atelier in München niederließ. Seit 1876 bis zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges besuchte er regelmäßig Holland, ließ sich vom Leben der einfachen Leute und der kargen flachen Landschaft inspirieren. Szenen aus Waisenhäusern, Straßensze-

und Tochter auf einem Sofa sitzend beim Lesen. Aus Protest gegen das damalige Künstlerestablishment trat Max Liebermann 1892 der Künstlergruppe „Vereinigung der XI“ bei, deren Ziel es war künstlerische Ausstellungen zu veranstalten.

Robert von Mendelssohn-Bartholdy und Hugo Oppenheim möglich wurde. Aus Anlass seines 50. Geburtstags 1897 wurden 31 seiner Werke in einer separaten Ausstellung im Rahmen der Großen Berliner Ausstellung gezeigt. Gleichzeitig wurde er mit der Großen Goldenen Medaille ausgezeichnet sowie zum Professor der Berliner Königlichen Akademie ernannt. Im Jahr darauf wurde er Mitglied der Akademie der Künste, dessen Präsident er von 1920 bis 1932 war. Damit erhielt er die lange ersehnte Anerkennung in der Öffentlichkeit.

Seine Werke wurden im Laufe der Jahre immer impressionistischer. Nach der Jahrhundertwende porträtierte er zunehmend Persönlichkeiten aus dem öffentlichen Leben, darunter Gerhart Hauptmann, Albert Einstein, aber auch Reichspräsident von Hindenburg. Max Liebermann zog sich immer mehr auf sein Landhaus am Wannsee zurück, dessen Garten das Hauptmotiv seines Spätwerkes bildete. In über 200 Ölgemälden, Pastellen und Zeichnungen hat er ihn festgehalten. Max Liebermann war trotz aller Anerkennung zunehmenden antisemitischen Angriffen ausgesetzt. Er selbst sagte dazu: „Ich bot ja auch drei Angriffsflächen: ich war erstens Jude, zweitens reich und drittens hatte ich Talent.“ (Chana Schütz, ebenda, S. 52)

Max Liebermann starb am 8. Februar 1935 in seinem Haus am Pariser Platz. Seit 2006 sind Liebermanns Villa und Garten am Wannsee wieder originalgetreu hergestellt und für die Öffentlichkeit als Künstlerhaus, Museum und Garten zugänglich. Das im Zweiten Weltkrieg durch Bomben zerstörte Max-Liebermann-Haus wurde nach dem Fall der Mauer in Anlehnung an das historische Vorbild wieder aufgebaut. Heute sind darin wechselnde Ausstellungen zu sehen sowie verschiedene kulturelle und wissenschaftliche Veranstaltungen zu erleben.

[www.liebermann-villa.de](http://www.liebermann-villa.de)  
[www.stiftungbrandenburgertor.de](http://www.stiftungbrandenburgertor.de)

„Als Kunstwerk erscheint uns jedes Werk, in dem sich eine aufrichtige Empfindung verkörpert. Nur die gewerbsmäßige Routine und die oberflächliche Mache derer, die in der Kunst nur die milchende Kuh sehen, bleiben grundsätzlich ausgeschlossen.“

nen, aber auch das Treiben im Amsterdamer Judenviertel hielt er immer wieder im Bild fest. 1901 schrieb er: „Mit Recht hat man Holland das Land der Malerei par excellence genannt, und es ist kein Zufall, dass Rembrandt ein Holländer war. Die Nebel, die aus dem Wasser emporsteigen und alles wie mit einem durchsichtigen Schleier umfluten, verleihen dem Land das spezifisch Malerische. ... Und wie das Land so sind die Leute: nichts Lautes, keine Pose oder Phrase.“ (Chana Schütz ebenda, S. 26)

## Rückkehr nach Berlin

Im September 1884 heiratete Max Liebermann Martha, eine geborene Marckwald, deren großbürgerliche Familie ebenfalls aus Westpreußen stammte. Mit der Heirat ließ sich Max Liebermann dauerhaft in Berlin nieder. Nach dem Tod seiner Mutter 1892 zog er mit seiner Frau und der im August 1885 geborenen Tochter Käthe ins Haus des Vaters am Pariser Platz. Max Liebermann setzte sich gegen Kaiser Wilhelm durch, der die Gebäude neben dem Brandenburger Tor abreißen lassen wollte und erwirkte 1898/99 den Ausbau des Dachgeschosses zu einem glasüberdachten Atelier. 1902 widmete Max Liebermann seinem Atelier ein Gemälde. „Atelier des Künstlers“ zeigt den Maler bei der Arbeit sowie Frau

Auslöser dafür war eine Ausstellung des Norwegers Edvard Munch in den Räumen des Vereins Berliner Künstler, die nach Protesten einiger Künstler wieder geschlossen werden musste.

1898 gründeten 65 Künstlerinnen und Künstler die „Berliner Sezession“, deren erster Präsident Max Liebermann wurde. Grund dafür war, dass die Jury der Großen Berliner Kunstausstellung 1898 das Landschaftsgemälde „Grunewaldsee“ von Walter Leistikow ablehnte. Im Frühjahr 1899 eröffnete die „Berliner Sezession“ ihre erste Ausstellung. In seiner Eröffnungsrede betonte Max Liebermann: „Bei der Auswahl der Werke war nur das Talent, in welcher Richtung es sich auch offenbarte, ausschlaggebend. ... Für uns gibt es keine allein seligmachende Richtung in der Kunst, sondern als Kunstwerk erscheint uns jedes Werk, in dem sich eine aufrichtige Empfindung verkörpert. Nur die gewerbsmäßige Routine und die oberflächliche Mache derer, die in der Kunst nur die milchende Kuh sehen, bleiben grundsätzlich ausgeschlossen.“ (Chana Schütz, ebenda, S. 53).

Bereits 1896 erwarb Max Liebermann gemeinsam mit Hugo von Tschudi französische Impressionisten für die Berliner Nationalgalerie, was unter anderem dank der Finanzierung durch Eduard Arnhold,

# Die Gesellschaft der Freunde

Zusammenhalt von 1792 bis 1935

Von Monty Maximilian Ott

Auch heute erfüllen Vereine jeglicher Couleur neben ihrem Hauptzweck auch noch Aufgaben des sozialen Zusammenhalts. Menschen aus unterschiedlichen sozialen Schichten treffen hier aufeinander, um sich für politische oder gesellschaftliche Anliegen starkzumachen. So ähnlich verlief es auch in einem Verein, in dem sich zwischen 1792 und 1935 eine ganze Reihe deutsch-jüdischer Persönlichkeiten versammelte.

Die Geschichte des besagten Vereins beginnt im Berlin des Jahres 1792. Berlin war noch weit entfernt von der Metropole, die es heute ist. In der Spandauer Straße 21, im „Fließschen Haus“, begründet sich ein Hilfsverein, der mit seinem Namen „Gesellschaft der Freunde“ (GdF) Wärme ausdrückt. Der Name ist Programm, dient doch der Verein dazu sich im Angesichte von Armut, Arbeitslosigkeit, Krankheit und/oder Tod Beistand zu leisten. „(...) die Verfasser dieses Plans (sehen sich) genötigt, (...) die zunächst liegende Übel und die Mittel ihnen abzuhefen, ihr Augenmerk zu richten. Krankheit und Dürftigkeit sind diese beiden Übel, die oft Hand in Hand gehen, (...)“ heißt es in der Programmatik des Vereins. Der Verein soll da abhelfen, wo ein „unbemittelter Mensch“ sich in depressive Gedanken vergräbt: „was wird aus mir werden, wenn Krankheit mich überfällt, oder ein unvorhergesehener Umstand mich auf eine Zeitlang brotlos macht?“ Sollte das Vereinsmitglied in eine solche Situation geraten, dann ist es die GdF, die „sich um seine Genesung“ kümmert, ihn „verpflegt“ und „genest ohne die drückende Sorge, was er nun anfangen.“ Die Sorge der Gesellschaft sollte sogar soweit reichen, dass dem in die Mittellosigkeit geratenen sogar ein Unterhalt zur Verfügung gestellt wird. Darüber hinaus versuchen die Mitglieder der Gemeinschaft, qua Empfehlungen, den Betroffenen wieder in Lohn und Brot zu bringen.

Doch auch diejenigen, deren Probleme nicht finanzieller, sondern libidinöser Natur sind, erhalten Hilfe aus den Reihen der Gesellschaft. Sollte ein unverheiratetes Mitglied der Gesellschaft erkranken, übernimmt ein Mitglied der GdF die partnerschaftliche Betreuung in Form von Krankenbesuch und Besorgung der Geschäfte. So war der Sinn und Zweck der GdF die Arbeit nach Innen, das Netzwerken und sich Bestehen. Die Initiative zur Gründung im Januar 1792 ging von einem Teil jener jüdischer Aufklärer aus, die als Maskilim bezeichnet wurden. Isaac Euchel, Aaron Wolfsohn, Joseph Mendelssohn, Nathan Oppenheimer und Aron Neo waren die Gründungsmitglieder des 29. Januar 1792. Hinsichtlich der Mitgliederakquise lag das Augenmerk auf einer bestimmten Gruppe: sie waren Mitglieder der Berliner jüdischen Gemeinde, unverheiratet und mehrheitlich junge Anhänger der Haskala (die jüdische Aufklärung).

Außerdem sollten es jene sein, die in ihrer nichtjüdischen Umwelt Diskriminierungen erlitten hatten. Der Zusammenhalt und die Unterstützung – das Hauptziel der GdF bis zu ihrer Auflösung 1935 – wurde in den jüdischen Gemeinden bis zu diesem Punkt durch die Chewra Kadischa bzw. Bikkur Cholim

übernommen. Die Unterstützung kam aber nicht nur den aktiven Freunden (wie sich die Mitglieder untereinander nannten) zugute, sondern bald auch deren Angehörigen und Hinterbliebenen. Aber damit nicht genug, denn die Freunde mischten sich auch vermehrt in innerjüdische Diskurse ein. So zum Beispiel als ein Streit um den Ritus der „frühen Beerdigung“ entstanden war. Die GdF konnte in dieser Kontroverse einen Erfolg für sich verbuchen: sie setzte für ihre Mitglieder eine Frist von 3 Tagen durch, die bereits von verschiedenen Aufklärern gefordert worden war. Von ihrem Sieg beflügelt planten die Freunde den Bau einer eigenen Leichenhalle, scheiterten aber an den notwendigen finanziellen Mitteln.

Allerdings schien dieser Misserfolg sich nicht auf das Image des Vereins niederzuschlagen. Betrachtet man die Mitgliederzahlen und die finanziellen Mittel, dann lässt sich weiterhin ein deutlicher Trend nach oben beobachten. Das Konzept schien gemacht um zu überzeugen, und so gründeten sich schnell Ableger, andere Organisationen kopierten das Projekt. Das wird insbesondere daran deutlich, dass unter anderem die Magine Rëim (1804) und die Brüdervereinigung (1815) sogar die GdF-Verfassung en détail übernahmen. Schon bald gehörten der GdF Persönlichkeiten an, die sich in diversen Berufen und Berufungen einen Namen gemacht hatten. Dazu zählten von jüdischer Seite Leopold und Hermann Ullstein (Gründer und Erbe des Ull-



Der Deutsch-jüdische Bankier Joseph Mendelsson (1770 - 1848), ist einer der Gründer der GdF.

umso mehr mit Vereinssatzungen zu beschäftigen und diese zu verändern.

Diese innere Flexibilität schien sich ebenfalls positiv auf die Attraktivität der GdF auszuwirken, wurde sie doch, ab 1820, zu einem der wichtigsten kulturellen Zentren der jüdischen Gemeinde zu Berlin. Hier diskutierten wirtschaftlich erfolgreiche und angesehene Persönlichkeiten des Kaiserreiches, was den Verein auch zur wichtigsten Vertretung des

vat- und Aktienbanken, Elektro- und Chemieunternehmen und Verlagshäusern.

War die GdF im Jahr 1792 noch im direkten Umfeld respektive aus der jüdischen Gemeinde Berlin herausgegründet worden, begann das jüdische Erbe spätestens in der Weimarer Republik etwas zu schrumpfen. Immer mehr nicht-jüdische Unternehmer und Bankiers erkannten die Vorteile der Gesellschaft. Die GdF ähnelte in ihrer Zielsetzung nichtschlagenden jüdischen Studentenverbindungen, die sich als Reaktion auf antisemitische Umtriebe innerhalb der Verbindungsszene gegründet hatten. Auch in diesen Verbindungen schworen sich die Mitglieder Beistand, begründeten enge soziale Bindungen und debattierten in intellektuellen Zirkeln.

Nach über 140 Jahren seines Bestehens wurde die Existenz des Vereins dann gewalttätig beendet. Die Mitglieder hatten sich gegenseitigen Beistand gegen die äußeren Widrigkeiten geschworen, aber gegen das was seit 1933 aufgezo-gen war, konnte sich der Verband nicht wehren. Am 25. November 1935 wurde die GdF verboten und jäh aufgelöst. Heute sind die Freunde nahezu vergessen. Doch führen uns die Freunde vor Augen, wie wichtig der gegenseitige Beistand in allen Lebenslagen ist.

„Der Verein dient dazu sich im Angesichte von Armut, Arbeitslosigkeit, Krankheit und Tod Beistand zu leisten.“

stein-Verlags), Leopold Zunz (bekannt als Begründer der „Wissenschaft des Judentums“), Walther (Industrieller in und Reichsaußenminister der Weimarer Republik) und dessen Vater Emil Moritz Rathenau (Gründer der AEG), Ludwig Philippson (Rabbiner). Doch auch Nichtjuden wollten Freunde werden: so Carl Friedrich von Siemens (Industrieller und Politiker) und Hjalmar Schacht (Reichsbankpräsident, Reichswirtschaftsminister und Angeklagter in den Nürnberger Prozessen).

Ursprünglich war es nicht möglich, dass verheiratete Männer Zutritt erhalten (man konnte allerdings ohne Verlust der Mitgliedschaft heiraten). Diese Aufnahmeanforderung in Verbindung mit der Anmeldung minderjähriger Kinder durch ihre Eltern, bedingte ein relativ niedriges Durchschnittsalter. Bald wurde der Heiratsparagraph allerdings geändert, da ein Gros der Vereinsmitglieder inzwischen verheiratet war. Dieser Umstand deutet auch darauf hin, dass die Satzung, trotz ihres enormen Umfangs (es handelte sich um ein kleines Buch), weniger in Stein gemeißelt war, als anzunehmen. Die Vielzahl an Diskursen, in welche die Freunde außerhalb einstiegen, führten sie auch nach Innen. Jedes Vereinsmitglied konnte über die Satzung mitentscheiden und so entwickelte sich eine eigene Dynamik. Es schien als würde die (scheinbare) Unveränderbarkeit äußerer Verfassungen (Staatsverfassungen, etc.) einen Antrieb geben, sich

Berliner Judentums machte. Zu diesem Zeitpunkt hatte die GdF ihren Hauptsitz bereits verlegt. Nun fanden sich die Freunde in der Neuen Friedrichstraße 35 zusammen, also im Berliner Stadtzentrum. Der neue Sitz war nicht unweit der Synagoge Heidereutergasse und des Alexanderplatzes gelegen. 60 Jahre später entschieden sich die Vereinsoberen zu einer Umstrukturierung. Man wollte sich aus öffentlichen Diskursen zurückziehen. Das milderte allerdings keineswegs die Attraktivität, wurde der Verein doch nun zum informellen Zentrum für Führungskräfte wichtiger Berliner Pri-

Sie interessieren sich für die „Jüdische Rundschau“, möchten sie aber aus bestimmten Gründen nicht abonnieren. Deswegen haben Sie die Zeitung ab und zu im Zeitungskiosk gekauft. Aber Sie laufen nicht gerne zum Zeitungskiosk oder finden da die Zeitung nicht immer. Möglicherweise ist Ihre Beweglichkeit begrenzt oder Sie möchten es lieber bequem...

**DANN HABEN WIR EIN TOLLES ANGEBOT FÜR SIE!**

Sie können auf unserer Website [www.juedische-rundschau.de](http://www.juedische-rundschau.de) die aktuelle Ausgabe der „Jüdischen Rundschau“ bestellen und online bezahlen. Die Zeitung wird innerhalb von 24 Stunden nach Bestellung und Bezahlung an Sie verschickt und kommt direkt zu Ihnen per Post in einem neutralen Briefumschlag.

# Wenn sich Nicht-Juden Davidsterne tätowieren lassen

Von Superjuden, der Yid-Army und dem Vermächtnis Kurt Landauers

Von Monty Maximilian Ott

Zu Beginn des Jahres 2015 treiben die Fans des FC Luzern im verfeindeten St. Gallen eine Person vor sich her. Es handelt sich um eine Inszenierung. Der Skandal wird klar, wenn man sich den Getriebenen näher ansieht. Später werden das die Fans des FC Luzern zu einem Fastnachtsscherz erklären, dass sie den „Juden St. Gallen“ vor sich hertrieben. Der Verfolgte trug Pejes, schwarzen Hut und Bart. Das wäre auch nicht das erste Mal, dass die Luzerner Fans durch Antisemitismus auffallen. Allzu oft grölen sie in ihrer Kurve: „Und sie werden fallen, die Juden aus St. Gallen“. Rassismus und Sexismus sind sehr verbreitet unter diesen „Fußballfans“. Genau darum gründen sich auch immer mehr Fanvereine, die gegen diese menschenfeindlichen Einstellungen unter Fans vorgehen wollen. Da wäre z.B. die „Schickeria“ München, die Ultra-Gruppe des FC Bayern München, zu nennen. Trotz solcher als positiv zu erachtenden Fanarbeit gibt es noch immer zum Teil sehr kritische Verhältnisse in der Welt des europäischen Fußballs.

Und das nicht nur in unteren Kreisklassen, sondern auch in der Welt des Spitzenfußballs. Hier pflegen Fangruppen regelrechte Kriegsrhetorik, wenn die eigene Mannschaft gegen verfeindete Mannschaften antritt. Wenn es sich dann auch noch um ein Derby handelt, beginnt der Ausnahmezustand. Auch deutsche Städte verwandeln sich dann regelmäßig in Krisengebiete. Die Fußballverbände unternehmen vieles, um die Gewalt und Diskriminierung innerhalb der Fankultur einzudämmen, das ist dann teilweise mehr oder minder von Erfolg gekrönt, insbesondere, wenn sich zwischen verschiedenen Gruppen eigene Dynamiken ergeben.

Ein Beispiel für solch eine Dynamik: sagen wir ein Club, den wir hier als Ajax Amsterdam bezeichnen, hat Anhänger, die ihren Club als die „Superjuden“ bejubeln. Im Stadion wird dann lautstark der „Joden Kampioen“, der „Juden-Champion“, abgefeiert und es finden sich an Hauswänden Ajax-Graffiti, die mit Davidsternen verbunden sind. In ihrem Hass auf den verfeindeten Verein, reproduzieren Fans der Metropolenclubs „ADO Den Haag“ und „Feyenoord Rotterdam“ antisemitische Ressentiments. So waren bereits Zischlaute zu hören, die Gaskammern imitieren sollen und die Anhänger von „Feyenoord Rotterdam“ riefen regelmäßig „Hamas! Hamas! Juden ins Gas“.

Das Seltsamste daran: Ajax ist (und war) überhaupt kein jüdischer Club! Es spielten nie überdurchschnittlich viele Juden in der ersten Mannschaft und auch unter den Fans waren nie mehr Juden als bei anderen Clubs.

Der Grund für die wundersame Selbstbezeichnung ist ein anderer: Ajax spielte nicht immer schon in dem modernen Bau, in dem es heute seine Erstligaspiele austrägt. Bis in die 1990er Jahre war man im Stadion De Meer zu Hause, das im Osten der Stadt gelegen war, und in diesem Teil der Stadt lebten dann tatsächlich viele Juden. Vor der Schoah galt Amsterdam mit seinen geschätzten 80.000 jüdischen Einwohnern als das „Jerusalem des Westens“. Und viele dieser Juden waren auch tatsächlich Ajax-Fans. Hans Knoop, niederländisch-jüdischer Publizist, spricht von der positiven Wirkung, die dieser Zusammenhang hatte: „Wenn Ajax gegen Teams aus eher provinziellen Regionen spielte, mussten die Gästefans vom Hauptbahnhof mit

der Straßenbahn zum Stadion fahren. Sie fuhren durch das jüdische Viertel. So sahen viele Menschen zum ersten Mal in ihrem Leben Juden“. Als dann allerdings das Übel über Europa hereinbrach, traf es die Niederlande extrem. Es überlebten nur 35.000 Juden, ein Viertel der jüdischen Bevölkerung, die deutsche Vernichtungsmaschinerie. Ajax verdankt seine Beliebtheit in vielen jüdischen Gemeinden auch der Legende, dass die Niederländer den Verfolgten heroisch halfen. Hans Blom, Direktor des NIOD, beton-

wie unangenehm Juden diese Ausrufe empfinden können, fasst der Mittelfeldstar Bennie Muller in Worte. Er selber war als Kind nur knapp der Deportation entkommen: „Wenn ich sie dort ‚Superjuden‘ schreien höre, kommt bei mir alles wieder nach oben. Ich bin schon mal von der Tribüne weggelaufen, weil ich es nicht mehr ertragen konnte.“

Doch Ajax ist nicht der einzige europäische Spitzenverein, der ein jüdisches Image pflegt. Auch die Fans von Tottenham Hotspur nutzen jüdische Sym-



Die Ajax-Fans nennen sich „Juden“, weil ihr Verein früher im Amsterdamer Judenviertel zuhause war.

te allerdings 1986 bereits, dass die Niederländer „effizient assistiert“ hatten. Ein Verhalten, das sich nach 1945 auch im Umgang mit der eigenen Vergangenheit niederschlug – auch bei Ajax.

Dabei hatte man während der Besatzungszeit „als informelles Netzwerk“ seinen jüdischen Mitgliedern zur Seite gestanden. So überlebte z.B. Jaap van Praag, der von 1964 bis 1978 als Präsident von Ajax tätig war. Es gab allerdings auch viele Mitglieder, die willfährig halfen deportierte Juden auszuplündern.

Jüdisch-holländische Ausdrücke waren gängiger Teil der Kabinensprache und Juden wie Nichtjuden erzählten regelmäßig jüdische Witze. Sie sind es, auf die sich die Fans heute beziehen. Im Bezug auf sie lassen sich die Fans Davidsterne tätowieren und skandieren: „Wer nicht hüpf, der ist kein Jude“. Diese Identifikation ging insbesondere von der bis heute aktiven Hooligan-Gruppe „F-Side“ aus, die 1976 das Image der „Superjuden“ demonstrativ aufnahm. Knoop befindet: „90 Prozent der Ajax-Fans wissen nicht mal, wo Israel liegt. Wenn sie ‚Juden! Juden!‘ oder ‚Superjuden!‘ rufen, geht es ihnen darum, ihre Mannschaft anzufeuern – um nichts anderes.“ Und weiter: „Natürlich haben sie keine antisemitischen Absichten, wenn sie sich ‚Juden‘ nennen. (...) Dennoch können wirkliche Juden es als unangenehm empfinden, dass sie 90 Minuten Joden-Sprechchöre hören müssen, oder ‚wer nicht hüpf, der ist kein Jude.“ Als

boliken in ihrer Fankultur, so ist die Israelfahne verbreitet auf den Rängen. So schallt es von der White Hart Lane im Londoner Norden: „Yid Army!“ Das soll keineswegs diffamieren, sondern die eigene Mannschaft antreiben. Auf den Wunsch des englischen Fußballverbandes diese Gesänge einzustellen, erklären die Fangruppierungen: „We sing what we want!“ Der Verband legte nach und sandte die Warnung raus, dass der Gebrauch des Begriffs „Yid“ zukünftig sogar mit Stadionverbot bestraft werde. Der Begriff wurde in den Dreißigerjahren durch die faschistische Partei des Oswald Mosley geprägt. James Mariner, ein jahrelanger Dauerkartenbesitzer an der White Hart Lane erklärt: „Wir singen das mit Stolz, als Zeichen unserer Identität“. Er will eine antisemitische Konnotation nicht wahrhaben. Die jüdische Verbindung der Spurs reicht bis zum Ende des 19. Jahrhunderts zurück. In dieser Zeit siedelten sich vermehrt jüdische Einwanderer im Londoner East End an. Anthony Clavane, Verfasser eines Buches über die jüdischen Einflüsse im englischen Fußball, erklärt: „Die Spurs waren damals glamouröser als das näher gelegene West Ham United und als Arsenal“. Und auch hier reagierten verfeindete Fangruppierungen mit antisemitischen Ressentiments auf die „jüdischen“ Spurs.

Sogar noch im November 2012 kam es zu einem Überfall faschistischer Anhänger des italienischen Vereins Lazio

Rom auf Fans der Spurs. Die Fangruppierungen, die antisemitische Sprechchöre skandieren, erklären, dass sie selbstverständlich keine „realen“ Juden beleidigen wollen, sondern nur die „falschen“ Juden. Es entbrannte eine Diskussion, ob die Clubs, die sich selbst mit dem jüdischen Erbe identifizierten, zur Reproduktion antisemitischer Ressentiments in anderen Clubs beitragen. Elise Friedmann, Leiterin der Antisemitismusforschung des CIDI meint 2009 diesbezüglich: „Natürlich sind die ‚Juden‘-Gesänge keine Entschuldigung für Antisemitismus. Und sie provozieren ihn ebenso wenig wie ein Minirock eine Vergewaltigung.“ Friedmann spricht einen entscheidenden Punkt an und zwar, dass es den Antisemitismus mit oder ohne „Yid Army“/„Superjuden“ gibt. Es wäre einen Fehler jüdische Symboliken aus den Fankurven zu verbannen, nur weil man sich nicht der Realität stellen will: Antisemitismus existiert auch in der Fußballfanwelt. Die Debatten über einen berechtigten oder unberechtigten Zugang der Ajax- und Spurs-Fans zu ihrem jüdischen Erbe ist also absolut redundant.

Bei den aktuellen Zuständen in Europa sollte man sich wünschen, dass es mehr Fußballvereine gibt, die Empathie für die Situation von Juden in Europa zeigen. Antisemiten werden nicht zu Antisemitismus provoziert. Man kann nur provozieren, dass sie ihre Haltung offenlegen. Dort, wo Antisemitismus offen auftritt, kann man auch gegen ihn vorgehen. Und diese Aufgabe wird ebenfalls von verschiedenen Fangruppen getragen. Etliche Bundesligavereine bieten ein breites Veranstaltungsprogramm hinsichtlich politischer Bildung an. Besonders die Fangruppe des FC Bayern geht hier sehr positiv voran. Für ihr Engagement erhielt die „Schickeria“ im Oktober 2014 den Julius-Hirsch-Preis des DFB, der damit das „Engagement gegen Rassismus und Diskriminierung im Fußball“ honoriert. Seit Jahren veranstalten die Münchener ein Turnier im Andenken an ihren Ehrenpräsidenten Kurt Landauer, das sich auch im Rahmenprogramm gegen Rassismus richtet.

Landauer, zuletzt in einem öffentlich-rechtlichen Spielfilm geehrt, wurde überhaupt erst durch das Engagement der Schickeria wieder in die Öffentlichkeit gerückt. Karl-Heinz Rummenigge erklärte, dass in der Zeit, als er für den FC Bayern München als Spieler tätig war (1974-1984), geschwiegen wurde. Dieser Persönlichkeit, die den Grundstein für den Erfolg des FCB legte, wurde mit keinem Ton gedacht. Dabei hatte Landauer einmal selbst gesagt: „Der FC Bayern und ich gehören nun einmal zusammen und sind untrennbar miteinander verbunden.“ Landauer war ebenfalls zuerst als Spieler beim FCB tätig gewesen, ehe er ihm schon in der Weimarer Republik als Präsident diente. Sein Amt verlor er 1933 und anschließend wurde er nach Dachau verschleppt. Von hier aus flüchtete er in die Schweiz ins Exil. Nach dem Krieg wollte er über die amerikanische Besatzungszone in die USA weiterreisen. Während er auf seine Papiere wartete, engagierte er sich erneut für den FCB als Präsident und das trotz inneren Widerstands. Denn viele Vereinsmitglieder waren dem „Juden Landauer“ nicht sonderlich wohlgesonnen. Landauer schafft es dennoch sich durchzusetzen und den Verein wiederaufzubauen.

# Nicht Gott, nicht Moses, sondern Pharao schickte.

Was, wenn ein Volk sich nicht retten lassen will?

Von Ulrich Jakov Becker

Die wohl gängigste Lesart über den Auszug der Israeliten aus Ägypten ist die Befreiung einer unterdrückten und geknechteten Gruppe aus den Händen des mächtigsten Weltreiches seiner Zeit und seines paganischen Despoten durch die wunderbare Hilfe des allmächtigen Gottes.

Das göttliche Exempel, das hier statuiert wird, sollte aller Welt zeigen, dass die Strafen und Plagen, die der monotheistische Gott anwendet, so gewaltig, so niederschmetternd sind, dass kein Mensch, kein Reich und kein Herrscher – so mächtig sie auch seien, so eitel sie sich auch schätzen – vor ihnen bestehen kann.

Der exzentrische, vergötterte Pharao hat am Ende keine Wahl und muss sich dem Diktat des echten Gottes unterwerfen und die Israeliten in die Freiheit ziehen lassen. Ein gewaltiger, theologischer Kraftakt zwischen Gott und Pharao und dem Volk Israel, das sich retten lässt.

Da gibt es nur ein Problem: Mosche (Moses) fordert von Pharao nie die Freilassung der Israeliten.

Nach dem Text der Thora erreicht Mosche nach all den Plagen und vernichtenden Wundern nur die Einwilligung Pharaos drei Tagesreisen weit in der Wüste Sinai ein Opferfest für den „Gott der Hebräer“ feiern zu dürfen, der sonst seinem Volk – und damit Pharaos wertvollen Sklaven – schaden würde. Pharao gewährt anfangs nicht einmal diese milde, und wohl verständliche Bitte, diesen nationalen Kurzurlaub nach hunderten Jahren in Ägypten, obwohl er doch klar in seinem Interesse sein sollte. Er lehnt schroff ab.

Im Laufe der zunehmend verheerenden Katastrophen, die über Ägypten hereinbrechen, folgen Verhandlungen zwi-



„Trauer über den Tod der Erstgeborenen von Ägypten“ von Charles Sprague Pearce

und Trug die halbherzige Zustimmung des paganischen Despoten erschleichen? Und warum „verhärtet“ Gott immer wieder das Herz Pharaos?

## Gott vs. Parao oder Gott vs. Israel?

Alles erscheint in einem anderen Licht,

„ Von Pharao wird nur gefordert, die Israeliten am Berg Sinai ihrem Gott dienen zu lassen – nicht mehr und nicht weniger. Kein Wort vom Lande Kanaan! “

schen Pharao und Mosche, wer vom Volk vielleicht doch gehen könnte, ob mit Tieren oder ohne usw., bis Pharao – seinen Erstgeborenen Sohn tot vor sich liegend –, endlich zustimmt.

Wenn auch offensichtlich entnervt, zähneknirschend und nur nachdem er durch die zehn Plagen, die Ägypten halb vernichtet haben, weichgeklöpft wurde – fordert er die ziehenden Pilger sogar noch dazu auf, für ihn beim „hebräischen Gott“ auch um eine Segnung zu bitten. Nach diesem Freiluftgottesdienst auf Sinai – so muss Pharao verstehen – werden sich seine geschundenen Sklaven in höchstens einer Woche wieder zum Dienst an seinen gigantischen Bauprojekten am Nil melden.

Ist das der kosmische Sieg des Monotheismus über die Vielgötterei, wenn Pharao zustimmt, sie in einen Kurzurlaub zu entlassen? Sieht so der glorreiche Sieg der göttlichen Allmacht gegenüber der menschliche Hybris aus? Wenn man ein Exempel statuieren will, und den Willen des weltgrößten Despoten vor den Augen der Welt brechen – zu jeder nur erdenklichen Forderung –, warum dann nicht offen den vollständigen Auszug fordern, bis Pharao zustimmt, sollte es auch doppelt so viele Plagen kosten? Warum durch Lug

wenn man den „theologischen Kraftakt“ nicht zwischen Gott und Pharao, sondern zwischen Gott und dem Volk Israels sieht.

Was war genau geschehen am brennenden Busch? Welchen Auftrag bekam Mosche?

Gott war Mosche beim Schafhüten auf dem Berg Sinai erschienen – nachdem er sich Jahrhunderte niemandem mehr „offenbart“ hatte – und rief nun ihn an, den schüchternen Flüchtling in Midjan.

Mosche zeigt sich sofort folgsam, hört Gott an, während er die Erlösung der Israeliten von ihren Leiden ankündigt. Als Gott dann vom Auszug ins Lande Kanaan redet, reißt Mosche die Hände hoch: „Ich bin nicht der richtige Mann für den Job!“ Die Israeliten würden ihm nicht „glauben“, und sowieso, Pharao und die Israeliten vom Auszug zu überzeugen – das sind gleich zwei fast unmögliche Aufgaben.

Gott versichert ihm, „ich werde dir helfen, Wunder vollbringen etc.“. Daraufhin zweifelt Mosche weiter, ob er die Israeliten überzeugen kann – das Problem mit Pharao allerdings erwähnt er nicht weiter – es scheint das Lösbarere zu sein.

Gott weist ihn daraufhin an, den Ältesten der Israeliten alle Worte Gottes zu sagen, einschließlich des Auszugs nach Ka-

naan und „sie werden auf deine Stimme hören und mit dir vor den König Ägyptens treten.“

Es fragt sich, ob man hier das Hebräische nicht eher lesen sollte als „Falls sie auf deine Stimme hören werden...“, denn wir sehen bald, dass Mosche und sein rhetorisch begabter Bruder Aharon, der ihm von Gott als Sprachrohr zur Seite gestellt wurde, ganz alleine vor Pharao treten. Der bekannte Raschikommentar zu der Stelle berichtet, wie die Ältesten sich zuvor einer nach dem anderen „verkrümelte“ hatten.

Nichts destotrotz, Mosche hält an dem Plan und der Absprache mit Gott fest, nachdem Pharao etwas anderes als den Israeliten gesagt wird: Von ihm nämlich wird, wie gesagt, nur gefordert, die Israeliten am Berg Sinai ihrem Gott dienen zu lassen – nicht mehr und nicht weniger. Kein Wort vom Lande Kanaan!

Pharao schmeißt die beiden fast von allen Treppen des Palastes und zur Strafe, müssen die Israeliten jetzt noch schwerer arbeiten, welche sich bei Pharao beklagen, dass er es seinen Knechten so schwermacht. Die Israeliten empören sich gegen Mosche wollen offenbar nichts mehr hören von einem Auszug oder allem, was Pharao weiter erzürnen koennte. Pharao ist ihr wahrer Meister, nicht Gott. Mosche solle es doch nicht noch schlimmer machen.

Ein wenig erinnert es mich daran, wie sich Netanjahu gerade in Sachen Iran-Deal offen gegen Obama stellte und die israelische „Linke“ – auch wenn sie zustimmen, wie gefährlich und schlecht dieser Deal ist – Netanjahu öffentlich schalten, dass er es doch nicht noch schlimmer machen soll und durch seine konfrontativen Worte Israel schlecht mache „in den Augen Pharaos und seiner Diener“.

Wie dem auch sei, das Volk will keinen Stress mit Pharao und nichts mehr von Mosche und seinem Exodusplan hören. Puff, aus, vorbei. Exodus in die Schublade. Der große, göttliche Rettungsplan

scheint vor dem Aus zu stehen. Der theologische GAU: Wie soll man ein Volk retten, das nicht gerettet werden will?

Wie soll man jemandem helfen, der offensichtlich leidet, sich aber nicht helfen lassen will? Ist das überhaupt erlaubt? Ist das nicht „sein Ding“? So hat man doch gut-liberal gelernt im Dreieck „Toleranz, Ignoranz, Desinteresse“, oder nicht?

Und kann Gott jetzt überhaupt noch etwas machen? Kann er jemanden zwingen an ihn zu glauben? Was soll der Herrscher des Universums tun, wenn das Volk nicht will?

Ist er denn nicht allmächtig? Spielt er nicht mit Menschen, wie mit Marionetten? Hat er nicht Pharao dazu gezwungen sein „Herz zu verhärten“ und nicht auf ihn zu hören? Kann er des Menschen Willen nicht auch dazu beeinflussen, ihm Folge zu leisten? Ein ganz klares „Nein“ sagt uns das Judentum: „Alles ist in Gottes Hand, außer die Gottesfurcht.“ Alle Allmacht findet hier ihre Grenze, denn der freie Wille – ein Grundpfeiler des Judentums – ist nun einmal frei.

Aber bevor wir sehen, wie aus dieser festgefahren Situation der große, kosmische Exodus wird, sollte man sich vielleicht kurz fragen, warum denn das Volk nicht ziehen will? Leidet es nicht? Leidet es nicht furchtbar? Doch, ganz bestimmt leidet es. Also warum sind sie dann nicht schon längst gegangen, geflohen, untergetaucht mit oder ohne Gott?

Das Volk hatte ja selbst in seinen Qualen Gott angerufen und um Erlösung gefleht, und er hat es erhört und schickte nun Mosche mit dem fertigen Rettungsplan – aber es scheint, als hätte das Volk eine andere Vorstellung davon, wie diese Erlösung aussieht.

Es gibt den Witz von dem frommen Gläubigen, dessen Dorf überschwemmt wird und er auf dem Dach seines Hauses um göttliche Rettung fleht. Es kommt ein Nachbar mit einem Boot, der Fromme aber lehnt ab – Gott werde ihn retten. Es kommt die Feuerwehr, der Fromme leht

ab – Gott werde ihn retten. Es kommt ein Rettungshubschrauber, als das Haus fast untergeht und er lehnt ab – Gott werde ihn retten. Er ertrinkt und an der Pforte der nächsten Welt, beklagt er sich, warum Gott ihn nicht gerettet hätte, er wäre doch sein ganzes Leben so fromm gewesen. Gott: „Ich habe alles versucht: Zuerst schickte ich deinen Nachbarn, dann die Feuerwehr, dann den Rettungshubschrauber...“

Der – nicht im jüdischen Sinn – Fromme hatte eine andere Auffassung von Erlösung. Oft leiden wir an etwas und wollen tatsächlich eine Besserung, aber sind nicht bereit die wirklich benötigten Schritte einzuleiten, auch wenn wir sie kennen. Wir wollen gesund sein, aber nicht unbedingt dreimal in der Woche zum Sport gehen und Pizza, Cola und Co. von unserem Speiseplan streichen. Wir wollen eine bessere Partnerschaft, Beziehung zu unseren Kindern, einen besseren Job etc., aber investieren wir die jeweilige Zeit, Sensibilität, Initiative etc.?

Ja, die Israeliten wollten ein Ende der Sklavenleiden, aber nicht unbedingt in einer Provinz alles selbst in die Hand nehmen. Ägypten war ihr Leben, ihre Kultur, auch wenn es ihnen schlecht geht.

Warum fällt es einer Frau, die unter häuslicher Gewalt leidet, so schwer, ihren demütigenden und aggressiven Mann zu verlassen? Warum fällt es jemandem so schwer beim sadistischen Boss zu kündigen?

Oder um einen historischen Vergleich zu verwenden: Warum scheiterte der Spartakus-Aufstand in Rom? Wie Mosche war Spartakus mit dem inneren System des unterdrückenden Staats vertraut, wie Mosche führte er hunderttausende Sklaven zum Aufstand gegen das Weltreich No. 1 seiner Zeit. Wie bei Mosche, gelang Spartakus der Sieg gegen die römischen Verfolger und wie beim Exodus erreichten Spartakus und seine Gefährten die Grenze des sie versklavenden Imperiums. Bei Ägypten war es das Schilfmeer, bei Rom waren es die Alpen. Hier, an der Klippe der Freiheit, hatte Spartakus erfolgreich seine Mission der Befreiung und Erlösung der Geknechteten vollbracht und entließ sie wohl mit pathetischer Handbewegung in die Freiheit, tatata! ...aber die Sklaven widersprachen: Nein, wir gehen nicht! Wir wollen zurück nach Rom! Was sind wir ohne Rom? Und der Rest ist Geschichte.

Diese Art des Denkens wird in der Psychologie und Erfolgsliteratur oft als „reaktiv“ – im Gegensatz zu „proaktiv“ bezeichnet. Der Reaktive sieht sich als Produkt der Zustände, als ein Glied in einer Kette, das keine Wahl hat, als weiterzutrotten und die Leiden auszuhalten. Selbstinitiative ist ihm fremd, aber dafür ist er ein Meister im Nörgeln, Meckern und vor allem in Schuldzuweisungen auf andere, oder auch auf große abstrakte Kreise, auf die er nicht den geringsten Einfluss hat.

Hätte er nur mehr Zeit, ja dann... Hätte er nur einen verständigeren Partner, gehorsamere Kinder, einen menschlicheren Boss...ja, dann wäre alles anders. Und sowieso sind die da oben an allem Schuld, oder die Juden, oder die Kommunisten, oder die Kapitalisten usw.

Und es sollte nicht überraschen, dass die frisch ausziehenden Israeliten wahre Rekorde im Meckern und Beklagen aufstellten, gegen Mosche, gegen Gott, gegen Pharao. Nichts ist gut, nichts passt, und der Versuch zur Besserung ist sowieso verdammt zur Verschlechterung.

Am Schilfmeer, als sie Pharaos Armee kommen sehen, beschwerten sie sich bei Mosche gar, warum er sie hierher (in die Freiheit) geführt habe, um zu sterben. Gäbe es nicht genug Gräber in Ägypten? D.h., dass selbst, wenn sie sowieso sterben



Werbung für den Film „Exodus“ in Marokko, der dort kurze Zeit später verboten wurde.

und sie die Wahl haben zwischen Sterben in Freiheit in der Wüste oder Sterben in Knechtschaft in Ägypten, Letzteres gewinnt.

Reaktiv durch und durch – Sklave Pharaos, Sklave ihrer selbst.

Hätte Pharao gleich bei der ersten Bitte Mosches dem vollständigen Auszug

zum Meer und sind ziemlich baff und voller Angst, als sie ihren – gegen ihren Willen – betrogenen Meister in voller Rüstung anrücken sehen. Diese 600.000 Mann im Kriegeralter gegenüber den 1.800 Ägyptern waren – so kommentiert z.B. Rav S. R. Hirsch – bewaffnet, aber unfähig zum Kampf: „Das Schwert fehlte

der zu seinem Sklavenmeister zurück.

Das in der Thora darauffolgende Lied am Schilfmeer gilt als ganz besonderer Teil der Thora, vor allem da er der einzige ist, wo in das von Gott formulierte Buch eine Passage übernommen wird, die von Menschen formuliert wurde. Hier war Israel nicht nur würdig seinen Teil zur Thora beizusteuern, sondern vielleicht will es auch zeigen, dass die Thora unmöglich nur Gott ist. Es braucht den Menschen und seine Entscheidung, um das Bundesvolk und den ethischen Monotheismus zu beschreiten. Und hier singen die Israeliten voller Inbrunst vom heiligen neuen Land, in das sie mit Gott ziehen werden. Sie sind jetzt andere Menschen. Nicht Pharao musste sich wandeln, um den Exodus zu ermöglichen, sondern die Israeliten mussten es.

Der nationale Urknall des ethischen Monotheismus passierte hier am Schilfmeer durch die Entscheidung der Selbstbestimmtheit. Die Mischna sagt, dass am Schilfmeer zehn Wunder geschahen – ähnlich gewaltig wie die zehn berühmten Plagen in Ägypten. Zu Pessach lesen wir jedes Jahr, wie viel wunderlicher es am Schilfmeer zugeht im Vergleich zu allen Plagen in Ägypten, auch wenn uns diese vielleicht in physischer Sicht – Feuerhagel, Dunkelheit, Tod aller Erstgeborenen etc. - viel gewaltiger erscheinen, als ein Ostwind, der ein Gewässer teilweise freipustete.

Aber die Israeliten sind nicht nur einfach durch ein wunderbar freigepustetes Wasser gelaufen. Sie gehen in der Mitte des Stromes, der sich an alles anpasst und alle mitreißt und er hat keinen Einfluss auf sie. Sie gehen im Trockenen den Weg, den sie innerlich gewählt haben, auch wenn das reaktive Element der endlosen Passivität und Anpassung sie brodelnd umspült. Das ist der Weg der Proaktiven. Das war die Ungeheuerlichkeit. Sie sind nicht mehr Sklave der Welt und Umstände, sondern Dank ihrer inneren (Thora) Werte selbstbestimmter Herr ihres Lebens und schreiten auf festem Boden in einer fließenden Welt. Wenn wir an etwas mental leiden, ist das kein Produkt der Zustände, sondern unserer Reaktion auf die Zustände. Und die lässt sich wählen. Willkommen auf der anderen Seite des Schilfmeeres. Der Schritt ins Wasser ist der des Menschen, den ein noch so viel helfender Gott ihm mit keinem Wunder abnehmen kann.

„ Kann Gott des Menschen Willen nicht auch dazu beeinflussen, ihm Folge zu leisten? Ein ganz klares „Nein“ sagt uns das Judentum: „Alles ist in Gottes Hand, außer die Gottesfurcht.“ Alle „Allmacht“ findet hier ihre Grenze, denn der freie Wille – so sagt es das Judentum – ist nun einmal frei. “

zugestimmt, wären sie bestimmt keinen Meter weit gegangen.

Interessanterweise ist eine weitere Eigenschaft von reaktiven Menschen, dass sie die wirklich wichtigen Sachen kaum tun bzw. so lange aufschieben, bis es fast zu spät ist und auch niemals zu etwas kommen, es sei denn Zeitdruck kommt mit ins Spiel – sei es auch für die eigentlich unwichtigsten Dinge. Dann plötzlich können sie effektiv sein. Vielleicht daher die göttliche Anweisung, hastig aus Ägypten zu fliehen, mit dem noch nicht aufgefundenen Brotteig. Hätten sie sich erst einmal für einen Kaffee zusammengesetzt, hätten sie es sich vielleicht doch noch einmal anders überlegt.

Vorher aber noch beauftragt Gott Mosche den Israeliten unter der Hand mitzuteilen, dass sie sich Gold- und Silbergefäße und Geräte und Ähnliches von ihren ägyptischen Nachbarn „ausleihen“ sollten. Viele Kommentatoren sehen dies als Euphemismus und falsche Übersetzung, aber in der Tat macht es Sinn, wenn man das Volk im Glauben lassen muss, man komme bald wieder und bräuchte diese Dinge nur für den Gottesdienst. Und so macht es auch Sinn, dass erst nach dem Verstreichen der drei Tage und der Änderung der bekannten Reiserichtung der Israeliten in der Wüste dem Pharao plötzlich berichtet wird „Das Volk ist entflohen!“

Der wutentbrannte, betrogene Pharao galoppiert mit 600 seiner Streitwagen los und holt sie schnell ein. Die Israeliten sit-

nicht an der Rippe, aber d

Magersüchtige kann man künstlich ernähren, aber den Entschluss zur Heilung können sie nur selbst treffen. Man kann Frauen, die unter häuslicher Gewalt leiden, ein Obdach anbieten, finanzielle, psychologische Hilfe usw., aber nur sie können ihre Peiniger hinter sich lassen. Man kann einem Kranken Medizin verschreiben, aber er muss sie auch nehmen.

Der Talmud erzählt uns, dass selbst als die Israeliten zu dem Entschluss gekommen waren ins Meer zu gehen (das noch nicht gespalten war), wollte niemand der erste sein. Nachschon Ben Amindav, der Fürst des Stammes Judah, aber rannte los und schritt so lange tiefer ins Meer, bis es bereits an seine Nasenlöcher gekommen war, und erst dann begann es sich zu teilen.

Dieser Entschluss ist der Moment in diesem kosmischen Showdown, wo das Volk begann die Freiheit und Selbstverantwortung aktiv und bewusst zu wählen – nicht nur um einer Armee zu entfliehen, sondern das Hineinschreiten in Richtung des anderen Ufers bedeutete, ein neues Ziel vor Augen zu haben, neuen Werten zu folgen, der Entschluss zur Selbstständigkeit, der Entschluss Ägypten hinter sich zurückzulassen, vor allem das „mentale Ägypten“.

Von nun an gab es kein Zurück mehr. Wer einmal die Süße der eigenen aktiven, freien Entscheidung, der selbstgewählten Aufklärung, wie Kant vielleicht sagen würde, gekostet hat, kriecht schwer wie-

# Zu guter Letzt

## Exportschlager Basilikum

Küchenkräuter zählen zu den wichtigsten landwirtschaftlichen Erzeugnissen für Israels Export. Jährliche verdienen Gemüse-Produzenten damit etwa 150 Millionen US-Dollar. Ein bedeutendes Drittel entfällt dabei auf Basilikum.

Israelische Forscher haben sogar eine ganz besondere Sorte Basilikum namens „Perrie“ gezüchtet, die resistent gegen den gefürchteten Schimmelpilz Fusarium ist. Sie ist besonders haltbar, wenn sie verschickt wird – z.B. ins Basilikum-Land Nummer 1 Italien. Und die Italiener mögen das Basilikum von der anderen Seite des Mittelmeers: Jedes Jahr führen sie für Pizza und



Ein arabischer Arbeiter verlädt Basilikum in einem israelischen Betrieb.

Pasta mehrere hundert Tonnen davon ein. Israel liefert mittlerweile die Hälfte des europäischen Bedarfs an Küchenkräutern!

## Bitte alles ablegen

Das beliebte Familienspiel „Rummikub“ wurde in den 1930er Jahren von dem rumänischen Juden Ephraim Hertzano erfunden.

Ephraim Hertzano war ein Kaufmann, der Zahnbürsten, Kämmen und andere Accessoires aus Kunststoff herstellte. Spielkarten waren zu dieser Zeit in Rumänien verboten, doch Hertzano konnte das Verbot durch Verwendung von Spielsteinen mit verschiedenfarbigen Zahlen umgehen.

Aufgrund seiner knappen Geldmittel war es für den in den 50ern nach Eretz Israel ausgewanderten Hertzano nicht einfach, das Spiel herzustellen, da sowohl Plastik als auch Holz teuer waren. Er fand jedoch den günsti-



Mitglieder der armenischen Gemeinde von Jerusalem vertreiben sich die Zeit mit "Rummikub".

geren Kunststoff Perspex und fertigte schließlich daraus die Spielsteine. Er lud seine Freunde zu Spieleabenden ein und so wurde das Spiel immer bekannter, Freunde und Verkäufer fragten danach. Die Spielregeln und die farbigen Spielsteine wurden verbessert, und das Spiel wurde 1950 schließlich „Rummikub“ genannt. Hertzano stellte sein „Rummikub“ anfangs noch in Handarbeit her und verkaufte nur ein paar Dutzend Spiele im Jahr.

1977 war Rummikub mittlerweile das bestverkaufte Spiel des Jahres, und das Spiel wurde international vermarktet. Mariana und Micha Hertzano, die Kinder von Ephraim Hertzano, gründeten 1978 in Israel die Firma „Lemada Light Industries“, welche bis heute Lizenzinhaber von „Rummikub“ ist. Die Firma ist auch heute noch im Familienbesitz von Hertzano. Es wurde weltweit bislang mehr als 60 Millionen Mal verkauft und gilt als eines der beliebtesten Familienspiele überhaupt und ist das am meisten exportierte Spiel aus Israel.

In Deutschland kam das israelische Spiel erstmals 1980 auf den Markt und wurde direkt zum „Spiel des Jahres“ gekürt.

## Unsere Kontaktadressen



J. B. O., Postfach 12 08 41,  
10598 Berlin  
(030) 54 71 02 51



(Mo.-Mi. von 10.00 bis 16.00)



redaktion@juedische-rundschau.de



www.juedische-rundschau.de



www.facebook.com/jrundschau



@jrundschau



## COUPON ABO- BESTELLUNG

Hiermit bestelle ich zum nächstmöglichen Termin die Monatszeitung

«Jüdische Rundschau» im Abonnement zum Preis (in Deutschland) von

- 39 € für ein Jahr (Preis gilt für Deutschland, in anderen EU-Ländern und Schweiz - 58 €, in Israel zum Preis von 82 €)
- 49 € für ein Jahr in einem Umschlag (Preis gilt für Deutschland)
- 73 € für zwei Jahre (Preis gilt für Deutschland)
- 32 € für ein Jahr als Student (nur in Deutschland, mit Nachweis).

Name, Vorname \_\_\_\_\_

Strasse, Hausnummer \_\_\_\_\_

PLZ \_\_\_\_\_ Wohnort \_\_\_\_\_

Geburtsdatum \_\_\_\_\_ Telefon: \_\_\_\_\_ E-Mail: \_\_\_\_\_

Ich bin damit einverstanden, dass mein Abonnement sich um ein weiteres Jahr verlängert, wenn ich es nicht spätestens sechs Wochen von dem Ende schriftlich kündige. Mir ist bekannt, dass ich innerhalb von 14 Tagen meine Bestellung widerrufen kann.

Datum \_\_\_\_\_ Unterschrift **X** \_\_\_\_\_

**Ich zahle gegen Rechnung:**

Ich bin damit einverstanden, dass meine Daten für interne Verlagszwecke gespeichert und verarbeitet werden sowie dafür benutzt werden, um mich über die Neuigkeiten des Verlags zu informieren. Dieses Einverständnis kann jederzeit schriftlich widerrufen werden.

**Jeder neuer Abonnent der Zeitung «Jüdische Rundschau» erhält einen Gutschein vom TuS-Reisebüro im Wert von 50 Euro, die bei Buchung einer Reise nach Israel verrechnet werden.**

**Füllen Sie bitte den Abo-Coupon aus, schneiden Sie ihn aus und schicken ihn uns per Post (J. B. O., Postfach 120841, 10598 Berlin), per Fax (030/23328860) oder als Scan per E-Mail an: redaktion@juedische-rundschau.de. Sie können die Zeitung auch auf unserer Website [www.juedische-rundschau.de](http://www.juedische-rundschau.de) abonnieren.**